REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

analyse & kritik

Nr. 354 · 5.5.1993

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 62 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

Inhalt

1. (Wieder) deutsches Militär in alle Welt: Der Militarismus als "Humanismus" (Kommentar)
2. Tag X am 13. oder am 26. Mai in Bonn
3. Bestätigung des Urteils gegen Stephan Waldberg
4. Vertragsbruch, Gegenwehr, Streik
5. Deutsche Soldaten im AWACs-Kampfeinsatz. Deutsche Außenpolitik 1993: "Zutiefst defensiv" - Hans-Peter Hubert
6. Die BRD - eine künftige Nuklearmacht? - Hans-Michael Empell
7. Die Lebenslüge des " neuen Italien"
8. Der Front National nach den Parlamentswahlen in Frankreich - Bernhard Schmid
9. Die spanische Sozialdemokratie am Scheidepunkt - Rainer Wandler
10. Der "Lieblingsfeind der Linken" ist wieder da ... und Frankreichs Polizei feiert seine Rückkehr
11. "NOlympia"-Aktivitäten in Berlin
12. Ralf und Knud sind freigesprochen. Vorläufige Anmerkungen zum Verfahren
13. Mainz: Antifaschist seit Monaten in U-Haft - NS-Kampftruppe macht unter Polizeischutz weiter
14. Antifa-Arbeit in den USA (Buchvorstellung)
15. Mit dem Solidarpakt zur "elektronischen Kaderakte"
16. Prozesse gegen Antifaschisten in Passau
17. BRD zahlt Renten für lettische SS-Mitglieder
18. Aufruf zum Kampf gegen den Rechtsextremismus. - Erklärung Berliner Juden vom Mai 1983 (Dokumentation)
19. Nazis planen Treffen in Dänemark
20. Chronologie rassistischer Anschläge und der bundesdeutschen rassistischen und antisemitischen Alltäglichkeit
21. Der Mord an Chris Hani
22. Alptraum Angola
23. Der Sudan: Die ethnischen, sozialen und Klassenwidersprüche im Bürgerkrieg
24. Perspektiven gegen die herrschende Weltwirtschaftsordnung - BUKO-Kongreß 20.-23.5.93 (Ankündigung)
25. Tadschikistan und die russische Armee
26. Berg-Karabach und die Türkei
27. Was wird aus Afghanistan?
28. Ein Foto - zwei Wahrheiten (Israel/Palästina)
29. Generalsekretär der PKK verlängert Waffenstillstandsabkommen
30. Iran greift kurdische Dörfer im Irak an
31. Die Mitgliedsorganisationen der FMLN
32. POONAL - eine lateinamerikanische Nachrichtenagentur - Norbert Glaser
33. Vom Volkskrieg zum Volkskapitalismus. Die strategische Neuorientierung des ERP
34. Nicaragua: Drei Jahre danach
35. "Du verlierst Deine Kultur und Geschichte." Auszüge aus einem Interview mit Mitgliedern der American Indian Movement
36. Kapitalismus und Hausarbeit. Die Reproduktion als Grundlage kapitalistischer Geschlechterspaltung
37. "Der Blick von oben herab begegnet mir jeden Tag." ak-Gespräch mit Udo Sierck
38. Ist das ein Mensch? "Der Pannwitzblick" - ein Filmessay zu Aussonderung und Euthanasie - Hartmut Konopka
39. Die Denkbarkeit des Holocaust. Zygmund Baumanns "Dialektik der Ordnung" (Rezension) - Martin Rheinlaender

40. Die kollektive Entnazifizierung einer Nation. Auszüge aus "Antisemitismus und Philosemitismus im deutschen Nachkrieg" von Frank Stern
41. Antisemitismus und Philosemitismus im deutschen Nachkrieg (Rezension) - Andrea Ludwig
42. Die Ordnung des Terrors - Wolfgang Sofsky
43. Erwin Eckert - Christ und Kommunist - Werner Rätz
44. Leben in der Wagenburg. Selbstorganisation zwischen Ausstieg und Widerstand
45. Rowohlt gegen Behinderte - Katja Leyrer
46. Rowohlt gegen Behinderte
47. Quelldatei 34.htm
48. LeserInnenbriefe
49. Quelldatei albert.htm
50. Quelldatei alg.htm
51. Zentralasien: Umbruch einer Region
52. Nr. 10 - erscheint in Kürze:
53. "Der Mensch lebt nicht vom Brot allein"
54. Zwei Strömungen in der FMLN
55. Helden, Schurken, Dunkelmänner
56. Klaus ist raus
57. Chris Hani - Opfer des internationalen Faschismus?
58. Quelldatei phnom.htm
59. Quelldatei ref.htm
60. Quelldatei rot_sp.htm
61. Quelldatei sylvia.htm
62. Quelldatei tabelle.htm

1. (Wieder) deutsches Militär in alle Welt: Der Militarismus als "Humanismus" (Kommentar)

Rubrik: Militärpolitik BRD - Bundeswehr; Interventionspolitik und Kriege; Kommentare zu aktuellen Geschehen · CD-Datei: daten/aksuche/ak354/47.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:354:47

Verfassungsgemäß oder nicht? Dürfen deutsche Soldaten mit der Verfassung unterm Arm an Blauhelmeinsätzen, an Militärsicherungseinsätzen in "befriedetem Gebiet" oder gar an militärischen/kriegerischen Einsätzen teilnehmen? Mit aller rhetorischen Demagogie und aller spitzfindigen Kleinlichkeit wird gegenwärtig der Kampf um eine Frage geführt, die einmal zur entscheidenden für die Antwort werden kann, ob es mehr als eine Generation in diesem Land gegeben haben wird, die in keinen Krieg ziehen oder dessen Auswirkungen an der Heimatfront erleben mußte. Nichts als das Schmierentheater der Regierungskoalition vor dem Verfassungsgericht konnte deutlicher machen, daß die Überprüfung der "Verfassungsmäßigkeit" gar nicht gefragt war, sondern die Absegnung. Und wenn sich eben doch herausstellen sollte, daß diese Verfassung den Erfordernissen der Politik entgegensteht, dann muß sie eben geändert werden.

Jede/r konnte und mußte wissen, daß die Entscheidung für die Teilnahme an den AWACS-Flügen den nächsten - "richtigen" - Militäreinsatz nach sich ziehen würde. Einmal vom Verfassungsgericht mit der Argumentation ausgestattet, eine Nichtbeteiligung an solcherart Militäreinsätzen würde die außenpolitischen Belange der BRD beeinträchtigen, wird diese Regierung Schritt um Schritt den Kommißstiefel überall dort hinsetzen, wo "deutsche Interessen gefährdet" sind und dementsprechend "verteidigt" werden müssen.

Verfassungsgemäß oder nicht - dies ist das völlig falsche Terrain, eine solche Frage zu beantworten. Die Geschichte der BRD zeigt, daß es immer die realen Verhältnisse und nicht die Verfassung waren, die einen solchen Kampf entschieden haben. Die Verfassung der BRD - wie 1948 niedergeschrieben - besagt, daß dieses Land auf Militär verzichtet. Niedergeschrieben in einem Moment der wohltuenden Schwäche. Es dauerte, wie wir alle wissen, keine fünf Jahre, bis im Prinzip eine neue Verfassungswirklichkeit geschaffen worden war. Und es dauerte keine sieben Jahre, bis die BRD mit einer eigenen Armee Mitglied in dem Kriegsbündnis NATO war.

Wenn die Verfassung den Erfordernissen der nach Weltmacht und Weltgeltung strebenden BRD entgegenstehen würde, würde sie geändert. Die SPD möchte gerne den Streit darauf beschränken, was verfassungsmäßig erlaubt und was nicht erlaubt ist. Wenn die Verfassung es gestattet, muß eben marschiert werden. Als es der Kaiser befahl, ist die Mehrheit der Sozialdemokraten immerhin auch marschiert.

Fortsetzung Seite 3

Und wenn die Verfassung nicht reicht, ist auch die Sozialdemokratie bereit, über Änderungen "nachzudenken", nur vorsichtiger als die Parteien der Christlichen und der Liberalen. Björn Engholm denkt an "erweiterte Aufgaben der Bundeswehr", nur müsse bei der Durchsetzung solcher Ziele bedacht werden, wie sie den Menschen verkauft werden können ("Spiegel", 17/93).

Aber hat die Regierung nicht auch Recht, wenn sie ins Feld führt, daß sie sich als Vertretung der BRD gegenüber den Bündnispartner in der NATO der Beteiligung an militärischen Aktionen nicht entziehen könne? Ja, und zwar uneingeschränkt. Die Forderung insbesondere aus den USA und Großbritannien, "die Deutschen" sollten endlich voll in die Pflicht genommen werden, ist keine Ente interessierter Medien, um die Stimmung zu beeinflussen. Wieder einmal werden sich die Bälle zugespielt. Die BRD will gerne als Militärmacht in der ersten Reihe stehen, muß aber Rücksicht nehmen auf die im Nachkriegsdeutschland entstandene pazifistische Stimmung und die Stimmen aus europäischen Ländern, die den Zweiten Weltkrieg noch nicht vergessen haben. Die USA wollen die Lasten teilen und nicht immer allein für das imperialistische Bündnis die Kastanien aus dem Feuer holen.

Zurückdenken sollte man auch daran, daß dieses Deutschland keine Armee hätte, wenn die Siegermächte des Zweiten Weltkriegs an der Entmilitarisierung festgehalten hätten. Auch damals trafen sich vor allem die Interessen der USA und Deutschlands: Die USA im weltweiten Kampf gegen die UdSSR und "den Kommunismus", die BRD als lange auch so beschriebener Juniorpartner mit Blick auf die Revanche im Osten.

Ja, die Regierung hat auch Recht, wenn sie sagt, daß es nicht besonders logisch ist, Mitglied in einem Militär- und Kriegsbündnis wie der NATO zu sein und bei den dann gemeinsam beschlossenen Aktionen jeweils mit dem Hinweis auf die eigene Verfassung zu sagen, daß diese bitteschön andere durchzuführen hätten, nur eben nicht die Deutschen.

Wenn also die Mitgliedschaft in der NATO zwangsläufig die Beteiligung an Kriegen auf den Krisenschauplätzen dieser Welt bedeutet, und wenn man gegen eine solche Beteiligung ist, dann sollte man tunlichst vermeiden, den Streit um Verfassungsparagraphen zu führen. Dann muß man sich dafür einsetzen, dieses Kriegsbündnis zu verlassen. Als die Friedensbewegung in den achtziger Jahren allein gegen die Nachrüstung zu Felde zog, formulierte ihr radikal linker Teil das Ziel: "Raus aus der NATO!" Ziel dieser Ausrichtung war, nicht nur die Höherrüstung anzuklagen, sondern das Bündnis als Kriegsbündnis selbst. Diese Parole ist heute nicht weniger aktuell.

Der Einwand wäre, daß Deutschland auch ohne NATO militaristische und Großmachtpläne verfolgen würde und ohne Einbindung in das westliche Bündnissystem eher noch unberechenbarer und damit gefährlicher werden würde. Dagegen steht, daß die imperialistischen Mächte nicht umsonst diese Art Bündnisstrukturen geschaffen haben, u.a. weil keine mehr zu erfolgreichen Alleingängen fähig wäre. Der Austritt eines der Mitglieder dieses Bundes wäre also gleichzeitig die Schwächung des Ganzen wie des Einzelnen.

Diese NATO wurde unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg als Droh- und Kriegsbündnis gegen die Sowjetunion und die aufstrebenden Unabhängigkeitsbewegungen gegründet. Nicht nur war die UdSSR nicht besiegt worden, sondern mit China wurde dem imperialistischen System ein weiterer großer Brocken entzogen. Der antikoloniale Kampf in Indochina signalisierte weitere Gefahren. Zunächst war Deutschland, hier die BRD, aufgrund der Geschichte von diesem Bündnis ausgeschlossen. Nach dem Scheitern der Verhandlungen über eine Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) am Votum Frankreichs wurde die BRD auf Betreiben der USA Vollmitglied. Fortan bestand die Bewährung für die BRD in der Erfüllung der Verpflichtungen aus dieser "Westbindung", nicht aber aus möglichen Verpflichtungen gegenüber den in der Mehrheit aus dem Osten kommenden Opfern des deutschen Faschismus.

Nach einer intensiven Phase der politischen Eskalation, an der sich gerade die BRD aus revanchistischen Gründen beteiligte, und einer Phase der "Entspannung", an der sich die BRD wiederum im eigenen Interesse beteiligte, denn der Kalte Krieg ließ den Traum der "Wiedervereinigung" in weite Ferne rücken, forcierte die NATO mit den sogenannten Ölkrisen in den siebziger Jahren das Kriegsgeschrei. Der Feind wurde neu ausgemacht: Länder und Staaten der Dritten Welt, die der Ersten ihre Rohstoffe vorenthalten. Mit dem Ende der Carter- und dem Anfang der Reagan-Ära begann der Kalte Krieg in einem neuen Stadium, denn mittlerweile hatte sich die Erkenntnis durchgesetzt, daß die Welt im Sinne der NATO nicht zu beherrschen ist, solange der politische und militärische Block des Bündnissystems der UdSSR existieren würde. Das "Reich des Bösen", wie es Reagan nannte, sollte mit einem Knall oder Winseln zu Ende gehen.

Die Entwicklung hat dieser Politik, immanent betrachtet, Recht gegeben. Und da dies so ist, sind alle Befürchtungen, die in Bezug auf die NATO genannt werden, nur zu berechtigt. Die nur kurze Phase der Neuorientierung der Militärpolitik nach dem Zusammenbruch der UdSSR hat ein Ergebnis: Die "Interessen und die Freiheit des Westens" sind gegen die Habenichtse aus dem Süden zu verteidigen. Wenn von neuer Weltordnung die Rede ist, dann ist es die Weltordnung der G7. Und die NATO ist das Mittel, diese zu erhalten. In den seit 1992 geltenden Richtlinien der NATO heißt es, zu den "vitalen Sicherheitsinteressen" des Westens gehöre die "Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu den Märkten und Rohstoffen in aller Welt im Rahmen einer gerechten Wirtschaftsordnung" (nach "Spiegel", 17/93).

Wenn jetzt deutsche Soldaten nach Somalia geschickt werden, dann hat dies mit konkreter Hilfe wenig, mit einem Propagandafeldzug viel zu tun. Mindestens 400 Mio. Mark soll dieser Einsatz kosten. Man wird lange suchen müssen, wann eine solche Summe als "Entwicklungshilfe" bewilligt worden ist. Und wir müssen dieser Bundesregierung auch noch zutrauen, daß diese 400 Mio. DM nicht aus dem Kriegs-, sondern dem Entwicklungsetat genommen werden.

Kein Krieg wird heute mit den Parolen geführt, die sich auf sein tatsächliches Ziel beziehen. Schon gar nicht in Somalia. In einem Land, das keine eigene staatliche Infrastruktur hat, bedarf es keiner Weltmächte, um für den

Augenblick "Ruhe" zu schaffen. Somalia wird für die Weltmächte zu einem Exerzierfeld, denn hier ist das Auftreten gegen ein Land der Dritten Welt so einfach und konfliktfrei geworden.

Rühe läßt ganzseitige Anzeigen über die "Engel von Phnom Penh" drucken. Deutsche Soldaten als Engel der gemarterten Bevölkerung. Diese Bilder sollen Militär als politisches Mittel selbstverständlich und als humanitär zwingend erforderlich erscheinen lassen.

Die kriegerische Vernichtung ganzer Bevölkerungsgruppen verlangt politische Parteinahme. Hier kann generell und für alle Fälle auch eine militärische Intervention als letztes mögliches Mittel nicht ausgeschlossen werden. Dies wird konkret an jedem Punkt im einzelnen zu diskutieren sein. Als Kriterien kämen hier drohender Völkermord, Massenvertreibung u.ä. in Frage.

Aber selbst der hierzulande für die Forderung nach militärischer Intervention ins Spiel gebrachte Krieg in Bosnien ist ein schlechtes Beispiel. Jetzt können mit keiner Militäraktion mehr die Folgen dieses Krieges rückgängig gemacht werden, eines Krieges, der allenfalls mit politischen Mitteln, mit einer demonstrativen Parteinahme beispielweise der UNO für die bosnischen Muslime, hätte aufgehalten werden können. Jetzt könnte es mit einer Militäraktion nur noch um die Bestrafung Serbiens gehen und darum, daß die Großmächte ihren Herrschaftsanspruch demonstrieren.

Was wir gegenwärtig erleben, ist eine Militarisierung der Politik. Weil es wieder möglich geworden ist, die militärische Komponente nicht nur als Drohung, sondern als reales Machtinstrument einzusetzen, beschäftigt sich die Politik der NATO-Staaten immer intensiver mit dieser Frage. Die Welt wird in naher Zukunft eine Reihe von weiteren Krisenherden haben. Die Welt- und Großmächte werden sich anbieten, "Ordnung" zu schaffen. Und die BRD will ganz vorn dabei sein. Gerade die, die alles bei der alten Ordnung belassen wollen, bieten sich denen, die unbedingt auf Veränderung ihrer Verhältnisse angewiesen sind, an, "Frieden" zu stiften. Das ist verkehrte Welt.

Wenn man nicht will, daß deutsche Soldaten Krieg für die deutschen Interessen führen (müssen), dann muß Deutschland raus aus der NATO, dann muß die Armee abgeschafft werden. Illusionär? Um wieviel mehr als die Hoffnung, deutsche Feldzüge mit dem Grundgesetz zu verhindern?

he., Hamburg

Fortsetzung von Seite 1

Militarismus als

"Humanismus"

Und wenn die Verfassung nicht reicht, ist auch die Sozialdemokratie bereit, über Änderungen "nachzudenken", nur vorsichtiger als die Parteien der Christlichen und der Liberalen. Björn Engholm denkt an "erweiterte Aufgaben der Bundeswehr", nur müsse bei der Durchsetzung solcher Ziele bedacht werden, wie sie den Menschen verkauft werden können ("Spiegel", 17/93).

Aber hat die Regierung nicht auch Recht, wenn sie ins Feld führt, daß sie sich als Vertretung der BRD gegenüber den Bündnispartner in der NATO der Beteiligung an militärischen Aktionen nicht entziehen könne? Ja, und zwar uneingeschränkt. Die Forderung insbesondere aus den USA und Großbritannien, "die Deutschen" sollten endlich voll in die Pflicht genommen werden, ist keine Ente interessierter Medien, um die Stimmung zu beeinflussen. Wieder einmal werden sich die Bälle zugespielt. Die BRD will gerne als Militärmacht in der ersten Reihe stehen, muß aber Rücksicht nehmen auf die im Nachkriegsdeutschland entstandene pazifistische Stimmung und die Stimmen aus europäischen Ländern, die den Zweiten Weltkrieg noch nicht vergessen haben. Die USA wollen die Lasten teilen und nicht immer allein für das imperialistische Bündnis die Kastanien aus dem Feuer holen.

Zurückdenken sollte man auch daran, daß dieses Deutschland keine Armee hätte, wenn die Siegermächte des Zweiten Weltkriegs an der Entmilitarisierung festgehalten hätten. Auch damals trafen sich vor allem die Interessen der USA und Deutschlands: Die USA im weltweiten Kampf gegen die UdSSR und "den Kommunismus", die BRD als lange auch so beschriebener Juniorpartner mit Blick auf die Revanche im Osten.

Ja, die Regierung hat auch Recht, wenn sie sagt, daß es nicht besonders logisch ist, Mitglied in einem Militär- und Kriegsbündnis wie der NATO zu sein und bei den dann gemeinsam beschlossenen Aktionen jeweils mit dem Hinweis auf die eigene Verfassung zu sagen, daß diese bitteschön andere durchzuführen hätten, nur eben nicht die Deutschen.

Wenn also die Mitgliedschaft in der NATO zwangsläufig die Beteiligung an Kriegen auf den Krisenschauplätzen dieser Welt bedeutet, und wenn man gegen eine solche Beteiligung ist, dann sollte man tunlichst vermeiden, den Streit um Verfassungsparagraphen zu führen. Dann muß man sich dafür einsetzen, dieses Kriegsbündnis zu verlassen. Als die Friedensbewegung in den achtziger Jahren allein gegen die Nachrüstung zu Felde zog, formulierte ihr radikal linker Teil das Ziel: "Raus aus der NATO!" Ziel dieser Ausrichtung war, nicht nur die Höherrüstung anzuklagen, sondern das Bündnis als Kriegsbündnis selbst. Diese Parole ist heute nicht weniger aktuell.

Der Einwand wäre, daß Deutschland auch ohne NATO militaristische und Großmachtpläne verfolgen würde und ohne Einbindung in das westliche Bündnissystem eher noch unberechenbarer und damit gefährlicher werden würde. Dagegen steht, daß die imperialistischen Mächte nicht umsonst diese Art Bündnisstrukturen geschaffen haben, u.a. weil keine mehr zu erfolgreichen Alleingängen fähig wäre. Der Austritt eines der Mitglieder dieses Bundes wäre also gleichzeitig die Schwächung des Ganzen wie des Einzelnen.

Diese NATO wurde unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg als Droh- und Kriegsbündnis gegen die Sowjetunion und die aufstrebenden Unabhängigkeitsbewegungen gegründet. Nicht nur war die UdSSR nicht besiegt worden, sondern mit China wurde dem imperialistischen System ein weiterer großer Brocken entzogen. Der antikoloniale Kampf in Indochina signalisierte weitere Gefahren. Zunächst war Deutschland, hier die BRD, aufgrund der Geschichte von diesem Bündnis ausgeschlossen. Nach dem Scheitern der Verhandlungen über eine Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) am Votum Frankreichs wurde die BRD auf Betreiben der USA Vollmitglied. Fortan bestand die Bewährung für die BRD in der Erfüllung der Verpflichtungen aus dieser "Westbindung", nicht aber aus möglichen Verpflichtungen gegenüber den in der Mehrheit aus dem Osten kommenden Opfern des deutschen Faschismus.

Nach einer intensiven Phase der politischen Eskalation, an der sich gerade die BRD aus revanchistischen Gründen beteiligte, und einer Phase der "Entspannung", an der sich die BRD wiederum im eigenen Interesse beteiligte, denn der Kalte Krieg ließ den Traum der "Wiedervereinigung" in weite Ferne rücken, forcierte die NATO mit den sogenannten Ölkrisen in den siebziger Jahren das Kriegsgeschrei. Der Feind wurde neu ausgemacht: Länder und Staaten der Dritten Welt, die der Ersten ihre Rohstoffe vorenthalten. Mit dem Ende der Carter- und dem Anfang der Reagan-Ära begann der Kalte Krieg in einem neuen Stadium, denn mittlerweile hatte sich die Erkenntnis durchgesetzt, daß die Welt im Sinne der NATO nicht zu beherrschen ist, solange der politische und militärische Block des Bündnissystems der UdSSR existieren würde. Das "Reich des Bösen", wie es Reagan nannte, sollte mit einem Knall oder Winseln zu Ende gehen.

Die Entwicklung hat dieser Politik, immanent betrachtet, Recht gegeben. Und da dies so ist, sind alle Befürchtungen, die in Bezug auf die NATO genannt werden, nur zu berechtigt. Die nur kurze Phase der Neuorientierung der Militärpolitik nach dem Zusammenbruch der UdSSR hat ein Ergebnis: Die "Interessen und die Freiheit des Westens" sind gegen die Habenichtse aus dem Süden zu verteidigen. Wenn von neuer Weltordnung die Rede ist, dann ist es die Weltordnung der G7. Und die NATO ist das Mittel, diese zu erhalten. In den seit 1992 geltenden Richtlinien der NATO heißt es, zu den "vitalen Sicherheitsinteressen" des Westens gehöre die "Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu den Märkten und Rohstoffen in aller Welt im Rahmen einer gerechten Wirtschaftsordnung" (nach "Spiegel", 17/93).

Wenn jetzt deutsche Soldaten nach Somalia geschickt werden, dann hat dies mit konkreter Hilfe wenig, mit einem Propagandafeldzug viel zu tun. Mindestens 400 Mio. Mark soll dieser Einsatz kosten. Man wird lange suchen müssen, wann eine solche Summe als "Entwicklungshilfe" bewilligt worden ist. Und wir müssen dieser Bundesregierung auch noch zutrauen, daß diese 400 Mio. DM nicht aus dem Kriegs-, sondern dem Entwicklungsetat genommen werden.

Kein Krieg wird heute mit den Parolen geführt, die sich auf sein tatsächliches Ziel beziehen. Schon gar nicht in Somalia. In einem Land, das keine eigene staatliche Infrastruktur hat, bedarf es keiner Weltmächte, um für den

Augenblick "Ruhe" zu schaffen. Somalia wird für die Weltmächte zu einem Exerzierfeld, denn hier ist das Auftreten gegen ein Land der Dritten Welt so einfach und konfliktfrei geworden.

Rühe läßt ganzseitige Anzeigen über die "Engel von Phnom Penh" drucken. Deutsche Soldaten als Engel der gemarterten Bevölkerung. Diese Bilder sollen Militär als politisches Mittel selbstverständlich und als humanitär zwingend erforderlich erscheinen lassen.

Die kriegerische Vernichtung ganzer Bevölkerungsgruppen verlangt politische Parteinahme. Hier kann generell und für alle Fälle auch eine militärische Intervention als letztes mögliches Mittel nicht ausgeschlossen werden. Dies wird konkret an jedem Punkt im einzelnen zu diskutieren sein. Als Kriterien kämen hier drohender Völkermord, Massenvertreibung u.ä. in Frage.

Aber selbst der hierzulande für die Forderung nach militärischer Intervention ins Spiel gebrachte Krieg in Bosnien ist ein schlechtes Beispiel. Jetzt können mit keiner Militäraktion mehr die Folgen dieses Krieges rückgängig gemacht werden, eines Krieges, der allenfalls mit politischen Mitteln, mit einer demonstrativen Parteinahme beispielweise der UNO für die bosnischen Muslime, hätte aufgehalten werden können. Jetzt könnte es mit einer Militäraktion nur noch um die Bestrafung Serbiens gehen und darum, daß die Großmächte ihren Herrschaftsanspruch demonstrieren.

Was wir gegenwärtig erleben, ist eine Militarisierung der Politik. Weil es wieder möglich geworden ist, die militärische Komponente nicht nur als Drohung, sondern als reales Machtinstrument einzusetzen, beschäftigt sich die Politik der NATO-Staaten immer intensiver mit dieser Frage. Die Welt wird in naher Zukunft eine Reihe von weiteren Krisenherden haben. Die Welt- und Großmächte werden sich anbieten, "Ordnung" zu schaffen. Und die BRD will ganz vorn dabei sein. Gerade die, die alles bei der alten Ordnung belassen wollen, bieten sich denen, die unbedingt auf Veränderung ihrer Verhältnisse angewiesen sind, an, "Frieden" zu stiften. Das ist verkehrte Welt.

Wenn man nicht will, daß deutsche Soldaten Krieg für die deutschen Interessen führen (müssen), dann muß Deutschland raus aus der NATO, dann muß die Armee abgeschafft werden. Illusionär? Um wieviel mehr als die Hoffnung, deutsche Feldzüge mit dem Grundgesetz zu verhindern?

he., Hamburg

2. Tag X am 13. oder am 26. Mai in Bonn

Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Aktionen / Veranstaltungen · CD-Datei: daten/aksuche/ak354/44.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:354:44

Nach den neusten Information wird Donnerstag, der 13. Mai der Tag sein, an dem die Vereinigung der Grundrechtsabbauer die abschließende Debatte zur Verabschiedung vom Menschenrecht auf Asyl führen wollen. "Wir alle müssen uns jetzt auf den 13. einstellen," ruft der Trägerkreis Aktion Asylrecht auf. "Von einer festen Plakatierung raten wir aber dringend ab. Bei dem Terminchaos und den verschiedenen Verschiebungen und Verschleierungen sollten wir weiterhin flexibel bleiben."

Der 13. Mai als "Tag X" angenommen (sonst sind die Daten entsprechend zu verändern) wird am 7. Mai um 15 Uhr in Bonn eine öffentliche Ortsbesichtigung/Generalprobe und öffentliche Trägerkreissitzung am Gelände Kunstmuseum/Bundeskunsthalle mit kleinen Aktionen als Kostprobe und Polizei-Führung stattfinden. Am 8. Mai dann der bundesweite Aktionstag in möglichst vielen Städten. Die Vorabendkundgebung am 12. Mai in Bonn beginnt um 18 Uhr auf dem Münsterplatz.

Der "Tag X" selbst, der 13. Mai, beginnt um 8 Uhr (morgens!) mit Kundgebungen und einer Dauermahnwache am Regierungsviertel (Kunstmuseum, B9). Für die Kundgebungen ab 10 Uhr sind Redebeiträge vorgesehen zu den Themen: Festung Europa, Rumänien-Vertrag, Frauenschicksal, Kriegsdienstverweigerung. In der Schwerpunktkundgebung ab 14 Uhr geht es um Asylrecht, Militarisierung der Außenpolitik und Handlungsmöglichkeiten. Dieser Veranstaltung schließen sich ab 16 Uhr Vorträge zum Thema "Antisemitismus in Deutschland" und Auftritte von Bundestagsabgeordneten an, die die Beseitigung des Asylrechts abgelehnt haben.

Kontakt und Informationen: Trägerkreis Aktion Asylrecht, Friedenskooperative, Römerstr. 88, 5300 Bonn 1. Tel. 0228/692906

3. Bestätigung des Urteils gegen Stephan Waldberg

Rubrik: Türkei · CD-Datei: daten/aksuche/ak354/43.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:354:43

Heute wurde in Ankara das Urteil des Kassationsgerichtes im Verfahren gegen unseren Mitarbeiter Stephan Waldberg wegen angeblicher Unterstützung der kurdischen Arbeiterpartei (PKK) durch Kurierdienste verkündet. Das erstinstanzliche Urteil von drei Jahren und neun Monaten wurde im vollen Umfang bestätigt und ist damit rechtskräftig.

Unser Mitarbeiter Stephan Waldberg befindet sich heute, zum Zeitpunkt der Verkündung des Revisionsurteils, bereits seit sechs Monaten wegen seiner für Radio Dreyeckland durchgeführten Recherchen in den kurdischen Gebieten (auf türkischem und irakischem Territorium) in Haft des türkischen Staates. Schon im ersten Verfahren vor dem Staatssicherheitsgericht in Diyarbakir wurde deutlich, daß mit dem Prozeß gegen unseren Mitarbeiter Stephan Waldberg ein abschreckendes Exempel gegen jede kritische Berichterstattung über den Krieg des türkischen Staates in den kurdischen Gebieten und die dabei verübten Menschenrechtsverletzungen statuiert werden sollte. Bereits zu Beginn des Verfahrens lief durch die türkische Presse eine Kampagne, in der unser Mitarbeiter Stephan Waldberg unter Verwendung gezielt an die Presse geleiteter Informationen aus den Ermittlungsakten als "Kurier" und "Agent" der PKK vorverurteilt und sein Status als Journalist abgestritten wurde. Der Verlauf des Verfahrens vor dem u.a. mit einem Militärrichter besetzten Staatssicherheitsgerichtes in Diyarbakir hat vor allem durch die Mißachtung der vorgelegten Beweise für die journalistische Tätigkeit unseres Mitarbeiters bewiesen, daß es sich um einen politischen Prozeß mit dem Ziel der Einschüchterung und Verhinderung jeder freien und unabhängigen Berichterstattung über die Vorgänge in den kurdischen Gebieten handelt.

Auch das Verhalten der Bundesregierung gegenüber unserem Mitarbeiter läßt darauf schließen, daß eine solche Berichterstattung aufgrund der zur Türkei gepflegten freundschaftlichen Beziehungen und der Verwendung der zahlreich von der BRD an die Türkei gelieferten Waffen gegen die kurdische Bevölkerung nicht in ihrem Interesse liegt. Verbal wird zwar immer auf die zahlreichen Bemühungen um eine baldige Freilassung unseres Mitarbeiters verwiesen, tatsächlich wurde und wird zögerlich und hinhaltend agiert: Die zu Beginn der Haft von der türkischen Polizei an Stephan begangenen Mißhandlungen wurden von Stephan am 19.11.92 an Botschaftsrat Heisch mündlich mitgeteilt und nicht weitervermittelt und heruntergespielt; die bei zwei Polizeiaktionen gegen den Hungerstreik der Gefangenen von Diyarbakir Anfang Februar auch an Stephan Waldberg verübten Gewalttätigkeiten wurden zunächst aufgrund einseitiger Informationen durch die türkische Seite dementiert.

Mit der Bestätigung des erstinstanzlichen Urteils zeigt sich die Entschlossenheit des türkischen Staates, an Stephan Waldberg trotz aller internationalen Proteste gegen das politische Urteil weiter ein Exempel zu statuieren und ihn als abschreckendes Beispiel in Haft zu halten.

Wir rufen die Presse und die internationale Öffentlichkeit auf, sich nicht durch dieses Unrechtsurteil abschrecken zu lassen und weiterhin die Vorgänge in den kurdischen Gebieten aufmerksam zu beobachten und zu veröffentlichen. Kanzler Kohl wird am 19.5.93 die Türkei besuchen. Wir erwarten, daß sich Kohl bei diesem Besuch für Stephans Freilassung einsetzen wird. Die Bundesregierung darf sich nicht unter Hinweis auf das laufende Verfahren und die "fehlenden politischen Einflußmöglichkeiten" um ihre Verantwortung für den Fall unseres Mitarbeiters Stephan Waldberg drücken! Die einzig akzeptable Lösung kann nur die vollständige Aufhebung des Verfahrens und sofortige Freilassung Stephan Waldbergs sowie die Rückgabe des beschlagnahmten journalistischen Materials an Stephan Waldberg sein. Wir rufen daher alle journalistischen Institutionen, Verbände und journalistisch tätigen Einzelpersonen sowie alle anderen RepräsentantInnen der Öffentlichkeit auf, weiterhin alles in ihren Möglichkeiten stehende zur Erreichung dieses Ziels zu unternehmen.

Gerade in jüngster Zeit gehen Verhaftungen und andere Repressionsmaßnahmen gegenüber kritischen und unabhängigen PressevertreterInnen und -organen in der Türkei besonders massiv weiter. In der Zeit vor Newroz wurden mehrere Mitarbeiter der Zeitung "Özgür Gündem" bzw. nach deren vorläufiger Schließung von "Jeni Ülke" verhaftet und teilweise bis jetzt nicht freigelassen, im Westen der Türkei waren vor allem Mitarbeiter der Zeitschriften "Mücadele" und "Devrimci Genkliç" in den letzten Wochen von Verhaftungen betroffen. Wir möchten daher darauf hinweisen, daß der Protest gegen die Unterdrückung der Pressefreiheit

und Menschenrechtsverletzungen in der Türkei in Verbindung mit dem Fall unseres Mitarbeiters Stephan Waldberg auch nach dessen Freilassung dringend notwendig ist für die zahlreichen türkischen und kurdischen JournalistInnen, deren Verfolgung außerhalb der Türkei weit weniger Beachtung findet.

Freundeskreis Stephan Waldberg,

Radio Dreyeckland Freiburg

Kontakt:

Tel. 0761 - 32324 / Fax 0761 - 31868

Stephans Adresse:

Stephan Waldberg, Buça Cezaevi

35220 Buça, Izmir/Provinz, Türkei

4. Vertragsbruch, Gegenwehr, Streik

Rubrik: DDR-Anschlußfolgen; DGB und Einzelgewerkschaften · CD-Datei: daten/aksuche/ak354/48.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:354:48

Nachdem sich bei der Ende April durchgeführten Urabstimmung im Metall-Tarifbezirk Mecklenburg-Vorpommern 89,9%, im Metall-Bezirk Sachsen 84,95% sowie 85,92% der gewerkschaftlich organisierten ostdeutschen Stahlarbeiter für Streik ausgesprochen hatten, begann am 3. Mai der Streik in sechs Stahlwerken und 20 sächsischen Metallbetrieben. Am 4. Mai wurde in 24 Betrieben mit dem Streik begonnen.

Dem vorausgegangen war eine DGB-Aktionswoche der Gegenwehr, an deren Abschlußkundgebungen sich rund 200.000 Menschen beteiligt hatten. In Leipzig, Nürnberg, Köln, Potsdam, Stuttgart, Dortmund und Hamburg fanden Demonstrationen und Kundgebungen gegen die Kündigung der Ost-Tarifverträge statt. Dabei fanden die DGB-Redner starke Worte. DGB-Chef Heinz Meyer bezeichnete die Herren von Gesamtmetall als "Brandstifter, die den sozialen Frieden und damit eine Grundlage unserer Gesellschaft zerstören". Umgekehrt betitelte das Handelsblatt Franz Steinkühler als "Scharfmacher" der so tue "als handele es sich bei den Arbeitgebern um gesetzlose Gesellen, die das ganze Tarifvertragsrecht aus den Angeln heben wollten". (Handelsblatt, 26.4.93)

Stein des Anstoßes

Bei der aktuellen Auseinandersetzung geht es um die einseitige Aufkündigung des seit 1991 laufenden Stufentarifvertrages durch die Metall-Arbeitgeber. Zwischen IG Metall und Metall-Arbeitgebern wurde ein Vertrag abgeschlossen, der eine schrittweise Annäherung der Ost- an die Westlöhne vorsah. Damit sollte zum einen die massive Abwanderung von Ost-FacharbeiterInnen verhindert und zum anderen eine langfristige Planung der Lohnkostenentwicklung für die Unternehmen gesichert werden. Rein freiwillig war dieser Schritt der Kapitalisten nicht. Das Grundgesetz (Ergänzungen im Einigungsvertrag) sieht jedoch die Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost- und Westdeutschland vor. In den von der IG Metall eingereichten Klageschriften gegen die außerordentliche Kündigung der Stufentarifverträge wird darauf verwiesen, daß sich die Tarifvertragsparteien beim Abschluß der Verträge von dieser "ihnen im Einigungs- und Staatsvertrag zugesprochenen Verantwortung" (HB, 21.4.93) hätten leiten lassen.

Zum 1.4.93 war eine Tariflohnerhöhung um 26% vorgesehen. Der einseitigen Vertragskündigung folgte das Angebot einer neunprozentigen Lohnerhöhung. Der Hauptgeschäftsführer von Gesamtmetall, Kirchner, rechtfertigt diese Kündigung damit, daß die Tariferhöhung volkswirtschaftlich schädlich sei und "der traditionelle Flächentarifvertrag mit einer einheitlichen Lohnerhöhungszahl zu einem falschen Ergebnis führen müsse". (HB. 26.4.93) Interessanterweise gibt Kirchner im gleichen Artikel ein Bekenntnis zum Flächentarifvertragssystem ab. Das Richtige im Falschen sieht Kirchner bei 9% Lohnerhöhung in den östlichen Tarifgebieten, verbunden mit einer Öffnungsklausel für Krisenbetriebe.

Lohn- und Gehaltsentwicklung

Auffallend ist, daß in der Metallbranche in den neuen Ländern auf Kapitalistenseite so getan wird, als würde mit einer 26prozentigen Lohnerhöhung eine Lohnangleichung auf 80% des Westniveaus in diesem Jahr und auf 100% im nächsten Jahr stattfinden. Bei dieser Größe handelt es sich allerdings um die tarifliche Grundvergütung. Betrachtet mensch die Sache genauer, geht es, allgemein gesprochen, um eine Anhebung der Ostlöhne auf real 56,5% des West-Einkommens - dies bei Preisen und Mieten, die mit den westlichen vergleichbar sind. Völlig ausgeblendet wird bei dem Geheule des Arbeitgeberverbandes über die volkswirtschaftlich schädliche Lohnerhöhung auch die Steigerung der Arbeitsproduktivität. Der Erhöhung der Löhne in der Metallverarbeitung um 68,4% seit 1991 steht eine Steigerung der Arbeitsproduktivität um 82,6% gegenüber. Richtig ist allerdings, daß die Lohnstückkosten in der ehemaligen DDR im zweiten Quartal 1992 bei 173% des westdeutschen Niveaus lagen. (WSI-Mitteilungen 3/93) Festzuhalten bleibt, daß sich die Bedingungen für die Kapitalisten seit dem Abschluß des Stufentarifvertrags, der damals als politisch notwendig und ökonomisch maßvoll bezeichnet wurde, in bezug auf die Lohnstückkosten verbessert haben.

Bei einer Gegenüberstellung der tariflichen Grundvergütung in der Metallindustrie in Sachsen und in Bayern werden die realen Verhältnisse deutlich. Die vorgesehene 21,7%-Erhöhung der Löhne und Gehälter in

Sachsen zum 1.4.93 hätte zu einem Monatslohn von 2145 DM geführt. Dies entspricht 79,6% der Grundvergütung eines Beschäftigten in der bayrischen Metallindustrie. Berechnet auf das Jahresgehalt 93, ergibt sich noch ein Anteil von 76,6%. Wesentlich drastischer fallen die Lohnunterschiede bei einem Vergleich der Effektiveinkommen aus. Darunter sind die tarifliche Grundvergütung plus weitere tarifliche Leistungen wie Leistungszulage, Urlaubsgeld, 13. Monatseinkommen, vermögenswirksame Leistungen, Überstundenzuschläge, Schichtzulagen etc. plus übertarifliche Einkommensbestandteile zu verstehen.

In Sachsen erhalten die Beschäftigten im Vergleich mit ihren KollegInnen in Bayern nur ca. 50% der Leistungszulagen und der Jahressonderzahlung. Es gibt kein Urlaubsgeld und keine vermögenswirksamen Leistungen. Die in Bayern vom WSI ermittelten 10% übertarifliche Einkommen existieren in Sachsen ebenfalls nicht. Rechnet man die unterschiedlichen Jahresarbeitszeiten von 1792 Stunden (Sachsen, bedingt durch 40-Stunden-Woche und geringeren Urlaub) und 1584 Stunden in Bayern mit ein, erhält ein/e Beschäftigte/r in der Metallindustrie in Sachsen 56,5% des Einkommens eines Beschäftigten in der bayrischen Metallindustrie. Diese Berechnung bezieht sich allerdings auf eine 26prozentige Lohnerhöhung zum 1. April. Bei einer Lohnerhöhung von 9%, wie von den Kapitalisten angeboten, würde sich der Anteil auf 51,2% reduzieren.

Anschlag auf das Tarifsystem

Auch wenn es von den Kapitalisten noch so oft wiederholt wird, daß es sich bei der Kündigung der Tarifverträge nur "um das Sachproblem einer Lohnfindung in einer wirtschaftlich besonders schwierigen Situation" handeln würde, wird mit dieser Kündigung ein neues Kapitel in der bundesdeutschen Tarifgeschichte aufgeschlagen. Die IG Metall befürchtet zu Recht, daß diese Kündigung ein Testfall ist, um auch in anderen Bereichen und Branchen mißliebige Tarifverträge auszuhebeln. Schon droht der stellvertretende Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes Südwestmetall, Kraus, die für 1995 vorgesehene Einführung der 35-Stunden-Woche zu verschieben, weil sie nicht mehr in die Zeit passe. "Wenn die IG Metall nicht einlenkt, müßten wir notfalls den Tarifvertrag vorzeitig kündigen." (HB, 19.4.93)

Es ist deshalb klar, daß die IG Metall förmlich gezwungen ist, Flagge zu zeigen, will sie in der Zukunft noch ein ernstzunehmender Verhandlungspartner und nicht nur ein betrieblicher Ordnungsfaktor sein. Dabei betreibt die IG Metall ein Spiel mit dem Feuer. Einerseits setzt sie auf flächenmäßige Mobilisierung wie bei der Aktion Gegenwehr und führt Urabstimmungen durch. Gleichzeitig hofft sie auf einen Abbröckelungsprozeß im Unternehmerbereich nach den ersten Streiks.

Da die Arbeitgeberverbände nicht bereit sind, Tarifverträge einzuhalten, sollen nunmehr Firmentarifverträge abgeschlossen werden. In gut organisierten und kampfstarken Betrieben werden mit dieser Strategie mit Sicherheit die angestrebten Ziele erreicht werden. In Klein- und Mittelbetrieben mit schwacher gewerkschaftlicher Organisation kann diese Strategie sehr schnell zu Lohndumping führen. Nun kann die IG Metall damit den Zweck verfolgen, mit relativ geringem Einsatz (nur wenige bestreikte Betriebe) die Arbeitgeberverbände zur Räson zu bringen. Viel wahrscheinlicher führt eine Orientierung auf Firmentarifverträge zu einer De-facto-Akzeptanz der von den Kapitalisten geforderten Öffnungsklausel.

Die Kompromißbereitschaft der IG Metall wurde Anfang April bei der Einigung zwischen dem Dresdener Bezirksleiter der IG Metall, Düvel, und dem Vorsitzenden der sächsischen Metallarbeitgeber, Hein, deutlich. Unter der Regie von Sachsens Ministerpräsident Kurt Biedenkopf wurde eine Beibehaltung der 26%-Lohnerhöhung zum 1.4. vereinbart, verknüpft mit einer zeitlichen Streckung um ein Jahr, so daß erst 1995 100% des Ecklohns erreicht werden. Stichwortgeber für diesen Deal dürfte die IG Chemie gewesen sein, die sich in der ostdeutschen Chemiebranche mit einem "Lohnzuwachs" von 9% zufrieden gab und in der feinkeramischen Industrie einer Verschiebung des 1991 vereinbarten Stufenplans um zwei Jahre zustimmte. Wobei zu beachten ist, daß die 9%-Lohnerhöhung einen Ecklohn von 2144 DM in der Chemieindustrie gebracht hat. Bei einer Lohnerhöhung von 26% im Metallbereich würden unterm Strich 2145 DM stehen.

Die ganze Kompromißbereitschaft nutzte wenig. Hein wurde von Gesamtmetall zurückgepfiffen, trat zurück, und die Kündigung blieb bestehen. Wie stark die IG Metall unter Druck steht, zeigt sich auch an der direkten Intervention der Bundesregierung in diesem Tarifstreit. Die Treuhand, in deren Betrieben 40% der Menschen arbeiten, die unter diesen Lohntarifvertrag fallen, hatte die Weisung ausgegeben, nur 9% mehr Lohn zu zahlen. Bei vielen KollegInnen geht es bei diesem Streik nicht nur um die Höhe des Lohnes, sondern auch um

die Höhe des Arbeitslosengeldes. Denn viele werden im Laufe des Jahres arbeitslos werden, und Bemessungsgrundlage des Arbeitslosengeldes ist der zuletzt erhaltene Lohn.

Schon jetzt ist klar, daß sich der Vertragsbruch für die Kapitalisten gelohnt hat. Eine Rückversetzung in den alten Tarifstand wird es erklärtermaßen nicht geben. Dies wurde von der IG Metall mit der Zustimmung zu einer zeitlichen Streckung schon signalisiert und ist für die Aufnahme von weiteren Gesprächen auch nicht mehr Voraussetzung. Es ist davon auszugehen, daß es zu einem Flächentarifvertrag mit Öffnungsklauseln oder aber zu Firmentarifverträgen mit unterschiedlichem Lohnniveau je nach Kampfstärke der Belegschaften kommen wird. Des weiteren wurden ein "Stundungslohn" (9% sofort ausgezahlt, 17% verzinst zu einem späteren Zeitpunkt, wenn es dem Betrieb besser geht) und eine Lohnkostensubventionierung ins Spiel gebracht.

Sollte es bis zum 10. Mai keine Lösung geben, werden in den Metall-Tarifgebieten Berlin-Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Thüringen Urabstimmungen durchgeführt. Am 12. Mai soll es einen bundesweiten Aktions- und Protesttag im Metallbereich geben. Unabhängig vom konkreten Ergebnis dieses Streiks sind diese Kampfmaßnahmen dringend notwendig, um weiteren Begehrlichkeiten der Arbeitgeber rechtzeitig einen Riegel vorzuschieben.

gg.

5. Deutsche Soldaten im AWACs-Kampfeinsatz. Deutsche Außenpolitik 1993: "Zutiefst defensiv"

Deutsche Soldaten im AWACS-Kampfeinsatz über Ungarn:

Autor: Hans-Peter Hubert · Rubrik: Außenpolitik der BRD; Militärpolitik BRD - Bundeswehr; NATO und NATO-Strategien; Interventionspolitik und Kriege · CD-Datei: daten/aksuche/ak354/40.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:354:40

Was war? "Die NATO hat mit ihrem Bosnien-Einsatz begonnen", titelte die FAZ am 8.4.93. Seit dem 12.4.93 fliegen deutsche Soldaten in AWACS-Aufklärungsmaschinen mit einem von der UNO gestellten Kampfauftrag in NATO-Verbänden über der Adria und Ungarn. Sie sollen bei Verletzung des Flugverbots über Bosnien die "Feuerleitfunktionen" für die in Italien stationierten NATO-Kampfbomberverbände übernehmen, die dann serbische Militärmaschinen abdrängen und ggf. abschießen sollen.

War was? Zum dritten Mal in diesem Jahrhundert stehen deutsche Soldaten in einem Kampfauftrag gegen Serbien. Kohlsche Geschichtsentsorgung, Bitburg steht stellvertretend, nimmt die nächste Hürde. Deutschland ist wieder richtig groß und ungehemmt und wird als militärische Ordnungsmacht in Europa reaktiviert. Es unterstützt wieder alte Kriegspartner (Kroatien) durch eine Anerkennungspolitik, die nach inzwischen verbreiteter Meinung auch nichtlinksradikaler AnalytikerInnen das Gemetzel auf dem Balkan eskalieren statt deeskalieren half, und bekriegt wieder alte Gegner (Serbien), gegen die schon zweimal verloren wurde.

Was war? Eine Menge innenpolitischer Aufregung, Schauplatz: Bonn und vor allem Karlsruhe. Nicht, daß dies der erste "Out-of-area"-Einsatz deutscher Soldaten gewesen wäre - wir zählen den Golf, Namibia, Kambodscha, Adria ... Doch diesmal war selbst die FDP berührt - setzte sich doch dieser Beschluß des CDU/CSU-Regierungspartners über die gängige, und von dieser Koalition 1983 selbst geschaffene, Rechtsauffassung hinweg. Schon 1982 ging der Bundessicherheitsrat, einmal unter Schmidt, einmal unter Kohl, davon aus, daß "out of area"-Einsätze grundgesetzwidrig seien. Zur Erinnerung die Kausalkette: Art. 87 a GG stellt fest, daß "Streitkräfte ... außer zur Verteidigung ... nur eingesetzt werden (dürfen), soweit dieses Grundgesetz es ausdrücklich zuläßt." Hier kommt dann stets der Verweis auf Art. 24,2, daß sich "der Bund ... zur Wahrung des Friedens einem System gegenseitiger kollektiver Sicherheit einordnen" kann. Wenn auch die Assoziation mit dem UNO-"peace-keeping" augenfällig ist, diente diese Formulierung stets der Legitimation des NATO-Beitritts - wobei unter Linken stets bestritten wurde, daß die NATO ein "System gegenseitiger kollektiver Sicherheit ... zur Wahrung des Friedens" sei. Art. 5 und 6 des NATO-Vertrages wiederum umreißen den Verteidigungsauftrag und das NATO-Einsatzgebiet für den Fall eines "bewaffnete(n) Angriff(s) gegen eine oder mehrere von ihnen (den Vertragsparteien)" innerhalb der Kalte-Kriegs-Grenzen. (1) Ein Kampfauftrag über Ungarn, das hat sogar die FDP gemerkt, fällt nicht unter diese Interpretation. Weil sich die Koalition nicht einigen konnte, zog der kleine in Absprache mit dem großen Partner vors Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe, um sich seine Rechtsauffassung höchstrichterlich bestätigen und zumindest durch eine einstweilige Anordnung die Beteiligung deutscher Soldaten an solchen AWACS-Aufklärungsflügen verbieten zu lassen. Das geschieht allerdings aus Sorge um die liberale Klientel, nicht aus Überzeugung der FDP-ChefpolitikerInnen. Letztere nämlich drängten die SPD massiv zu einer die Einsätze legitimierenden GG-Änderung. Und die Sozis drängen zurück: Sie erweiterten nicht nur ihre "Adria"-Klage und ziehen den Regierungklüngel des Verfassungsgerichts-Mißbrauchs und der Gutachten-Erschleicherei. Mit einem Entschließungsantrag im Bundestag, der den AWACS-Einsatz unabhängig vom Richterspruch zunächst einmal untersagen sollte (und dem die FDP entsprechend ihrer Klage-Logik hätte zustimmen müssen), nahmen sie zudem die Liberalen in den Schwitzkasten. Doch so leicht ist diese Regierung nicht zu spalten - und von der schlauen Taktik blieb mal wieder nur eine Bundestagsdrucksache übrig.

Juristisch argumentiert die CDU/CSU einerseits, daß sich die BRD als UNO-Mitglied laut UN-Charta nicht nur zu "friedenssichernden", "Peace-keeping"-Maßnahmen (Kap. VI), sondern auch zu Kampf- bzw. "Peace-making"-Einsätzen ebenso verpflichtet habe wie dazu, "nach Maßgabe eines oder mehrerer Sonderabkommen dem Sicherheitsrat (!) auf sein (!) Ersuchen Streitkräfte zur Verfügung zu stellen" (Kap. VII Art. 43 UNCh). Gern unterschlägt dabei beispielsweise der Nun-wieder-Verfassungsrechtler Rupert Scholz, einer der opinion leader der Bundesregierung in dieser Frage, daß bislang kein Staat dieser Erde das genannte Sonderabkommen mit der UNO geschlossen hat. Weiter wird vertreten, Art. 24 GG decke auch eine solche "friedensstiftende" Maßnahme der NATO, bei der - wie durch das Überflugrecht über Ungarn - faktisch

der Einsatzraum erweitert wird. Die SPD beklagte daher, daß hier auf kaltem Weg der NATO-Vertrag substantiell geändert würde, was ohne Zustimmung von Bundestag und Bundesrat nicht möglich sein dürfe.

Doch die ChristdemokratInnen beschränken sich keineswegs auf die Militarisierung der deutschen Außenpolitik via UNO. Sie wird vielmehr als Mittel für die Transformation der Akzeptanz einer Militarisierung vorgeschoben. Für sie ist grund(ge)sätzlich alles offen, von bi- über multinationale oder reine NATO-Einsätze, wobei ihr die eigenmächtige Wandlung der NATO entgegenkommt. Dabei scheint noch nicht in letzter Konsequenz entschieden, ob die Rechten im Rahmen der rasanten Wandlung aller internationaler Organisationen - intern ebenso wie untereinander - eher auf eine NATO als UNO-Exekutive setzen oder sich die NATO als eigenständige Option erhalten wollen.

An politischen Argumenten führt die Bundesregierung die bekannten Muster der gewachsenen Verantwortung und der drohenden politischen Isolierung Deutschlands bei Verweigerung der Teilnahme deutscher Soldaten selbst von Kampfeinsätzen ins Feld. Zudem stelle sich eine klassische außenpolitische Grundsatzfrage, so der erste parlamentarische Geschaftsführer der Union, Rüttgers: "Mit Zustimmung der CDU/CSU wird es keinen Ausstieg der Bundeswehr aus der Bündnisverantwortung geben." (FAZ 24.3.93) Wenn die Deutschen sich nicht an den Einsätzen der in Geilenkirchen bei Aachen stationierten AWACS-Verbände beteiligten, wäre die "Einsatzfähigkeit zumindest stark eingeschränkt, wenn nicht gefährdet." (2)

Absurdes Theater vor Gericht

In ihrer Erwiderung beantragte die von der CDU/CSU-Mehrheit beauftragte Bundesregierung in Karlsruhe die Zurückweisung der FDP-Klageschrift im Hauptsache- wie auch im Eilverfahren. Um aus der Lage, in die sich die FDP-Fraktion mit ihrem ungewöhnlichen Weg einer politischen Klärung (die rechtlich und in der Sache nichts klärte, dafür aber das Vehikel für die Zustimmung für die AWACS-Einsätze wurde) manövriert hatte, halbwegs unbeschädigt wieder herauszukommen, wurden wahre Kabinettstückchen vorgeführt.

Bundesjustizminsterin Leutheuser-Schnarrenberger schnallte das Gebot der Stunde als erste. Denn schließlich gab die FDP-Fraktion als Klagegrund die Verletzung ihrer Rechte an, weil der AWACS-Kampfeinsatz der Zustimmung des Bundestages bedürfe und nicht nur der CDU/CSU-Mitglieder der Kohl-Regierung. Sollte der Antrag aber glaubwürdig sein, mußte die Gefahr einer drohenden ernsten Regierungskrise vorgegaukelt werden. Der Justizministerin wurde die Rolle zugeteilt, diese Position zu veröffentlichen. Die hohen Wellen, die das schlug, glättete ihr Fraktionschef am gleichen Tag: "Die Koalitionsfrage, so Solms, stelle sich nicht." (TAZ 7.4.93) Das war ein Signal an die KoalitionskollegInnen; einen Tag später in Karlsruhe ging's genau andersherum: Hier mußte Solms, als die Richter hartnäckig nachbohrten, um der Annahme des eigenen Antrags willen mit fürchterlich qualverzerrtem Gesicht beteuern, die Regierung stehe auf dem Spiel.

Heute Bosnien ...

Bekanntlich lehnte das Verfassungsgericht die Klage im Eil- nicht aber im Hauptverfahren ab; sie war also scheinbar begründet und einer ausführlicheren Überprüfung wert. Bei der für Herbst erwarteten Entscheidung besteht durchaus die Möglichkeit, daß der Rhein noch einmal über seine Ufer tritt. Allerdings: Indem der Richterspruch den abzuwendenden "außenpolitischen Schaden", der für die BRD entstehen würde, zum Hauptgrund für die Ablehnung einer Einstweiligen Anordnung machte, kam er der Argumentation der Bundesregierung sehr entgegen. Er schuf nicht nur Raum für die politischen Interpretationen je nach Gusto, sondern überdies die Voraussetzung, um mit immer weitergehenden militärischen Einsätzen neue Fakten zu schaffen, die dann selbstverständlich auch die noch ausstehende Entscheidung beeinflussen. Schon jetzt können Wetten abgeschlossen werden, daß die SPD in ihren künftigen Anträgen der Regierung weiter entgegenkommt. Denn es herrscht Unsicherheit bei Voigt & Co., ob mensch auf ein, die Sozen bestätigendes Karlsruher Urteil hoffen soll, oder ob vielleicht eine komplette Bauchlandung wahrscheinlicher ist. Es liegt wohl eher an der kompromißlosen Haltung der ChristdemokratInnen, daß die SPD in dieser Frage in die Opposition gedrängt wird, statt daß sie in einen weiteren Konsens der DemokratInnen aufgenommen wird.

Politiker der Koalitionsfraktionen behandeln die jetzt ergangene Entscheidung jedenfalls wie ein Urteil in der Sache und forcieren das Tempo Richtung "out of area": Für die FDP-Fraktion gab es plötzlich keine Regierungkrise mehr, statt dessen stimmte sie für die AWACS-Beteiligung. Der Unionsfraktionsvorsitzende Schäuble erklärte, "nach der Karlsruher Entscheidung seien in Zukunft weitere Kampfeinsätze der Bundeswehr möglich." (FAZ 13.4.93) Noch deutlicher äußerten sich die Unions-Abgeordneten Hollerith und Austermann,

indem sie den Einsatz von Kampfflugzeugen der Bundeswehr zur Durchsetzung des Flugverbots über Bosnien forderten, und der ehemalige parlamentarische Staatssekretär Würzbach, nach dessen Wünschen sich die Bundesluftwaffe an der Zerstörung von "Artilleriestellungen der Serben, aber auch ihre(r) Depots, Flughäfen, wichtige(r) Fernmeldeknotenpunkte und ähnliche(r) Einrichtungen" beteiligen soll (FAZ 15.4.93).

Um die öffentliche Meinung am Fallbeispiel Ex-Jugoslawiens analog zu diesem Interesse zuzurichten, verdienen sich nicht nur Leute wie der FAZ-Herausgeber Reißmüller das Eiserne Kreuz Erster Klasse mit Eichenlaub und Schwertern. Auch TAZ-KommentatorInnen stehen nicht zurück: "Die Prämissen sind klar umrissen. Deutschland ist als Mitglied der NATO aufgefordert, zunächst an der Überwachung des Luftraumes über dem ehemaligen Jugoslawien teilzunehmen. Angesichts der politischen und militärischen Dynamik, die sich aus der Flugüberwachung entwickeln könnte, ist durchaus denkbar, daß die Bundeswehr in nächster Zukunft zu weit größerem militärischem Engagement aufgefordert wird. Wie um Himmels willen soll dann reagiert werden, wenn schon jetzt die Ohren taub und die Münder stumm geworden sind? Der Gang nach Karlsruhe bleibt Ausdruck eines zutiefst defensiven, vor 1989 entwickelten Denkens in allen politischen Lagern. Daß deutsche Außenpolitik sich nicht mehr im Windschatten der jeweiligen Bündnispartner definieren kann, sondern im Rahmen des vorhandenen Bündnisses gestaltend wirken muß, dürfte sich doch eigentlich herumgesprochen haben!" (Erich Rathfelder, TAZ 5.4.93)

... morgen Somalia, übermorgen ...

Schon wenige Tage später beherrschte mit "Somalia" ein neuer "Out-of-area"-Versuchsballon die außenpolitische Diskussion: In Rückgriff auf ein Angebot der Bundesregierung von Dezember '92 forderte UNO-Generalsekretär Butros Ghali rund 1.500 Bundeswehrsoldaten für einen "friedenserhaltenden" Einsatz in - speziell für die Deutschen formuliert - "befriedeten Regionen" an. Der SPD-Militärexperte Kolbow konnte daran nichts Schlimmes finden. Keine Antwort gab es auf die Frage, warum in einer "befriedeten Region" zur humanitären Hilfe Soldaten benötigt würden, die auch noch von Klein-Kanonieren ("Infanterie-Selbstschutzeinheiten") begleitet werden; warum nicht zivile Hilfsorganisationen ausreichten. Immerhin hatte der Bundeswehr-Verband verlauten lassen, daß nach seiner Einschätzung der Somalia-Einsatz "eine Mischung zwischen Blauhelm-Einsatz und möglicherweise auch Kampfeinsatz" sei (ND 21.4.93). Doch ungeachtet aller "Grauzonen" ging, kaum einen Monat nach der AWACS-Aufregung, der Somalia-Beschluß am 21.4.93 im Kabinett glatt durch: Laut TAZ geht mensch "nach entsprechender Unterrichtung durch die Bundesregierung ... im New Yorker Büro des UNO-Generalsekretärs inzwischen davon aus (...), daß deutsche Soldaten nicht nur in Somalia, sondern auch überall sonst ohne Änderung des Grundgesetzes an ‚friedenserhaltenden` Aufgaben teilnehmen können". (3)

Wo bleibt der Widerstand?

Als bezeichnend für die politische Situation im Lande kann die Rede des CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Schäuble in der Bundestagsdebatte vom 21.4.93 angesehen werden. Er setzte sich nämlich mit zwei "Parteien" auseinander: Erstens mit der SPD, der er süffisant ein weiteres "Entgegenkommen" nahelegte - und den OstermarschiererInnen der Friedensbewegung, welche die AWACS-Einsätze als Militarisierung deutscher Außenpolitik verurteilten, und die er mit der Bemerkung bedachte: "Wenn ich mir die Erbärmlichkeit der diesjährigen sogenannten Ostermarschierer noch einmal vor Augen führe, muß ich sagen: Etwas Schäbigeres hat es in diesem Lande schon lange nicht mehr gegeben." (4) Abgesehen von der "normalen" Ignoranz gegenüber der eindeutig Stellung beziehenden PDS waren ihm auch die Grünen und das Bündnis 90 keiner Erwähnung wert.

Doch: Womit hätte er sich auch auseinandersetzen sollen, alldieweil diese seit langem als Opposition ausfallen? Bei den Grünen ist zu beobachten: Je höher die Ebene ist, auf die mensch blickt, umso weniger trauen sie sich, gegenüber den deutschen WählerInnen Tacheles zu reden. Die geistig-moralische "Wende" kam auch hier 1989: Statt, wie es wenigstens noch Oskar tat (und dafür über 30 Prozent einfuhr), vor den ökonomisch-sozialen Folgen der Wiedervereinigung zu warnen, ja: diesen im Kern richtigen Gedanken in seinen Konsequenzen - Faschisierung nach innen und Imperialisierung nach außen - weiterzudenken und dies offen auszusprechen, konnte Antje Vollmer mit ihrem Gefasel (nicht anders kann mensch es aus heutiger Sicht nennen) von der "zivilisierenden Wirkung", die die Grünen (als "Ausläufer der 68er") auf die BRD-Gesellschaft gehabt hätten, die grüne Debatte zur Wiedervereinigung hegemonisieren. Damit gaben die Grünen faktisch der Kohlschen Annexion den Segen und fielen als innerdeutscher Bündnispartner international geäußerter

Bedenken gegen die Wiedervereinigung schlicht aus. Auch hier übernehmen die Grünen seit längerem nicht mehr ihre Rolle in dem gesellschaftlich objektiv bedeutsamen Zusammenspiel mit der SPD, diese von links zu kritisieren, dieser linken Opposition damit öffentlich Gehör zu verschaffen und zumindest Teilen der SPD Gelegenheit zu geben, auf ein inhaltlich ausgewiesenes, relevantes Potential links von sich verweisen zu können. (Daß dieser Mechanismus auch stets Objekt des innergrünen Streits war und daher auch oft nicht funktionierte, ist bekannt.) Ein solcher Ausfall in einer historischen Situation, in der möglicherweise die Entscheidungen über Krieg und Frieden fallen, ist fatal.

Dieses Schema, einmal von Anfang bis Ende durchgezogen, macht nun Schule. In der Frage Militarisierung deutscher (Außen-)Politik findet sich die Bundestagsgruppe Bündnis 90/Grüne (mit ihren Grundgesetz-Änderungs-Anträgen, welche deutschen Soldaten, vermäntelt durch eine UNO-Legitmation, wieder weltweite Kampfeinsätze erlauben; oder mit Reden wie die von Vera Wollenberger am 21.4.93, für die sie zurecht lebhaften Beifall des hohen Hauses, von rechts bis fast ganz links, bekam) in einer Front mit westgrüner Parteiprominenz von Fücks bis Quistorp und zurück. Daß solche Ausscheidungen bis zur Parteibasis noch nicht so recht durchgesickert sind und beispielsweise der Länderrat erst unlängst mit zwei Resolutionen zur "nichtmilitärischen Konfliktlösung" und "Zivilisierung der Außenpolitik" eine Pfanne unter die Allerwertesten ihrer Oberpromis schob, hängt sicher nicht zuletzt damit zusammen, daß letztgenannten mit einer "richtigen" Bundestagsfraktion ein schlagkräftiges Instrument der Beeinflussung fehlt. Zudem scheint die Vermeidung eines bis zur letzten Konsequenz getriebenen öffentlichen showdowns so lange innerparteilicher common sense zu sein, bis das Traumschiff, getragen von der Welle der Altparteienverdrossenheit, wieder am Dock seiner jetzigen Rettungsboote zwischen Poppelsdorf und Pützchen anlegen darf.

Diese bündnisgrüne Oberströmung registriert dabei sehr empfindlich eine deutsche Befindlichkeit, die zunehmend von Rezessionsängsten geprägt ist. Zwar hat die mehrheitlich alternativmittelschichtige Klientel der Grünen, bundesdurchschnittlich gesehen, selbst wenig materielle Gründe für Hysterie, sondern muß schlimmstenfalls befürchten, den Wochenendkurs "selber atmen" nicht mehr bezahlen zu können. Doch zumindest im kollektiven Unterbewußten ist die Erfahrung bestimmend, daß in Deutschland Wirtschaftskrisen selten über internationale Solidarität, dafür aber umso eher mittels "deutsche Volksgemeinschaft gegen den Rest der Welt" zu lösen versucht wurden. Wurde erst einmal den Anfängen nicht gewehrt, dann fegte deutscher Volkssturm jeglichen innergesellschaftlichen Widerstand hinweg.

Wir befinden uns mitten in der Neudefinition deutscher Politik, und bislang überwiegen eindeutig die fürchterlichen Tendenzen. Ob sich solche faschistischen oder aber emanzipativen Entwicklungen gesamtgesellschaftlich durchsetzen, steht und fällt - gerade in einer (hoffentlich) noch unentschiedenen Situation wie der heutigen - mit dem Vorhandensein einer standhaften Opposition, die für alle Unentschiedenen vor allem durch das Aufzeigen klarer und überzeugender Alternativen eine Orientierung ist. Darin besteht auch heute noch eine entscheidende gesellschaftliche Funktion der neuen Partei Bündnis 90/Grüne. Und da die nächste Bundestagswahl keine Wiedervereinigungswahl ist, dürfte auch mit klaren Alternativpositionen zur gegenwärtigen Regierungspolitik die Fünfprozenthürde zu bewältigen sein. Die Partei Bündnis 90/Grüne sollte mit dem Selbstbewußtsein antreten, daß sie realistischerweise die einzige alternative politische Kraft sein kann, der dieser Sprung gelingen dürfte.

Hans-Peter Hubert

Anmerkungen

1) Eine ausführliche Darstellung dieser Debatte findet sich in: Militärpolitik-Dokumentation Heft 78/79 (BearbeiterInnen des Schwerpunktthemas: Caroline Thomas, Randolph Nikutta).

2) FAZ, 8.4.93. Hier finden sich auch weitere militärische und planungstechnische Details sowie solche zur Entscheidungsfindung innerhalb der NATO. Diese Behauptung spielte bei der Entscheidung um die einstweilige Anordnung eine ebenso große Rolle wie die Frage, wie ernst es der FDP mit ihrer Klage sei. Noch am 23.3.93 hatte FDP-Fraktionschef Solms erklärt, daß die AWACS-Einsätze ohne daß die Deutschen fliegen "faktisch machbar" seien (FAZ 24.3.93) Lt. ND v. 13.4.93 sind "nur 13 der 81 AWACS-Piloten, nur 33 der 103 Jägerleitoffiziere und nur 10 der 44 Taktischen Führer ... Deutsche."

3) "Diese Aufgaben werden in dem Resolutionstext genau unterschieden von ‚friedenserzwingenden` Handlungen nach Kapitel 7 der UNO-Charta (z.B. der Entwaffnung von Banden, der Durchsetzung von

Abkommen oder Zwangsmaßnahmen unter Waffeneinsatz). ... In der Praxis dürfte sich diese Unterscheidung kaum durchhalten lassen. Die im Resolutionstext vorgenommene Aufteilung Somalias in ‚sichere`, ‚rebellenfreie` Zonen ... und ‚riskante` Gebiete, wo nach wie vor mit Kampfhandlungen zu rechnen sei, hat sich schon in den letzten Monaten des UNITAF-Einsatzes als graue Theorie erwiesen. Immer wieder kam es zu gewalttätigen Handlungen und auch zum direkten Beschuß von UNO-Soldaten in ‚befriedeten` Regionen." (Andreas Zumach in TAZ 15.4.93)

4) Stenographischer Bericht, 151. Sitzung, 12. Wahlperiode, S. 12938.

6. Die BRD - eine künftige Nuklearmacht?

Autor: Hans-Michael Empell · Rubrik: NATO und NATO-Strategien; Atomwaffenstreben der BRD · CD-Datei: daten/aksuche/ak354/02.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:354:02

Die Frage, ob die BRD den Besitz von Nuklearwaffen anstrebt, scheint sich auf den ersten Blick leicht beantworten zu lassen: Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und des "Ostblocks" und nach der förmlichen Auflösung der Warschauer Vertragsorganisation am 31.3.1991 ist die Nuklearstrategie der NATO, wie sie in der Epoche des kalten Krieges praktiziert wurde, überholt. Die USA haben in der Folge denn auch nuklear abgerüstet (1). Die Atomwaffen scheinen somit an Bedeutung verloren zu haben. Warum sollte die BRD ausgerechnet in dieser Situation den Besitz von Nuklearwaffen oder die Verfügungsgewalt über sie anstreben? Schließlich hat sie auch im sog. Zwei-plus-Vier-Vertrag vom 12.9.1990, in dem die internationalen Aspekte der Wiedervereinigung Deutschlands geregelt wurden, erklärt, keine Nuklearwaffen erwerben zu wollen. Dies wurde in der Friedensdiskussion ausdrücklich begrüßt. Jedoch bietet gerade die genannte Regelung Anlaß, sich nicht mit einer raschen Antwort zufrieden zu geben.

In Art. III des Vertrages heißt es (2): "Die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik bekräftigen ihren Verzicht auf Herstellung und Besitz von und auf Verfügungsgewalt über atomare, bakteriologische und chemische Waffen. Sie erklären, daß auch das vereinte Deutschland sich an diese Verpflichtungen halten wird. Insbesondere gelten die Rechte und Verpflichtungen aus dem Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen vom 1. Juli 1968 für das vereinte Deutschland fort." Von entscheidender Bedeutung ist hier das Wort "bekräftigen". Es besagt, daß die BRD lediglich ihre bereits früher eingegangenen Verpflichtungen wiederholt und erneuert, ohne darüber hinaus inhaltlich weitergehende Pflichten zu übernehmen. Was die Nuklearwaffen betrifft, so geht es dabei, wie auch in dem zitierten Absatz betont wird, in erster Linie um den Nichtverbreitungsvertrag von 1968. Die Kernwaffenstaaten (die USA, früher: die Sowjetunion (3), Großbritannien und Frankreich) verpflichten sich darin, keine Kernwaffen an andere Staaten zu geben; umgekehrt verzichten Nichtkernwaffenstaaten wie die BRD auf den Erwerb von Kernwaffen. Diese Pflicht der BRD wird im Zwei-plus-Vier-Vertrag "bekräftigt".

Die "europäische Option"

Wenn ein Staat einen völkerrechtlichen Vertrag ratifiziert und sich damit den in diesem Vertrag aufgestellten Pflichten unterwirft, kann er sich zugleich von einem Teil dieser Pflichten "freizeichnen". Er muß dazu einen Vorbehalt einlegen, das heißt: eine Erklärung abgeben, wonach er an einzelne vertragliche Bestimmungen nicht gebunden sein will. Einen solchen Vorbehalt hat die BRD im Hinblick auf den Nichtverbreitungsvertrag eingelegt. Sie hat nämlich am 2.5.1975 erklärt, daß "keine Bestimmung des Vertrags so ausgelegt werden kann, als behindere sie die weitere Entwicklung der europäischen Einigung, insbesondere die Schaffung einer Europäischen Union mit entsprechenden Kompetenzen." (4) Im Klartext heißt dies: Die Bundesrepublik hat trotz des Nichtverbreitungsvertrages die rechtliche Möglichkeit, zusammen mit anderen europäischen Staaten die Verfügungsgewalt über Nuklearwaffen im Rahmen einer gemeinsamen europäischen Streitmacht zu erwerben, "weil", wie Willy Brandt seinerzeit sagte, "ein Atomsperrvertrag nicht eine europäische gemeinsame Atommacht versperren darf" (5). Der Nichtverbreitungsvertrag hindert die BRD nur am Aufbau einer nationaldeutschen Atomstreitmacht, also daran, sich den alleinigen Besitz und die alleinige Verfügungsgewalt über Nuklearwaffen zu verschaffen (6).

Von dieser bedeutsamen Einschränkung der Verpflichtung, keine Atomwaffen zu erwerben, ist im Zwei-plus-Vier-Vertrag nicht ausdrücklich die Rede; jedoch wird implizit darauf Bezug genommen, wenn es heißt, die BRD "bekräftige" ihren Verzicht auf Nuklearwaffen. Sie "bekräftigt" damit nämlich zugleich die "europäische Option".

Hier ließe sich einwenden, diese Option sei heute politisch überholt. Der entsprechende Vorbehalt wurde im Jahre 1975 eingelegt, also zu einer Zeit, als die BRD noch ein Interesse an einem militärisch "starken" Europa gegenüber den Staaten des Warschauer Paktes hatte. Ist die "europäische Option" aber auch heute noch von Bedeutung?

Humanitäre Prinzipien im Krieg

Um diese Frage zu beantworten, ist es erforderlich, einen weiteren völkerrechtlichen Vertrag heranzuziehen, den die BRD im Unterschied zum Nichtverbreitungsvertrag erst vor relativ kurzer Zeit ratifiziert hat. Dabei handelt es sich um ein Abkommen aus dem Bereich des humanitären Kriegsvölkerrechts. Dieser Teil des Völkerrechts hat den Zweck, im Falle eines Krieges die Menschen zu schützen, die nicht oder nicht mehr an kriegerischen Handlungen beteiligt sind, das heißt: die Verwundeten und Schiffbrüchigen, die Kriegsgefangenen und die Zivilbevölkerung, insbesondere auch Frauen und Kinder. Die entsprechenden Schutznormen sind in den vier Genfer Konventionen vom 12.8.1949 niedergelegt. Die Genfer Konventionen werden durch zwei weitere Verträge, sog. Zusatzprotokolle, aus dem Jahre 1977 ergänzt. Im Hinblick auf die Haltung der BRD zu den Nuklearwaffen ist das I. Zusatzprotokoll von entscheidender Bedeutung (7).

Das I. Zusatzprotokoll enthält Vorschriften zum Schutz der Zivilbevölkerung vor den Auswirkungen von Kampfhandlungen. Es schreibt vor, bei allen militärischen Aktionen zwischen der Zivilbevölkerung und zivilen Objekten einerseits sowie Kombattanten und militärischen Zielen andererseits zu unterscheiden. Nur militärische Ziele dürfen also angegriffen werden, nicht die Zivilbevölkerung als solche. Aber auch Angriffe auf militärische Ziele sind verboten, wenn sie zu verhältnismäßig hohen Verlusten unter der Zivilbevölkerung führen würden. Diese Regeln sind auch dann verpflichtend, wenn ein Staat das I. Zusatzprotokoll nicht ratifiziert hat. Es handelt sich bei ihnen nämlich um schon lange geltendes (ungeschriebenes) Völkergewohnheitsrecht.

Das I. Zusatzprotokoll enthält jedoch auch Normen, die "neu" sind. Dabei ist an erster Stelle das Repressalienverbot zum Schutz der Zivilbevölkerung zu nennen. Nach dem "alten" Gewohnheitsrecht ist ein Staat berechtigt, die Schutznormen zugunsten der gegnerischen Zivilbevölkerung zu mißachten, wenn der gegnerische Staat ihm gegenüber die Regeln des Kriegsrechts selbst verletzt hatte. Wenn ein Staat beispielsweise "feindliche" Großstädte bombardiert, wie im Zweiten Weltkrieg geschehen, so kann der betroffene Staat mit ähnlichen militärischen Aktionen "antworten", um für die Zukunft derartige Angriffe auf die "eigene" Zivilbevölkerung zu verhindern. Das Recht zur Verhängung von Repressalien ist leicht zu mißbrauchen. Die meisten Kriegsverbrechen werden damit gerechtfertigt. Ein Staat, der eine Rechtsverletzung begeht, muß nur behaupten, er sei zuvor selbst das Opfer einer Verletzung des Kriegsrechts geworden und es gehe ihm darum, den anderen Staat zu rechtmäßigem Verhalten zu zwingen. So haben die USA ihre Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki u.a. damit zu rechtfertigen versucht, es habe sich um Repressalien gehandelt, die eine "Antwort" auf den Überfall Japans auf Pearl Harbor bildeten (was allein schon deshalb zur Rechtfertigung nicht taugt, weil bei Repressalien das Prinzip der Verhältnismäßigkeit zwischen der Rechtverletzung und der "Antwort" darauf einzuhalten ist). Auf diese Weise können die Schutznormen des Kriegsrechts praktisch aus den Angeln gehoben werden; der "totale Krieg" wird gerechtfertigt. Deshalb enthält das I. Zusatzprotokoll eine neue Regel: Die Vorschriften zum Schutz der Zivilbevölkerung dürfen auch im Wege der Repressalie nicht außer Kraft gesetzt werden. Auch wird die vorsätzliche Verletzung dieser Schutznormen als Kriegsverbrechen gebranntmarkt.

Völkerrechtlich

legaler Massenmord?

Diese Neuerung ist für die Nuklearmächte und die (übrigen) Staaten der NATO von erheblicher Bedeutung. Denn die Mitgliedsstaaten der NATO haben die in der (früheren) Nuklearstrategie vorgesehenen Einsätze und die damit voraussichtlich verbundenen Opfer unter der "feindlichen" Zivilbevölkerung stets mit dem Argument zu rechtfertigen versucht, es handele sich bei diesen Einsätzen um Repressalien, die eine "Antwort" auf vorangegangene rechtswidrige Atomwaffeneinsätze von Seiten des Warschauer Pakts bildeten. Nach dieser Position waren die in der (früheren) NATO-Strategie vorgesehenen Atomwaffeneinsätze mit den gewohnheitsrechtlichen Prinzipien des humanitären Kriegsvölkerrechts vereinbar, mochten sie auch zu Millionen von Opfern unter der Zivilbevölkerung des "Feindes" geführt haben. Durch das I. Zusatzprotokoll wird dem Repressalienargument der Boden entzogen. Die in der Nuklearstrategie vorgesehenen Einsätze wären, gemessen am I. Zusatzprotokoll, eindeutig und unstreitig illegal; sie wären nach dem I. Zusatzprotokoll sogar Kriegsverbrechen gewesen. Dann aber wäre auch die Drohung mit derartigen Einsätzen, die das Wesen der Nuklearstrategie ausmacht, rechtswidrig gewesen und damit alle praktischen Maßnahmen, die der Umsetzung dieser Strategie dienten, wie zum Beispiel die Stationierung von Atomwaffen und von Truppen. Und die weitere Konsequenz wäre möglicherweise gewesen, daß es ein Widerstandsrecht der Menschen gegen diese rechtswidrigen Maßnahmen gab.

Aus der Perspektive der Mitgliedsstaaten der NATO durfte dies nicht sein. Die USA, Großbritannien und Frankreich haben deshalb das I. Zusatzprotokoll von vornherein nicht ratifiziert. Eine Reihe von NATO-Staaten versuchte demgegenüber, sich auf andere Weise dem dargestellten Dilemma zu entziehen. Sie ratifizierten zwar den Vertrag, legten jedoch zugleich Vorbehalte ein, in denen sie erklärten, an die Vorschriften zum Schutz der Zivilbevölkerung nur bei konventionellen Einsätzen, nicht jedoch beim Einsatz von Massenvernichtungswaffen gebunden zu sein. Derartige Erklärungen wurden von Italien, Spanien, Belgien, den Niederlanden, der Bundesrepublik Deutschland und Kanada abgegeben.

Diese Vorbehalte "befreien" die betreffenden Staaten von der Bindung an die Normen zum Schutz der Zivilbevölkerung gerade im Hinblick auf den Einsatz derjenigen Waffen, von denen die größte Gefahr für die Zivilbevölkerung ausgeht, nämlich der Massenvernichtungswaffen. Gleichwohl sind auch derartige dem Vertragszweck widersprechende Vorbehalte nach dem geltenden Völkerrecht wirksam.

Die Haltung der USA, Großbritanniens und Frankreichs gegenüber dem I. Zusatzprotokoll erklärt sich aus der Tatsache, daß sie als Nuklearstaaten über den Einsatz von Atomwaffen beschließen können. Warum aber haben die übrigen genannten Mitgliedsstaaten der NATO, unter ihnen die BRD, Nuklearvorbehalte zum I. Zusatzprotokoll eingelegt? Als Nichtkernwaffenstaaten kommen sie, so könnte man meinen, nicht in die Situation, über den Einsatz von Nuklearwaffen zu entscheiden. Sie haben es anscheinend auch nicht nötig, sich von der Bindung an die Vorschriften des I. Zusatzprotokolls im Hinblick auf Nuklearwaffeneinsätze zu befreien. Auffällig ist zudem, daß die Bundesrepublik Deutschland ihren Vorbehalt erst am 14.2.1991 einlegte, also zu einer Zeit, als die "alte" Nuklearstrategie gegenüber den Staaten des Warschauer Paktes offensichtlich überholt war. Was ist der Grund dafür, daß die BRD dennoch einen Nuklearvorbehalt einlegte?

"Solidarität" in der NATO?

Die Bundesregierung begründete dies mehrfach damit, es sei politisch wichtig, daß alle Mitgliedsstaaten der NATO im Hinblick auf das I. Zusatzprotokoll und die Frage der Nuklearwaffen eine einheitliche Position vertreten (8). Dieses Argument ist jedoch aus verschiedenen Gründen problematisch. Als die BRD ihren Vorbehalt einlegte (14.2.1991), stand fest, daß die NATO-Staaten keine einheitliche Haltung einnehmen würden. Präsident Reagan hatte nämlich bereits am 29.1.1987 erklärt, das I. Zusatzprotokoll nicht ratifizieren zu wollen (9). Auch Großbritannien hatte (und hat) dies bis heute nicht getan. Diejenigen NATO-Staaten also, auf deren Übereinstimmung es der BRD am ehesten hätte ankommen müssen, hatten sich längst anders entschieden. Einheitlichkeit unter den NATO-Staaten konnte im übrigen auch deshalb nicht mehr erzielt werden, weil Griechenland, Dänemark und Norwegen bereits ratifiziert hatten, ohne jedoch einen Nuklearvorbehalt einzulegen.

Möglicherweise besteht nun die völkerrechtliche Bedeutung des Nuklearvorbehalts darin, daß die BRD auch als Nichtkernwaffenstaat für Nuklearwaffeneinsätze verantwortlich ist, dann nämlich, wenn dieser Einsatz von den USA, aber vom Territorium der BRD aus unternommen wird. Obwohl einige Völkerrechtler hier eine (Mit-)Verantwortung der BRD bejahen (10), ist die Bundesregierung anderer Auffassung: Nach ihrer Position ist sie für Einsätze der USA vom Boden der BRD aus völkerrechtlich nicht mitverantwortlich (11). Der Nuklearvorbehalt kann also nicht die Aufgabe haben, die BRD von einer derartigen Mitverantwortung freizuzeichnen.

Daher gibt es nur eine Möglichkeit, den Nuklearvorbehalt der BRD zu erklären: Allem Anschein nach geht die BRD davon aus, künftig selbst die Verfügungsgewalt über Atomwaffen zu erlangen und dann auch über deren Einsatz zu entscheiden. Hier besteht eine enge Beziehung zu dem bundesdeutschen Vorbehalt gegen den Nichtverbreitungsvertrag, durch den sie sich die "europäische Option" offen hält. Beide Vorbehalte passen zusammen: Der Vorbehalt zum Nichtverbreitungsvertrag ermöglicht es der BRD, gemeinsam mit anderen europäischen Staaten die Verfügungsgewalt über Nuklearwaffen zu erlangen. Sollte sie sich einmal diese Verfügungsgewalt verschafft haben, kann sie über den Einsatz der Atomwaffen mitentscheiden. Sie ist dann an die neuen Schutzvorschriften des I. Zusatzprotokolls zugunsten der Zivilbevölkerung nicht gebunden. Denn sie hat sich durch ihren Vorbehalt zum I. Zusatzprotokoll von der Pflicht, diese Schutznormen einzuhalten, im Hinblick auf Massenvernichtungswaffen befreit. Deren Einsatz wäre damit - jedenfalls nach der Auffassung der BRD - völkerrechtlich legal.

Für die Vermutung, daß diejenigen westeuropäischen Staaten, die Nuklearvorbehalte eingelegt haben, sich die "europäische Option" offenhalten wollen, spricht, daß diese Vorbehalte in ihrem Wortlaut zwar nicht identisch, aber offensichtlich aufeinander abgestimmt sind. Aufschlußreich ist auch die Tatsache, daß, wie bereits erwähnt, einige Mitgliedsstaaten der NATO das I. Zusatzprotokoll ohne einen Nuklearvorbehalt ratifiziert haben, unter ihnen Griechenland und Dänemark. Beide Staaten stehen einer gemeinsamen europäischen Militärmacht skeptisch bis ablehnend gegenüber (12). Von Bedeutung ist schließlich, daß Italien der erste Staat war, der (am 27.2.1986) einen Nuklearvorbehalt einlegte. Italien hatte sich früher schon zusammen mit der BRD für ein gemeinsames Vorgehen der EG auf dem Gebiet der Militärpolitik stark gemacht (13).

BRD und

die "neue Weltordnung"

Der bundesdeutsche Nuklearvorbehalt zum I. Zusatzprotokoll ist ein deutliches Anzeichen dafür, daß die BRD weiterhin das Ziel verfolgt, sich im Rahmen einer europäischen Atomstreitmacht die Verfügungsgewalt über Atomwaffen zu verschaffen. Nach der Wiedervereinigung Deutschlands haben die westeuropäischen Staaten die europäische Einigung vorangetrieben. Ziel ist dabei auch eine "Europäische Verteidigungsunion". Im Vertrag über die Schaffung der Europäischen Union vom 7.2.1992, dem sog. Vertrag von Maastricht, sind dementsprechend bereits "Bestimmungen über eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik" enthalten (14).

Auch werden die Aufgaben der Bundeswehr neu definiert. Die aktuellen Diskussionen über Einsätze der Bundeswehr auf Grund eines Mandats der UNO und von Einsätzen im Rahmen der NATO "out of area" sind dabei nur der Anfang. In Wirklichkeit soll die Bundeswehr, wie einer Studie aus dem Bundesverteidigungsministerium vom Februar 1992 zu entnehmen ist, künftig u.a. die folgenden Aufgaben haben: "Förderung und Absicherung weltweiter politischer, wirtschaftlicher, militärischer und ökologischer Stabilität" und die "Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des Zugangs zu strategischen Rohstoffen" (15). Die BRD soll eine Großmacht werden.

Europa wird unter der Führung der BRD neben den USA und Japan eine der Großmächte sein, die die "neue Weltordnung" beherrschen. Diese Großmächte werden die Herrschaft des transnationalen Kapitals über die Ressourcen der sog. Dritten Welt durch politische und militärische Vorherrschaft zu sichern versuchen. Sie werden, wie zum Beispiel im Golfkrieg geschehen, unter dem Vorwand des Schutzes von Demokratie und Menschenrechten in Staaten der "Dritten Welt" intervenieren, wenn es ihnen notwendig erscheint. Daß sie dabei auch vor der Drohung mit dem Einsatz von Nuklearwaffen nicht zurückschrecken, hat das Verhalten der USA gegenüber dem Irak während des Golfkrieges gezeigt.

Dementsprechend haben die NATO-Staaten erklärt, trotz der nuklearen Abrüstung keineswegs vollständig auf Atomwaffen verzichten zu wollen (16). Und deshalb heißt es in einer vom Bundesverteidigungsministerium im Jahre 1991 veröffentlichten zentralen Dienstvorschrift: "In der Strategie des Nordatlantischen Bündnisses haben Kernwaffen nach wie vor unverzichtbare Bedeutung." (17)

Der bundesdeutsche Nuklearvorbehalt zum I. Zusatzprotokoll spricht dafür, daß die BRD weiterhin und verstärkt versuchen wird, sich die Verfügungsgewalt über Nuklearwaffen zu verschaffen. Ob dieser Versuch erfolgreich sein wird, ist jedoch nicht von vornherein klar. Denn Großbritannien und Frankreich werden nicht ohne weiteres bereit sein, ihre Nuklearwaffen in die Hände einer "Europäischen Verteidigungsunion" zu geben. Wir dürfen uns aber nicht damit begnügen, auf eine solche Entwicklung zu vertrauen. Deshalb sollten die hier dargestellten völkerrechtlichen Zusammenhänge nicht länger nur im Kreis von Experten behandelt, sondern in das Bewußtsein der Öffentlichkeit gerückt werden.

Hans-Michael Empell

Anmerkungen:

1) Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft u.a. (Hrsg.): Friedensgutachten 1991. Münster 1991, S. 259; Friedensgutachten 1992, S. 259f.

2) Europa-Archiv 1990/II, S. 51

3) Jetzt: Rußland, die Ukraine, Weißrußland und Kasachstan.

4) Mathias Küntzel: Bonn und die Bombe. Deutsche Atomwaffenpolitik von Adenauer bis Brandt. Frankfurt a.M. 1992, S. 329.

5) FAZ 3.1.1967, zit nach: Die Grünen: Atomwaffenverzicht ins Grundgesetz. Bonn 1988, S. 16

6) Vgl. dazu: Mathias Küntzel a.a.0. S. 239ff

7) Vgl. dazu: Hans-Michael Empell: Völkerrecht und nukleare Abschreckung. Die Auseinandersetzung um das I. Zusatzprotokoll zu den Genfer Konventionen von 1977 und seine Anwendung auf Nuklearwaffen. Frankfurt a.M. 1988 (Militärpolitik. Dokumentation, 65-67).

8) Vgl. z.B. die Äußerung des Bundestagsabgeordneten Vogel (CDU/CSU): Deutscher Bundestag. 11. Wahlperiode. 226. Sitzung, 20.9.1990, S. 17917.

9) Ein anderer Grund war, daß das I. Zusatzprotokoll nationale Befreiungsbewegungen als Subjekte des Kriegsvölkerrechts anerkennt, was von Reagan als "Förderung des Terrorismus" bezeichnet wurde.

10) Zum Beispiel Ipsen in: Zur Ratifizierungs-Bedürftigkeit des Genfer Zusatzprotokolls von 1977. Bonn 1985, S. 90f.

11) Vgl. Stefan Forch und Raimund Harndt: Neue Regeln über den Einsatz von Kernwaffen? In: Juristische Rundschau 1986, S. 5

12) Bögg, Volker: Westeuropäisierung der Sicherheitspolitik, in: 1992 - Projekt Europa. Köln 1989, S. 236f. Alle Vorbehaltsstaaten sind Mitglieder der WEU.

13) A.a.O., S. 232 und 237.

14) Europa-Archiv 1992, S. D 177ff.

15) Friedensgutachten 1992, S. 25

16) Vgl. z.B. Europa-Archiv 22 (1991), D 52ff

17) Humanitäres Völkerrecht in bewaffneten Konflikten. Bonn 1991 S. 35

7. Die Lebenslüge des " neuen Italien"

Oder: Von dem vergeblichen Versuch, den Leoparden zu vertreiben

Rubrik: Italien · CD-Datei: daten/aksuche/ak354/39.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:354:39

Ein historischer Einschnitt wird uns aus Italien gemeldet: der Übergang von der "Ersten" zur "Zweiten Republik". Die durch ein Referendum ermöglichte Einführung des Mehrheitswahlrechts (nach britischem oder französischem Muster) werde das Ende aller Übel einleiten: Parteienfilz, Korruption, Mafia, "Unregierbarkeit". Das behaupten zumindest die Betreiber des mit 82% Ja-Stimmen überwältigend erfolgreichen Referendums, eine bunte Koalition aus Christdemokraten, Sozialisten, Lega Nord, Linksdemokraten (PDS), Teilen der Grünen und anderen kleineren Parteien. Die Gegenposition wird von einer kleinen, aber nicht minder breiten Koalition vertreten: den Neofaschisten, Rifondazione comunista, dem linken Flügel des PDS und der Anti-Mafia-Partei La Rete.

Vor der Auseinandersetzung mit den Zukunftsvisionen ein Rückblick: Wie hat das nun angeblich dem Untergang geweihte "alte System" mehr als vier Jahrzehnte funktioniert?

Die italienische partitocrazia, die Parteienherrschaft, hat dem Land jahrzehntelang politische Stabilität verliehen - trotz aller Regierungskrisen und Kabinettsumbildungen, die seit 1948 insgesamt 45 Regierungen hervorbrachten. Konstanter Machtfaktor war die Democrazia cristiana (DC), die allen diesen Regierungen angehörte, fünfzehnmal allein regierte. Seit der USA-Reise des DC-Vorsitzenden Alcide De Gasperi im Jahre 1947 wurde Italien in "special relationship" zum reichen Großen Bruder geführt. Der Sieg der DC bei der "Schicksalswahl" 1948 (in der Agitation der DC und der Pfaffen eine Entscheidung über "Freiheit oder Sozialismus") wurde nicht zuletzt durch die "humanitäre Hilfe" der USA sichergestellt. Fünf Wochen vor der Wahl hatte US-Außenminister George C. Marshall die Italiener gemahnt, nicht undankbar zu sein: "Wenn das italienische Volk die Macht einer Regierung anvertrauen sollte, in der eine Partei den beherrschenden Einfluß ausübt, die ihre Feindschaft gegenüber der amerikanischen Hilfeleistung wiederholt und unüberhörbar erklärt hat, müßten wir schlußfolgern, daß das italienische Volk wünscht, auf dieses Programm zu verzichten". 28 Jahre später war es die BRD-Regierung unter Helmut Schmidt, die mit ähnlichen "Klarstellungen" in den italienischen Wahlkampf eingriff.

Erstmals 1981 gab die Christdemokratie den Posten des Regierungschefs an eine andere Partei ab. Die schroffe Links-Rechts-Konfrontation, verkleinertes Abbild des globalen Ost-West-Gegensatzes, wurde allerdings schon lange vor dem Zusammenbruch des realsozialistischen Lagers gemildert, zunächst gegenüber den Sozialisten, ab 1972 auch gegenüber dem PCI.

Parteienproporz

und Schmiergelder

Die Einbindung linker Parteien in einen "historischen Kompromiß" mit der hegemonialen Kraft, der Democrazia cristiana, bedeutete auch deren Teilhabe an den nicht ganz legal angehäuften Mitteln zur Parteienfinanzierung. Da die Verteilung der Reichtümer nicht von einer zentralen Instanz nach festgelegten Quoten vorgenommen wurde, können die Anteile der einzelnen Nutznießer nur geschätzt werden. Fest steht, daß die DC den Löwenanteil eingesteckt hat, die Sozialisten in den vergangenen Jahren kräftig nachholten und die Kommunisten vergleichsweise schäbig abgefunden wurden. Immerhin erhielten sie ihren Anteil; eine Kampagne unter der Parole "siamo il partito delle mani pulite" ("Wir sind die Partei der sauberen Hände"), mit der der PCI Mitte der 70er Jahre in den Wahlkampf zog, würde die PCI-Nachfolgepartei PDS heute allgemeinem Hohngelächter aussetzen. Die kleineren jahrzehntelang mitregierenden Parteien PRI (Republikaner; Stimmenanteil 1992: 4,4%), PLI (Liberale; 2,8%) und PSDI (Sozialdemokraten; 2,7%) dürften erheblich mehr eingesteckt haben, als ihrem Stimmenanteil entsprochen hätte.

Geradezu gigantische Beträge zur Parteienfinanzierung steuerten die Staatsunternehmen bei: u.a. IRI (Institut für den industriellen Wiederaufbau); ENEL (Nationale Gesellschaft für Elektrische Energie); ANAS (Nationales Autonomes Unternehmen für Straßen); EFIM (Gesellschaft für die Finanzierung der verarbeitenden Industrie); ENI (Nationale Kohlenwasserstoff-Gesellschaft). Die Leitungsposten dieser riesigen Holdings werden nach Parteienproporz verteilt.

Über das Finanzgebaren des staatlichen Chemiekonzerns ENI hat der inhaftierte frühere Finanzchef des Unternehmens, Florio Fiorini, abenteuerlich Dinge ausgeplaudert. In den 70er Jahren habe er mit Spitzenmanagern verschiedener europäischer Banken (darunter Deutsche Bank, Citibank, Renault Finance und die sowjetische Vanhestorgbank) eine "Siebenerbande" gebildet, die durch koordinierte Währungsspekulation enorme Summen erwirtschaftet habe. 15.000 Dollar davon sollen täglich an die Kassen italienischer Parteien abgeführt worden sein: je 40% an DC und PSI, 10% an die Sozialdemokraten und 10% an die Republikaner. (Stutzig macht nicht nur, daß Fiorini diese alten Geschichten erst in Untersuchungshaft einfielen; auch daß in seinen Quoten die Liberale Partei nicht vorkommt, gibt zu denken.)

Die auf den ersten Blick extrem übertrieben erscheinende Summe von jährlich 10 Milliarden DM an Schmiergeldern, die das Turiner Einaudi-Institut errechnet hat, ist so unwahrscheinlich nicht, wenn man berücksichtigt, daß auch mittlere und kleine Unternehmen in großem Umfang zur Kasse gebeten werden. Staatliche Aufträge, die Bewilligung von Anträgen auf dem "kurzen Dienstweg" und andere behördliche Dienstleistungen sind nur gegen Zahlung inoffizieller "Gebühren" zu erhalten. Dieses System hat sich über die Jahre so weit durchgesetzt, daß dessen Profiteure einfach abwarten können, bis "ihr" Geld gezahlt wird, weil "derjenige, der Bestechungsgelder zahlen soll, nicht einmal mehr darauf wartet, dazu aufgefordert zu werden" (der Mailänder Staatsanwalt und neue Nationalheld Di Pietro).

Wer kein Geld hat, zahlt mit seiner Wählerstimme. Vor allem die Vergabe von Arbeitsplätzen erfolgt auf diesem Wege. "Während die Basis für die Korruption des Nordens die Schmiergeldaffäre war, ist sie für den Süden die gekaufte Wählerstimme", erklärt Leoluca Orlando, ehemaliger Bürgermeister von Palermo und Wortführer der Anti-Mafia-Partei La Rete ("Das Netz").

Korruption und Mafia

Postenvergabe nach Parteienproporz (lottizzazione), Klientelwesen und der Brauch, durch verschiedene Gefälligkeiten die Entscheidungen der Verwaltungen mindestens zu beschleunigen, erleichtern der organisierten Kriminalität die Beeinflussung von Entscheidungsträgern erheblich. Geschäftspartner der Mafia (soll hier und im folgenden auch heißen: Camorra, n`drangheta und verwandte kriminelle Vereinigungen) sind weniger staatliche Mandatsträger (die in Italien häufig ausgewechselt werden) als vielmehr die Parteichefs auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene. Sie verfügen über eine Macht, "wie sie z.B. in der Bundesrepublik unvorstellbar ist. Nur sie bestimmen faktisch über die Effizienz oder Ineffizienz von Ämtern - sind doch gerade sie es, die die Besetzung aller wichtigen Posten untereinander aushandeln. Ein System, das im Endeffekt zur völligen Aufteilung des gesamten öffentlichen Stellen-Kuchens unter die Gefolgsleute der diversen Provinz- und Landesfürsten geführt hat." (Werner Raith, 174)

Als gerichtlich bewiesen gilt, daß die Mafia in den 60er und 70er Jahren die wichtigsten Figuren der sizilianischen Democrazia cristiana kontrollierte. Noch zu beweisen ist, daß die jahrzehntelange Kooperation von Mafia und DC mit Wissen und unter Anleitung von Giulio Andreotti stattgefunden hat. Andreotti, jahrzehntelang einflußreichster Politiker Italiens, der seine Parteibasis in Sizilien hat, streitet - wie immer - alles ab. (siehe Kasten)

Richter Antonino Caponnetto, der in den achtziger Jahren die Ermittlungen im Maxi processo gegen die sizilianische Mafia leitete, ist vom Zusammenhang von Korruption und Mafia überzeugt. Er spricht von einer "Zweckgemeinschaft zwischen Politik und Mafia" und weist auf den nicht zufälligen Ausgangsort des Skandals hin: "Mailand war für die Mafia schon immer wichtig. Hier sind die berüchtigten Cosa-Nostra-Familien Carollo und Fidanzati zu Hause, hier wurde schon Luciano Liggio verhaftet. Mailand ist auch einer der Hauptumschlagplätze für Drogen, hier investiert die Mafia einen Großteil ihres finanziellen Überschusses."

Wie alles aufflog

Der Ablauf der Ereignisse, die zur Aufdeckung des Systems der Korruption führten, ist leicht rekonstruierbar. Am 17. Februar 1992 wurde Mario Chiesa, Sektionssekretär der Sozialistischen Partei (PSI) in Mailand, verhaftet, als er ein Kuvert mit 7 Millionen Lire (nach damaligem Kurs 10.000 DM) Schmiergeld entgegennahm. Als Präsident eines Mailänder Waisen- und Altersheims hatte Chiesa als Gegenleistung für die Vergabe eines Auftrags an eine kleine Reinigungsfirma eine "Spende" für seine Partei verlangt. Der Kleinunternehmer ging zur Polizei und Chiesa in die Falle.

Dieser unscheinbare Fall hatte erstaunliche Wirkungen. Nach weiteren belastenden Aussagen geschröpfter Unternehmer brach Chiesa sein Schweigen. Die ersten Prominenten wurden belastet, u.a. "Bobo" Craxi, Sohn des damals noch mächtigen PSI-Sekretärs Bettino Craxi. In Venedig stürzte der "rote Doge", Außenminister De Michelis (PSI). Und das war erst der Anfang. Mittlerweile wird gegen 1200 Staatsbeamte und Politiker (darunter 15% der Abgeordneten und Senatoren) ermittelt. Etliche Minister mußten zurücktreten. Prominenteste "Opfer" sind die bis vor kurzem mächtigsten Männer der italienischen Politik: Bettino Craxi (PSI), Giulio Andreotti (DC) und Arnaldo Forlani (DC), die Mitglieder des inoffiziellen Triumvirats "CAF" (Kürzel, gebildet aus den Anfangsbuchstaben ihrer Namen). Manager von Großunternehmen (FIAT, ENI u.a.) wurden verhaftet. Mindestens sieben Beschuldigte begingen Selbstmord.

Wahrheitsfindung

plötzlich ganz einfach

Die Frage, warum ein im Prinzip allgemein bekanntes System der illegalen Parteienfinanzierung nun "plötzlich" auf so breiter Linie unter Anklage gerät, kann auf verschiedenen Ebenen beantwortet werden. Zum einen wurden die Schmiergeldzahlungen den Unternehmen schlicht zu teuer. Der Historiker Sergio Romano: "Ende der achtziger, Anfang der neunziger Jahre aber wurde die heimliche Regierung so kostspielig, daß sie vor allem die Zukunft der nördlichen Regionen gefährdete, die sich von einem vereinigten Europa am meisten erhofften." So gesehen hat das "Europa des Kapitals" zu zwei innenpolitischen Entwicklungen Italiens beigetragen: dem teilweisen Zusammenbruch des alten Parteiensystems und dem kometenhaften Aufstieg der regionalistischen Lega Nord.

Neu ist aber nicht nur die Tatsache, daß reihenweise betrogene Betrüger bereit sind, gegen ihre bisherigen Geschäftspartner auszusagen. Neu ist auch der Eifer der Ermittlungsbehörden, die sich - im Unterschied zu früheren Zeiten, wo schon ein dezenter Wink von oben große Wirkung tun konnte - auch von klangvollen Namen nicht schrecken lassen.

Die offensichtliche Schwächung der regierenden Parteien, selbst der Quasi-Staatspartei DC, ist auch ein Ergebnis der veränderten Weltlage: "Während sich in Deutschland die Wiedervereinigung vollzog, brach in Italien ein Staatssystem zusammen, das der Kalte Krieg hervorgebracht hatte und in dessen Zentrum die von ihrem Antikommunismus zehrende christdemokratische Partei stand" (Ernesto Galli Della Loggia). Anders ausgedrückt: Der "ferne, aber wirksame Schutz der USA" (Lucio Caracciolo) für ihre christdemokratischen Freunde und deren Verbündete fiel mit dem Ende des globalen Ost-West-Gegensatzes weg.

Anklagen selbst gegen höchste Politiker können seitdem als interne Angelegenheit Italiens behandelt werde. Der Aburteilung der Kriminellen mit weißem Kragen steht keine Einschränkung der "nationalen Souveränität" durch die Führungsmacht des westlichen Bündnisses mehr im Wege. (Das gilt auch für die Mafia, die nach dem Ende des Faschismus von den US-Invasionstruppen als antikommunistische "Ordnungsmacht" neu etabliert wurde; als stabilisierender politischer Faktor von weltpolitischer Bedeutung haben die Clans ausgedient und müssen sich fortan selbst helfen.)

Putschgefahr?

Das Ende der Ost-West-Konfrontation und die "europäische Einigung" machen darüberhinaus eine Entwicklung weniger wahrscheinlich, die - auf dem Hintergrund der italienischen Nachkriegsgeschichte - mit ins Kalkül gezogen werden muß: die Gefahr eines Putsches. Drohungen mit Waffengewalt und Bürgerkrieg spielen nicht nur in der Agitation der Lega Nord und des neofaschistischen MSI eine Rolle. Noch Ende 1991 hatte die Carabinieri-Gewerkschaft COCER auf ihrem Jahreskongreß eine Resolution verabschiedet, die eine unverhüllte Drohung enthielt: "Die Carabinieri-Armee wird ihren Weg zur Verteidigung von Recht und Ordnung weiter gehen, ohne Rücksicht auf irgendwen und mit allen Mitteln."

Die Carabinieri, eine Polizeitruppe von 100.000 Mann mit modernster Ausrüstung, Panzern und Artillerie, waren schon an mehreren Putschversuchen und -vorbereitungen beteiligt. So z.B. am Piano Solo, der 1964 von der Wochenzeitschrift L'Espresso aufgedeckt wurde: Unter Leitung des faschistischen Geheimdienst-, später Carabinieri-Generals Giovanni De Lorenzo, sollte allein ("solo") mit Hilfe von Carabinieri-Einheiten ein klassischer Umsturz versucht werden. Eine Liste von 731 "Persönlichkeiten der Linken", die im Falle des Falles sofort zu verhaften seien, wurden den Divisionskommandos der Carabinieri übermittelt. Der Putschversuch

des Fürsten Junio Valerio Borghese, eines Altfaschisten und hundertfachen Partisanenmörders, wurde 1970 auf halbem Wege gestoppt, als Borgheses Anhänger bereits in das Innenministerium eingedrungen waren und die dort gelagerten Waffen requiriert hatten. Auch hier waren Carabinieri-Kommandanten verwickelt. Die Waffenlager der geheimen antikommunistischen Bürgerkriegsarmee Gladio befanden sich in Carabinieri-Kasernen; die Namen von Carabinieri-Offizieren standen neben denen von Geheimdienstchefs auf der Mitgliederliste der Geheimloge Propaganda due (P2).

Im nachhinein erscheinen diese Putschpläne ziemlich dilettantisch. Auf einem Gebiet haben die Rechtsterroristen aber höchst effektiv gearbeitet: Die ab 1969 im Rahmen der strategia della tensione ("Strategie der Spannung") verübten Bombenanschläge, bei denen etwa 150 Menschen ums Leben kamen, sind bis heute nicht gerichtlich aufgeklärt. Als Mittel der vorbeugenden Konterrevolution sollte der schwarze Terror streikende Arbeiter und rebellierende Studenten abschrecken und demoralisieren.

Im Unterschied zu 1969 und den Folgejahren findet heute der Protest weniger auf der Straße statt - auch wenn große Gewerkschaftsdemonstrationen und mehrstündige Generalstreiks organisiert worden sind. Dem Umschwung der Massenstimmung, der sich vor allem in verändertem Abstimmungsverhalten ausdrückt, dürfte mit Bomben schwer beizukommen sein. Im vergangenen Jahr trugen die Mordanschläge gegen die Mafia-Ermittler Giovanni Falcone und Paolo Borsellino sogar erheblich dazu bei, bisher indifferente Schichten gegen die "ehrenwerte Gesellschaft" aufzubringen.

Potentiellen Rechtsputschisten dürfte vor allem bewußt sein, daß sie auf keinerlei ausländische Unterstützung rechnen können. Das war in den 60er und 70er Jahren anders; die Standardrechtfertigung der verhinderten Putschisten, sie hätten einer drohenden "kommunistischen Machtübernahme" zuvorkommen wollen, stieß bei den westlichen Geheimdiensten auf offene Ohren, wenn nicht Sympathie. Namentlich die CIA ist an den Umsturzversuchen mitschuldig, hatte sie doch schon seit 1947 aktiv an der Aufstellung der Geheimarmee Gladio mitgewirkt. (Zu Gladio und zum schwarzen Terror in Italien siehe ak 325, S. 4).

Innenminister Mancino, ansonsten Verschwörungstheorien nicht abgeneigt (siehe Kasten zu Andreotti), erklärte Anfang April, Armee und Carabinieri würden sich "völlig loyal" verhalten. Auch Alexander Langer, in den "bleiernen Jahren" Redakteur von Lotta continua, hält einen Putsch für unwahrscheinlich, "aber ganz von der Hand zu weisen" sei "eine solche extreme Annahme nicht."

Renovierung

des Parteiensystems

Die gegenwärtig bedrängten Politiker, Wirtschaftsmanager und Mafiabosse werden sich elegantere Mittel einfallen lassen müssen, um zu retten, was zu retten ist (und das ist eine Menge). Personen werden ausgetauscht werden, die exponiertesten Haßobjekte ihren Abschied nehmen. Ein Großteil der jetzt eingeleiteten Ermittlungsverfahren dürfte im Sande verlaufen, schon aus pragmatischen Gründen: Überlastung der Justiz, jahrelange Verfahrensdauer bis zur rechtskräftigen Verurteilung, schwache Beweislage, Kronzeugenproblematik. Der von den Koalitionsparteien betriebene Versuch einer "politischen Lösung" (Verfahrenseinstellung gegen Schadenersatz und mehrjährigen Mandatsverzicht seitens der Beschuldigten), der im März einen Sturm der Entrüstung hervorrief und daraufhin von Staatspräsident Scalfaro gestoppt wurde, könnte - zu gegebener Zeit, wenn sich die Wogen geglättet haben - wiederholt werden.

Parteien werden neukonstituiert werden. Die Neugründung der Democrazia cristiana als Partito popolare europeo ("Europäische Volkspartei") ist beschlossene Sache. Um das Gesicht dieser Partei gibt es allerdings Streit: Der amtierende DC-Sekretär Mino Martinazzoli möchte möglichst große Teile der alten DC in das neue Projekt überführen; Volksheld Mario Segni orientiert auf eine Sammlungsbewegung aus "demokratischen Katholiken, Exponenten der laizistischen Parteien (Republikaner, Liberale, Sozialdemokraten; Anm. Js.), Teilen der Grünen und auch Sektoren der Linken". Unklar ist das Schicksal des PSI, der - mehr noch als die DC - mit dem korrupten System identifiziert wird. Die Neugründung des PDS könnte sich, weil verfrüht, als verhängnisvoller Fehler erweisen: Nicht nur der aufgelöste PCI, auch der Anfang 1991 als noch nie dagewesene "neue Formation der Linken" gefeierte PDS wird heute mit unsauberen Machenschaften identifiziert. Auch wer zu früh kommt, wird manchmal bestraft - vom Leben, das hart, aber ungerecht ist.

Zwiespältige Empörung

Der von allen BeobachterInnen berichtete Stimmungsumschwung in der italienischen Bevölkerung trifft zum einen die Mafia. Immer weniger Menschen scheinen bereit, sie als nicht zu ändernde Naturkatastrophe hinzunehmen. Das Aufbegehren gegen korrupte Politiker wurde um so lautstärker, je mehr die unter Verdacht Geratenen Schwächen zeigten. Bei Andreotti trug dazu das Attentat auf seinen sizilianischen Statthalter und mutmaßlichen Verbindungsmann zur Mafia, Salvo Lima, bei: "Wer sich außerstande zeigt, seine Gefolgsleute zu schützen, hat ausgespielt." (Werner Raith in der taz, 14.3.92)

In die berechtigte Empörung über die Machenschaften der Nomenklatura und ihrer Handlanger und die Schadenfreude darüber, daß es ihnen nun an den Kragen gehen könnte, mischen sich allerdings auch äußerst gefährliche Gefühlsregungen: Rachebedürfnis, Kopf-ab-Mentalität und der Ruf nach Lynchjustiz, auf der anderen Seite Verklärung der Saubermänner und positiven Helden, von denen ein "Aufräumen" mit dem alten System erwartet wird.

Nach den Mafia-Morden im Sommer letzten Jahres sprach sich in einer Umfrage des Instituts SGW die Hälfte der Befragten für die Wiedereinführung der Todesstrafe aus. Drei Viertel der Befragten erklärten sich bereit, Einschränkungen der persönlichen Freiheitsrechte hinzunehmen, wenn dadurch die Mafia wirksamer bekämpft werden könnte. Über das Zusammenspiel von autoritärer Politik und Empörung über die Mafia erklärt Marco Pannella (Partito radicale): "Die Untaten der Mafia dienen unserer Regierung immer wieder dazu, dieses und jenes Gesetz zu verschärfen - und am Ende steht die Mafia immer noch stärker da als vorher."

Flankiert wurde der autoritäre Kurs durch einen namentlich von Exponenten des PSI betriebenen Geschichtsrevisionismus, der "die glücklichen Jahre des Faschismus" entdeckte: die Zeit zwischen 1935 und 1940. (Mussolini-Bewunderer Schönhuber hat da schon eher Skrupel: Er datiert den Beginn der "Fehlentwicklung" des Faschismus auf das Jahr 1935, als italienische Truppen Äthiopien überfielen.)

Nutznießer solcher reaktionären Stimmungen ist - neben der Lega Nord und dem MSI - der von den Medien zum Volkshelden ernannte DC-"Dissident" Mario Segni und mit ihm die immer breiter werdende Strömung angeblicher christdemokratischer "Erneuerer". Vieles deutet darauf hin, daß bis auf ein paar prominente Schurken wieder alle mitmachen dürfen, wenn demnächst die neue Partei aus der Taufe gehoben wird. Segni, dem trotz fieberhafter Ermittlungsarbeit seiner Gegner keinerlei dunkle Geschäfte nachgewiesen werden konnten, ist Garant dafür, daß das Staatsschiff auch künftig nicht aus dem Ruder läuft. Daß seine Politik mit Demokratisierung wenig zu tun hat, wird vor allem an dem von ihm federführend betriebenen Referendum zur Wahlrechtsreform deutlich.

Mit dem Stimmzettel

gegen das Raubtier?

Auf acht verschiedenfarbigen Stimmzetteln durften die wahlberechtigten ItalienerInnen am 18. und 19. April ihre Meinung sagen. Ja oder Nein zur:

- Verfahrensänderung bei der Senatswahl,

- Reform der Parteienfinanzierung,

- Straffreiheit von Drogenabhängigen,

- Abschaffung des Verfahrens, die Direktoren der Sparkassen durch das Schatzministerium ernennen zu lassen,

- Auslagerung des Umweltschutzes aus der Zuständigkeit des Gesundheitsministeriums,

- Abschaffung der Ministerien für Staatsbeteiligungen, für Landwirtschaft und für Tourismus und Veranstaltungswesen.

Achtmal siegte das Ja: am deutlichsten bei der Änderung der bisherigen Parteienfinanzierung (90,1%), knapp bei der Frage der Straffreiheit für Drogenkonsumenten (55%).

Die Abschaffung des bisherigen Verfahrens zur Senatswahl war zur Schicksalfrage der Nation hochstilisiert worden. Auf den Tag genau 45 Jahre nach der entscheidenden Wahl des Jahres 1948, welche die bisher unendliche Geschichte christdemokratischer Herrschaft eröffnete, entschieden sich 82,1% für ein Ja auf die

Frage: "Wollt ihr, daß das Gesetz Nr. 29 vom 6. Februar 1948 betreffend ‚Wahlverfahren für den Senat der Republik` abgeschafft wird, beschränkt auf die folgenden Teile: Artikel 17, zweites Komma, wie durch Artikel 1 modifiziert?"

Legionen selbsternannter Volkspädagogen hatten unermüdlich den Sinn dieses hoffnungslos unverständlichen Satzes zu erklären versucht: Ein Ja ermögliche die Einführung des Mehrheitswahlrechts, später auch bei der Wahl der Abgeordnetenkammer, und damit das Ende der korrupten "Ersten Republik" und die Schaffung einer völlig neuen, demokratischen und gerechten "Zweiten Republik". Praktisch ausgedrückt: Mehrheitswahlrecht - nur ein siegreicher Wahlkreiskandidat kommt ins Parlament - würde bedeuten, "daß wir sicher wären, daß kein Angehöriger von Tangentopoli (dem Land der Korrupten)... mehr ins Parlament kommen kann. Denn versteckt auf einer Parteiliste könnten sie durchkommen, mit offenem Visier aber nie." Der palermitanische Richter Giuseppe Ayala, gibt immerhin zu, daß diese Hoffnung nicht mehr als eine "Wette auf die Zukunft" sei.

Eugenio Scalfari, Herausgeber der Tageszeitung La Repubblica, ein Mann von außergewöhnlicher Intelligenz, war sich dagegen nicht zu schade, am Vortag der Abstimmung noch einmal alle Register zu ziehen: "Dieses Ja wird den Leoparden vertreiben." "Der Leopard" ist eine in Italien allgegenwärtige Metapher in Anlehnung an den gleichnamigen Roman von Giuseppe Tomasi di Lampedusa: "Wenn wir wollen, daß alles bleibt, wie es ist, dann ist es nötig, daß alles sich verändert", sagt der taktische Garibaldi-Anhänger Tancredi zu seinem im alten Denken verharrenden Onkel, dem Großgrundbesitzer.

Ähnlich monumental wie die Versprechungen vor dem Wahlgang waren die Schlagzeilen am Tag danach: "Italien ist erwacht" (La Repubblica), "Das neue Italien entsteht" (Corriere della sera), "Triumph des Ja - Italien verändert sich" (La Stampa). Auf den "Sieg der Bürger" (Referendums-Promoter Mario Segni) folgte erst einmal das alte Parteiengezänk um Neuwahlen, die Bildung einer Übergangsregierung und die korrekte Umsetzung des Wählerauftrags.

Der PDS pries seinen rechten Flügelmann Giorgio Napolitano als Ministerpräsidenten an, die Lega Nord bestand auf Segni und auf baldigen Neuwahlen. Die Entscheidung von Staatspräsident Scalfaro (DC), den Parteilosen Carlo Azeglio Ciampi, Chef der italienischen Notenbank Banca d'Italia, zum neuen Regierungschef zu ernennen, kam überraschend und setzte - oberflächlich betrachtet - Zeichen für einen Neuanfang: der erste Ministerpräsident seit 1861, der nicht aus der Mitte des Parlaments kommt, ein - in seinen Kreisen - anerkannter Experte, dessen Nominierung sogleich die Börsenkurse steigen ließ. Immerhin scheint Ciampi - im Unterschied zu den Bankiers der Vatikanbank und des Banco Ambrosiano, deren kriminelle Machenschaften und Verbindungen zur Geheimloge P2 er aufklären half - gewisse Vorlieben für rechtsstaatliche Verfahren zu haben. (Linken muß die Ernennung eines Bankiers als eher traditionelle Lösung erscheinen. Die Personalunion in Finanzwesen und Politik hatte Lenin schon 1917 mit den Worten beschrieben: "Heute Bankier, morgen Minister; heute Minister, morgen Bankier.")

Daß Ciampi sein "Leben für die Lira" (La Repubblica), d.h. für Geldwertstabilität, jetzt von der Regierungsbank aus fortsetzen will, bedeutet auch weitere Kürzungen der Staatsausgaben, Privatisierung staatlicher Unternehmen und Sparpolitik zu Lasten der arbeitenden (oder arbeitssuchenden) Bevölkerung. Das vor allem im Süden des Landes, wo nach den offiziellen Zahlen von 1992 8,75 Millionen Menschen (26% der Bevölkerung) unterhalb der Armutsgrenze leben. Im Süden und auf den Inseln ist denn auch das Vertrauen in das Allheilmittel Wahlrechtsänderung weitaus weniger stark ausgeprägt. Hier beteiligten sich am Referendum nur 64% der Stimmberechtigten, von denen 76,7% (in den südlichen Festlandsregionen) bzw. 69,7% (auf den Inseln) mit Ja stimmten. (Im Norden betrug die Wahlbeteiligung 85,1%, der Anteil der Ja-Stimmen 87,3%.)

Die Wahlrechtsreform, von Ciampi als Arbeitsschwerpunkt der neuen Regierung genannt, wird eine "Rationalisierung" auf Kosten der kleinen Parteien bringen und der von der Lega Nord geforderten Dreiteilung des Landes Vorschub leisten. Der Norden geht an die Lega, die traditionell "roten" Regionen Mittelitaliens (Emilia-Romagna, Toscana, Umbrien) an den PDS, Latium und der Süden an die DC oder, zu kleineren Teilen, an den PSI, der schon früher vom "Wahlkampf" der Mafia profitiert hat. "Die Dunkelmänner der Mafia und geheimer Logen" sind, "wie auch das Innenministeriums zugibt, trotz der Schwächung durch die Polizeiaktionen der letzten Monate, noch immer in der Lage, mehrere Millionen Wählerstimmen zwischen Neapel und Palermo zu manövrieren." (Werner Raith, taz, 21.4.93)

Die kleinen Parteien werden mehr oder weniger offene Bündnisse mit den großen eingehen müssen, wollen sie nicht von der parlamentarischen Bühne verschwinden. Letzteres würde insbesondere dann geschehen, wenn die vom PDS geforderten zwei Wahlgänge eingeführt würden. Zu welchen Verzerrungen der Mehrheitsverhältnisse das führen kann, hat gerade die Wahl zur französischen Nationalversammlung gezeigt.

Eine "passive Revolution"?

Kaum war das Triumphgeschrei über das Ergebnis des Referendums verklungen, als die ehrlicheren unter den politischen Kommentatoren sich die bittere Wahrheit eingestehen mußten: "Die Zweite Republik entsteht schlecht. Sie entsteht auf einer Lüge." So beginnt ein bemerkenswerter Kommentar von Ernesto Galli della Loggia (Corriere della sera, 22.4.), der dann fortfährt: "Wie übrigens auch zu ihrer Zeit die Erste Republik auf einer ähnlichen Lüge entstand. Damals war die Lüge die angebliche - zuerst moralische, dann bewaffnete - Revolte des ganzen italienischen Volkes gegen den Faschismus, die ‚antifaschistische Revolution`. Auch heute spricht die neue Lüge von Revolution - nicht mehr antifaschistisch, sondern gegen die Parteienherrschaft - die sich vollziehe und als Protagonisten sozusagen regenerierte Italiener hat, moralisch erneuert (...) und beseelt von einem neuen Geist der Ehrlichkeit, einer neuen Hingabe an das öffentliche Wohl und an das Staatsbewußtsein."

Zur Kennzeichnung der aktuellen Situation in Italien verwendet der Kommentator des Mailänder Bürgerblattes den Terminus der "passiven Revolution". Antonio Gramsci erläutert diesen von ihm wesentlich mitgeprägten Begriff am Beispiel der neueren italienischen Geschichte. Das Wort von der "passiven Revolution" bringe "das historische Faktum zum Ausdruck, daß a) im Verlauf der italienischen Geschichte eine Initiative des Volkes gefehlt hat und b) die Tatsache, daß der ‚Fortschritt` sich als restaurative Antwort bzw. Reaktion der herrschenden Klassen auf das sporadische und unmethodische Umstürzlertum der Volksmassen erweist, wobei ein Teil der Forderungen aus dem Volk doch erfüllt werden. Es handelt sich also um ‚fortschrittliche Restaurationsschritte` bzw. ‚Revolutionen-Restaurationen` oder auch ‚passive Revolutionen`."

Hinzugefügt werden muß, daß Gramsci auch den Faschismus als "passive Revolution" betrachtet hat.

Js.

Quellen: Diverse deutschsprachige Tageszeitungen der letzten Monate; Freitag; Kommune; Die Zeit; Corriere della sera; La Repubblica; La Stampa; La nuova enciclopedia universale Garzanti, Mailand 1982; Hans Heinz Holz und Giuseppe Prestipino (Hrsg.): Antonio Gramsci heute, Bonn (Pahl-Rugenstein) 1992; Werner Raith: Parasiten und Patrone. Siziliens Mafia greift nach der Macht, Frankfurt am Main (Büchergilde Gutenberg) 1990; Dietmar Stübler: Geschichte Italiens 1789 bis zur Gegenwart, Berlin/DDR (Akademie-Verlag) 1987

Eine Falle für den Fuchs?

Schon zwei Dutzend mal mußte er vor parlamentarischen Untersuchungsausschüssen erscheinen, und immer kam er ungeschoren davon: Giulio Andreotti, genannt "der Fuchs", Prototyp des unangreifbaren Skandalpolitikers und als sechsmaliger Ministerpräsident inoffizieller Rekordhalter gemeinsam mit seinem christdemokratischen Parteifreund Amintore Fanfani. Es gibt keine Staatsaffäre, in der er nicht zumindest als Mitwisser verdächtigt worden wäre. Zu seiner mutmaßlichen Verwicklung in die Moro-Entführung zitiert Werner Raith einen "nicht verstummenwollenden italienischen Volkswitz": "Der Saaldiener, aufgeregt: ‚Herr Ministerpräsident, Herr Ministerpräsident, soeben ist Aldo Moro entführt worden!` Andreotti: ‚Wieso? Ist es schon 9 Uhr?` " (zitiert in Werner Raith: In höherem Auftrag. Der kalkulierte Mord an Aldo Moro, Berlin (Wagenbach) 1984)

Gegenwärtig deutet einiges darauf hin, daß Andreotti engste Kontakte zur sizilianischen Cosa Nostra gepflegt hat: Fotos zeigen ihn bei Familienfeiern führender Mafiosi; ein Kronzeuge will gesehen haben, wie der Boss der Bosse, der Anfang des Jahres verhaftete Salvatore ("Toto") Riina, Andreotti geküßt hat.

Handfeste Beweise scheint es allerdings kaum zu geben. Noch ist fraglich, ob es überhaupt zu einer Aufhebung der Immunität Andreottis und zur Anklage kommt. Zwar hat der Immunitätsausschuß eine entsprechende Empfehlung ausgesprochen, die Entscheidung wird aber erst Anfang Mai im Senat fallen.

Politisch scheint Andreotti, Senator auf Lebenszeit, dennoch erledigt. Die schaudernde Bewunderung, die große Teile des Wahlvolks ihm wegen seiner "Unantastbarkeit" bisher entgegengebracht haben, weicht immer

mehr dem Bedürfnis nach Rache oder zumindest der Schadenfreude. Zunehmend ratlos wirken denn auch die öffentlichen Erklärungen, die Andreotti zu seiner Verteidigung abgibt: er sei Opfer eines vom Ausland gesteuerten Komplotts.

Andreottis Parteifreund, Innenminister Nicola Mancino, präzisierte diese Verschwörungstheorie: "Ich denke, daß es in der Welt mächtige Lobbys gibt, die nur darauf warten, ihre Rechnung mit Andreotti zu bleichen. Ich glaube, daß mächtige Kreise der Hochfinanz gegen ihn zu Felde ziehen, die ihn wegen seiner philo-arabischen, PLO-freundlichen Positionen im Visier haben." Tullia Zevi, Präsidentin der jüdischen Gemeinden in Italien, hat diese neueste Version der Legende von der "jüdischen Weltverschwörung" scharf zurückgewiesen und an die vom zaristischen Geheimdienst geschriebenen und verbreiteten "Protokolle der Weisen von Zion" erinnert: "Der Archetyp des gezielten Komplottgerüchts. Sie ließen sie in der Unsicherheit, die der Oktoberrevolution vorausging, erscheinen."

Die Zufluchtnahme zu diesem antisemitischen Stereotyp mag als Zeichen für die "Unsicherheit" der aktuellen Situation interpretiert werden; Indiz für das Bevorstehen der Revolution ist sie bedauerlicherweise nicht.

Js.

Kleine Verfassungskunde

Das Zweikammersystem: "Das Parlament setzt sich aus zwei getrennten Organen, der Abgeordnetenkammer (camera dei deputati) und dem Senat (senato) der Republik, zusammen. Jedes der beiden Häuser des Parlaments fungiert und beschließt von sich aus, auch wenn die Kompetenzen des einen wie des anderen völlig übereinstimmen." (1) Die Mitglieder der Abgeordnetenkammer werden in 32 Wahlkreisen gewählt. Bei der Senatswahl, die zusammen mit der Wahl zur Abgeordnetenkammer erfolgt, stellen die 20 Regionen des Landes (Lombardei, Toskana, Kalabrien, Sizilien etc.) die Wahlkreise dar. Die Kammer hat 630, der Senat 315 Mitglieder.

Das Referendum: "Um die völlige oder teilweise Widerrufung eines Gesetzes oder einer Gesetzeskraft besitzenden Urkunde zu erörtern, wird auf Verlangen von fünfhunderttausend Wahlberechtigten oder von fünf Regionalversammlungen ein Volksentscheid ausgeschrieben. (...) Der dem Volksentscheid unterbreitete Vorschlag ist angenommen, sofern die Mehrheit der Stimmberechtigten sich an der Abstimmung beteiligt hat und die Mehrheit der gültig abgegebenen Stimmen erreicht ist." (Artikel 75 der Verfassung der italienischen Republik) Das Referendum ist "abrogativ": es kann bestehende Gesetze abschaffen, aber keine neuen einführen.

1) Ministerpräsidium der Republik Italien: Der italienische Staat und seine Verfassungsordnung, Rom 1976

8. Der Front National nach den Parlamentswahlen in Frankreich

Autor: Bernhard Schmid · Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis; Frankreich · CD-Datei: daten/aksuche/ak354/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:354:30

Die Resultate der französischen Parlamentswahlen am 21. und 28. März dieses Jahres könnten, was die extreme Rechte betrifft, auf den ersten Blick beruhigen: Der Front National konnte kein einziges Mandat erringen, nachdem er im letzten Parlament nur einen einzigen Sitz innehatte. Doch dies liegt nur daran, daß das Mehrheitswahlrecht die tatsächlichen politischen Kräfteverhältnisse enorm verzerrt.

Die faschistische Bewegung ist nun zwar (auf nationaler Ebene) außerparlamentarisch. Doch in einer Reihe von Wahlkreisen verfehlte der FN die absolute Stimmenmehrheit nur knapp (dreimal um nur circa 100 Stimmen, mit 49.86% der bisher alleinigen FN-Abgeordneten Marie-France Stirbois in Eure-et-Loire und 49.52% im Département Bôuches-du-Rhône); die erreichten Prozentpunkte fallen eben nur wegen des Wahlverfahrens parlamentarisch "unter den Tisch". Von insgesamt 100 Kandidaten, die der FN noch in die Stichwahl im zweiten Wahlgang brachte, erhielten zehn über 40%, weitere 44 zwischen 30 und 40%.

Die "Süddeutsche Zeitung" (30.3.93) kommentiert mit Recht: "Obwohl die Nationale Front in der neuen Kammer nicht vertreten ist, dürfte sie dank hoher Stimmenzahlen in mehreren Regionen indirekt an Einfluß gewonnen haben. Die Bürgerlichen werden es sich nicht leisten können, die Erwartungen rechter Wähler in der Ausländer- und Sicherheitspolitik unerfüllt zu lassen."

Front National im Tief?

Unter der Überschrift "Der FN macht eine empfindliche Demobilisierung seiner Wählerschaft durch" faßt "Le Monde" (16. 12. 92) die Wahlergebnisse des Front National im Lauf des Jahres 1992 zusammen. Gegenstand der Untersuchung sind die 36 parlamentarischen Teilwahlen (Nachwahlen für freigewordene einzelne Parlamentssitze), die während des Jahres 1992 stattfanden, verteilt nach dem Zufallsprinzip über ganz Frankreich, mit knapp 200.000 abgegebenen Stimmen (191.309). Dabei wird eine Einteilung vorgenommen in die Teilwahlen vor der Wahl der Regionalparlamente (22. März 92) und danach. Vor den Regionalwahlen fanden neun Teilwahlen mit 53.763 abgegebenen Stimmen statt. Dabei stieg der FN im Durchschnitt von 10.35% auf 14.17 % und in absoluten Stimmen von 5.731 auf 7.622. Dies entspricht einem Netto-Zuwachs von knapp 2.000 Stimmen und einer Ausweitung der FN-Wählerschaft um ein Drittel.

Bei vielen Wahlgängen war der FN die einzige Partei, die bei sinkender Wahlbeteiligung an absoluten Stimmen dazugewann. Nach den Regionalwahlen des 22. März 92 fanden zwischen dem 5. April und dem 13. Dezember 92 weitere 27 Teilwahlen statt mit 137.546 abgegebenen Stimmen. Der FN fiel dabei im Durchschnitt von 9.19% auf 5.79%, in absoluten Stimmen von 15.312 auf 7.973. Dies entspricht einem Abbröckeln der vorherigen Wählerschaft um 48%, also einer Halbierung.

Das bei den Parlamentswahlen erzielte hohe Wahlergebnis des Front National widerspricht diesen Krisensymptomen der "Bewegung" nicht notwendigerweise. Im Unterschied zu relativ unwichtigen partikularen Stimmabgaben werden bei nationalen Wahlgängen auch Anhänger, deren Bindung an die "Front" und ihren Volkstribunen nachläßt oder "verbraucht" und abgenutzt ist, leichter mobilisiert. Im Wahlkampf bot der Front National gleichwohl gewisse Anzeichen der Abnutzung. Bei der zentralen Kundgebung im Coubertin-Sportstadion in Paris am 17. März 93, mit der Le Pen seinen Wahlkampf abschloß, verließ ein Teil der rund 4.000 versammelten Anhänger die Stätte vorzeitig und hörte ihrem "Führer" nicht bis zum Ende zu; ein Phänomen, das beim Front National äußerst rar ist. Das Potential, das "die Bewegung" um sich und ihren kultumwobenen "Heilsbringer" scharte und organisierend umfaßte, bleibt natürlich als solches dennoch vorhanden. Unterdessen nutzt der FN die Flaute für eine ideologische Verhärtung und Radikalisierung der "Bewegung".

Für das leichte Abbröckeln der "Bewegung", ob es sich nun als vorübergehend erweist und mit den guten Wahlergebnissen des 21. und 28. März gestoppt ist oder nicht, lassen sich mehrere Gründe anführen.

Der FN ohne Bündnispartner

Naturgemäß hatte die faschistische Massenpartei es schwerer während der Vorbereitung auf die Parlamentswahlen, wo die konkurrierende parlamentarische Rechte (RPR/UDF) sich anschickte, die parlamentarischen Mehrheiten in dramatischem Ausmaß zu kippen, während der Front National aufgrund des Wahlsystems nahezu null Chancen hatte, auf der parlamentarischen Bühne eine Rolle zu spielen.

In früheren Jahren übte die extreme Rechte gerade in solchen Zeiten ihren größten Einfluß aus, wenn sie das Zünglein an der Waage spielen und die bürgerliche Rechte damit erpressen konnte, daß deren Kandidaten im zweiten Wahlgang mitunter abhängig waren von den Stimmen, die der Front National im ersten Wahlgang erhalten hatte. Die Karten für dieses Spiel hielt der Front National aber diesmal nicht in der Hand angesichts der strikten Bündnisverweigerung der parlamentarischen Rechten gegenüber dem FN seit dem Frühjahr 1992. Hatte die parlamentarische Rechte bei den Regionalparlamentswahlen 1985 noch in sieben von 22 Regionen Allianzen mit dem Front National abgeschlossen, so hielt sie 1992 eine strikte Abgrenzung vom FN und die Ablehnung von Bündnissen mit der extremen Rechten ein. Dies hat hauptsächlich den schnöden Grund, daß der FN als Mehrheitsbeschaffer derzeit nicht benötigt wird, seitdem ab 1992 die Ökologisten diese Rolle übernommen haben.

Die Moral der Konservativen ist dabei weniger der Grund für den Bruch, der seit dem März 1992 zwischen der parlamentarischen Rechten und dem FN klafft. Valéry Giscard d'Estaing (1974-81 Staatspräsident, Chef des konservativ-liberalen Parteienbündnisses UDF) publizierte im September 1991 im konservativ-reaktionären "Figaro-Magazine" ein über viele Wochen hinweg sorgfältig ausgetüfteltes Thesenpapier: "Der Typ von Problem, dem wir gegenüberstehen werden, tendiert von dem der Immigration zu dem der Invasion." Abhilfe: "Totaler Einwanderungsstopp" plus jus sanguinis (Recht der Blutsabstammung, statt Territorialprinzip bei der Staatsbürgerschaft) nach deutschem Vorbild. Damit prägte er das Wortpaar "Immigration - Invasion", das heute in rechtsradikalen Zeitungen ebenso beliebt ist wie unter Graffiti-Sprühern an öffentlichen Wänden. Daraufhin schnellte Giscards Beliebtheit in den Umfragen um sieben Prozentpunkte in die Höhe; die Zeitschrift "Globe" sprach von einem "ideologischen Putsch".

Michel Poniatowsky (UDF, vor 1981 Finanz- und Innenminister unter Giscard d'Estaing), engster Vertrauter von Gicard d'Estaing, doppelte nach und forderte die "Koalition aller Rechten" (inklusive FN); wer dies verweigere, mache "aus Frankreich einen afrikanischen und sozialistischen Boulevard, im Griff von Anarchie und Dekadenz". Herr P. im November 1991: "Beweisen Sie mir, daß Jean-Marie Le Pen ein Rassist ist."

Gegenmobilisierung

hindert den FN

Im ersten Jahresdrittel 1992 - vor den Regionalparlamentswahlen am 22. März 1992 - hatte sich eine nicht zu vernachlässigende Bewegung entfaltet, die dem Front National entschlossen die Abhaltung seiner Veranstaltungen bestritt. "Le Monde" vom 25.1.1992 notierte: "Zum ersten Mal seit seinem Auftreten 1983 trifft der Front National auf seinem Weg auf eine wirkliche Mobilisierung von Gegnern der Verbreitung seiner Themen." Voraus ging am 21. Januar 92 in Caen, zum 50. Jahrestag der Wannsee-Konferenz, die spektakuläre Durchsetzung der Verhinderung einer FN-Veranstaltung: 2.000 AntifaschistInnen blockierten die Halle, schließlich verbot der Präfekt die Le-Pen-Veranstaltung. Es folgten Saalverbote für den FN durch Präfekten und Bürgermeister im ganzen Land, von Straßburg bis Avignon, und Demonstrationen in zahlreichen Städten im Vorfeld der Regionalwahlen am 22. März.

Möglicherweise spielte diese Mobilisierung auch eine Rolle dabei, daß das Wahlergebnis denn doch bei "nur" 13.9 % "hängen blieb", weil der FN es nicht mehr vermochte, ungebrochen Machtgefühl und Siegesstimmung auszustrahlen. Vorher war von 25% möglichen FN-Wählern die Rede gewesen (WOZ, 1.11.1991), die Zeitschrift "Globe" hatte Anfang 1992 ein "glaubwürdiges Szenario" für eine nationale Machtübernahme des Herrn Le Pen publiziert. Le Pen selbst hatte für die Regionalwahlen ein "politisches Erdbeben" angekündigt, daß der FN landesweit die 20% überschreite und er selbst mit 40% der Stimmen Präsident der Region Provence-Alpes-Côte-d'Azur werde. Da er hier wohl den Mund zu voll genommen hatte, stolperte er über die eigene Sprüche bzw. über die Ungeduld mancher seiner fanatisierten Anhänger, die ihm dies alles geglaubt hatten. In ihren Augen war Le Pen nun der Tiger, der springt und als Bettvorleger landet.

Voraussetzung eines solchen Erfolgs wäre zweierlei gewesen: daß in Frankreich eine entwickelte Polarisierung bestanden hätte (pro oder anti Le Pen) und daß die Partei der extremen Rechten über einen

längeren Zeitraum wesentlicher Motor des Rassismus und der Hetze gewesen wäre. Rassismus in Frankreich wird stark mit Le Pen und seinen Anhängern identifiziert - wenn er auch heute in der Gesellschaft breit darüber hinausreicht und eine "sozialistische" Regierung eine immer härtere Linie in der Asylpolitik fuhr.

In Deutschland hingegen spielt sich umgekehrt eine massive Entpolarisierung und Einheitlichkeit im Abgleiten in den Rassismus ab, besonders auch bei einem sich rasant nach rechts radikalisierenden Flügel der SPD. (Bsp. Münchens OB Kronawitter, der durch die FPÖ in einer Propagandaschrift unter der Überschrift "Anti-Ausländer-Aussagen prominenter Politiker" zitiert wird, und dem Schönhuber eine Beitrittskarte zu den REPs schickt; der tatsächlich zu den REPs übergelaufene Würzburger Ex-Oberbürgermeister Zeitler.) Während so in Deutschland das ideologische Feld durch andere bestellt wurde, hinken die rechtsextremen Parteien damit hinterher, dieses auch Feld parteipolitisch zu besetzen.

In einer höchst lesenswerten Analyse ("Front National: Das Jahr der Mißerfolge"), worin die FN-Wählerschaft u.a. statistisch nach Alter und Bildungsgrad aufgeschlüsselt und eine "Fieberkurve" der FN-Popularität in den Umfragen 1990, 1991 und 1992 gezeichnet wird, gibt die Zeitung "Le Figaro" (26./27.12.1992) ihrerseits drei Gründe für die Schwächephase des Front National an:

Der Front National

und Deutschland

Auch im Deutschen Herbst 1992 verteidigte Le Pen das Deutschlandbild gegen die Schatten, die der rassistische Terror auf dieses warf; die Morde in Mölln enttarnte er als "Abrechnung unter Dealern" ("Le Canard enchaîné", 9.12.92).

Der Front National wird tatsächlich in hohem Maße mit Deutschland identifiziert, da die extreme Rechte immer die französische Kapitulation 1940 und das Vichy-Regime unter den Fittichen Nazi-Deutschlands gegen das offizielle Frankreich als Siegermacht 1945, das sich aus der Résistance legitimiert, verteidigt hat. "Wenn ich die Wahl hätte, würde ich lieber durch die Deutschen überrannt werden als durch die Araber. Wenigstens hatten sie Goethe, Schiller." ("Le Pen, c'est la guerre", S. 71). "Deutschland hat nicht die ausschließliche Verantwortung für den Zweiten Weltkrieg" (Le Pen am 14.3.1984 auf einer Versammlung in Paris)

Auch Nach-Hitler-Deutschland genoß immer ein äußerst positives Ansehen in den Augen der französischen Rechtsextremen. Schon in den 50er und 60er Jahren bezog Jean-Marie Le Pen (Parlamentsabgeordneter 1956-62, Mitglied im Verteidigungsausschuß der Nationalversammlung) Position gegen die gaullistische Politik einer autonomen Atommacht Frankreich und für die Einbeziehung Deutschlands. Als 1983 der Front National erstmals auch in der BRD von sich reden machte, "zeigte sich (FN-Generalsekretär Stirbois) sehr angetan von der Ausländerpolitik der BRD, wo ja schon H. Schmidt die richtigen Maßnahmen ergriffen habe." ("taz", 13.9.1983)

Eine im Frühjahr 1990 durch die katholische Tageszeitung "La Croix" publizierte Umfrage zeigte deutlich, daß in Frankreich die Unterstützung der deutschen Wiedervereinigung und eine positive Sicht auf das größer gewordene Deutschland im Lager der FN-Wähler mit Abstand am größten war. Wovon die extreme Rechte träumt, ist ein "Europa der Vaterländer" mit Deutschland an der Spitze, nach dem Vorbild der europäischen Freiwilligen der SS. (Le Pen: "Der SS-Mann mit seiner Uniform (ist) ein bißchen wie der Priester mit seiner Soutane. Untergegangen in einer Apokalypse von Feuer, Bomben und Blut, ist der Soldat Hitlers für diese Jugend auf der Suche nach Reinheit ein Märtyrer geworden ..." zitiert in: "Nouvel Observateur", 15.6.1984) Die Antifa-Zeitung "Ras l' Front" veröffentlichte im Dezember 1992 ein siebenseitiges Dossier "Deutschland, europäisches Modell" mit einer seitengroßen Karikatur: Le Pen im Braunhemd liest Zeitung; auf der Titelseite prangt: "Deutschland: Ausländer raus!" Le Pen kommentiert: "Was denn, wir brauchen kein Maastricht, um Europa zu machen!"

Solche Träume stießen eher ab, als der rassistische Terror in Deutschland mit Beifall klatschenden BürgerInnen das übrige Europa zu erschrecken anfing.

Bruch mit der parlamentarischen Rechten

Als nächsten Grund nennt der "Figaro" den Bruch zwischen dem Front National und der parlamentarischen Rechten: "Im Gegensatz zu dem, was sich 1986 abspielte, schließt die parlamentarische Rechte kein einziges

regionales Abkommen mit dem FN. ... Mangels der Möglichkeit, an einem Sieg der Rechten teilzuhaben, versucht der FN, die parlamentarische Rechte zu stürzen."

In den frisch zusammengetretenen Regionalparlamenten, die aus den Wahlen des 22. März 92 hervorgingen, ließ der FN bei den Wahlen der Regionalpräsidenten aus Rache an der bündnisunwilligen parlamentarischen Rechten seine Stimmen den Kandidaten der "Präsidentenmehrheit" (Sozialisten plus sozialliberales Zentrum) zukommen. Die Präsidenten der Regionen Bourgogne (Soisson) und Lorraine (Jean-Marie Rausch), beide Sozialliberale, die 1988 der Regierung Mitterrand als "Minister der Öffnung" zur politischen Mitte beigetreten waren, wurden so mit den Stimmen der Faschisten gegen die bürgerliche Rechte gewählt. Nach ein paar Tagen machte Rausch in Lothringen den Weg zu Neuwahlen frei; Soisson in der Bourgogne hingegen blieb mit FN-Unterstützung im Amt. Nachdem sein Haushalt 1993 am 2.2. dieses Jahres mit den Stimmen der Präsidentenmehrheit und des FN, gegen die Konservativen, verabschiedet worden war, erklärte er, er werde zurücktreten - aber erst nach den Parlamentswahlen Ende März. "Diese Taktik der verbrannten Erde (des FN gegenüber der parlamentarischen Rechten) ruft Fragen hervor in der Wählerschaft, und sogar in der Partei." ("Figaro")

Im übrigen ist momentan keinerlei Druck in der Wählerschaft vorhanden, der die Konservativen auf den Front National hinbewegen könnte, im Gegenteil: nur 8% der Wählerschaft insgesamt und 18% der Wählerbasis von RPR und UDF wünschen eine Zusammenarbeit von RPR und UDF mit dem Front National. ("Figaro", 26.-27.12.1992) 1984 hatten 35% der UDF- und 56% der RPR-Wähler/innen eine Allianz mit dem Front National befürwortet ("Le Monde"-Sondernummer, Mai 1984).

Rückfluß in die parlamentarische Rechte

Seit Herbst 1992 hat der Front National auf dem rechten Flügel des politischen Spektrums Konkurrenz bekommen. "Innerhalb des Rechts-Nationalismus ist eine neue Situation entstanden: An der Seite von Jean-Marie Le Pen hat Charles Pasqua eine gewisse politische Glaubwürdigkeit erlangt. Eine gewisse bürgerliche und kleinbürgerliche Wählerschaft, die die extreme Rechte um sich scharte, ist von dem Unternehmen Pasqua - Séguin - de Villiers zurückerobert worden." ("Figaro", 26./27.12.1992) Philippe de Villiers (UDF), Philippe Séguin (RPR) und Charles Pasqua (RPR, Innenminister 1986-88 und seit März 93) sind die Köpfe des autoritär-nationalistischen rechten Flügels der UPF ("Union pour la France", Dachpartei der bürgerlichen Formationen RPR und UDF). "Diese (bourgeoisen und kleinbourgeoisen) Milieus auf der Suche nach einer gewissen sozialen und politischen Respektabilität" würden aktuell abgestoßen durch die "Verhärtung des FN"; erwähnt werden die Gewaltausbrüche gegen Journalisten beim "Fest Blau-Weiß-Rot" am 7. und 8. November 1992 , sowie durch die jüngste soziale Demagogie, "wenn sie auch ein Echo bei den ‚kleinen Leuten` (couches populaires) erfährt, wo der FN auf einem hohen Niveau bleibt". Der "Figaro" spricht bezüglich des Sozialpopulismus der extremen Rechten demagogisch vom "in sozialistische Richtung gehenden (socialisant) Aspekt der Vorschläge des FN" von 1992. Aber auch "zahlreiche unabhängige Arbeiter und sozial ungebundene Schichten, die sich dem FN angeschlossen hatten, scheinen ihn jetzt hinter sich zu lassen, um sich wieder an die bonapartistische Richtung der traditionellen Rechten zu binden." ("Figaro")

Startschuß für diese national-autoritäre Strömung, für die der "Figaro" die Herren Pasqua, Séguin und de Villiers nennt, war die Kampagne "Nein zu Maastricht". Vor der Volksabstimmung im September 1992 waren die Parteien der bürgerlichen Rechten in sich gespalten; während die Mehrheit der UPF zusammen mit der Mehrheit der Sozialisten pro Maastricht auftrat, optierten starke Minderheiten, die eher weiter rechts anzusiedeln sind, aus nationalistischen Motiven gegen den Maastricht-Vertrag - genauso wie der FN, der sein ganzes Gewicht in die Waagschale warf für seine Kampagne "Nein zu Maastricht - Nein zu Mitterrand". (Circa 60% der Anhänger/innen des gaullistischen RPR sollen gegen Maastricht gewesen sein.)

Gleichzeitig gab es auch im Parti Socialiste (PS) eine populistische Anti-Maastricht-Minderheitsströmung um den Alt-68er und zeitweiligen Kriegsminister Chevènement (der im Januar 1991 zwölf Tage nach Ausbruch des Golfkriegs aus Protest gegen die französische Beteiligung an demselben zurücktrat). Chevènement kann als Nationalist und Populist gelten, der Frankreichs "nationale Interessen" gegen die USA verteidigt; so war er gegen den Golfkrieg, doch für französische Waffen im Irak. Da er früher den "linken" PS-Flügel CERES führte und einer marxistischen Tradition entstammt und da er einen eher "radikalen" Ruf (im Sinne sozialer Interessen) genießt, schart sich hinter dem Nationalisten Chevènenemnt jedoch heute die unzufriedene Parteilinke und der gewerkschaftliche und der Arbeiterbewegung entstammende Rest des PS. Seine

"Bürgerbewegung" (Mouvement des Citoyens) wird er in absehbarer Zukunft vom PS als eigenständige Formation abspalten. Auf Wahlkampf-Flugblättern forderte die "Bürgerbewegung" u.a., Frankreichs Verteidigung müsse im nationalen Interesse und nicht in dem auswärtiger Supermächte erfolgen.

Chevènement wird gleichermaßen durch Teile der Linken als PS-"Dissident" umworben; so wünscht ein Debattenbeitrag in der Zeitung "Rouge et Vert" (Rot und Grün): "Chevènement, Krivine (Chef der trotzkistischen LCR) und die AREV (Aktion Rot und Grün) auf derselben Tribüne, um zusammen gegen Mitterrandismus, Rechte und extreme Rechte zu kämpfen, das wäre ein hervorragender Impuls ..." (15.1.93) So mischt sich auch auf der Linken populistisch Nationalismus mit sozialen Themen. Am Ende sah man dem "Nein"-Stimmzettel jedenfalls nicht an, ob er in antikapitalistischer, sozialpopulistischer oder klar nationalistischer Motivation ausgefüllt wurde.

Am Ende der Kampagne hatte Le Pen gute Gründe zur Freude. Zwar war das "Nein" (48.95 %) dem "Ja" (50.3%) knapp unterlegen. Die "Fieberkurve" des "Figaro" über die Schwankungen der FN-Popularität markierte jedenfalls einen klaren spitzen Ausschlag nach oben (zum bisher letzten Mal) im Moment der Anti-Maastricht-Kampagne. Unter den Nein-Stimmenden sympathisiert die größte Einzelgruppe (27 %) mit dem FN. In den Wochen nach dem Referendum ging die FN-"Fieberkurve" dann nach unten und befindet sich seither in einem Wellental. Der längerfristige Gewinner der Kampagne ist nicht die extreme Rechte, sondern der in dieser Kampagne neuformierte rechte Flügel der parlamentarischen Rechten.

Radikalisierung und

soziale Demagogie des FN

Auf den Bruch mit der parlamentarischen Rechten und den Verlust von Teilen der bourgeoisen Wählerbasis an dieselbe reagierte der Front National mit einer Radikalisierung auf allen Ebenen. Ideologisch sucht er sich mehr und mehr als "revolutionäre", nicht nur "reformerisch" Korrekturen anbringende, grundlegende "Alternative" zu profilieren und einen fundamentalen Gegenentwurf zu "Universalismus, Mondialismus und Kosmopolitismus" zu präsentieren. "Wir glauben, daß es nicht mehr die Zeit ist, wo der Front National, bei einem Minimum an gutem Willen seitens der politischen Formationen des Establishments, sich hätte in eine Reformbewegung integrieren können, deren vorantreibender Flügel er vielleicht gewesen wäre. Wir glauben, daß dieses System zutiefst ungesund ist ..." (Auszüge aus einem Interview mit Le Pen in der rechtsradikalen Tageszeitung "Présent", 24./25.12.1992; wiedergegeben in der Wahlkampfzeitung des FN "Paris L'Espoir", Januar 93).

Statt des Sozialismus-Kommunismus, den es gemeinsam mit der bürgerlichen und liberalen Rechten niederzuringen gilt (Le Pen: "Auf Tote und Sterbende schießt man nicht"), nimmt der Liberal-Kapitalismus den Platz des Hauptfeinds ein. Die Macht dunkler ("mondialistischer", kosmopolitischer) Lobbys in New York, Zürich ... wird denunziert. Dieses "System" wird mit biologischen Metaphern als im Zustand tiefster Fäulnis und Krankheit befindlich beschrieben. Am 11. Januar 93 in Toulon sprach Le Pen von "Bankrott des republikanischen Staates", prangerte das "unvorstellbare Niveau der Zersetzung, der Korruption und der Fäulnis" an. "Es ist notwendig, eine Säuberung zu machen." ("Le Pen will Säuberung"; "Le Monde", 13.1.93) Bei anderer Gelegenheit prophezeite er: "Unausweichlich werden die Parteien der Dekadenz, mit dem politischen AIDS geschlagen, vor dem Ende des Jahrhunderts die Implosion und den Zusammenbruch erleben." ("La Croix", 7.11.92) Oder nehmen wir folgenden Wahnsinn: "Le Pen hat im Anschluß an ein Kolloquium des ‚Wissenschaftlichen Rats` des FN ... heftig die moderne Kunst angeprangert. (...) Le Pen hat die ‚universalistische, kosmopolitische und entwurzelte` Kultur gegeißelt. ... (Es sei) zu bedauern, daß die traditionellen Modelle aufgegeben würden, jene, die sich auf die Mythologie, auf die griechische und lateinische Zivilisation, auf die Bibel beziehen. (Le Pen:) ‚Die moderne Kunst ist ein Bruch. Brechen wir mit diesem Bruch. Es gibt ein Komplott, das darauf zielt, das Individuum zu einem manipulierbaren Roboter zu machen, abgeschnitten vom Wahren, vom Guten, vom Schönen.`" ("Le Monde", 20.1.93)

Dem "kranken" System wird die Vision eines "gesunden", quasi biologisch gewachsenen, organischen Ganzen entgegengesetzt. Das Übel fing demnach 1789 an, als das "natürliche Wachstum" jäh unterbrochen wurde. Nicht nur 1917, sondern 1789 ist also der Quell allen Übels, den es auszutrocknen gilt. Der Liberalismus ist somit das größere Übel als der Sozialismus, der den Liberalismus und die demokratische Revolution zur Voraussetzung hatte.

Im Kampf gegen den Hauptfeind Liberalkapitalismus ist es für den Front National denn auch zulässig, ehemalige und enttäuschte Anhänger der Linken anzuziehen, die Basis der "Front" in die Masse der Benachteiligten und sozial Unzufriedenen hinein zu erweitern. Immer schärfer wird daher die Agitation gegen das ‚System`, das in immer drastischeren Worten als unerträglich beschrieben wird. "Le Pen hat die politische Manipulation und ‚die sanfte Diktatur des Big Brother` angeprangert, ‚jene, die sich ohne KZ, ohne Stock und ohne Gewehr vollzieht` (...). ‚Alle Mittel sind in Gang gesetzt worden, um uns zu entmutigen, um uns an uns zweifeln zu lassen, um uns in irgendwelche Liberalen zu verwandeln`." ("Le Figaro", 15.3.93)

Gleichzeitig legt der FN gegenüber Einzelpolitikern der parlamentarischen Rechten "Konstruktivität" an den Tag. So lobte Le Pen den UDF-Rechten Philippe de Villiers als "absolut schätzenswert" ("Le canard enchaîné", 10.2.93); dieser "verteidigt Werte, die absolut diejenigen des FN sind". (Le-Pen-Interview im "Figaro", 18.3.93). Den jetzigen Premierminister Edouard Balladur nannte er immerhin das "kleinste Übel" ("Figaro", 9.2.93) im Amt des Regierungschefs. Mit diesem Verhalten verfolgt der FN das Ziel, Bruchlinien in der bürgerlichen Rechten zu vertiefen. Wenn die Spaltungen in der parlamentarischen Rechten, etwa zur Europapolitik, sich vertiefen und es dem FN in einer Situation, wo sich Enttäuschung über die Regierungsbilanz der Rechten (Arbeitslosigkeit!) breit macht, gelingt, stärkste Partei der Rechten zu werden, dann hofft der Front National den Bürgerlichen seine Bündnisse diktieren zu können. Dies wird von Le Pen auch klar so benannt. Denn dies ist klar: Trotz radikaler, ja "revolutionärer" Demagogie und Le-Pen-Sprüchen vom "demokratischen Aufstand" ("Figaro, 15.2.93) wird der FN nur über die bürgerliche Rechte an die Macht kommen können.

Programmatische Abgrenzung von der rechten "Realpolitik"

Entsprechend setzt der FN sich programmatisch von der bürgerlichen Rechten ab; war er durch die 80er Jahre hindurch auf Wirtschafts-Liberalismus eingeschworen, so markiert er jetzt scharfe Abgrenzungen zum "System" und würzt sein Programm mit viel sozialer Demagogie für die Unterprivilegierten und Deklassierten.

In der Sozial- und Wirtschaftspolitik kommt der FN vom bisher vorherrschenden ökonomischen Ultraliberalismus à la Ronald Reagan ab. Damit kommt er einem veritablen ‚nationalsozialistischen' Programm näher. Die neue Programmatik enthält viel Sozial-Demagogie (z.B. Erhöhung des Mindestlohns, Anhebung der unteren Löhne) dort, wo sie simpel ist und nicht strukturelle Lösungen verlangt, und gleichzeitig soziale Brutalität. Bei der Arbeitslosigkeit wird einerseits die Situation sogar noch übertrieben (Le Pen spricht stets von "sechs Millionen Arbeitslosen"). Andererseits wird, nachdem Arbeitsplätze durch Fortjagen von ImmigrantInnen versprochen werden, auch verlangt, "die künstlich erhöhte Zahl der Arbeitsuchenden zu reduzieren", sprich: die unnützen Fresser aus der Statistik zu tilgen (aus: FN-Selbstdarstellung in "Figaro-Magazine" 2./3.Januar 93).

Der FN verspricht weniger Steuern, die Senkung der Vermögensbesteuerung, die Abschaffung sowohl der Gewerbesteuer (für Unternehmer) als auch der Lohnsteuer (für Lohnabhängige). (Gewerkschaft SUD: "La face cachée du programme du Front National") Als Lösung verspricht er im Gegenzug, neben der Einsparung von 300 Milliarden Francs angeblicher "Kosten der Immigration", die Erhöhung der Mehrwertsteuer und damit der unsozialsten Steuer, die auf den Konsum statt das Einkommen erhoben wird und somit untere und höhere Einkommen gleich trifft. Die Wirtschaftsjournalistin Blandine Hennion (Autorin von "Le FN, l'argent et l'establishment", 1993) konstatiert eine hohe diskrete Beliebtheit des Herrn Le Pen in Unternehmerkreisen - hinter verschlossenen Türen gelte es als chic, mit ihm zu dinieren.

Das neue 400-seitige FN-Programm, das am 15. Februar 93 veröffentlicht wurde, bietet zur Wirtschaftspolitik ein Gemisch aus Liberalismus (Privatisierung in Höhe von 300 Milliarden, Reduktion der Ausgaben der öffentlichen Hand um 350 Milliarden) und staatlichem Dirigismus ("Filterung der Handelsströme", Schutz französischer Unternehmen auf ausländischen Märkten). Im Hintergrund steht ein starker Staat mit aufgeblähtem Rüstungs-Sektor, der vor allem militärisch-industrielle Aufträge vergibt und dem nationalen Kapital auf den Weltmärkten einen Schirm bietet.

In der Außenpolitik setzt der Front National sich, nach dem Muster seines Verhaltens während des Golfkriegs, von der Realpolitik des französischen Imperialismus ab. Obwohl des Antimilitarismus und Pazifismus unverdächtig, grenzt er sich ab von den meisten Interventionen, die der französische Imperialismus heute durchführt; bisweilen greift er dabei auch zu pseudo-pazifistischer Demagogie. Während des Golfkriegs - den

der FN ablehnte, da er nicht französischen, sondern amerikanischen (oder jüdischen) Interessen diene - plakatierte der FN überall: "Mitterrand - der Krieg. Le Pen - der Frieden."

Der Hauptvorwurf an die Außenpolitik, die real in Paris gemacht wird, ist dabei immer der, nicht französischen, sondern ausländischen Interessen zu dienen und französisches Geld zugunsten einer "Weltpolitik" zu verschleudern, die in Wirklichkeit anderen mehr nütze. Kern der Logik ist, Frankreich habe nicht draußen in der Welt zu "helfen" (denn jede Intervention wird natürlich "humanitär" begründet), sondern in erster Linie "im eigenen Haus Ordnung zu schaffen". Dies steht in einer historischen Traditionslinie mit dem Isolationismus und Nationalpazifismus der 30er Jahre, der die Schrecken des Krieges ausmalte, um den Linken und Juden vorzuwerfen, mit ihrem Antifaschismus Frankreich in einen selbstmörderischen Krieg gegen NS-Deutschland hetzen zu wollen. (Bekanntes Literaturstück hierzu ist "Bagatelles pour un massacre" von Céline, 1937). Vorrangig war für diese Strömung die "Säuberung" im Inneren.

In der Debatte über die Lieferung von 436 Panzern an die Vereinigten Arabischen Emirate wirft die FN-nahe Tageszeitung "Présent" mit geschickter Demagogie der Regierung Verrat an französischen Interessen vor: "Zum Teufel also die pazifistischen Bestrebungen von 1981. Am Ende ist die sozialistische Regierung ein bißchen wie die ehemalige Rote Armee. Sie verkauft, was sie kann, an wer immer es ihr abkaufen will. ... Die 68er Geister sind nicht mehr angesagt. Hoch leben ‚die Kanonenhändler!` (...) Hat die sozialistische Regierung, bevor sie den Vertrag unterzeichnet hat, sich versichert, diese Waffen genügend kontrollieren zu können und die Loyalität ihrer neuen Besitzer, so daß sie sicher ist, daß man sie nie unseren Soldaten gegenüber finden wird? oder denen unserer Verbündeten? ... Der Leclerc-Panzer ist auch sehr teuer. So sehr, daß das Programm, das Charles Hernu (PS-Kriegsminister) 1982 aufgelegt hat, mehrmals nach unten korrigiert wurde. So sehr in die Tiefe, daß anstatt von 1.400 ursprünglich vorgesehenen die französische Armee am Ende nur 650 erhalten wird. ... Nach zwölf Jahren Sozialismus verkauft die sozialistisch-mitterrandistische Regierung unsere modernsten, also unsere wirksamsten und mörderischsten Waffen an das Ausland ... Waffen, die sie gleichzeitig, mangels Krediten, unserer eigenen Armee verweigert." ("Présent", 16.2.93)

Das ist ungefähr die Umkehrung der Logik der FN-Agitation während des Golfkriegs, die sich gegen Intervention im Nahen und Mittleren Osten, aber nicht gegen Rüstungsexporte aussprach. Im neuen 400-Seiten-Programm des FN wiederum wird die Aufrüstung des französischen Militärs zur Interventions- und Eingreif-Armee propagiert: die Schaffung einer "vielseitig einsetzbaren Interventionskraft zu Lande", die "Verstärkung der Interventions-Kapazitäten der Marine", die Umrüstung der Luftwaffe auf "große Distanz". Der Front National ist also im Prinzip für Intervention, aber gegen die derzeit durchgeführten, da sie nicht im "nationalen Interesse" lägen.

So ist der FN zwar gegen die "Serbo-Kommunisten" und pro-kroatisch, aber gegen eine französische oder westliche Intervention; vielmehr setzt man darauf, daß das nationalistische Kroatien (wo auch FN-Militante bewaffnet an der Front kämpfen) das "selbst regelt". Der FN macht sich nicht mal die Mühe, verbal die "ethnische Säuberung" zu verurteilen oder sie allein der serbischen Seite unterzuschieben. In der TV-Sendung "L'Heure de Vérité" (31.1.93) über die "ethnische Säuberung" befragt, antwortet Le Pen eiskalt: "Ich denke nichts darüber. Ich verurteile die ethnische Säuberung, den Brustkrebs, den Hagel, die Autounfälle. Kurz, alle Übel dieser Welt." Bevor Frankreich sich einer Intervention im ehemaligen Jugoslawien "ausliefert", wäre es besser, "vor der eigenen Tür zu kehren, bevor es bei anderen kehren geht." Als er denselben Diskurs wenige Tage später wieder aufnimmt, fügt er hinzu: Lieber solle man die Franzosen schützen vor der "tatsächlichen ethnischen Säuberung, die darin besteht, die Franzosen aus ihren Städten und Vorstädten zu vertreiben (zugunsten des Immigranten-Zuzugs), sei es durch Bedrohung, sei es durch Zwang, durch Angst. Diese Städte sind dabei, künstlich die Situation ... in Jugoslawien nachzubilden, schlimmer sogar, denn in Jugoslawien haben die Leute wenigstens dieselbe Rasse."

Gewalttätigkeit

Während der Front National derzeit bemüht ist, sich ein radikal "systemoppositionelles" Profil zu verschaffen, verhärtet er sich auch in der Form, daß er rohe Brutalität an den Tag treten läßt. Spektakulärster Ausdruck dieser neuen Bekenntnis zur Gewalt sind die physischen Angriffe auf Journalisten während des jährlich vom FN veranstalteten "Fests Blau-Weiß-Rot" in Le Bourget in der Banlieue (Vorstädte, großstädtische Peripherie) von Paris am 7. und 8. November 1992. Nach einem TV-Bericht über "20 Jahre FN" am Vorabend, der bei den

Frontisten üblen Ärger hervorrief, ließen FN-Größen im Vorfeld ihr übliches Bemühen um bürgerliche Reputierlichkeit fallen und gingen zu offenen Drohungen über. Le Pen selbst schlug den drohenden Tonfall an (er übernähme keinerlei Garantie für die Sicherheit von Journalisten auf der Fête Bleu-Blanc-Rouge), und Roger Holleindre (von dem bekannt wurde, daß er der FN-Jugend militärische Ausbildung angedeihen ließ) kündigte an, er werde keinen Journalisten verteidigen, wenn er auf dem Fest eins in die Fresse bekäme ... Die Journalisten wurden verpflichtet, gelbe (!) Buttons zu tragen; Hunderte von Aufklebern mit dem Text "Wenn du einen Journalisten triffst, ohrfeige ihn! Wenn du nicht weißt, warum - er wird wissen, warum!" wurden kostenlos verteilt. Das Resultat: mehrere Journalisten wurden brutal verprügelt, ein Fernsehtechniker verlor das Bewußtsein, und laut dem Satireblatt "Le Canard enchaîné" bezog selbst ein Mitarbeiter des FN-nahen Faschistenblatts "Le choc du mois" in der aufgeheizten Atmosphäre Prügel, weil er als "Journalist" identifiziert wurde. Damit trug der Front National nicht gerade zu seiner Salonfähigkeit bei, und sämtliche Medien boykottierten die abschließende Pressekonferenz in Le Bourget (mit der bemerkenswerten Ausnahme der ehemals linken "Libération").

Proletarisierung

Seit circa einem Jahr scheint eine Art Proletarisierung der FN-Basis, ein Austausch seiner Wählerschichten (in begrenztem Rahmen) im Gange. In den 80er Jahren erwies es sich noch weitgehend als (antikommunistisch motivierte) Propaganda der bürgerlichen Rechten, die Wähler des FN seien oftmals enttäuschte KP-Anhänger. Der Wahlerfolg des FN bei den Regionalparlamentswahlen im März 1992 beruhte aber u.a. besonders auf dem Durchbruch in der Pariser Banlieue, wo der FN der KP ihren angestammten Platz streitig zu machen begann; mit Recht resümierte die "taz" (30.3.92): "Der ‚Rote Gürtel` um Paris war schon länger Legende. Neu ist jedoch, daß die Banlieue einen braunen Anstrich bekommt. (Der FN) wurde hier zweitstärkste Partei hinter der UPF (bürgerliche Rechte)". Insgesamt "gelang (dem FN) der Durchbruch bei Angestellten und insbesondere bei Arbeitern; die Unterstützung durch Bauern, Händler und Selbständige hingegen ließ etwas nach. Die rechtsextreme Partei proletarisiert sich also, es gelang ihr, die sozial Unzufriedenen aufzufangen. Erste Analysen ergaben, daß 11% der FN-Wähler früher links gewählt haben. Das erklärt ihre Erfolge in den tristen Pariser Vororten, den ehemaligen Hochburgen der Kommunisten."

Der FN ist heute, so die Wochenzeitung der trotzkistischen LCR, "Rouge" (4.2.1993), "die erste Partei in der Arbeiterklasse, ohne daß er auch nur den Embryo einer Gewerkschaftspolitik besäße." Bei den Parlamentswahlen 1993 wählten von denjenigen, die die Statistik als Arbeiter ausweist (und die das Wahlrecht besitzen), 21% den Front National, 18% den Parti Socialiste, 13% den Parti Communiste, 36% das konservative Oppositionsbündnis UPF.

Die katholische Tageszeitung "La Croix" referiert in ihrer Ausgabe vom 19.2.1993 eine hochinteressante Analyse über die Zusammensetzung des FN und seiner Wählerschaft in einer mittelfranzösischen Region: "Der FN in der Region Indre-et-Loire wurde durch Mitglieder der lokalen Bourgeoisie aufgebaut, besonders durch Freiberufler. 1984 ist sein lokaler Chef Jean Verdon, ein Versicherungskaufmann, der ... von der traditionalistischen, sprich monarchistischen katholischen Rechten kommt. Er sammelt um sich Anwälte, Ärzte, Architekten, Notare, angezogen vom Anti-Fiskalismus des FN. (...) Der FN erhält seine besten Wahlergebnisse in den betuchten Vierteln, wo die Freiberufler zuhauf wohnen. Das doppelte Phänomen - lokale Eliten aus Freiberuflern, hohe FN-Stimmanteile da, wo sie wohnen - hat für Tours, aber auch für Blois und Orléans, der Politologe Jean-Philippe Roy ... (Autor von "Le FN en région Centre") bewertet." Und weiter: "Die Dinge ändern sich unterdessen. Bei den Regional- und Kantonalwahlen 1992 hat der FN in der Region Indre-et-Loire einen Durchbruch in den problematischen Banlieues erzielt. (...) Eine Bewegung, die einhergeht mit einer Änderung der Soziologie der lokalen Führer des FN. Jean Verdon wurde ersetzt durch eine neue Parteisekretärin, Agnès Belbéoch. ... Während eines Jahres Mitglied der CGT (KPF-nahe Gewerkschaft), zählt sie innerhalb des FN eher zur Strömung der autoritären Rechten als zur monarchistischen und traditionalistischen Tendenz. ‚Unsere Wählerschaft ist in Bewegung`, erklärt sie: ‚den Freiberuflern folgt eine Wählerschaft mehr der kleinen Leute, das oftmals von der Linken kommt.` Die Konjunktur scheint also günstig für den FN. Wenn die Lepenisten es schaffen, gleichzeitig auf dem bourgeoisen Protest und auf der Krise der Banlieues zu spielen, ist der Jackpot gesichert. J.-P. Roy bleibt vorsichtig: ‚Die Bourgeoisie von Tours hätte es schwer, sich mit einer Partei der ‚kleinen Leute` zu identifizieren.`"

Das Wesen einer faschistischen Bewegung wäre es, die beiden unterschiedlichen Milieus unter ihrem Dach zusammenzuschweißen mit dem Bindemittel der gemeinsamen Haßpropaganda gegen eine gemeinsame

"Feind"gruppe. Wenn dem Front National dies gelingen sollte, könnte er sich tatsächlich zur "wahren Alternative" für härtere Krisenzeiten auswachsen.

Bernhard Schmid, Paris/Köln

9. Die spanische Sozialdemokratie am Scheidepunkt

Autor: Rainer Wandler · Rubrik: Spanien · CD-Datei: daten/aksuche/ak354/08.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:354:08

Anfang April zog Felipe González, der Vorsitzende des Partido Socialista Obrero Espanol (PSOE) einen Schlußstrich unter die innerparteilichen Auseinandersetzungen zwischen dem harten Kern um den zweiten Vorsitzenden Alfonso Guerra und dem Erneuererflügel der Partei. Er verkündete in einer Pressekonferenz die Auflösung des Parlamentes und vorgezogene Neuwahlen. Der Termin wurde auf den 6. Juni 1993 festgelegt. Mit dieser Flucht nach vorn versucht er angesichts der innerparteilichen Auseinandersetzungen und der immer mehr führende Parteimitglieder umfassenden Korruptionsaffäre zu retten, was noch zu retten ist.

Zehn Jahre

sozialistische Regierung

Mit dem sozialistische Wahlsieg 1982 endete endgültig die Transición - der Übergang von der Franco-Diktatur zur konstitutionellen Monarchie. Das Volk feierte auf den Straßen. Die Hoffnungen auf einen sozialen und politischen Wandel waren unübersehbar.

Heute rückblickend auf zehn Jahre sozialistische Regierung, fällt das Resümee eher bescheiden aus. 800.000 neue Arbeitsplätze lautete das Wahlversprechen. Drei Millionen Arbeitslose sind die traurige Realität. Aufgrund der gescheiterten Wirtschaftspolitik sah sich die Regierung zweimal einem Generalstreik gegenüber: am 14. Dezember 1988 und am 28. Mai 1992.

Dem steht eine Politik gegenüber, die durch die vollständige wirtschaftliche Integration Spaniens in die EG gekennzeichnet ist. Der Wandel ist deutlich sichtbar. Der Preis ist hoch. Die Wirtschaftspolitik der letzten zehn Jahre kann nur als neoliberal charakterisiert werden. Die Schließung ganzer Industriezweige wie zum Beispiel der Werft- und der Stahlindustrie führte zur Verarmung ganzer Regionen. Dies verbunden mit der Kürzung des Bezugszeitraums des Arbeitslosengeldes läßt selbst die EG von neuer Armut in Spanien sprechen.

Zum anderen steht bis heute eine Landreform in Andalusien aus, die den dort immer noch vorherrschenden mittelalterlich anmutenden Verhältnissen ein Ende bereiten könnte. So verdingen sich immer noch große Teile der Landbevölkerung als Tagelöhner. Ganze Dörfer überleben nur durch die mehr oder weniger offene Erschleichung der staatlichen Beihilfe für eben diese Tagelöhner.

Dies und die in letzter Zeit immer häufiger publik werdenden Korruptionsskandale führen zu einem deutlich sichtbaren Popularitätsverlust der Regierung. So ist mittlerweile klar, daß sowohl die Pro-NATO-Kampagne als auch der letzte Wahlkampf mit Geldern geführt wurden, die über Scheinfirmen wie FILESA und TIME-EXPORT erzielt wurden. Diese Unternehmen kassierten horrende Preise für Wirtschaftsgutachten, die niemals erstellt wurden. Desweiteren trieb die Partei Provisionen für Verträge ein, die zahlreiche Unternehmen mit der spanischen Regierung abschlossen, so z.B. auf der EXPO in Sevilla oder während des Baus des Hochgeschwindigkeitszuges Sevilla-Madrid. Dies machte sich unter anderem der Bruder des damaligen Vize-Präsidenten Alfonso Guerra zu nutze. Innerhalb von zwei Jahren avancierte er vom Arbeitslosengeldbezieher zum Multimillionär; ein deutlicher Ausdruck der Goldgräberstimmung in seiner Heimatstadt Sevilla, während der Stadtumbauten für die EXPO. Als Büro diente ihm der Sitz der Provinzregierung.

Die spanische Ausgabe der Le Monde Diplomatique "Cuatro Semanas" kommt in ihrer Aprilausgabe zu folgendem Schluß: "Die Politik des PSOE war (und man muß zugeben, daß Felipe Gonzáles dies niemals verheimlichte) eine Politik, die die nicht vorhandene demokratisch gesinnte Bourgeoisie ersetzte, das heißt, eine Politik, die eine moderne Rechte hätte entwickeln können. Die Rechte steckte damals in einer tiefen Krise. Die augenblickliche Lage zeichnet sich durch die zurückgewonnenen Führungsqualitäten seitens einer jungen Generation aus, einer aggressiven und liberalen Generation, die den Drang zu regieren verspürt, und dies verbunden mit einer Siegermentalität."

Die Wahlen

Genau dies ist das Problem, vor dem die spanische Gesellschaft heute steht. Mehr als 17 Jahre nach Francos Tod ist die spanische Rechte wieder salonfähig geworden. Neueste Umfragen zeigen, daß der Partido Popular

(Volkspartei, PP) von José María Aznar Kopf an Kopf mit dem PSOE liegt, dies bedingt durch starke Verluste des PSOE. Der unter anderem vom frankistischen Innenminister und heutigen Ministerpräsidenten Galiziens, Manuel Fraga, gegründete PP ist dem Wahlsieg so nahe wie noch nie. Nach links wird der PSOE aller Voraussicht nach starke Stimmenverluste an die Wahlkoalition um die Kommunistische Partei, Izquierda Unida (Vereinigte Linke), hinnehmen müssen. Hinzu kommt zum ersten Mal in der Geschichte der spanischen Demokratie eine einheitliche grüne Kandidatur. Nach über zehnjähriger Spaltung vereinigten sich im Januar 19 ökologische Organisationen und Parteien zu der Partei Los Verdes.

Die verschiedenen Strömungen innerhalb des PSOE setzen auf unterschiedliche Lösungsstrategien. Während einige von der Unvermeidlichkeit der Niederlage ausgehen und somit eine Rekonstruktion der Linken in der Opposition anstreben, setzen andere auf eine Koalitionsregierung. Zumindest dies scheint unvermeidlich.

Stellt sich die Frage, mit wem. Hier scheiden sich die Geister. Es bieten sich zwei Optionen an: zum einen eine Koalition mit dem konservativen Flügel der baskischen und katalanischen Nationalisten, d.h. mit dem Partido Nacionalista Vasco (PNV) und Convergencia i Union (CiU). Neben starken Meinungsverschiedenheiten bezüglich der Wirtschafts- und Sozialpolitik brächte dies unweigerlich Zugeständnisse bezüglich der nationalen Eigenständigkeit mit sich. Eine schwierige Angelegenheit für die zentralistische Partei PSOE.

Dem steht die Strömung gegenüber, die auf eine Koalition mit Izquierda Unida (IU) - ein von der Kommunistischen Partei angeführtes Bündnis - setzt. Dieser Sektor besteht zum einen aus der Linken innerhalb des PSOE, zum anderen umfaßt er die zwei großen spanischen Gewerkschaftszentralen, die kommunistischen CCOO und die sozialistische UGT. Seitens der Izquierda Unida setzt der moderate Flügel Nueva Izquierda vehement auf diese Lösung. All diese Sektoren hoffen auf eine neue Wirtschafts- und Sozialpolitik, die allerdings, so scheint es vor dem Hintergrund der zehnjährigen Regierungstätigkeit von Felipe González, mit ihm und seiner Riege nur schwer zu haben sein wird.

Der traditionell orientierte Flügel um den Chefkoordinator von Izquierda Unida und KP-Vorsitzenden Julio Anguita bevorzugt ein Oppositionsbündnis mit der Grünen Partei.

Diese unterschiedlichen Ansätze sind Ausdruck unterschiedlicher Modelle für eine Neue Linke, eine Linke nach dem Ende des Kalten Krieges. Während innerhalb der Gewerkschaften, beeinflußt vom sogenannten Big Bang in Frankreich oder der Umwandlung des italienischen PCI zu einer linkssozialdemokratischen Partei, der Ruf nach Vereinigung und somit nach Überwindung der Spaltung zwischen Kommunisten und Sozialdemokratie immer lauter wird, haben sich, so scheint es, im PSOE und in Izquierda Unida erst einmal die traditionellen Flügel durchgesetzt. So verbannte die Basis in Madrid bekannte Mitglieder des sogenannten kritischen Flügels (Nueva Izquierda) von Izquierda Unida auf weniger aussichtsreiche Listenplätze. Nicolas Satorius, Cristina Almeida und Pablo Castellano zogen daraufhin ihre Kandidatur zurück. Sie waren wegen ihrer positiven Haltung zu Maastricht in Ungnade gefallen. Wie tief der Graben innerhalb der Wahlkoalition ist, zeigt das Wahlergebnis des Koordinators und Vorsitzenden der KP Julio Anguita. Er wurde mit nur etwas mehr als 60% auf den ersten Platz der KandidatInnenliste gewählt. Die großen Auseinandersetzungen stehen auf dem nächsten, nach den Wahlen stattfindenden Kongreß an.

Aber ob zumindest rein rechnerisch eine Linksregierung möglich ist, und ob sie sich dann auch durchsetzt, wird sich erst zeigen, wenn die Wahlen stattgefunden haben. Bis dahin bleibt großen Teilen der spanischen Gesellschaft nur die Hoffnung, daß die Rechte wieder einmal nicht durchkommt.

10. Der "Lieblingsfeind der Linken" ist wieder da ... und Frankreichs Polizei feiert seine Rückkehr

... und Frankreichs Polizei feiert seine Rückkehr - Bilanz: vier Tote in vier Tagen

Rubrik: Frankreich · CD-Datei: daten/aksuche/ak354/13.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:354:13

Als Frankreichs neuer konservativer Premierminister Edouard Balladur am 8. April während seiner ersten Regierungserklärung vor der Nationalversammlung davon sprach, aus Frankreich müsse "wieder ein Beispiel gemacht werden", hatten Staatsdiener der unteren Ränge durch ihre Taten gerade ein blutiges Negativbeispiel gegeben. Innerhalb von vier Tagen, zwischen Sonntag, dem 4., und Mittwoch, dem 7. April, waren drei Jugendliche durch französische Polizisten getötet worden; ein vierter Mann, der 32jährige Pascal Tais, starb unter noch ungeklärten Umständen in Polizeigewahrsam. Drei Opfer kommen aus den banlieues, den Vorstadtghettos.

Die Mordserie begann am Sonntagmorgen früh um vier Uhr in Chambéry:

- Der 18jährige Arbeiter Eric Simonté wird zusammen mit zwei Freunden bei dem angeblichen Versuch, Autoreifen zu stehlen, von Beamten der Sondereinheit Brigade Anticriminalité mit gezogenen Waffen festgenommen. Nach der Polizeiversion habe Eric plötzlich den Kopf bewegt, mit der Schläfe den Lauf der auf ihn angelegten Pistole berührt und damit den Schuß ausgelöst. Eric Simonté ist sofort tot.

- In der Nacht von Montag auf Dienstag wird am Montmartre in Paris der 17jährige französische Staatsbürger Makomé M'Bowole, Sohn zairischer Eltern, zusammen mit zwei Freunden festgenommen. Vorgeworfen wird ihnen Diebstahl und Hehlerei. Makomé wird ohne Handschellen verhört. Polizeizeugen sagen später aus, er sei plötzlich "aggressiv" geworden und habe Drohungen ausgestoßen. Der verhörende Inspektor Compaign habe ihm "Angst machen " wollen und seine Waffe gezogen. Dabei habe sich versehentlich ein Schuß gelöst. Auch Makomé ist auf der Stelle tot.

- In der darauffolgenden Nacht wird der 32jährige Pascal Tais tot in der Zelle einer Polizeistation in Arcachon aufgefunden. Der nach Polizeiangaben AIDS-kranke Drogenabhängige marokkanischer Herkunft war zusammen mit seiner Freundin wegen "Rauschzustandes in der Öffentlichkeit" festgenommen worden. Die Autopsie ergibt als Todesursache innere Blutungen, verursacht durch einen Milzriß. Außerdem werden mehrere Rippenbrüche und eine Perforation des linken Lungenflügels festgestellt.

- Am frühen Mittwochmorgen wird der 17jährige Marokkaner Rachid Ardjouni in Wattrelos bei Lille von einem Beamten der Stadtpolizei in den Kopf geschossen, während er bereits auf dem Boden liegt. Ardjounis Vergehen: Teilnahme an einem ruhestörenden Autorodeo.

Einer der Getöteten ist "Franzose von Geburt", drei sind Kinder von afrikanischen EinwanderInnen (zwei davon mit französischem Paß) - allesamt gehören sozialen "Randgruppen" an, gegen die polizeiliche Brutalitäten in ganz Westeuropa zur Normalität gehören. (siehe ak 353, S.18) Was auf besondere, nicht übertragbare Umstände hinweist, ist der Zeitraum von nur wenigen Tagen, innerhalb dessen drei (oder vier) Menschen der Polizei zum Opfer fielen. Am 30. März, 24 Stunden nach seiner Ernennung, hatte Edouard Balladur die Namen seiner Minister bekannt gegeben. Innenminister wurde der "Lieblingsfeind der Linken" (taz), der dieses Amt schon einmal von 1986 bis 1988, während der ersten bürgerlich-sozialistischen cohabitation, innehatte: Charles Pasqua, "Rechtspopulist" des neogaullistischen RPR (Rassemblement pour la république), der auch gern mal Anleihen beim rechtsextremen Front National macht.

Kaum ernannt, machte Pasqua deutlich, daß er an seiner "bewährten" Linie - "Die Polizisten werden von ihren Vorgesetzten gedeckt, die wiederum wir decken" - auch künftig festhalten will. In einem ersten Rundschreiben erteilte er seinen Jungs Blankovollmacht: "Die Franzosen wollen mehr Sicherheit. Sie haben genug von den ständigen Störungen des öffentlichen Friedens, die den Alltag vergiften. (...) Ich zähle auf Ihren totalen Einsatz im Dienst für dieses vorrangige Ziel. Sie können Ihrerseits sicher sein, daß Sie in mir einen Chef finden, der entschieden ist, ... Sie zu unterstützen."

Nach den Morden soll alles nicht so gemeint gewesen sein. Pasqua, der bei seinem Amtsantritt eine "demotivierte" Polizei vorgefunden haben will, dementiert die offensichtliche Tatsache, die Le Monde in eine

rhetorische Frage kleidet: Ob die mordenden Polizisten nicht allein durch die Nachricht von seiner Rückkehr ins Amt "übermotiviert" gewesen seien? Libération zitiert einen der Bullen, die bei den durch die Morde ausgelösten Protesten auf Demonstranten, Fotografen und Passanten einprügelten: "Rate mal, wer seit einigen Tagen das Gesetz macht. Ich glaube, du hast den Film noch nicht verstanden: Jetzt sind wir wieder an der Macht." Daß diese enthemmten Schläger "an der Macht" von den Demonstranten, die ihnen "assassins" ("Mörder") entgegenschreien, für die Morde kollektiv haftbar gemacht werden, kann niemand als beleidigend empfinden.

Der Mann, der "das Gesetz macht", hat sich seit jeher zur innenpolitischen Konfrontation bekannt. "Ich habe mich noch nie für etwas geschämt", bekennt er stolz und weiß: "Politik wird mit Tritten zwischen die Beine gemacht", "Terroristen" müssen "terrorisiert" werden. Bei seinem Amtsantritt 1986 rief er zur "Jagd auf das Gesindel" auf, damit "die ehrlichen Leute sich beschützt fühlen" könnten. Den markigen Worten folgten die Wiedereinführung verschärfter Identitätskontrollen von AusländerInnen und eine Serie von Polizeiübergriffen. Bei einer Demo in Paris wurde im Dezember 1986 der 22jährige Student Malik Oussekine von Zivilbeamten zu Tode geknüppelt.

Daß dieser "Hüter einer gnadenlosen Ordnung" (Die Zeit), der "schreckliche Monsieur Pasqua" (Le Monde), erneut zum obersten Polizeichef berufen wurde, ist eine Kampfansage an alle, die auch weiterhin auf der Straße für ihre Rechte eintreten wollen. Und eine Warnung an die wachsende Zahl Deklassierter, mit der Polizei in Konflikt zu geraten - was vor allem für jugendliche AusländerInnen und beurs (eingebürgerte Kinder von EinwanderInnen) in den Vorstadtghettos nur schwer zu vermeiden ist. Das von Pasqua eingebrachte Gesetz über die verschärften Ausweiskontrollen wurde von der sozialistischen Regierung beibehalten und gilt nach wie vor. In einer strukturell rassistischen Gesellschaft sind schon damit polizeiliche Übergriffe vorprogrammiert, die aus nichtigem Anlaß eskalieren können.

Über den "Erfolgsdruck" der französischen Polizei schreibt die Zeitschrift Bürgerrechte & Polizei / Cilip 44 Nr.1/1993: "Je mehr ‚fremd` Aussehende im öffentlichen Raum kontrolliert werden, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, daß sich illegale Einwanderer darunter befinden oder daß es sich um Kleinkriminelle handelt, deren Verhaftung für die jeweiligen PolizistInnen ein dienstlicher Erfolg ist, der sich auf die soziale Stellung im Revier, auf Beförderungsmöglichkeiten und die Personalausstattung der Brigade positiv auswirkt." Zwar sei die Polizei mit 10 bis 15% WählerInnen des rechtsextremen Front National "ein Spiegelbild der französischen Gesellschaft". Aber "diese Gruppe bildet den ‚harten Kern` rassistischen Polizeiverhaltens, das aufgrund der allgemeinen Mißstimmung bei KollegInnen nicht selten auf Verständnis stößt." (ebd.) Der Prozentsatz harter Rechtsextremer dürfte in der berüchtigten Bürgerkriegstruppe CRS (Compagnie républicaine de sécurité) eher noch höher liegen.

Js.

11. "NOlympia"-Aktivitäten in Berlin

Eine gelungene Generalprobe

Rubrik: Westdeutsche Linke allgemein; Aktionen / Veranstaltungen · CD-Datei: daten/aksuche/ak354/28.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:354:28

Eine elfköpfige Delegation des "International Olympic Committee" (IOC) machte vom 17.-21. April 1993 Station in Berlin. Deren Aufgabe war es, die Voraussetzungen der deutschen Hauptstadt zur Ausrichtung der Olympischen Spiele im Jahr 2000 zu prüfen. Über den Veranstaltungsort entscheidet das IOC am 23. September 1993 in Monte Carlo.

Für den Olympia-geilen Berliner Senat und die GegnerInnen von "Olympia 2000" waren diese Tage im April natürlich ein Pflichtprogramm, unter den Argusaugen internationaler Medien das jeweilige Können unter Beweis zu stellen. Kürlauf linker Aktivitäten war dann die Großdemonstration am 18.4.93.

Der Berliner Senat hatte - begleitet von einer oftmals hysterischen Presse-Kampagne - die Repressionsschraube in den vergangenen Wochen kontinuierlich angezogen: Mitte März wurden drei Jugendliche von Zivilfahndern geschnappt. Sie sollen versucht haben die Scheiben einer Bank einzuschmeißen. Nicht weniger als 27 Filialen der "Berliner Bank" - einem der bisher aktivisten Olympia-Sponsoren - sind in jener Nacht Ziel militanter Aktionen gewesen. Die verhafteten Jugendlichen wurden in Untersuchungshaft genommen. Dies ist ist mehr als ungewöhnlich, sowohl was den Tatvorwurf (Sachbeschädigung), als auch was die Tatsache anbetrifft, daß alle drei einen festen Wohnsitz und Arbeits- bzw. Ausbildungsplatz nachweisen konnten. In einem Schnellverfahren wurden die drei Olympia-Gegner bereits nach 14 Tagen zu vergleichsweise geringen Geld- und Arreststrafen verurteilt.

Parallel zur März-Aktion gegen die "Berliner Bank" wurde in der für "Linksextremismus und -terrorismus" zuständigen Abteilung (VB S II) des Berliner polizeilichen Staatsschutzes eine "Sonderkommission Olympia" eingerichtet. Die zum Jahresanfang wiederbelebte berüchtigte "Politische Abteilung" der Berliner Staatsanwaltschaft führt hier die Regie - in enger Abstimmung mit dem gleichfalls skandalträchtigen Berliner Landesamt für Verfassungsschutz.

In dieser SOKO begann man erst einmal damit, eine Datei innerhalb des zentralen polizeilichen "Informationssystem für Verbrechensbekämpfung" einzurichten. Bereits nach wenigen Tagen hatte man die Daten von mehr als zweihundert Personen erfaßt.

Die Aktion des Berliner Staatsschutzes im Vorfeld der Reagan-Visite 1982, reihenweise Protest-Transparente polizeilich abzuhängen, ging als "Lappenkrieg" in die Annalen der autonomen Geschichtsschreibung ein. Nun begann man erneut, dreimal an der TU, jeweils einmal am Institut für Soziologie der FU und einem Weddinger Computer-Kollektiv, sowie einem besetzten Haus im Ostberliner Bezirk Friedrichshain, Transparente abzuhängen. Im letzten Fall waren wegen des Stückchen Stoffs gleich zwei Hundertschaften, Wasserwerfer und Räumpanzer beteiligt. Die P-Staatsanwaltschaft - allen voran deren Chef Carlo Weber - sah in dem Schriftzug "IOC-Bonzen angreifen" eine kollektive "Aufforderung zu Straftaten" namentlich der zur Körperverletzung.

Am Tag der "NOlympic"-Demonstration waren nicht weniger als 5.000 Bullen zur hautnahen "Begleitung" des Aufzugs aufgeboten. Somit kamen auf zwei bis drei DemonstrantInnen je ein Polizeibeamter. Während die einen ein paar mal knüppel-schwingend in den Demozug einreiten durften, hatte sich ein anderer Teil des Bullen-Aufgebots mit Farbeimern und Putzlappen bewaffnet, um nebenher eiligst Anti-Olympia-Parolen zu übertünchen bzw. entsprechende Aufkleber zu entfernen.

Mit der Brutalität der Berliner Polizei hatten auch die 500 RadlerInnen zu kämpfen, die sich am 19. April zu einer anti-olympischen Fahrrad-Demo versammelt hatten. Über 40 Festnahmen und diverse demolierte Drahtesel waren das Ergebnis "konsequenter und demonstrativer freiheitsbeendender Maßnahmen", wie es im mitgeschnittenen Bullen-Funk zeitlich schon weit vor den ersten polizeilichen Übergriffen angekündigt worden war.

Kommando "Axel Nawrocki"

Die Stimmungsmache in den bürgerlichen Medien erreichte in den Tagen vor der "NOlympia"-Demo ihren Höhepunkt. Kleinere Brandanschläge auf Büros und Geschäftswagen von Firmen, Banken bzw. der Telekom, die sich an der Olympia-Planung beteiligen bzw. als Werbepartner auftreten, hatten sich im Laufe des letzten Jahres gehäuft. Das Zerstechen von Reifen entsprechender Firmenwagen entwickelte sich dabei zu einem regelrechten autonomen Breitensport.

Schließlich wurde kurz vor dem 18.4.93 in der Teppich- bzw. Sportartikelabteilung zweier Berliner Kaufhäuser - ebenfalls penetrante Olympia-Sponsoren - des Nachts Feuer gelegt. Obwohl die beiden Brandsätze nur kurz glimmten, richteten die Sprinkleranlagen Schäden in Millionenhöhe an. Die Verantwortung für diese Aktion übernahm ein Kommando, das sich nach dem Geschäftsführer der "Berliner Olympia GmbH", Axel Nawrocki, nannte.

Grüne und "Bündnis 90": Zerstritten

Diese Anschläge waren für die Mitglieder des Berliner Abgeordnetenhauses von "Bündnis 90" endgültiger Anlaß einen Streit vom Zaun zu brechen. Dabei diente die Berliner Olympia-Bewerbung bzw. die anti-olympischen Aktivitäten nur als Vorwand. Im Kern ging es "Bündnis 90" darum sich der (Medien-) Öffentlichkeit als gewaltfreie FundamentalistInnen zu präsentieren.

Die Vorsitzende der gemeinsamen Fraktion der Westberliner AL und dem Ost-"Bündnis 90" im Berliner Abgeordnetenhaus, Anette Detering, zog am 14.4.93 zusammen mit ihrem Stellvertreter und in Absprache mit dem Geschäftsführenden Ausschuß ihrer Partei, im Namen der gemeinsamen Fraktion die Unterstützung für die "NOlympics"-Demonstration zurück. Dies verband sie mit der Aufforderung an die sportpolitische Sprecherin der Fraktion, Jutta Demba (AL), sich aus dem "Anti-Olympia-Komitee" (AOK) zurück zu ziehen.

Bereits vor wenigen Wochen hatte "Bündnis 90" zusammen mit den bürgerlichen Medien den Rücktritt Jutta Dembas von ihrem Amt gefordert. Diese hatte nämlich verantwortlich gezeichnet für ein anti-olympisches Video, dessen Schlußsequenz in einer vermummten Person bestand, die mit einen Pflasterstein in der Hand das IOC in Berlin begrüßt.

Dieses Agieren der "Bündnis 90"-Abgeordneten führte innerhalb der gemeinsamen Fraktion zu erheblichen Turbulenzen. Die ehemalige Umweltsenatorin des rot-grünen Senats, Michaele Schreyer, bekräftigte neben anderen den Demo-Aufruf und stellte sich nachdrücklich hinter Jutta Demba. Sie erreichte von der Fraktionschefin, daß die voreilige Fraktionserklärung in eine "persönliche Erklärung" heruntergestuft wurde.

Die Querelen gingen auch nach der "NOlympics"-Demo weiter. Anette Detering demonstrierte in einem Interview der Berliner Zeitung (vom 22.4.93), welche inhaltliche Substanz "unsere Identität aus dem Herbst 1989" tatsächlich besitzt: "Warum ist es eigentlich schlimmer mit der CDU in einem Boot zu sitzen, als mit Gewalttätern?". Die Forderung an die Adresse der AL sich von Militanten eindeutig zu distanzieren und jegliche politische Zusammenarbeit mit ihnen abzulehnen, wurde auf dem Landesparteitag von "Bündnis 90" am 23./24.4.93 bekräftigt. Mit der Drohung, die Arbeit zur Fusionierung der beiden Parteien auf Landesebene auszusetzen sowie durch demonstratives Verhindern der Beschlußfähigkeit ihres Parteitages, solange die "Gewaltfrage" nicht in ihrem Sinne gelöst sei, stärkte die Parteibasis von "Bündnis 90" ihren FunktionärInnen den Rücken.

PDS: Zugpferde ohne Karren

Mit Problemen ganz anderer Art hatte die Berliner PDS zu kämpfen. Die Abgeordnetenhaus-Fraktion leistet eine solide und auf Langfristigkeit angelegte Politik gegen die Olympia-Bewerbung der Hauptstadt, sowohl im Parlament, als auch innerhalb des AOKs.

Wenige Tage erst vor der "NOlympics"-Demo war eine PDS-Delegation aus Barcelona zurückgekehrt, wo die tatsächliche Bilanz der letztjährigen Olympiade gezogen wurde. Die Ergebnisse, die Harald Wolf (Ex-GIM/"Horizonte", EX-AL und nunmehr für die PDS im Abgeordnetenhaus) auf der Abschlußkundgebung vortrug waren ernüchternd: Durch die Olympischen Spiele wurden keine langfristig gesicherten Arbeitsplätze geschaffen. Im Gegenteil: die während des Baubooms geschaffenen 80.000 Arbeitsstellen sind mittlerweile vollständig wieder abgebaut. Gleichzeitig wurde der Arbeitsmarkt der katalanischen Metropole erheblich destabilisiert. Auch die Versprechungen auf billige Wohnungen, die mit der Errichtung des Olympischen Dorfes entstünden, haben sich nicht bewahrheitet. Die Baukosten waren viel zu hoch, um nun sozial schwache

Bevölkerungsschichten dort einziehen zu lassen. So steht das Olympische Dorf heute weitgehend leer. Zu guter letzt hat sich Barcelona im Zuge der Olympiade mit 4,5 Mrd. DM verschuldet. Mindestens bis ins Jahr 2009 wird diese Stadt daran arbeiten müssen, diese Verbindlichkeiten abzutragen. Die Basis der PDS sieht das offensichtlich anders. In einer Umfrage des "Spiegel" (16/93) befürworteten 58% der befragten PDS-Mitglieder die Verwendung öffentlicher Gelder für die Ausrichtung der Olympiade in Berlin. In keiner anderen Partei, noch nicht einmal bei der CDU, ergab sich eine derartig hohe Zustimmung für "Olympia 2000". Das heißt, daß die guten Argumente der Olympia-GegnerInnen in der PDS noch nicht einmal parteiintern vermittelt werden konnten.

Exemplarisch zeigt sich dies in dem Leitkommentar des ND vom 19.4.93. Dümmlich und anbiederisch wird dort argumentiert, die Mieten würden in Berlin unabhängig von der Olympia-Entscheidung steigen, die wirtschaftlichen und infrastrukturellen Verbesserungen wären mit Olympia in größerem Ausmaß zu haben, und nicht zuletzt ließe sich so auch der Regierungsumzug in die deutsche Hauptstadt beschleunigen.

Es fällt auf, daß die "NOlympics"-Aktiven in der PDS stets beteuern müssen, trotz ihres Engagements dennoch für "das humanistische Anliegen der olympischen Bewegung, als Zeichen des Friedens, der Freundschaft und der Solidarität zwischen den Völkern, Menschen und Staaten" einzutreten. Es darf darüber spekuliert werden, ob sich hierin widerspiegelt, wie ungebrochen das in der DDR hochgehaltene Image der Olympiade und des Hochleistungssports heute in der PDS weiterlebt.

"Schneller, höher, Weiterstadt"

Es versammelten sich am 18. April 1993 zwischen 10.000 und 15.000 Olympia-GegnerInnen. Abgesehen von den kleinen Häufchen PDSler bzw. Mitgliedern und FunktionsträgerInnen der Grünen und des "Neuen Forums" (was angesichts der Mobilisierungsfähigkeit der PDS kläglich, für die ehemals Westberliner AL aber ganz beachtlich war) kam am ehemaligen Checkpoint Charlie ein entschlossen auftretender Querschnitt durch die linke Hauptstadt-Szene zusammen.

Offensichtlich hat die massive Kriminalisierungskampagne und die staatliche Repression vor und während der Demo nicht den gewünschten, vermutlich sogar den gegenteiligen Effekt gehabt. Zudem dürfte das großkotzige, Berlin-geile und geschichtlose Vorgehen des Berliner Senats der "NOlympic"-Demo zu größerer Attraktivität verholfen haben.

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß während der Demonstration und den nachfolgenden Aktionstagen eine Zusammenarbeit von parlamentarischer und außerparlamentarischer Opposition stattgefunden und funktioniert hat, wie schon lange nicht mehr.

Das AOK hatte innerhalb dieser Arbeitsteilung die inhaltlichen Vorarbeiten geleistet, für das eindeutig linke Profil der "NOlympics"-Aktivitäten: Gegen Umstrukturierung, gegen Chauvinismus und gegen das Leugnen der faschistischen Olympiade 1936 in Berlin.

Für die autonomen Olympia-GegnerInnen bot der Besuch der IOC-Delegation und das breite Medieninteresse ein erstes gutes Forum zur Darstellung ihrer anti-olympischen Aktionsformen in den Disziplinen: Militanz, symbolischer Aktionen und Mitlatschen auf Demos.

Insofern ist das Auseinanderfallen von autonomen Engagement in der kontinuierlichen, oftmals überwiegend kommunalpolitischen Anti-Olympia-Arbeit und die starke Demopräsenz kein Widerspruch. Es ist vielmehr Ausdruck der Arbeitsteilung zu der sich die autonome Szene Berlins bereit gefunden hat. Von deren punktuellen, anlaßbezogenen Mobilisierungsfähigkeit nun auf einen zahlenmäßigen und qualitativen Schub für eine breite Kampagne gegen Olympia 2000 in Berlin zu hoffen, wäre somit illusorisch.

M./Berlin

Das Anti-Olympia-Komitee

Bereits im Frühjahr 1991 schlossen sich parlamentarische und außer-parlamentarische Gruppen und Einzelpersonen im AOK zusammen. Dort vertreten sind nicht nur einige autonome Olympia-GegnerInnen, sondern z.B. auch Jutta Demba für die Grünen und Petra Pau für die PDS.

Die Ebenen der im AOK vertretenen Olympia-Kritik sind vielschichtig, vor allen Dingen aber von kommunalpolitischem Interesse und entsprechenden Kenntnissen geprägt. Grundsätzlich wird befürchtet, daß durch den Termindruck die verbliebenen Reste der BürgerInnen-Beteiligung bzw. den Berliner Bezirken Planungs- und Entscheidungskompetenzen entzogen und - ähnlich wie es bei der Umsetzung des Regierungsumzugs geschieht - in der Berliner Senatskanzlei oder der Bundesregierung konzentriert werden.

Daneben prognostiziert das AOK eine tiefgreifende Umstrukturierung innerhalb der Wohnbevölkerung der citynahen Bezirke Berlins. Die olympischen Neubaugebiete sollen zu "Entwicklungsinseln" und "Kristallisationspunkten" des umworbenen finanzstarken und konsumfreudigen Dienstleistungs-Klientels werden. Wohingegen die jetzt dort wohnende Bevölkerung damit rechnen müsse, durch Wohnraum-Spekulation und Mietsteigerungen um die 300%, mittelfristig in andere Bezirke verdrängt zu werden.

In diesem Sinne setzt die Olympia-Planung auf unbezahlbare Protzbauten und fragwürdige Nahverkehrskonzepte, anstatt für bezahlbaren sanierten Wohnraum, ökologisch sinnvolle Verkehrspolitik und für langfristig gesicherte Arbeitsplätze in und um Berlin zu sorgen.

Olympia 2000 droht zudem zu einem finanziellen Fiasko auszuarten. Der Berliner Senat und die Bundesregierung, die es beide besser wissen, halten in dieser Sache still, bis das IOC im September 1993 über den Austragungsort der Olympiade 2000 entscheiden wird. Während der Berliner Senat in einer zusammengeschluderten Studie das zunächst erwartete Minus von 800 Mio. DM wie von Wunderhand in einen Gewinn von 190 Mio. DM verwandelte, errechnete das AOK ein Finanzloch, dessen Ausmaß auch vom "Spiegel" (16/93) übernommen wurde. Den geplanten Einnahmen (aus Fernsehrechten, Sponsorverträgen, Münzverkauf, Lotterie-Einnahmen und last not least Eintrittskarten) in Höhe von 3,42 Mrd. DM stehen auf der Ausgabenseite ein Finanzbedarf von 14,2 Mrd. DM gegenüber (für Bau- und Kosten der Olympia-Durchführung). Und diese Schulden-Schere wird sich weiter öffnen. Denn es ist äußerst unwahrscheinlich, daß sich die Olympia-Einnahmen entscheidend vergrößern lassen. Dagegen ist auf der Ausgabenseite zu berücksichtigen, daß die derzeitigen Kalkulationen auf der Grundlage von Preisen des Jahres 1992 errechnet worden sind. Erhebliche Kostensteigerungen durch Spekulation, Baukostensteigerung, nachträglichen Planungskorrekturen und real kaum zu vermeidenden Kalkulationsfehlern konnten noch nicht berücksichtigt werden. Somit dürfte es für "Olympia 2000" kein Problem sein, die 20 Mrd. DM-Hürde zu nehmen.

Mit welchem Konzept soll aber nun Olympia 2000 verhindert werden? Das AOK hat inzwischen die bisherige Entwicklung der Anti-Olympia-Bewegung analysiert und sein weiteres politisches Vorgehen mit guten Argumenten neu ausgerichtet. Die anfänglich erhoffte massenhafte Beteiligung von Bürgerinitiativen und Autonomen ist ausgeblieben. Es gab und gibt auch aus Sicht des AOK dringlichere Aufgabengebiete, insbesondere die Antifa-Arbeit. "NOlympics" wird also zu "keiner Bündelung linker Kräfte" führen und auch "keine organisatorischen Fortschritte für die Autonomen" bringen.

Das AOK will seine Arbeit künftig an dem erfolgreichen Konzept der Olympia-GegnerInnen ausrichten, die die Austragung der Spiele in Amsterdam verhinderten. Das AOK sieht mit einigem Recht in der Anti-Olympia-Kampagne "eine der wenigen Beispiele, wo wir nicht aus einer absoluten Minderheitenposition angreifen". Während sich das AOK willens zeigt, die Räume für militante Politik in der Stadt möglichst weit offen zu halten, möchte das Komitee sich mehr an den kommunalpolitischen Fragen und Interessen breiter "normaler" Bevölkerungsteile orientieren: "Ein Schuß Populismus, warum nicht?".

"Volxsport statt Olympia", 2. Aufl.; 60 S.; 5 DM. Kontaktadresse und Vertrieb: AOK, Brunnenstr. 6/7, O-1054 Berlin

12. Ralf und Knud sind freigesprochen. Vorläufige Anmerkungen zum Verfahren

Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen; Autonome · CD-Datei: daten/aksuche/ak354/12.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:354:12

Am 8. März 93 wurden Ralf und Knud freigesprochen. Wenn auch die Staatsanwaltschaft Revision beim Bundesgerichtshof beantragt hat, sind doch damit die Vorwürfe "Mordversuch" und "gefährlicher schwerer Eingriff in den Bahn- und Schienenverkehr" vom Tisch und bleiben es hoffentlich auch. Ohne Zweifel also ein Grund zur Freude - besonders, da Freisprüche in politischen Verfahren bekanntlich fast nie verkündet werden. Die Art und Weise, wie das Verfahren seit der Verhaftung von Ralf und Knud abgelaufen ist, gibt jedoch zu denken. Insbesondere die Rolle des Hamburger LKA, aber auch sein Zusammenspiel mit der Staatsanwaltschaft müssen genau analysiert werden, um einen Eindruck davon zu bekommen, mit welchen Mitteln der Repressionsapparat arbeitet. Im folgenden sollen dazu einige erste Anmerkungen geliefert werden. Ein halbes Jahr Untersuchungshaft und 57 Verhandlungstage in 15 Monaten hat es gedauert, bis endlich Ralf und Knud die gegen sie erhobenen Anschuldigungen los waren - zumindest vorläufig, denn die zuständige Staatsanwältin Roitsch von Almeloe hat Revision beantragt. Auch die Tatsache, daß sie selbst in ihrem Plädoyer einen Freispruch forderte, hielt sie nicht davon ab und auch Proteste von JuristInnen beim schleswig-holsteinischen Generalstaatsanwalt Ostendorf konnten nichts daran ändern.

Am 8. März 93 wurden Ralf und Knud freigesprochen. Wenn auch die Staatsanwaltschaft Revision beim Bundesgerichtshof beantragt hat, sind doch damit die Vorwürfe "Mordversuch" und "gefährlicher schwerer Eingriff in den Bahn- und Schienenverkehr" vom Tisch und bleiben es hoffentlich auch. Ohne Zweifel also ein Grund zur Freude - besonders, da Freisprüche in politischen Verfahren bekanntlich fast nie verkündet werden. Die Art und Weise, wie das Verfahren seit der Verhaftung von Ralf und Knud abgelaufen ist, gibt jedoch zu denken. Insbesondere die Rolle des Hamburger LKA, aber auch sein Zusammenspiel mit der Staatsanwaltschaft müssen genau analysiert werden, um einen Eindruck davon zu bekommen, mit welchen Mitteln der Repressionsapparat arbeitet. Im folgenden sollen dazu einige erste Anmerkungen geliefert werden. Ein halbes Jahr Untersuchungshaft und 57 Verhandlungstage in 15 Monaten hat es gedauert, bis endlich Ralf und Knud die gegen sie erhobenen Anschuldigungen los waren - zumindest vorläufig, denn die zuständige Staatsanwältin Roitsch von Almeloe hat Revision beantragt. Auch die Tatsache, daß sie selbst in ihrem Plädoyer einen Freispruch forderte, hielt sie nicht davon ab und auch Proteste von JuristInnen beim schleswig-holsteinischen Generalstaatsanwalt Ostendorf konnten nichts daran ändern.

Zur Erinnerung: Ralf Gauger und Knud Andresen waren am 29.7.91 in der Nähe von Pinneberg (bei Hamburg) von Zivilfahndern der Hamburger LKA-Abteilung 331 (zuständig für Observation) festgenommen worden, weil diese Beamten beobachtet haben wollen, wie die beiden "Gegenstände" auf die Schienen der Bundesbahnstrecke Hamburg-Kiel gelegt haben sollen, über die dann wenig später ein Zug gefahren ist.

Die lange Dauer des Verfahrens ergab sich daraus, daß Staatsanwaltschaft und Polizei bzw. LKA an ihrer Version festhielten, obwohl Knud und Ralf immer wieder erklärten, daß sie mit den Gegenständen auf den Schienen nichts zu tun hatten und dies auch politisch begründeten.

Die beiden hatten zusammen mit ihren fünf AnwältInnen also im wesentlichen damit zu tun, die Polizeizeugen zu befragen, ihre Absprachen aufzudecken, ihre Behauptungen zu demontieren, zu belegen, daß deren angebliche Wahrnehmungen von ihrem Verfolgungswillen geleitet sind und die politischen Zusammenhänge und Hintergründe deutlich zu machen. Und zuletzt konnten sie auch auf der Ebene der kriminalistischen Details nachweisen, daß Knud und Ralf es gar nicht gewesen sein konnten.

Ungenannte Hintergründe

Wenige Tage nach der Verhaftung von Ralf und Knud konnte mensch sich ein erstes Bild davon machen, was gegen die beiden ablief und es stellten sich Zusammenhänge dar, die nicht zufällig in den Presseveröffentlichungen fehlten.

Knud und Ralf waren/sind politisch aktiv u.a. im Rahmen der "Roten Flora", ein selbstverwaltetes Stadtteilzentrum in den besetzten Räumen eines ehemaligen Theaters. Die Fahnder, die sie verfolgten, waren Mitglieder der LKA-Abteilung 331 ("Observation"), einer Unterabteilung des Hamburger Staatsschutzes. Sie

waren in den Wochen vor der Observation, die zur Verhaftung von Ralf und Knud führte, auch im Umfeld der "Roten Flora" eingesetzt, genau in der Zeit also, als der Park an der "Roten Flora" zugunsten eines Neubauprojekts brutal geräumt wurde. Nach dieser Räumung hatte der Hamburger Innensenator einen mittlerweile legendär gewordenen Ausspruch von sich gegeben: "Es kommt darauf an, wer im Schanzenviertel das Sagen hat ..."

Zusammengefaßt: mit Knud und Ralf hatte es zwei politisch aktive Menschen "getroffen", die sich mit anderen gegen wichtige Vorhaben des Hamburger Senats gestellt hatten. Es war deutlich, daß es sich bei den Beschuldigungen tatsächlich um ein politisches Verfahren handelte. Im Unterschied jedoch zu vielen anderen Versuchen, politisches Handeln zu kriminalisieren, wurden in diesem Fall weder die "klassischen" Paragraphen politischer Justiz (wie v.a. der § 129a StGB) angewendet, noch die Anschuldigungen, die wegen der Teilnahmen an Demonstrationen behauptet werden (Landfriedensbruch, Sachbeschädigung, etc.).

Die Konstrukte von

LKA und Staatsanwaltschaft

In der Folgezeit kam es darauf an, zunächst zu durchschauen, wie das LKA und die Staatsanwaltschaft die Anklage gegen Ralf und Knud konstruiert hatten bzw. wie sie bewiesen werden sollte, gleichzeitig aber auch darauf, diese Konstrukte als das zu entlarven, was sie waren: Lügen.

Um es vorwegzunehmen: dies ist nur zum Teil gelungen. Zwar konnte auch der Öffentlichkeit deutlich gemacht werden, daß die LKA-Schnüffler eine mindestens dubiose Rolle in diesem Verfahren hatten, was aber tatsächlich passiert ist, konnte nur zu einem kleinen Teil geklärt werden.

Doch zunächst zur Konstruktion der Vorwürfe gegen Ralf und Knud. Die Fahnder des LKA behaupteten anfangs, sie hätten ihre "Zielpersonen" in der Nähe der "Roten Flora" aufgenommen und seien ihnen gefolgt, bis sie sie in der Nähe von Pinneberg kurzzeitig aus den Augen verloren hätten. Kurze Zeit später jedoch hätten sie von einer Brücke aus 375 Meter Entfernung die beiden beim "Plattenlegen" auf die Schienen beobachtet. Die Festnahme erfolgte dann wiederum einige Zeit später am Parkplatz des Autos von Knud und Ralf. Die LKAler waren sich sicher, daß sie die beiden zweifelsfrei erkannt hatten. Dabei blieben sie auch bis zum Ende ihrer Vernehmungen im Itzehoer Gerichtssaal.

Die Frage nach der Motivation der Beschattung jedoch wurde in den ersten Berichten nach der Festnahme ganz anders beantwortet als später im Gericht. Zunächst hieß es, die beiden seien eben von "Rote-Flora"-Aktionen bekannt und es habe der Verdacht bestanden, daß sie Firmen ausspionieren wollten, die mit der Bebauung des Flora-Parks zu tun hatten. Dieses Motiv der Staatsschützer schien nach allen Erfahrungen mit Kriminalisierung politischer Bewegungen auch einigermaßen plausibel. Vor dem Richter jedoch sagten die LKAler aus, daß es sich bei der Observation um eine Verwechslung gehandelt habe: die Beschattung von Ralf und Knud sei insofern ein Fehler gewesen, als in ihrem Observationsauftrag eine ganz andere Person gemeint gewesen war. Die Beamten weigerten sich beharrlich, darüberhinaus irgendwelche Einzelheiten auszusagen - gedeckt nicht nur durch ihre dienstlichen Aussage(verweigerungs)genehmigungen, sondern auch durch ihnen zur Verfügung gestellte Rechtsanwälte und v.a. auch durch eine Erklärung des Senats der Hansestadt, die betreffenden Observationsakten zu sperren. Dadurch war es bis kurz vor Prozeßende unklar, was der tatsächliche Grund für die Observation gewesen war: welche von beiden Geschichten war die falsche? Sollte man davon ausgehen, daß die Verwechslungsstory eine Tarnung für die illegale Überwachung der beiden war - oder war die Festnahme von Knud und Ralf die Tarnung für die Bespitzelung der falschen Person?

Durch ein Urteil des OLG Hamburg mußten Teile des Observationsauftrags der vier LKAler schließlich freigegeben werden. Wenn man davon ausgeht, daß die Akte nicht im Nachhinein gefälscht wurde, betraf die Observation tatsächlich eine andere Person: einen Menschen nämlich, der vom Staatsschutz pauschal in ein konstruiertes sogenanntes "RAF-Umfeld" eingeordnet wurde, weil er politische Gefangene besuchte und Solidaritätsarbeit organisierte.

Darüberhinaus wurde an der Frage des Observationsauftrags allerdings auch deutlich, daß die LKAler schon in ihrem ersten Bericht nach der Verhaftung gelogen hatten: dort stand nämlich nichts von einer Verwechslung,

diese wurde nach Rücksprache mit Vorgesetzten verschwiegen - nur eine von zahlreichen Absprachen, die im LKA im Laufe der 20 Monate trafen (mehr dazu s.u.).

Der Anklagetext der Staatsanwaltschaft, aber auch die Begründungen für ein halbes Jahr Untersuchungshaft bauten im wesentlichen auf diesem "Material" auf. Neben zweifelhaften Gutachten über die Frage, ob ein Zug mit über 100 Stundenkilometern entgleisen kann, wenn er über poröse Betonplatten fährt, konnte die Staatsanwältin noch nicht einmal eine vollständige Spurensicherung des Tatortes und an Knud und Ralf präsentieren. Die Vertreterin der Staatsanwaltschaft erwies sich durch die Konstruktion ihrer Beschuldigungen als reine Überzeugungstäterin: "Wer Betonplatten auf Schienen legt, der weiß und nimmt in Kauf, daß bei einer Zugentgleisung Menschen getötet werden". Gefährlicher Eingriff in den Schienenverkehr und Mordversuch lauteten ihre Anklagepunkte, mit denen sie bei den für die Haftprüfungen zuständigen RichterInnen die Fortdauer der U-Haft begründete. Ein Motiv für die angebliche Tat konnte sie genausowenig erbringen wie Beweise.

Trotzdem nahm der Prozeß seinen Lauf. Wenn auch der Vorsitzende der 5. Strafkammer des Itzehoer Landgerichts Ralf und Knud am ersten Verhandlungstag aus der U-Haft entließ, so war doch damit keineswegs das Anklagekonstrukt vom Tisch: zwei politisch aktive Menschen werden mit absurden Tatvorwürfen konfrontiert und damit "aktuell in die Nähe von faschistischem Terror" (Erklärung von Knud und Ralf am 1.3.93) gestellt. Diese politische Dimension des Verfahrens wurde an keiner Stelle der Verhandlung von Richter Selbmann zugelassen, Beweisanträge und Nachfragen der VerteidigerInnen von ihm abgeblockt: "es interessiert uns nur das ‚Kerngeschehen`".

Zu überprüfen wäre nun folgende These: Der Prozeß gegen Ralf und Knud hat eine besondere Bedeutung im Rahmen politischer Justiz aus mehreren Gründen. Erstens wurde von politischer Polizei gegen politisch aktive Menschen ermittelt (und von der Staatsanwaltschaft angeklagt), ohne dabei jedoch zu den bisher bekannten bzw. dafür vorgesehenen Mitteln politischer Justiz zu greifen. Im Gegenteil wurden Taten behauptet, die von den Angeklagten selber politisch scharf abgelehnt wurden. Der Vorwurf, einen Zug zum Entgleisen bringen zu wollen, hatte zusätzlich den "Effekt", daß auch bei den Resten liberaler Öffentlichkeit (und anfangs sicherlich auch in Teilen der radikalen Linken) gar nicht der Gedanke aufkam, es könne sich um ein politisches Verfahren handeln. Zweitens aber wurde sowohl von der Polizei/Staatsanwaltschaft als auch vom Gericht jeder Bezug auf politische Zusammenhänge abgeblockt, selbst die Möglichkeit, daß die politische Aktivität und "Gesinnung" bei der Observation eine Rolle gespielt haben könnte, verneint. Zu diskutieren wäre nun, ob es sich bei dieser Kombination verschiedener Elemente um eine neue Variante politischer Justiz und Repression handelt: ein absurder Tatvorwurf, der die Beschuldigten im Verständnis der Öffentlichkeit in die Nähe "gewöhnlicher Krimineller" rückt, das Fehlen nicht nur von Beweisen (über Polizeibehauptungen hinaus) sondern auch eines Motivs und nicht zuletzt die Verleugnung jeden politischen Zusammenhangs.

Wenn diese These stimmt, dann hatten wir es hier mit einen Art und Weise der "Entpolitisierung" eines politischen Verfahrens zu tun, die sich von bisherigen "Fällen" durchaus unterscheidet: bei Prozessen wegen Anschlägen, Hausbesetzungen, Publikationen oder auch (z.B.) Landfriedensbruch bleibt der politische Zusammenhang immer präsent, mag sich die Justiz auch noch so "unpolitisch" darstellen.

Polizeistrategien

Nachdem klar war, daß zwar der Zug Hamburg-Lübeck irgendwelche Gegenstände überfahren hatte, daß es Knud und Ralf aber nicht gewesen waren (was zudem im Prozeß bewiesen werden konnte), stellte sich die Frage: wer dann? Sie ist bis heute ungelöst und wird wohl bis zur Öffnung der Archive nach der Revolution - vielleicht aber auch danach - ein Geheimnis der vier LKAler Thoms, Martens, Jahnke und Schöning bleiben. Auch die ausdauernde Befragung durch die AnwältInnen konnte keine Beweise im juristischen Sinn erbringen.

Zwei Möglichkeiten existieren: die LKAler haben tatsächlich zwei Menschen gesehen, die auf den Schienen hantierten. Da es Ralf und Knud nicht waren, hat das internalisierte Feindbild der LKAler ihre Wahrnehmung derartig beeinflußt, daß sie sicher waren, es könnten nur ihre "Zielpersonen" sein. Die andere Möglichkeit : die LKAler waren es selbst - mit welcher Absicht auch immer, da sind verschiedene Modelle denkbar.

Es kann hier nicht unternommen werden, für diese zweite Möglichkeit Indizien zu sammeln. Der Aufwand, die Sitzungsprotokolle mit den Aussagen der LKAler daraufhin zu analysieren, wann sie sich in welchen Punkten

widersprechen, ist für uns viel zu groß. Das dem Repressionsapparat eine solche Tat grundsätzlich zuzutrauen ist, wissen wir spätestens seit dem "Celler Loch", aber auch Stammheim sollte noch nicht vergessen sein.

Das Verfahren gegen Ralf und Knud, vor allem aber zusätzliche politische Arbeit vor und während des Prozesses, machte aber einiges vom Funktionieren polizeilicher Strategien gegen unliebsame politische Bewegungen deutlich.

Die Beamten des Hamburger LKA, Abteilung Staatsschutz (3), Unterabteilung "Observation" (LKA 331), präsentierten sich im Prozeß als Konstrukteure einer Lügengeschichte, die es nicht nur schaffte, Knud und Ralf ein halbes Jahr in den Knast zu bringen, sondern auch eine ganze Reihe politisch aktiver Menschen verschiedener Spektren fast zwei Jahre lang mit dem Kampf gegen diese Vorwürfe zu beschäftigen.

Gerade weil am Ende ein Freispruch stand, muß betont werden, daß sie mit ihren Lügen durchgekommen sind. Das Gericht legte in seiner mündlichen Urteilsbegründung großen Wert auf die Tatsache, "daß Polizisten auch irren können" - was nur als Aufforderung verstanden werden kann, beim nächsten Mal "besser" zu lügen. Keinesfalls jedoch markierte der Freispruch einen grundsätzlichen Rückschlag für den Staatsschutz. Er kann und soll weitermachen mit Ausforschung und Bespitzelung, aber auch mit direkter Repression, wenns denn opportun erscheint.

Dieser sich immer mehr ausdifferenzierende Apparat wird seine Tätigkeitsgebiete, so unsere These, in Bereiche ausweiten, die nach bisherigem Verständnis nicht zu den Aufgaben von Staatsschützern gehören. Im Verbund mit ebenfalls existierenden Spezialeinheiten der "normalen" Polizei wird neben dem propagandistisch gut verwertbaren "Kampf gegen die organisierte Kriminalität" zum Beispiel die Überwachung und Repression von ImmigrantInnen und Flüchtlingen zu seinen Aufgaben gehören. Ein weiteres "Arbeitsfeld" wird zunehmend die Prävention sein, in diesem Fall die Ausforschung in sozialen Brennpunkten und Konflikten.

Prozeßsteuerung

Die Art und Weise, wie das LKA, gedeckt und unterstützt durch seine politische Führung im Hamburger Senat, in den Prozeß regelnd eingegriffen hat, ist das wohl interessanteste Kapitel in diesem Verfahren. Zwei Gesichtspunkte sind dabei besonders hervorzuheben: die Zeugenbetreuung sowie die "Aktensteuerung".

Schon seit dem ersten Moment nach der Verhaftung von Ralf und Knud wurden die LKA-Fahnder von ihren Vorgesetzten instruiert, was sie in ihre Berichte hineinzuschreiben hätten und was sie nicht sagen dürfen. Dieses Prinzip der Steuerung der Polizeizeugen zog sich durch das gesamte Verfahren und man kann annehmen, daß die vier Beamten kein einziges Wort gesagt haben, daß nicht im LKA vorbesprochen war. Das es engagierten AnwältInnen trotzdem immer wieder gelang, sie in Widersprüche zu verwickeln, zeigt zwar, daß der Apparat nicht perfekt ist und daß die Absprachen und die Schulung der politischen Polizisten noch nicht völlig "fehlerresistent" sind, kann aber auch kein Trost sein angesichts der Mühe, die für winzige Details aufgewendet werden mußte ...

Vor jedem Verhandlungstag gab es Dienstbesprechungen der LKAler, um die Zeugenaussagen vorzubereiten, auch die Ergebnisse wurden wieder gemeinsam ausgewertet. Vorgesetzte waren immer wieder zugegen. Zusätzlich wurden den Polizeizeugen immer wieder Anwälte an die Seite gestellt, die darüber zu wachen hatte, daß der Zeuge "keinen Fehler macht". Und nicht zuletzt sind die Aussage(verweigerungs)genehmigungen ein äußerst flexibles Mittel um aus einem Zeugen, der aussagen soll, was er weiß und gesehen hat, ein reines Instrument der Polizeiführung zu machen (was nicht heißen soll, daß diese Zeugen Opfer einer Strategie wären, sie haben sie sich nur nicht ausgedacht).

Daß die LKAler zusätzlich zu all diesen Maßnahmen auch noch durch Perücken, falsche Bärte, Schminke entstellt und unkenntlich gemacht wurden, ist möglicherweise nur ein Kuriosum. Allerdings eines mit einem hohen Symbolwert, zeigt es doch, daß die Ermittlungsapparate jedes Mittel nutzen, das ihnen zur Verfügung steht, um sich nicht in die Karten schauen zu lassen.

Diese Verfahrensweisen des Staatsschutzes sind, das muß betont werden, keine Überreaktionen in einem Verfahren, was ihm aus dem Ruder zu laufen droht. Sie waren und sind politisch abgesichert. Die Sperrerklärung des Hamburger Senats war dafür deutliches Zeichen, genauso waren diverse parlamentarische Kleine Anfragen der GAL ins Leere gelaufen bzw. die Unterstützung der LKA-Aktivitäten offen zugegeben worden.

Damit deckte der Senat auch die Steuerung des Verfahrens durch das LKA. Da die Anklage auf die Aussagen der Fahnder aufbaute und dementsprechend auch die Zeugenvernehmungen wesentlich diese vier Männer betraf, hing es vom Willen oder Unwillen der Führung in der Polizei und im Senat ab, was dabei herauskam. Das schon skizzierte Aussage(verweigerungs)verhalten der Beamten, genauso auch die "Freigabe" (oder eben Nicht-Freigabe) aller anderen, das Verfahren betreffenden Informationen (wann gab es Kontakte mit der Staatsanwaltschaft, wie oft haben die Beamten des LKA den "Tatort" besichtigt ...) macht deutlich, das es sich in diesem Fall eben nicht nur um Blockade-Politik handelte. Aber auch scheinbare Kleinigkeiten zeigen, daß die Polizei jederzeit die Kontrolle über alle Itzehoer Vorgänge hatte oder doch zumindest anstrebte: regelmäßig wurden die ProzeßbesucherInnen gefilmt und fotografiert, im Gerichtsgebäude waren zeitweise Dutzende schwerbewaffneter Polizisten stationiert, ohne daß das Gericht selbst einen Einfluß darauf hatte, die Nummernschilder von Autos von ProzeßbesucherInnen wurden von Hamburger LKAler erfaßt ...

Nur der Tatsache, daß fünf engagierte AnwältInnen immer wieder versucht haben, Licht ins Dunkel der polizeiinternen Absprachen zu bringen, ist es zu verdanken, daß wir wenigstens wissen, wie innerhalb des Apparats im Rahmen der politischen Strategien (in diesem Fall: gegen Linke) mit der Wahrheit nach Opportunitätsgesichtspunkten verfahren wird. An diesen Verfahrensweisen selbst hat das nichts geändert und auch die Tatsache, daß es gelang, eine geheime Observationsakte öffentlich zu machen, darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß die alltägliche Praxis in den Gerichtssälen mittlerweile darin zu bestehen scheint, die Polizei als Herrin gerichtlicher Verfahren zu akzeptieren.

Probleme der Solidaritätsarbeit

Die sehr schnell einsetzende Soliarbeit zum Verfahren gegen Ralf und Knud hatte vor allem mit der immensen Dauer des Verfahrens zu kämpfen. Besonders die vielen Monate, in denen die LKA-Beamten vor Gericht befragt wurden, waren eine schwere Durststrecke für alle Versuche, Öffentlichkeit zu mobilisieren und damit politischen Druck auf den Ablauf des Verfahrens zu entfalten.

Am besten gelang das in der Zeit, in der Knud und Ralf in U-Haft saßen mit vielfältigen Aktivitäten, die als gemeinsame Klammer die Forderung nach der Freilassung von Ralf und Knud sowie nach der Aufdeckung des LKA- und Justiz-Konstruktes hatten. Eine wichtige Rolle bei dieser Mobilisierung spielte sicherlich die Tatsache, daß nicht nur kleine Kreise "der Szene" oder von FreundInnen die Vorwürfe gegen die beiden ziemlich absurd fanden. Dazu kam, daß es gelang, in der Öffentlichkeit ein Bewußtsein davon zu schaffen, daß an den Vorwürfen der LKAler irgendetwas nicht stimmen kann.

An dieser Stelle zeigten sich rückblickend jedoch auch schon die grundsätzlichen Schwierigkeiten, durch die die Solidaritätsarbeit immer wieder an ihre Grenzen stieß: die Möglichkeit, daß aufgrund vorsätzlicher Polizeilügen zwei Menschen vor Gericht gebracht und eventuell auch verurteilt werden könnten, wurde nur von Teilen der solidarischen Menschen tatsächlich so gesehen. Vielfach stand der Gedanke im Vordergrund, daß die Beamten sich geirrt haben könnten, weil sie eben auf der Brücke aus 375 Meter Entfernung nicht genau genug sehen konnten. Eine andere immanente Kritik bezog sich auf die Vertreterin der Staatsanwaltschaft, Roitsch von Almeloe: ihr Verhalten sowohl während der Zeit der U-Haft von Knud und Ralf als auch während der Verhandlungen wurde als ihr persönliches Problem gedeutet ("die ist ja nicht ganz dicht"), ohne darüber nachzudenken, daß diese Staatsanwältin weisungsgebunden arbeitet, und daß ihre Behörde einen genau definierten Teil der Repression (auch) gegen Linke übernimmt und mit einem lange bekannten Verurteilungswillen agiert. Wobei sich noch in ihrer Entscheidung, in die Revision zu gehen, zeigt, daß ihr Handeln gedeckt ist, wie die erfolglosen Proteste beim Generalstaatsanwalt deutlich gemacht haben. Nicht vergessen darf mensch auch, daß die verschiedenen Institutionen (also: Polizei, Staatsanwaltschaft und HaftrichterInnen) es erst durch ihre Zusammenarbeit ermöglicht haben, daß dieses Verfahren zustande kam.

Und nicht zuletzt muß ein Grundproblem wohl jeglicher linksradikaler Politik angesichts der herrschenden Verhältnisse angesprochen werden: die Tatsache nämlich, daß es nicht nur innerhalb der radikalen, autonomen Linken immer schwieriger wird, über längere Zeiträume eine konstante Mobilisierung (z.B.) gegen ein politisches Verfahren zu erreichen sondern, daß es auch immer weniger organisierte Bündnispartner außerhalb der radikalen Linken gibt. Eine liberale, demokratische Öffentlichkeit, die in diesem Land sowieso nur in Ansätzen entwickelt war, gibt es als politische Kraft nicht mehr.

Insbesondere in der Berichterstattung der Medien hat es sich gezeigt, daß es überhaupt nur noch dann Öffentlichkeit gibt, wenn einzelne JournalistInnen ein Eigeninteresse entwickeln. Im Verfahren gegen Knud und Ralf war dies bei kleinen Zeitungen aus dem Umland Hamburgs viel eher der Fall als in Hamburg selbst.

Um Schlüsse für eine weitere politische Arbeit zu ziehen, ist die Diskussion noch nicht weit genug fortgeschritten. Klar ist jedoch, daß sie unbedingt stattfinden muß, will mensch nicht entweder im eigenen Saft schmoren oder Vorstellungen von vergangenen Zeiten nachhängen.

Setec Astronomy

Für Gruppen und Einzelpersonen, die im Antirep-Bereich arbeiten, können Kopien aller Ausgaben der "sprengsätze" zum Preis von 25 DM (Vorkasse!) bereitgestellt werden.

Kontakt: FreundInnenkreis "Info-Zeitung Ralf und Knud", c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 2000 Hamburg 36.

13. Mainz: Antifaschist seit Monaten in U-Haft - NS-Kampftruppe macht unter Polizeischutz weiter

Mainz: NS-Kampfgruppe macht unter Polizeischutz weiter -

Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen; Rechtsradikale, Neonazis; Antifaschistischer Kampf · CD-Datei: daten/aksuche/ak354/11.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:354:11

Mehr als 2.000 Antifaschisten protestierten in Mainz gegen eine Hitlergeburtstagsfeier von 300 Nazis aus dem In- und Ausland am 17.4.1993 in Mainz-Gonsenheim, wo NS-Aktivist Kurt Müller und Frau Ursula alljährlich das gesamte prominente NS-Spektrum versammeln. In diesem Jahr waren neben Christian Worch aus Hamburg auch Faschisten aus Kroatien und Dänemark erschienen. Doch nicht diese Nazi-Provokation war Gegenstand polizeilichen Eingreifens. Die Knüppel wurden gezückt, als beherzte Antifaschisten den Sturm auf die Gärtnerei versuchten. Und während seit nunmehr mehr als 20 Jahren die Gärtnerei Müller mit ihrer "Walhalla" genannten Scheune unbehelligter Wallfahrtsort zu Führers Geburtstag und sonstigen ns-germanischen Riten ist, sitzt seit annähernd vier Monaten ein Antifaschist in Untersuchungshaft, weil er angeblich am 6.1.1993 in Mainz Faschisten angegriffen und an der Demontage zweier Nazi-Autos beteiligt gewesen sein soll. Die Nazis hatten sich Anfang Januar in Fortführung der verbotenen Deutschen Alternative eben in dieser Gärtnerei Müller versammelt. Eine Aufhebung des Haftbefehls gegen den Antifaschisten, so die Begründung, käme u.a. deshalb nicht in Betracht, weil dieser seit Jahren in Mainz wohnende, in einem festen Arbeitsverhältnis stehende Antifaschist als Mitglied der "autonomen Antifaszene" dann evtl. in den Untergrund abtauchen könne (siehe auch Artikel hierzu in ak 353). Inzwischen ist gegen ihn Anklage erhoben worden.

Familie Müller - Schaftstiefelnazis

der ersten Stunde

Die NS-Kampfgruppe Mainz der Familie Müller (Kurt, Ursula und Sohn Harald) gehört seit nunmehr über 20 Jahren zu den Aktivisten der offenen NS-Szene. Gegründet 1969 (damals noch NPD) waren sie beteiligt an der formalen Gründung der NSDAP/AO im September 1975 in Wiesbaden unter dem Namen "Schießclub Bocholt". Die NS-Kampfgruppe war u.a. schon in den 70er Jahren - gemeinsam mit dem Nazi Manfred Roeder - an Schmieraktionen gegen eine Auschwitzausstellung in Westberlin beteiligt. Sohn Harald war Mitglied einer Gruppe Neumann, die u.a. wegen Waffenraub und einem bewaffneten Anschlag auf die Göttinger linke Buchhandlung Polibula aufflog (Sohn Harald ging straffrei aus).

Die Aktivitäten und Kontakte der Mainzer Bande lesen sich dabei wie ein Who-is-Who des Schaftstiefelfaschismus der letzten 20 Jahre:

Anfang der 70er Jahre Mitglied in Erwin Schönborns Kampfbund Deutscher Soldaten; 1979 Gründung der NSDAP/AO; Gründungsmitglieder der Hilfsgemeinschaft für nationale und politische Gefangene (1979); seit 1978 Kontakte zu Kühnen, seit Gründung 1983 Mitglied der Aktionsfront Nationaler Sozialisten; Mitglied der FAP (nach dem ANS-Verbot); Mitglied der mittlerweile verbotenen Deutschen Alternative.

Darüber hinaus Kontakte zu Manfred Roeders "Deutschen Aktionsgruppen", zum KuKluxKlan, zur WSG-Hoffmann, zur Volkssozialistischen Bewegung Deutschlands; Wehrsportgruppe Priem; Deutsche Bürgerinitiative; WUNS - World Union of National Socialists; Ordine Nuevo (italienische Nazi-Terroristengruppe der späten 60er und 70er Jahre) usw.

Seit Anfang der 80er Jahre profilierte sich die Mainzer Gärtnerei zu einem bevorzugten Ort, an dem aus der Haft entlassene Nazi-Aktivisten Unterschlupf und Arbeit fanden; nahezu die gesamte NS-Szene der BRD gab sich in Mainz in der "Walhalla" mindestens dreimal im Jahr ein Stelldichein: Zwei Sonnwendfeiern und der Führergeburtstag waren feste Termine im Nazi-Kalender. Von besonderer Bedeutung war dabei der 100. Geburtstag, der dort mit 130 Personen gefeiert wurde.

Seit einigen Jahren ist Ehefrau Ursula treibende Kraft in der "Hilfsgemeinschaft für nationale und politische Gefangene - HNG", einer Rechtshilfeorganisation, die, unabhängig von den aktuellen Differenzen der diversen Flügel, von allen NS-Gruppen unterstützt wird. Ehemann Kurt ist Beisitzer im Vorstand der HNG; das

Müllersche Anwesen diente im ganzen Jahr 1992 offiziell als Stützpunkt der Deutschen Alternative in Rheinland-Pfalz. Nach dem Verbot gehen die Treffen desselben Personenkreises offenbar munter weiter.

Diese Bedeutung des Müllerschen Anwesens wurde nur im Jahr 1986 etwas vermindert, als die Walhalla-Scheune völlig abbrannte. Der Wiederaufbau wurde durch Spenden in der gesamten Szene finanziert (in anderen Fällen, so dem Schulungszentrum des Mannheimer Neonazis Ernst Tag, stammten vergleichbare Spenden aus Banküberfällen).

Mehrfach wurden Müllers wegen Propagandadelikten angeklagt, auch einige Male bestraft; gleich LKW-weise wurde bei zumindest einer Razzia NS-Material aus der Walhalla-Scheune abtransportiert. Eine ernsthafte Unterbindung der NS-Aktivitäten dieses Zentrums wurde staatlicherseits bislang nicht betrieben. Mit dem Hinweis auf den privaten Charakter des Geländes wurde dort noch nahezu jede Provokation der Nazis durch Polizei geschützt, nahezu jedes organisierte Treffen durch Polizei ermöglicht, auch wenn es offensichtlich der Reorganisation der durch die Verbote der verschiedenen NS-Gruppen doch etwas angeschlagenen Szene galt. Denn diese Funktion des organisierenden Führers hat Kurt Müller selbst nach Aussagen der rheinland-pfälzischen Behörden. Um Müller, zu dessen Umfeld auch das mittlerweile aufgelöste Wiesbadener "Nationale Infotelefon" gehörte, über das die NS-Szene aktuelle Nachrichten austauschte, gruppieren sich im näheren Mainzer Umkreis einige Dutzend Neonazis.

Neuer Tarnverband der NS-Szene im Südwesten

Offenbar eine zentrale Rolle in diesem Reorganisationskonzept der Nazis im Südwesten spielt dabei die am 23. März gegründete "Aktionspartei Nationalrevolutionärer Kameraden" (ANK). Bundesvorsitzender dieser neuesten Gründung ist Michael Petri, der ehemalige rheinland-pfälzische Vorsitzende der verbotenen Deutschen Alternative. Frisch wegen Volksverhetzung zu 6 Monaten Jugendstrafe auf drei Jahre Bewährung und DM 1.000 Geldstrafe verurteilt. Organisationsleiter der ANK ist der in Ludwigshafen wohnende Manfred Huck von der "Aktionsfront Nationaler Kameraden", die diesem neuen Verein ihren Namen gegeben hat. Vorbereitet wurde diese Gründung offenbar auf mehreren Treffen Ende 92/Anfang 93 u.a. mit Christian Worch.

Auf der Wintersonnwende im Mainzer Walhall am 19.12.92 erschienen neben Müller auch Friedhelm Busse (FAP), Michael Petri (DA), Manfred Huck, Gerald Wilhelm ("Junge Deutsche") und Heinz Reisz ("Deutsches Hessen"; u.a. um ihn ging es bei der Diskussion um die Aberkennung von Grundrechten). Unter den Teilnehmern war auch ein BGS-Beamter, der nun entlassen werden soll.

Zumindest das Treffen am 16.1.93 ist genauer dokumentiert: In Hucks Postille "Der Kampf" wird von einem Treffen am 16.1.93 von ihm, Christian Worch, Michael Petri (DA-Rheinland-Pfalz), und Bernd Malthaner ("Nationalfreiheitliche Alternative") berichtet, auf dem es um eine "verstärkte Zusammenarbeit", "besonders auf dem Gebiet der Anti-Antifa-Arbeit" gegangen sei. Autorin in diesem Blatt Hucks ist u.a. Ursula Müller. Eine Woche nach diesem Treffen, am 25.1.93 wurde ein Treffen von etwa 40 Kameraden aus Hucks ANK in der Vereinsgaststätte des Hundesportvereins in Ketsch/Baden-Württemberg von der Polizei aufgelöst; bei Hausdurchsuchungen wurden Druckplatten mit Hakenkreuzen, Waffen etc. beschlagnahmt; gegen zwei Hauptverdächtige wurde Anzeige wegen Volksverhetzung und Verstoßes gegen das Waffengesetz erstattet.

ES, Hamburg

14. Antifa-Arbeit in den USA (Buchvorstellung)

Buchbesprechung

Rubrik: Antifaschistischer Kampf; USA; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak354/05.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:354:05

Die internationale Vernetzung antifaschistischer Initiativen hinkt noch immer hinter der internationalen Kooperation alter und neuer Nazis hinterher. Ein neues Handbuch bietet, obwohl es sich in erster Linie an ein US-amerikanisches Publikum richtet, auch für europäische AntifaschistInnen einen ausgezeichneten, in leicht verständlichem Englisch geschriebenen Einblick in die rechtsradikale Szene in den USA und die dortigen Debatten über antifaschistische Strategien.

Das Center for Democratic Renewal (Zentrum für demokratische Erneuerung, CDR) ist, trotz seines biederen Namens das wichtigste antifaschistische/antirassistische Dokumentations- und Koordinationszentrum in den USA, mit Kontakten zu hunderten von örtlichen Initiativen in allen Regionen des Landes. Seit Jahren dokumentiert CDR Entwicklungen in der rechtsradikalen Szene, schleust dort InformantInnen ein und berät Basisgruppen über Strategien, um dem Ku-Klux-Klan und anderen rechtsradikalen Gruppen vor Ort den Boden zu entziehen.

CDR sieht sich in der Tradition des linken Flügels der schwarzen Bürgerrechts-Bewegung in den USA und legt großen Wert auf "coalition building" vor Ort, d.h. auf die antifaschistische Kooperation von schwarzen, jüdischen, schwulen und lesbischen, gewerkschaftlichen und explizit linken Zusammenhängen, eine Kooperation, die in den USA leider eine Seltenheit ist. Das Center verfügt über gute internationale Kontakte, in Europa vor allem zu der britischen antifaschistischen Monatszeitung Searchlight und war am 9. November letzten Jahres an der Mobilisierung für Protestaktionen an deutschen Botschaften und Konsulaten in mehreren nordamerikanischen Städten beteiligt.

Das Center wurde 1979 unter dem Namen National Anti-Klan Network gegründet, nachdem der rassistische Geheimbund Ku-Klux-Klan in den Jahren zuvor ein aufsehenerregendes Comeback feiern konnte und innerhalb weniger Monate bei Angriffen auf antirassistische Demonstrationen fünf Menschen ermordete und zahlreiche verletzte. Als während der 80er Jahre der KKK seine führende Rolle in der rechtsradikalen Szene der USA allmählich einbüßte (andere Strömungen, wie offen nazistische Organisationen, Skinheads oder rechtspopulistische Gruppen und Einzelpersonen gewannen an Gewicht), benannte sich das Network in Center for Democratic Renewal um.

Das vor kurzem von einem CDR-AutorInnenkollektiv veröffentlichte Handbuch bietet in einem ersten Hauptteil einen knappen, aber umfassenden Überblick über die rechtsradikale Szene in den USA, mit kurzen Kapiteln über die wichtigsten Strömungen, Organisationen und Führungskader (dem Buch liegt ein plakatgroßes Diagramm über entsprechende Verflechtungen bei). Leider enthält das Handbuch wenig Informationen über internationale rechtsradikale Querverbindungen.

CDR betont wiederholt, daß organisierte Rechtsradikale nicht als extremistische Randerscheinungen betrachtet werden sollten, sondern deren historische und aktuelle Rolle als "Stichwortgeber" für den institutionalisierten Rassismus des US-amerikanischen "mainstream" analysiert (und bekämpft) werden muß. Insofern ist der Titel des Handbuchs etwas unglücklich gewählt: "Haßgruppen" (ein in den USA gängiger Begriff, der rassistische, antisemitische, frauen- und schwulen/lesben-feindliche Strömungen zusammenfaßt) kommen eben nicht quasi von außen "in die Stadt", sondern sind dort längst präsent.

Nach der weitgehenden Zerschlagung bewaffneter faschistischer Gruppen Anfang der 80er Jahre durch das FBI hat die radikale Rechte in den USA die Bandbreite ihrer Strategien bedeutend ausgeweitet: Vor allem Wahlkandidaturen wie die des rechtsradikalen David Duke (siehe Konkret 3/1992) und die Kooperation mit christlichen Fundamentalisten haben an Bedeutung gewonnen. Entsprechend ausgeweitet haben sich auch die Diskussionen in antifaschistischen Initiativen um Gegenstrategien, die den Schwerpunkt des Handbuchs bilden.

Das Handbuch schöpft aus dem reichhaltigen Erfahrungsschatz des CDR und diskutiert anhand von erfolgreichen oder mißlungenen Fallbeispielen die Vor- und Nachteile (jeweils auf die konkrete Situation

bezogen) der verschiedenen Vorgehensweisen in der antifaschistischen Praxis: von juristischen Schritten und gesetzlichen Regelungen gegen rechtsradikalen Terror, bis zu den Aktionen anti-rassistischer Skinheads, von der Arbeit im US-amerikanischen Farmgürtel oder in kirchlichen Initiativen, bis zur Verteidigung von indianischen Communities oder arabischen EinwanderInnen gegen rechtsradikale Angriffe und Hetzkampagnen. Obwohl z.B. die Erörterung juristischer Schritte nicht unmittelbar auf BRD-Verhältnisse übertragbar ist, bietet das Handbuch doch einen guten Einblick in die US-Diskussion.

Das Buch enthält eine Fülle von detaillierten praktischen Tips (von der Einrichtung antifaschistischer Archive bis zu Sicherheitsvorkehrungen bei der Antifa-Recherche) und einen ausführlichen Anhang mit Adressen antirassistischer und antifaschistischer Gruppen und Institutionen in den USA, sowie eine Literaturliste.

Center for Democratic Renewal: When Hate Groups Come to Town: A Handbook of Effective Community Responses. Atlanta 1993 (190 Seiten, Großformat).

Das Handbuch ist für 25 US-$ (einschl. Porto) beim CDR, P.O.Box 50469, Atlanta, GA 30302 erhältlich.

15. Mit dem Solidarpakt zur "elektronischen Kaderakte"

Die Pläne zum Datenaustausch zur Verhinderung von Leistungsmißbrauch gehen wesentlich weiter als die verhinderte Volkszählung

Rubrik: Sozialpolitik; Datenschutz · CD-Datei: daten/aksuche/ak354/04.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:354:04

Die Pläne zum Datenaustausch zur Verhinderung von Leistungsmißbrauch

gehen wesentlich weiter als die verhinderte Volkszählung

InformatikerInnen und JuristInnen aus dem Bonner "Institut für Informations- und Kommunikationsökologie" (IKÖ) haben Details über die im Solidarpakt geplanten Kontrollen zur Aufdeckung von Leistungsmißbrauch veröffentlicht. Durch Datenaustausch zwischen Sozialbehörden und Arbeitgebern würde der berufliche und soziale Lebenslauf der Beschäftigten ähnlich transparent gemacht wie in den "Kaderakten" der ehemaligen DDR. Nach ihren Informationen haben die Datenschutzbeauftragten von Bund und Ländern einen "verzweifelten Abwehrkampf" gegen die vorgesehenen Vorschriften geführt, allerdings ohne Erfolg.

Im Gesetzentwurf, der von SPD, FDP und CDU unterstützt wird, ist eine Neufassung von §117 des Bundes-Sozialhilfegesetzes enthalten. Darin werden die Sozialämter ermächtigt, auf Dateien der Arbeitsämter und Rentenversicherungen zuzugreifen, um den Doppelbezug von Leistungen aufzudecken. Außerdem können sie Einblick u.a. in die Computer der Kraftfahrzeugämter, Einwohnermeldeämter und Ausländerbehörden nehmen. Die dabei gewonnenen Daten dürfen sie dann wieder an die "Empfänger von Auskunftsersuchen" weiterleiten, also wohl an alle Stellen, von denen sie Informationen erhalten haben.

Weiter sieht der Solidarpakt vor, daß ein § 150a ins Arbeitsförderungsgesetz eingefügt wird. Danach erhalten die Arbeitsämter umfangreiche Kontrollrechte gegenüber jedermann. Um Leistungsmißbrauch aufzudecken und um zu verhindern, daß weiterhin AusländerInnen beschäftigt werden, deren Arbeitsbedingungen ungünstiger sind als die von Deutschen, sollen die Beauftragten der Arbeitsämter

- Grundstücke und Arbeitsräume der Arbeitgeber betreten und dort alle Personen kontrollieren sowie Personalunterlagen einsehen können,

- aus den maschinenlesbaren Personaldateien der Arbeitgeber ausgedruckte Beschäftigtenlisten oder Disketten mit Beschäftigtendaten herausverlangen dürfen,

- Daten von den Renten-, Kranken- und Unfallversicherungen, Arbeitsschutz- und Ordnungsbehörden abfordern können,

- jedermann verpflichten können, über Tatsachen Auskunft zu geben, die auf eine illegale Beschäftigung schließen lassen.

Die gleichen Rechte sollen auch die Hauptzollämter erhalten. Da die Zollbehörden polizeiliche Befugnisse bis hin zum Schußwaffengebrauch haben, werden die Zöllner damit zu "Sozialpolizisten" an der "inneren Grenze". Schon heute riegeln sie Großbaustellen ab, nehmen Ausländer und Deutsche fest, die sich nicht als Arbeitnehmer ausweisen können. In Zukunft könnten sie auch Betriebe durchsuchen und von ihren Fahrzeugen aus auf die Datenbestände der Renten- und Arbeitslosenversicherungen zugreifen.

Die staatlichen Datenschutzbeauftragten haben gegenüber den Landes- und Bundesministerien Kritik an diesen Planungen geübt. Ihre Kritikpunkte:

- Informationen sollten immer zunächst beim Betroffenen erhoben werden. Die BezieherInnen von Leistungen könnten selbst "Negativbescheinigungen" anderer Leistungsträger vorlegen,

- in die Gesetze gehörten keine Pauschalermächtigungen, sondern detaillierte Regelungen, wer welche Daten von wem erhalten darf,

- für die zwischen den Behörden ausgetauschten Daten müsse eine Zweckbindung festgelegt werden, ferner müsse die Löschung der Daten vorgeschrieben werden, sofern sich keine Verdachtsmomente aus ihnen ergeben.

Die DatenschützerInnen des IKÖ, an amtliche Zurückhaltung nicht gebunden, üben weitergehende Kritik. Der Solidarpakt sei nicht der erste Schritt der "90%-Koalition" aus SPD, FDP und CDU zur Sozial-Verdatung. Schon die Rentenreform und das Gesundheitsstrukturgesetz enthielten umfangreiche neue Vorschriften über Datenerhebung und -austausch. Im Sozialbereich entstehe damit ein unkontrollierbarer "Datenpool" mit Informationen über Beschäftigung, Gesundheit, Einkommen und Lebensweise.

Im letzten Jahresbericht des Landes-Datenschutzbeauftragten von Berlin berichtete der Beauftragte über den Zugriff von Polizei-Dienststellen auf Krankenkassen-Daten. Die Bekämpfung der Schwarzarbeit auf diesem Wege, so die ExpertInnen des IKÖ, werde "letzten Endes bei einer elektronischen Kaderakte enden - es fehlt nur noch die politische Beurteilung".

Nach Ansicht des IKÖ würden die meisten Betroffenen durch Arbeitslosigkeit, Ausgrenzung, Ausländerfeindlichkeit und niedrige Sozialleistungen in die Schwarzarbeit hineingetrieben. Dieses soziale Problem könne man nicht durch Kontrollen lösen. Die vorhandene Arbeit müsse durch Arbeitszeitverkürzung besser verteilt werden. Sonst würde man bald "ein Drittel der Bevölkerung haben, die entweder Zöllner, Polizisten oder Kriminelle sind".

Institut für Informations- und Kommunikationsökologie e.V., Bremen

16. Prozesse gegen Antifaschisten in Passau

Berufungsverfahren wegen Blockadeversuch einer DVU-Veranstaltung

Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen; Antifaschistischer Kampf · CD-Datei: daten/aksuche/ak354/03.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:354:03

Berufungsverfahren wegen

Blockadeversuch einer DVU-Veranstaltung

Passau ist seit 1981 Treffpunkt für Großveranstaltungen der Deutschen Volksunion (DVU), der Partei des faschistischen Verlegers Gerhard Frey. Jedes Jahr kommen 3.000 bis 4.000 Alt- und Neonazis in die Nibelungenhalle, um Rednern wie z.B. dem britischen Geschichtsfälscher David Irving an den Lippen zu hängen, die dort ihre faschistische und rassistische Hetze ungestört von der Stadtverwaltung und der Polizei verbreiten können.

Auch 1992 waren die Autonomen Antifas wieder die wesentlichen OrganisatorInnen einer Gegendemonstration. Trotz aller Versuche, das Bündnis auf viele Beine zu stellen, waren außer einigen studentischen, gewerkschaftlichen und kulturellen Initiativen und dem Grünen KV-Passau keine UnterstützerInnen zu gewinnen.

Der Versuch einer Blockade des Zufahrtsweges wurde mit brutalem Knüppeleinsatz des Unterstützungs-Sonder-Kommandos (USK) zerschlagen. Die BlockiererInnen wurden durch die Stadt getrieben, zusammengeschlagen, und im Laufe des Tages wurden 97 Menschen festgenommen. Auch nach den Festnahmen gingen die Mißhandlungen durch die Polizei weiter. Gegen sieben der BlockiererInnen wurde Haftbefehl erlassen, der erst nach fünf Tagen außer Kraft gesetzt wurde.

Seit Anfang Dezember 1992 hat es vor dem Amtsgericht Passau 14 Verfahren gegeben. Drei endeten mit Freispruch. Die Strafen bei den 11 Verurteilungen bewegen sich einerseits bei Geldstrafen zwischen 900,- und 2.500,- DM und andererseits bei Freiheitsstrafen zwischen sechs Monaten und 1.000,- DM und acht Monaten und 2.000,- DM auf drei Jahre Bewährung.

Tatvorwurf in den Verfahren ist in der Regel der Vorwurf des Landfriedensbruch: "... sich an Gewalttätigkeiten gegen Sachen, die aus einer Menschenmenge in einer die öffentliche Sicherheit gefährdenden Weise mit vereinten Kräften begangen wurden, als Teilnehmer beteiligt zu haben."

Eine Beweisführung für konkrete Vorwürfe durch die Staatsanwaltschaft ist deshalb nicht mehr notwendig. So werden Verurteilungen damit begründet, daß der Angeklagte im gleichen Bus wie andere Angeklagte angereist sei, dunkel gekleidet gewesen sei, die entsprechende Ausrüstung (Motorradhaube) mit sich geführt habe, am selben Ort wie andere Angeklagte festgenommen worden sei und sich hinter einer Garage versteckt habe. Belastende Aussagen, die auf eine Tatbeteiligung hätten schließen lassen, lagen nicht vor.

ga.

Die Verurteilten haben mittlerweile Rechtsmittel gegen die Urteile eingelegt. Das erste Berufungsverfahren fand statt am: 21. April um 13 Uhr vor dem Landgericht in Passau.

Kontakt über: Rechtshilfegruppe c/o BBS, Gottfried-Schäffer-Str. 6, 8390 Passau, Tel.: 0851/36106 (freitags 16-19 Uhr) oder Prozeßgruppe Passau c/o Druckluft, Am Förderturm 27, 4200 Oberhausen 1.

Die AntifaschistInnen bitten wegen der hohen Prozeßkosten um Spenden: Schwarz-Rote-Hilfe, Kontonummer: 277 580 200, Blz: 360 101 11, Bank für Gemeinwirtschaft Oberhausen.

17. BRD zahlt Renten für lettische SS-Mitglieder

Rubrik: Antisemitismus/Wiedergutmachung; Militärpolitik BRD - Bundeswehr; Geschichte des Faschismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak354/10.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:354:10

Wie die Fernsehsendung PANORAMA am 29.3.1993 enthüllte, bekommen immer mehr Letten, die nach der deutschen Besetzung im Jahr 1941 der SS beigetreten waren, Rente. Diese übersteigt mit zum Teil 220 DM im Monat die normale lettische Altersversorgung um etwa das siebenfache. Wie die TAZ am 30.3. mitteilte, werden zur Zeit an 138 Letten derartige Renten bezahlt, 421 weitere Anträge lägen bereits vor. Insgesamt etwa 12.000 Mitglieder der ehemaligen lettischen Legion innerhalb der faschistischen Waffen-SS, die potentielle Antragsteller sind, sollen noch leben. Bezahlt werden diese Renten für Verletzungen im Dienst zwischen 1943 und 1945 entsprechend dem Bundesversorgungsgesetz von 1959. Ausgeschlossen sind nach diesem Gesetz nur Angehörige von SS-Einheiten, die KZs bewachten.

Dabei - so die Rechtsauffassung des Bundesversorgungsamtes Ravensburg - spiele es aber überhaupt keine Rolle, ob die Antragsteller etwa vor ihrer Zeit in der Waffen-SS als Angehörige der sogenannten Schutzmannschaften an der Ermordung der lettischen (und später nach Lettland verschleppten) Juden beteiligt waren; ja selbst die Teilnahme an Kriegsverbrechen der Antragsteller - so der zuständige Beamte Hans-Peter Gianmoena - hätten auf den positiven Rentenbescheid keinerlei Einfluß. Eine Regelanfrage bei der Zentralstelle für die Verfolgung von NS-Straftaten erfolgt in diesen Fällen nicht.

Da paßt es ins Bild, wenn die Opfer der Nazis in Lettland (insgesamt gerade 124 Personen) bis heute überhaupt keine müde Mark an Entschädigung und Wiedergutmachung bekommen haben. Ihnen wurde - im Gegensatz zu den Altnazis aus Lettland, die noch 50 Jahre danach selbstverständlich aus der staatlichen Pensionskasse alimentiert werden - auf ihre Anfragen in Deutschland mitgeteilt, sie hätten sich bis 1961 melden müssen (das war in der Tat ein abschließender Termin für Entschädigungsanträge, der aber auf politischen Druck für viele Opfergruppen zurückgenommen wurde); Originalton des NS-Opfers Arkadi Gorewitsch: "Wir haben geschrieben, aber leider die Antwort war immer negativ. Der Grund war, daß das Gesetz erlaubt nicht, oder es war zu spät, oder es war zu früh, oder es war zu lang, oder es war zu weit. Es waren auch Antworten, daß wir müßten schreiben bis 1961. Jahr, dann würden wir etwas bekommen, aber jetzt ist es schon zu spät."(5)

Wie die TAZ zusätzlich ermittelte, steht den lettischen Opfern überhaupt keine Entschädigung zu, da sie Bürger einer ehemaligen Sowjetrepublik sind.

Kollaboration und Judenverfolgung in Lettland

Lettland war zwischen 1918 und 1940 ein selbständiger Staat, in dem Anfang des 20. Jahrhunderts etwa 200.000 Juden lebten, deren Zahl durch Vertreibung, Auswanderung etc. bis 1935 auf etwa 94.000 gesunken war. Infolge des Hitler-Stalin-Paktes rückte die Rote Armee im Herbst 1939 in Lettland ein, im Juli 1940 wurde das Land zur Sowjetrepublik erklärt. Schon zu dieser Zeit waren etwa 19.000 Letten, darunter 5.000 Juden, nach Sibirien deportiert worden. Unmittelbar vor dem Einmarsch der Nazi-Wehrmacht (am 1. Juli 1941 wurde Riga eingenommen; am 10. Juli war ganz Lettland erobert) konnten etwa 15.000 Juden in das Innere der Sowjetunion fliehen.

Parallel zur militärischen Eroberung rollte die erste Vernichtungswelle gegen die lettischen Juden, aber auch gegen Zigeuner (etwa 2.000 von 4.000 ermordet), Kommunisten (etwa 20.000 ermordet), Insassen der psychiatrischen Anstalten (alle ermordet). Die Ermordung der Juden erfolgte in drei Phasen. In der ersten Phase (Juli bis Oktober 41 wurden etwa 30.000 Juden aus den Provinzstädten und etwa 4.000 in Riga umgebracht, sowie die Einrichtung von Ghettos durchgesetzt. Diese Ghettos wurden von lettischen Hilfswilligen bewacht. Täter dieser ersten Phase waren vor allem die Einsatzgruppe A, die im Oktober 1941 Lettland in Richtung Leningrad verließ, um dort im Rücken der Wehrmacht ihr Mordgeschäft auszuüben. Speziell diese Einsatzgruppe A bestand zu etwa einem Drittel aus Angehörigen der Waffen-SS und stockte zielstrebig ihr Personal durch litauische und lettische Freiwillige auf. In der zweiten Phase, unter der Leitung des Höheren SS- und Polizeiführers Friedrich Jeckeln, der zuvor die Morde in der Ukraine durchführte, wurden zwischen November und Dezember 1941 fast alle Juden aus den drei großen Ghettos Riga, Dwinsk und Libau durch mehrere Massenerschießungen in den Wäldern von Rumbula (acht Kilometer außerhalb Rigas)

ermordet, die gemeinsam von deutschen und lettischen Faschisten durchgeführt wurden. In der dritten Phase, Januar bis Juli 1942 wurden etwa 14.000 der 20.000 aus Deutschland, Österreich und der Tschechoslowakei nach Lettland verschleppten Juden in den Wäldern von Bikernieki bei Riga ermordet. Diejenigen, die der Ermordung entkommen konnten, wurden in zwei Ghettos zusammengefaßt, dem "kleinen Ghetto" der lettischen Juden und dem "deutschen Ghetto". Als im Herbst 1942 den Nazis bekannt wurde, daß eine Untergrundorganisation aus jüdischer Polizei und weiteren, insgesamt knapp 300 Kämpfern im kleinen Ghetto entstanden war, wurden die WiderstandskämpferInnen und alle jüdischen Polizisten ermordet, das "kleine Ghetto" aufgelöst und die lettischen Juden ins "deutsche Ghetto" überführt. Anfang 1943 lebten im Ghetto noch etwa 5.000 Juden; daneben gab es Arbeitslager, von denen das größte Kaiserwald hieß. Von dort wurden die letzten Juden im Spätsommer 1944 vor dem Einmarsch der Roten Armee ins KZ Stutthof verschleppt und von dort weiter in einem Fußmarsch in Richtung Deutschland.

Von den etwa 70.000 Juden in Lettland überlebten wahrscheinlich nicht mehr als 3.000, davon nur etwa 150 mit Hilfe nichtjüdischer Letten und einige Dutzend als Partisanen. Etwa 1.000 entkamen dem Tod in den Konzentrationslagern. Von den anderen ist nicht bekannt, auf welche Weise sie überleben konnten.

Wie auch in den anderen Ländern des Baltikums konnten die Nazis eine erhebliche Zahl von Kollaborateuren gewinnen. Etwa 80.000 Letten waren Mitglied der lettischen SS-Legion, weitere 30.000 wurden in der lettischen Polizei eingesetzt. Ganz gezielt rekrutierte z.B. die Einsatzgruppe A im Sommer 1941 lettische Einheiten, die oftmals die Erschießungen durchzuführen hatten. Etwa 30.000 lettische Juden wurden durch das sogenannte "Arajs-Kommando" ermordet, etwa 400 Mann, die unter dem Kommando des 1979 zu lebenslanger Haft verurteilten und 1988 verstorbenen Victor Arajs standen und neben den Morden in Lettland weitere in der Ukraine, Weißrußland und Rußland auf dem Gewissen haben. Dieses Kommando hatte eine Hauptrolle bei den Morden in den Bikernieki (Januar bis Juli 1942). Weitere lettische Mittäter sind bekannt und - wenn sie in Lettland geblieben sind - von der sowjetischen Justiz abgeurteilt worden. Wieviele Letten insgesamt an den Verbrechen beteiligt waren, ist nicht genau bekannt; mehr als 2.000 allerdings waren in verschiedenen Funktionen für den Sicherheitsdienst SD tätig.

Die Reinwaschung

der Waffen-SS

Großen Wert legt das Versorgungsamt Ravensburg auf die Feststellung, die lettischen Antragsteller bezögen ihre Rente nicht für eine eventuelle Mitgliedschaft bei den sogenannten Schutzmannschaften, sondern für den "Dienst" in der Waffen-SS, und dieser sei dem Wehrdienst in der Nazi-Armee gleichzustellen. Diese Reinwaschung der Waffen-SS als 4. Wehrmachtsteil wird in der BRD seit Jahrzehnten betrieben. In völliger Ignorierung des Nürnberger Urteils, in dem ausdrücklich betont wird, daß es unmöglich sei, zwischen Teilen der SS Unterschiede zu machen, was ihre Verstrickung in Verbrechen anbelangt - und das insbesondere auch die Waffen-SS als verbrecherischen Organisationsteil benannt hat - hat sich hierzulande amtlicherseits die Auffassung durchgesetzt, bei der Waffen-SS handele es sich gerade nicht um Menschen, die freiwillig der SS beigetreten seien, sondern deren Mitglieder seien genauso "gezogen" worden wie Soldaten zu einer regulären Armee. Solche "Ziehungen" hat es gegen Kriegsende wahrscheinlich in größerem Ausmaß gegeben. Quellen geben zwischen 45.000 und 120.000 Verpflichtungen bei insgesamt 950.000 Mitgliedern der Waffen-SS an, also zwischen 90 und 95% Freiwillige. Für die Offiziere der Waffen-SS, die ja erheblich länger dabei waren, gilt dieses "Argument" allerdings in keinem Fall. Tatsächlich hatten die SS-Verfügungstruppen (die spätere Waffen-SS) eine Doppelrolle. Per Erlaß vom 17.8.1938 ("Geheime Kommandosache") ordnete Hitler an, daß die Verfügungstruppen im Mob-Fall (Kriegsmobilisierung) militärisch der Armee unterstünden, weiterhin aber eine Gliederung der NSDAP blieben und hier dem Reichsführer SS und der Polizei unterstünden. Diese Doppelrolle prädestinierte die Verbände der Waffen-SS geradezu für die schlimmsten Verbrechen bei der nazistischen Kriegsführung. Daß es sich speziell bei den nicht-deutschen Mitgliedern der Waffen-SS vorwiegend um begeisterte Faschisten gehandelt hat, ist historisch ausreichend bewiesen. Insbesondere die Ustascha-Faschisten in Kroatien, die die kroatische Legion bildeten, die Nazis aus Frankreich, Belgien etc., sie alle drängten als Vorkämpfer eines faschistischen Europas in die Divisionen der Waffen-SS. Ihren Eid leisteten sie auf Heinrich Himmler persönlich und nicht auf Adolf Hitler als Staatsoberhaupt. Tatsächlich hat sich die Waffen-SS als besondere Einheit erst im Verlaufe des 2. Weltkrieges voll entwickelt, als es darum ging, eine ideologisch gefestigte kämpfende Truppe parallel und als Ergänzung zur allgemeinen Wehrmacht aufzustellen.

Ein Großteil der verurteilten Kriegsverbrecher war Mitglied der Waffen-SS. Bei den Einsatzgruppen, die hinter der Front der vorrückenden NS-Wehrmacht Millionen Menschen umbrachten, waren ein Großteil der Offiziere Angehörige der Waffen-SS. Speziell in der Einsatzgruppe A, die im Sommer 1941 einen Großteil der lettischen Juden ermordeten, waren etwa ein Drittel der Angehörigen Mitglieder der Waffen-SS; der Mörder des Rigaer Ghettos, Jeckeln, war General der Waffen-SS; Jürgen Stroop, der das Warschauer Ghetto vernichtete, war Generalmajor der Waffen-SS.

Das Märchen von der Waffen-SS als Teil der Wehrmacht war im Nachkriegsdeutschland ein zentrales Thema bei der Rehabilitierung des Faschismus. Für die Armee diente ganz allgemein "die SS", der "SD" und ähnliche Gliederungen als die Verantwortlichen für die Kriegsverbrechen, an denen sich das "deutsche Soldatentum" nicht beteiligt habe. Diese Verbrechen seien hinter dem Rücken der kämpfenden Truppe begangen worden. Mit diesem "Argument" (das den Tatsachen nicht standhält, da auch die reguläre Wehrmacht oft genug an den Massenerschießungen im Krieg gegen die Sowjetunion beteiligt war) war die Verantwortung von der Armee auf die SS abgewälzt. Und umgekehrt behaupteten die Angehörigen der Waffen-SS, Teil eben dieser "ehrenhaften" Armee gewesen zu sein, die ja nicht verantwortlich für die Verbrechen der Nazis gewesen sei. Anfang 1951 schon wurde die HIAG gegründet, eine legale Nachfolgeorganisation jener konspirativen "Organisation der SS-Angehörigen" (ODESSA), die führenden SS-Angehörigen nach 1945 die Flucht ermöglicht hatte. Die legale "Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit der ehemaligen Angehörigen der Waffen-SS" betrieb nun in aller Öffentlichkeit die Reinwaschung der im Land gebliebenen. Die internationalen Verbände der europäischen Faschisten in der Waffen-SS (insgesamt etwa 500.00 Mann) werden in der Zeitung der HIAG umgelogen in Vorkämpfer für ein vereintes Europa: Die Kämpfer der "Waffen-SS sahen in der Niederwerfung des Bolschewismus eine gemeinsame europäische Aufgabe. So vollzog sich in der Waffen-SS eine Wandlung vom Glauben an Deutschland zum Glauben an Europa".

Schon 1953 gab Adenauer dann die Parole von der Waffen-SS als Teil der Wehrmacht aus und im August 1956 hatte der Bundespersonalausschuß dann das schwierige Problem gelöst, wie denn die SS-Ränge in die Rangstufen der neu entstehenden Bundeswehr umzurechnen seien. Der einfach SS-Mann oder Staffelmann entspricht dem Grenadier, der SS-Standartenführer dem Fähnrich, der SS-Sturmbannführer dem Major, und ein Oberstleutnant der Bundeswehr wäre rangmäßig gleichzusetzen einem SS-Obersturmbannführer. Für die Rentenberechnung, die dann 1959 im Bundesversorgungsgesetz abschließend geregelt wurde, war somit alles klar - nicht nur für die lettischen Nazi-Kollaborateure.

ES, Hamburg

Anmerkungen:

1) Enzyklopädie des Holocaust; Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden, 3 Bde., Argon-Verlag Berlin, 1993

2) Die SS - Ein 4. Wehrmachtsteil; PDI-Taschenbuch 4; München 1979

3) Eugen Kogon: Der SS-Staat; München 1974

4) Raul Hilberg, Die Vernichtung der europäischen Juden, Berlin 1982

5) Panorama-Sendung vom 29.3.93

6) TAZ vom 30.3.1993

18. Aufruf zum Kampf gegen den Rechtsextremismus. - Erklärung Berliner Juden vom Mai 1983 (Dokumentation)

Eine Erklärung Berliner Juden vom Mai 1983 (Dokumentation)

Rubrik: Juden in der BRD; Antirassismus, Antinationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak354/15.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:354:15

50 Jahre nach der Erhebung des Antisemitismus zur Staatsdoktrin beobachten wir mit wachsender Sorge die erschreckende Zunahme rassistischer, ausländerfeindlicher, antisemitischer und rechtsextremistischer Vorfälle.

- Über Jahre sind antisemitische Exzesse bei der Polizei (zuletzt in der Schulzendorfer Polizeikaserne) zu verzeichnen, doch die politisch Verantwortlichen bagatellisieren die braune Gesinnung alter und junger Polizeibeamter.

- Die beängstigenden ausländer-, vor allem türkenfeindlichen Stimmungen, Aussagen und gewalttätigen Aktionen werden von Senatoren, Polizeiführung, Justiz zu Einzelfällen heruntergespielt (Überfall auf ein türkisches Geschäft in Charlottenburg).

- Wie ehemalige KZ-Mörder können neonazistische Terrororganisationen mit milder Behandlung durch Staat und Gerichte rechnen, während antifaschistische Widerstandskämpfer durch die Senatorin Laurien Redeverbot an Schulen erhalten (zuletzt am Fichteberg-Gymnasium in Steglitz).

- Woche für Woche können die "Nationalzeitung" und andere Blätter ihre Hetze verbreiten. NPD, Stahlhelm und rassistische Bürgerinitiativen führen - mit staatlicher Duldung - Veranstaltungen durch. Vorhandene Gesetze werden gegen den Rechtsextremismus bestenfalls halbherzig zur Anwendung gebracht.

Trotz vieler feierlicher Bekenntnisse zu Demokratie, Freiheit und Gleichheit anläßlich des 50. Jahrestages des 30. Januar 1933 zeigt sich in der gesellschaftlichen Praxis, daß die alte politische Sehkrankheit, nämlich auf dem rechten Augen blind zu sein und gleichzeitig antidemokratische, antikommunistische Scheuklappen zu tragen, nur allzuweit verbreitet ist:

Denn was ist von einem demokratischen Gemeinwesen zu halten, dessen oberster Schulbeamter, Landesschulrat Bath, von "schleichender Landnahme" der türkischen Minderheit spricht? - (Eine Aussage, die ein mutiger Richter in einem Verfahren gegen einen jungen Nazi als Schreibtischtat wertete.)

Für welche Freiheit tritt Innensenator Heinrich Lummer ein, der öffentlich erklären kann: "Eine Gesellschaft kann nur ein gewisses Maß an Zuwanderern, Fremdheit ertragen." Müssen erst wir daran erinnern, daß Hitler die Juden, die als billige Arbeitskräfte gekommen und nicht deutsche Staatsangehörige waren, als erstes zu unerwünschten Ausländern erklärte und abschob?

Für welche Gleichheit sollen Volkszähler eintreten, die für jeden aufgespürten Ausländer ein Kopfgeld erhalten? Oder wie ist die Praxis des Umgangs mit Asylsuchenden von anderen Kontinenten zu werten, die behördlicher Willkür, unmenschlicher Behandlung und lebensgefährdender Auslieferung an ihre Herkunftsländer ausgesetzt sind? Gibt es hier noch die so viel zitierte Gleichheit und Rechtsstaatlichkeit? (Nachweislich wurde bei gefolterten Personen ein Asylantrag abgelehnt, wurden Angaben der Asylbewerber vor deutschen Behörden an Strafvollzugsbehörden des Verfolgerlandes weitergegeben.)

Was Staat, Teile von Verwaltung und Justiz vorexerzieren, findet seinen primitiven Nährboden unter wirtschaftlich verunsicherten und auch deshalb orientierungslosen Jugendlichen und unter nazistischen Kräften. Das Anwachsen des Antisemitismus ist keine isolierte Angelegenheit, die Vielzahl antidemokratischer Vorkommnisse sind keine Einzelfälle! Es gibt eine verheerende Tradition in diesem Lande. Der Rechtsentwicklung mit massiven wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Kampagnen gegen Minoritäten, mit Fremdenhaß und gewalttätigen Übergriffen muß daher entgegengewirkt werden. Längst sind es nicht mehr nur Anfänge, denen es zu wehren gilt.

Der deutsche Antisemitismus hat in der Zeit des "Wirtschaftswunders" als Philosemitismus überwintert. In der jetzigen Krise ist die philosemitische Tünche verblaßt. Der alte unverfälschte Antisemitismus steht wieder ins Haus. Wir fordern daher alle Bürger mit demokratischer Überzeugung, die Parteien, Organisationen, Gewerkschaften, konfessionelle Gemeinschaften und Initiativen auf, endlich entschieden den Rechtsextremismus zu bekämpfen. Vorrangig geht es um

- das Verbot der Diskriminierung am Arbeitsplatz und bei der Wohnungssuche;

- die völlige Gleichberechtigung aller Schulkinder; für umfassende Förderung, um Analphabeten in zwei Sprachen zu verhindern;

- die systematische Arbeit zur Bekämpfung von Rechtsextremismus unter Jugendlichen;

- das umfassende Verbot und die gerichtliche Verfolgung aller rassistischen, antisemitischen, ausländerfeindlichen Aktivitäten, Organisationen, Publikationen (nicht nur "Nationalzeitung", sondern auch in der Boulevard-Presse);

- die Wahrung der Menschenwürde im Umgang mit Asylsuchenden, wie die Verfassung es aus gutem Grunde vorsieht.

Die demokratische Öffentlichkeit muß, stärker als bisher, hier aufklärend wirken und Druck auf die staatlichen Instanzen ausüben, denn sicherlich ist der Antisemitismus keine Angelegenheit jüdischer Bürger, genauso wie der um sich greifende Türkenhaß keine Sache türkischer Bürger ist. Zugleich kann und darf es nicht die Rolle jüdischer Bürger sein, zu den beschriebenen Entwicklungen zu schweigen oder sich als opportunistische Ja-Sager mißbrauchen zu lassen. Wer schweigt, unterstützt die Rechtsentwicklung in diesem Lande.

Genau zehn Jahre ist es her, daß die "Erklärung Berliner Juden" erstmals veröffentlicht wurde. Wir dokumentieren sie heute, um dem auch in der Linken anzutreffenden "kurzen Gedächtnis" entgegenzuwirken. Die seit 1991 zu beklagende Eskalation rassistischen und rechtsextremistischen Terrors - verbunden mit den Namen Hoyerswerda, Rostock und Mölln - hat viele vergessen lassen, daß Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus schon viel früher gefährliche Dimensionen angenommen haben. Und daß es Warnungen gab - wie die hier dokumentierte Erklärung -, die von den politisch Verantwortlichen nicht zur Kenntnis genommen wurden.

Wir entnahmen den Text der empfehlenswerten Aufsatzsammlung von Erich Fried: "Gedanken in und an Deutschland. Essays und Reden" (Europa-Verlag Wien und Zürich, 1988). Fried, der die Erklärung im September 1984 in einer Rede zitierte, wies dabei auf eine nicht unproblematische Textstelle hin: Der deutsche Antisemitismus habe "in der Zeit des ‚Wirtschaftswunders` als Philosemitismus überwintert" - was, wenn überhaupt, nur auf einen Teil des deutschen Antisemitismus zutrifft und darüberhinaus eine unzulässige Gleichsetzung suggeriert. Erich Fried dazu: "Der Philosemitismus hat, mindestens bewußt, ungleich edlere Motive als der Antisemitismus."

Erich Fried hielt die Rede, in deren Rahmen er die hier dokumentierte Rede zitierte, unter dem Titel "Als deutschsprachiger Jude Deutschland heute sehen" am 16.9.1984 an der Ostfriesischen Volkshochschule Potshausen anläßlich der Tagung der Deutsch-Israelischen Gesellschaft (DIG).

19. Nazis planen Treffen in Dänemark

Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis; Dänemark · CD-Datei: daten/aksuche/ak354/38.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:354:38

Vom 17. bis 22. Mai 1993 organisiert der Herausgeber der neonazistischen Zeitschrift "Die Bauernschaft", Thies Christophersen, unter der Tarnbezeichnung "Nordische Dichtertage" eine internationale Naziversammlung in Dänemark. Neben Thies Christophersen ruft auch das "Förderwerk Mitteldeutsche Jugend", eine Nachfolgeorganisaion der verbotenen terroristischen "Nationalistischen Front", zu diesem Treffen auf.

Thies Christophersen ist Autor der 1972 erschienen Broschüre "Die Auschwitz-Lüge", trotz Verbot ist sie in mehr als 100.000 Exemplaren verbreitet worden. Christophersen entzog sich 1986 einer drohenden Haftstrafe für seine Hetzpropaganda, indem er nach Dänemark/Kollund zog. Trotz eines in der BRD existierenden Haftbefehls ist er bisher nicht ausgeliefert worden.

Unter den Nazis, die zu diesem Treffen eingeladen sind, befinden sich neben etlichen, die in den traditionellen faschistischen Organisationen wie den REP tätig sind, auch einschlägig bekannte und verurteilte Faschisten wie u.a. Manfred Roeder, der 1982 zu dreizehn Jahren Gefängnis verurteilt wurde, weil er mit seiner Bande mehrfach Flüchtlingsunterkünfte in Brand gesetzt und dabei Menschen umgebracht hat; Gerd Honsik, der 1962 wegen Anschlägen zu vier Jahren Gefängnis verurteilt wurde und 1992 wegen einer Hetzschrift erneut eine Gefängnisstrafe erhielt; Dr. Hans-Christian Pedersen, der über die faschistische "Söruper Rundschau" seine Hetzparolen verbreitet und AntifaschistInnen in seiner Nachbarschaft terrorisiert.

Insbesondere das Leugnen der industriell betriebenen Vernichtung von Jüdinnen und Juden ist in den letzten Jahren ein Schwerpunkt der Propaganda deutscher und internationaler Nazis und ihrer Organisationen. So verwundert es auch nicht, daß gerade die Protagonisten dieser Position in Dänemark vertreten sein sollen: Ernst Zündel aus Kanada, David Irving aus England, Prof. Robert Faurisson aus Frankreich u.a. Ein Teil der eingeladenen Faschisten wird in der BRD per Haftbefehl gesucht oder hat Einreiseverbot in die BRD. Ziel des Kongresses in Dänemark ist es, die Verbindung zwischen den Altnazis und den Schaftstiefelnazis zu festigen.

Nachdem deutsche und dänische AntifaschistInnen das geplante Treffen in der Öffentlichkeit bekannt gemacht haben, hat der Vermieter der Räumlichkeiten im dänischen Ort Rudbol den Nazis die Räume gekündigt.

Verschiedene antifaschistische Gruppen und Personen rufen zu einer Demonstration am Vorabend des Nazi-Treffens auf, um den dänischen Staat zum Verbot dieses Treffens zu zwingen. Sollte das Treffen trotzdem stattfinden, ist eine zweite Demonstration geplant.

ga.

Demonstration am 16. Mai 1993

um 16 Uhr in Kruså

Weitere Informationen über: Infoladen Theprax, c/o T-Stube/Stadtpark, Postfach 506, 2370 Rendsburg. Fax: 04331-258877

20. Chronologie rassistischer Anschläge und der bundesdeutschen rassistischen und antisemitischen Alltäglichkeit

Rubrik: Antirassismus, Antinationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak354/35.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:354:35

31.3.

In Eisenhüttenstadt wurde zum zweiten Mal innerhalb weniger Wochen der jüdische Friedhof geschändet. Es wurden Grabsteine umgestoßen und mit Hakenkreuzen und anderen Nazisymbolen beschmiert. (Berliner Zeitung, 2.4.)

1.4.

In Bonn teilte die Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der PDS/Linke Liste mit, daß dem BKA im Monat Februar 1993 insgesamt 429 fremden- oder ausländerfeindliche Straftaten gemeldet worden seien. Es wurden 18 Brandanschläge, 56 Angriffe gegen Personen sowie 355 "sonstige Straftaten" wie Sachbeschädigungen, Beleidigungen und Raubdelikte registriert. Darüber hinaus seien dem BKA im Februar 185 Tatverdächtige im Zusammenhang mit fremden- oder ausländerfeindlichen Aktionen mitgeteilt worden. Das BKA habe außerdem 74 bei fremden- oder ausländerfeindlichen Taten verletzte Personen registriert. (SZ, 2.4.)

2.4.

In Göttingen wurde ein Chilene von zwei Skinheads auf offener Straße zusammengeschlagen. Die Täter flüchteten, wurden später von der Polizei gefaßt. (Göttinger Extra-Tip, 4.4.)

5.4.

In Karlsruhe drohte der Französisch-Professor an der Pädagogischen Hochschule, Hugo Blank, Nicole H. vom Ausländerbeirat an, die ein Plakat in der PH aufhängen wollte, "sie solle verschwinden" und er werde das Plakat der "Asylantenlobby" eigenhändig herunterreißen. Blank später zu seinem Verhalten: Er habe nichts gegen Ausländer, "aber sehr wohl gegen Asylanten". In einem Brief an das Beratungs- und Begegnungszentrum für Flüchtlinge schrieb er: "Diese ungebetenen Scheinasylanten leben von unseren Steuern, bewohnen Häuser oder Hotels auf unsere Kosten." Demgegenüber zeigten die anderen europäischen Länder, "wie man sich die Scheinasylanten vom Hals hält: man gibt ihnen wenig oder nichts." Die Folgen, seit der Vorfall publik wurde: Nicole H. erhielt mehrere telefonische Drohungen und Beschimpfungen wie "Asylantensau" und "Wir kriegen dich nocht". (taz, 6.4.)

6.4.

In Göttingen verteidigten drei Obdachlose zwei Ausländer vor einer Skinhead-Attacke. Zwei Skinheads überfielen im Bahnhof zwei Ausländer und schlugen mit Fäusten auf sie ein. Erst als zwei obdachlose Männer und eine Frau sich einmischten, ließen die Neofaschisten von ihren Opfern ab. Sie gingen statt dessen mit Messern und einer Gaspistole auf die Obdachlosen los und verletzten zwei von ihnen. Die Täter konnten von der Polizei gestellt werden. Beide waren bereits wegen ähnlicher Delikte in Erscheinung getreten. (Göttinger Tageblatt, 7.4.)

In Anklam drangsalierten vier jugendliche Skinheads seit Tagen Schüler einer Lernbehinderten-Schule. Sie lauern nach Auskunft der Schule seit Tagen Schülern auf dem Weg zum Busbahnhof auf, berauben und schlagen sie. Wie die Polizei bestätigte, sind die Skins namentlich bekannt. Es lägen seitens der Richter jedoch keine Haftgründe vor. (SZ, 7.4.)

In Bretwisch bei Grimmen in Mecklenburg-Vorpommern wurde mit zwei Brandsätzen ein Anschlag auf eine Unterkunft für Flüchtlinge verübt. Der Wachdienst konnte den Brand sofort löschen.

8.4.

In Rathenow in Brandenburg haben vermutlich Skinheads zwei von Jugendlichen besetzte Häuser verwüstet, als die Besetzer nicht anwesend waren. Sie zertrümmerten Mobiliar und töteten Tiere in einem Terrarium.

Anwohner warfen der Polizei vor, ihre Beamten hätten untätig vor den Häusern gestanden, bis sich die Täter zurückzogen. (Berliner Zeitung, 10.4.)

9.4.

In Nauen beschädigten Unbekannte das Ehrenmal des sowjetischen Ehrenfriedhofes. Nach Angaben der Polizei kippten sie einen 1,50 Meter hohen Sowjetstern von einem Sockel. (Berliner Zeitung, 14.4.)

10.4.

In Göttingen hob ein 34jähriger Mann den linken Arm zum Hitlergruß und rief "Sieg Heil", als eine Polizeistreife an ihm vorbeiging. Die Beamten stellten die Personalien fest. (Göttinger Extra-Tip, 11.4.)

11.4.

In Grünberg bei Gießen sprangen acht Asylbewerber aus Angst vor Skinheads aus den Fenstern ihrer Unterkunft. Vier von ihnen wurden mit Knochenbrüchen in Krankenhäuser gebracht, die anderen vier sind mit leichten Verletzungen davongekommen. Die Asylbewerber seien in Panik geraten, als das Licht in dem Haus aus ungeklärter Ursache plötzlich ausfiel. Weil zuvor mehrere Skinheads auf dem Weg zu einem Rockkonzert an dem Haus vorbeigefahren waren, hätten die Bewohner einen Überfall befürchtet. (SZ, 13.4.)

13.4.

In Thannhausen (Landkreis Günzburg) wurde ein Brandanschlag auf eine Unterkunft für Flüchtlinge verübt. Verletzt wurde niemand, der Brand konnte schnell gelöscht werden. Es entstand ein Sachschaden von 30.000 Mark. An der Außenwand wurde ein frisch gemaltes Hakenkreuz entdeckt. (Welt und Berliner Zeitung, 25.4.)

14.4.

In Mannheim wurden bei einem Wohnungsbrand eine 29 Jahre alte türkische Frau und ihre zwei Kinder getötet. Ein Nachbar, der der Familie zu Hilfe eilen wollte, wurde verletzt. Obwohl die Brandursache unklar war, schließt die Polizei einen Anschlag aus. Der Familienvater war bei der Arbeit, als das Feuer ausbrach. Für das gesamte Haus bestand Einsturzgefahr. Ein Flüchtlingsfamilie aus Bosnien, die ebenfalls in dem Haus lebte, kam zunächst bei Nachbarn unter. (SZ, 15.4.)

16.4.

In Hagen verhängt der sozialdemokratische Oberbürgermeister Dietmar Thieser einen AsylbewerberInnenstopp für die Stadt, da die "Aufnahmekapazität der Stadt erschöpft" sei. Thieser in seiner Begründung: "Ob das rechtlich zulässig ist, soll uns vorerst egal sein." Seiner Meinung nach sei für eine weitere Unterbringung "die Akzeptanz in der Bevölkerung nicht gegeben. Ich befürchte erhebliche Unruhen in der Stadt." Die kamen dann auch im Gefolge dieser Maßnahme. Die REP zeigten sich im Rat der Stadt hocherfreut, und im Hagener Stadtteil Henkhausen tauchten anonyme rassistische Hetzblätter auf. SPD-Linke warfen dem Oberbürgermeister vor, daß er in der Art eines Stammtischpolitikers den "Wohnzimmerrassismus" gefördert habe. (taz, 23.4. und 24.4.)

17.4.

In Göttingen griffen zwei Skinheads einen 42jährigen Mann mit einem Messer an. Polizeibeamte stellten mehrere Schnitte auf der Rückseite der Lederjacke des Geschädigten fest. (Göttinger Tageblatt, 21.4.)

In Kirkel-Limbach im Saarland verübten unbekannte Täter einen Brandanschlag auf ein auch von AsylbewerberInnen bewohntes Haus. Dabei entstand geringer Sachschaden, verletzt wurde niemand. Polizeiangaben zufolge warfen die Täter zwei selbstgebastelte Brandsätze gegen das Gebäude, die jedoch erloschen, ehe sie ein größeres Feuer entfachen konnten. (FR, 19.4.)

In Mainz-Gonsenheim rotteten sich zu einer Strategiediskussion anläßlich des "Führergeburtstags" 350 Faschisten zusammen. Die Polizei sah keinen Anlaß, dieses "private Treffen" zu unterbinden, sondern stellte sich schützend vor den Versammlungsort. Rund 1.600 AntifaschistInnen demonstrierten. (Junge Welt, 20.4.)

19.4.

In Cottbus rotteten sich 60 Nazis aus dem Bundesgebiet zu einer "Führergeburtstagsfeier" zusammen. (Berliner Zeitung, 22.4.)

20.4.

In Frankfurt/Main haben drei Jugendliche einen jüdischen Friedhof geschändet. Sie konnten von der Polizei gefaßt werden. Insgesamt acht Grabsteine waren umgestürzt worden. Aufgrund der kriminaltechnischen Untersuchungen am Tatort sei sicher, daß lediglich eines dieser Gräber in dieser Nacht geschändet worden sei. Die drei Festgenommenen, die schon wegen anderer faschistischer Übergriffe in Erscheinung getreten waren, bestreiten die Tat. (FR, 23.4.)

21.4.

In Bramsche bei Osnabrück konnten 13 AsylbewerberInnen nur knapp einem Brandanschlag entkommen. Das Feuer wurde von einem im Haus gegenüber arbeitenden Marokkaner entdeckt. Er alarmierte Polizei und Feuerwehr, so daß die Menschen rechtzeitig geweckt und gerettet werden konnten. Ohne den Zeugen hätte es nach Angaben der Polizei Tote geben können. Die Täter hatten auf einem Fensterbrett einen Behälter mit Brandbeschleuniger gezündet. (SZ, 23.4.)

22.4.

In Marburg fragte der Professor Stephan Buchholz in einem Brief an einen Landrat und einen Bürgermeister: "Wie soll ich als Hochschullehrer unter Tamilen, Pakistani, Kurden, Sinti, Moldawiern, Albanern etc. leben, arbeiten und forschen?" Der Professor, Dekan des Fachbereichs Rechtswissenschaft, beschwerte sich darüber, daß neben seinem Grundstück eine Unterkunft für Flüchtlinge eingerichtet werden soll. "Der Professor meint zu wissen, daß bestimmte Volksgruppen, insbesondere die mit südländischem Temperament, den ganzen Tag und auch noch die ganze Nacht hindurch krachend laute Musik hören." Der Professor weiter: "Die leben doch von der Kleinkriminalität." (taz, 23.4.)

In Weinheim wurde ein 20jähriger Türke niedergestochen und lebensgefährlich verletzt. Er war mit seiner Freundin unterwegs, als ihn plötzlich ein Mann angriff und zustach. Nur durch eine Notoperation konnte das Opfer gerettet werden. Die Polizei konnte einen Tatverdächtigen mitnehmen und sucht noch nach einem zweiten. (taz, 24.4.)

23.4.

In Lindow im Kreis Neuruppin wurde der jüdische Friedhof geschändet. Vier Grabsteine wurden umgestoßen, zwei von ihnen erheblich beschädigt. (Berliner Zeitung, 24.4.)

In Schildow im Kreis Oranienburg errichteten neofaschistische Jugendliche ein Lagerfeuer in Form eines Hakenkreuzes auf dem Sandstrand der Badeanstalt und zündeten es an. Außerdem wurden Hakenkreuze an das Gebäude des Freibades gesprayt. (Berliner Zeitung, 24.4.)

In Eislingen hat sich ein 25jähriger Asylbewerber aus dem Senegal in einer Zelle des Polizeireviers erhängt. Der Mann war mit Haftbefehl gesucht worden, weil er sich illegal in Deutschland aufhielt. Die Polizei kann sich angeblich das Motiv des Afrikaners nicht erklären. (SZ und taz, 24.4.)

Im Land Brandenburg nutzen nach Erkenntnissen des dortigen Innenministeriums neofaschistische Wehrsportgruppen frühere sowjetische Truppenübungsplätze, auf denen noch erhebliche Munitionsbestände lagern. Das Land sei mit der Überwachung "vollkommen überfordert". (Welt, 24.4.)

Bürokollektiv Ulla Jelpke

21. Der Mord an Chris Hani

Generalsekretär einer erfolgreichen, aber unbekannten kommunistischen Partei

Rubrik: Südafrikanische Republik · CD-Datei: daten/aksuche/ak354/46.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:354:46

Ein grelles Schlaglicht warf der Mord an dem Generalsekretär der Kommunistischen Partei Südafrikas auf ein weltweit operierendes Netz der faschistischen Konterrevolution. In Südafrika selbst könnte der Mord jedoch paradoxerweise eine Schwächung der offen rassistischen und faschistischen Kräfte bewirken, da er die inneren Widersprüche innerhalb ihres politischen Zentrums, der Konservativen Partei (CP), verschärft.

Derweil setzt der ANC seine Politik der Verhandlungen trotz innerer Widerstände und radikalisierter Teile der Basis konsequent fort. Wie schon im vergangenen Jahr die Massaker von Boipatong und Bisho, so dürfte auch der Mord an Hani den Verhandlungsprozeß entscheidend voranbringen, da der ANC die neuerliche Massenbewegung zu nutzen sucht. Ein fester Termin für freie und allgemeine Wahlen voraussichtlich Anfang 1994 wird wahrscheinlich noch in diesem Monat vereinbart.

Schon unmittelbar nach dem Attentat fanden sich erste Hinweise, daß der mutmaßliche Mörder von Chris Hani, der 1982 aus Polen nach Südafrika eingewanderte Keramikingenieur Janusz Walus, kein "Einzeltäter" sein könne. Die bei dem Mord verwendete Waffe sowie weitere Exemplare in Walus' Wohnung entstammen einem umfangreichen Waffenraub aus dem Hauptquartier der südafrikanischen Luftwaffe im Jahre 1990. Als Täter verurteilt (und bald darauf amnestiert) wurde ein Mann namens Piet Rudolph, der Anfang der siebziger Jahre mal Parlamentskandidat der National Party gewesen und zum Zeitpunkt der Tat Mitglied der offen faschistischen Afrikaaner Weerstandsbeweging (AWB) war. Walus seinerseits ist seit 1986 Mitglied der AWB, die nach eigenen Angaben 40.000 Mitglieder hat, von denen 5000 in paramilitärischen Kommandos der AWB erfaßt sind.

Das Auto, welches Walus bei seiner Tat benutzte, hatte er im letzten Jahr von einem Geschäftsmann (der inzwischen verschwunden ist) ausgeliehen bekommen, der daraufhin damals von der Polizei befragt wurde. (Guardian, 16.4.)

In Walus' Wohnung fand sich eine Todesliste mit zehn Namen, auf der sich an erster Stelle der Name Nelson Mandela befindet, gefolgt von Joe Slovo, Hanis Vorgänger im Amt des Generalsekretärs und heutiger Vorsitzender der SACP. An dritter Position ist Hanis Name verzeichnet, es folgen ein weiterer kommunistischer Funktionär und Richard Goldstone, Vorsitzender der nach ihm benannten Untersuchungskommission zur Aufdeckung der Hintergründe politisch motivierter Gewalt sowie einige Journalisten.

Ein weltweites Netzwerk

der Konterrevolution

Zur allgemeinen Überraschung distanzierte sich der AWB-Vorsitzende Terre-Blanche, der allerdings in seiner Organisation als weitgehend entmachtet gilt, von dem Mord, den er als "gräßliche Tat" bezeichnete, "die niemand entschuldigen kann". (Guardian, 13.4.) Statt dessen bekundete eine andere faschistische Gruppe ihre Sympathie für Walus, von der bekannt ist, daß sie ein verdecktes Netz von Kontakten zu europäischen Faschisten und Rechtsextremen unterhält: die "World Apartheid Movement" (WAM). Deren Vorsitzender, Koos Vermeulen, der auch die "Afrikaaner National Socialist Movement" (ANS) leitet, deren Mitglied Walus ebenfalls war, kündigte an, daß die WAM Walus finanziell unterstützen werde. (Independent, 13.4., 16.4.)

Eine Woche nach dem Mord an Hani nahm die südafrikanische Polizei dann eine in der Tat sensationelle Verhaftung vor. Mit Clive Derby-Lewis, Mitglied des südafrikanischen Parlaments und enger Vertrauter des (kurz nach Derby-Lewis' Verhaftung an einem Herzanfall verstorbenen) CP-Vorsitzenden Treurnicht, wurde eine Schlüsselfigur der internationalen Konterrevolution festgenommen. Derby-Lewis (57 Jahre alt), der in Südafrika unter anderem dadurch bekannt wurde, daß er einst die obligatorische Sterilisierung der schwarzen Bevölkerung forderte, war im Februar 1992 zum Präsidenten des "Western Goals Institute" in London gewählt worden, einer Einrichtung, die sich angeblich der Bewahrung der westlichen Ideen, Kultur und Zivilisation widmen möchte, bei besonderer Berücksichtigung des Nationalismus, der als dazugehörender Eckstein angesehen wird. (Für diese wie alle weiteren Informationen: Independent, 19.4., Weekly Mail, Johannesburg, 23.4.) Als Präsident dieses Instituts trat Derby-Levis die Nachfolge des zuvor an Krebs gestorbenen Führers

der berüchtigten, für zigtausendfachen Mord in El Salvador verantwortlichen Todesschwadrone, des Majors Roberto d'Aubuisson, an. Kurz zuvor, im Dezember 1991, hatte das Institut dadurch auf sich aufmerksam gemacht, daß es den französischen FN-Führer Jean-Marie Le Pen eingeladen hatte.

Kaum in sein neues Amt gewählt, arrangierte Derby-Lewis, der auch über gute Kontakte zu extremen Rechten aus der Konservativen Partei Großbritanniens verfügt, mit Mitgliedern der britischen Spezialpolizeieinheit SAS (die u.a. Mitte der achtziger Jahre in Gibraltar drei IRA-Mitglieder liquidierte) ein Programm zur Bewaffnung und Ausbildung weißer Rassisten. SAS-Spezialisten hielten sich daraufhin tatsächlich einige Zeit in Südafrika auf und trainierten rassistische Kommandos im Straßenkampf, Waffengebrauch und Überlebenstechniken.

Die britische Sektion des Instituts wird von einem Andrew Smith geleitet, der in den achtziger Jahren für die mosambikanische Terrororganisation RENAMO arbeitete.

Derby-Lewis ist außerdem Mitglied der "World Anti-Communist League" (die sich 1990 in "World League for Freedom and Democracy" umtaufte). Die Liga wird geleitet vom ehemaligen US-General John Singlaub, der, von Präsident Carter entlassen, in den achtziger Jahren unter Präsident Reagan einen großen Einfluß als Berater ausübte und als Organisator verdeckter Waffenlieferungen an die UNITA in Angola, an die RENAMO und vor allem an die nicaraguanischen Contras gilt.

Im Zusammenhang mit der Ermordung Hanis soll nach Einschätzung der Polizei Derby-Lewis die Tatwaffe beschafft und womöglich die bei Walus gefundene Todesliste zusammengestellt haben. (Nach Angaben des südafrikanischen "Freitag"-Korrespondenten soll die Liste auf einer Schreibmaschine von Derby-Lewis getippt worden sein; Freitag, 23.4.) Kurze Zeit später wurden fünf weitere Personen festgenommen, darunter die Ehefrau von Derby-Lewis. Die anderen Personen befinden sich inzwischen wieder auf freiem Fuß. Unter diesen war auch ein gewisser Arthur Kemp, der eine zeitlang bei der von Gabrielle Derby-Lewis herausgegebenen Zeitschrift "Patriot" arbeitete, die als Sprachrohr der CP gilt. Kemp unterhält Kontakte in die BRD u.a. zu "Nation und Europa" (früher: Nation Europa), welche Reden von CP-Chef Treurnicht abdruckte. Kemp selbst schreibt seit 1990 für diese Monatsschrift und hielt im April 1992 in Coburg aus Anlaß des 16. Südafrika-Seminars der Deutsch-Südafrikanischen Gesellschaft eine Rede, in der er für eine Mischung aus Gewalt und Verhandlungen plädierte, um zur Schaffung eines "weißen Volksstaates" zu gelangen. (taz, 23.4.) In seinen Artikeln rechtfertigte er Bombenattentate und andere Formen von Gewalt gegen Schwarze. (Weekly Mail, 23.4.) Anfang des Jahres hatte er seinen Job bei der südafrikanischen Tageszeitung "Citizen" gekündigt, "nachdem er Stellenangebote aus Deutschland erhalten" hatte. (ebd.)

Krise der Konservativen Partei

Die Konservative Partei (CP) entstand 1982 als Abspaltung aus der National Party unter Führung von Andries Treurnicht, als ihm und anderen die Pläne des damaligen Staatspräsidenten Botha für eine Reform des Apartheid-Regimes (insbesondere im Bereich der Arbeitsgesetzgebung und der Einrichtung eines Dreikammerparlaments unter Einschluß von Indischstämmigen und "Gemischten") bereits zu weit gingen. Einige Jahre zuvor hatte Treurnicht den für die Geschichte der schwarzen Befreiung in Südafrika entscheidenden Schüleraufstand von Soweto ausgelöst, als er als stellvertretender Minister Afrikaans als Unterrichtssprache an schwarzen Schulen einführen wollte.

Die zunehmenden Kontakte zwischen ANC und Regierung führten auf einem Sonderkongreß der CP im August letzten Jahres zu einer weiteren Rechtsverschiebung der Partei. Um ihr weiter gültiges altes Ziel, den weißen Staat der Buren, zu erkämpfen, gebe es, so stellte der Kongreß fest, drei Optionen: Wahlen, Verhandlungen und den "Freiheitskampf", der sowohl aktiven als auch passiven Widerstand umfassen könne. Auf dem Kongreß wurde bestätigt, daß die CP bewaffnete Gruppen gegründet habe.

Angesichts des weißen Referendums im März 1992, als 68,8 Prozent für die Reformpolitik De Klerks stimmten, war klar, daß die CP über Wahlen kaum mehr ihre Ziele wird erreichen können. Aber auch in Verhandlungen einen großen weißen Apartheidsstaat durchzusetzen (der Schwarze und Farbige in Homelands abschieben würde) scheint unrealistisch. Immerhin konnte die CP mit schwarzen Reaktionären aus den "unabhängigen" Homelands sowie der Inkatha Freedom Party (IFP), welche ihre lokale Vorherrschaft ebenfalls zu retten versuchen, ein lockeres Bündnis - die Gemeinschaft der besorgten Südafrikaner - bilden.

Bestenfalls theoretisch vorstellbar wäre die Einrichtung von zwei bis drei kleineren weißen Homelands; eine Lösung, die die "Realisten" der CP im Sinn haben, die darum auch weiter an den Mehrparteienverhandlungen teilnehmen möchten bzw. sich schon von der CP abgespalten haben und im Sommer letzten Jahres eine "Afrikaaner Volksunion" (AVU) gegründet haben.

"Treurnicht konnte die Flügel nur dadurch zusammenhalten, daß er seinen Kurs bewußt unbestimmt hielt." (FAZ, 26.4.) Nun, nach seinem Tod, wird allgemein angenommen, daß sein Stellvertreter Hartzenberg den Parteivorsitz übernimmt, was allerdings die etwas moderateren Rassisten aus der Partei und zur AVU treiben wird (mindestens 12 von 36 CP-Abgeordneten). Hartzenberg, dem enge Verbindungen zur AWB nachgesagt werden, ist ein Gegner von Verhandlungen. Bereits Anfang des Jahres beschloß die CP die Mobilmachung ihrer Mitglieder, damit sie sich "verteidigen" können. An diesem Punkt beginnen freilich die Unklarheiten. Offizielle Diktion ist, daß dies bedeute, in die südafrikanischen Streitkräfte oder die Polizeireserve einzutreten. Andererseits streben viele der radikalisierten Mitglieder dahin, sich in bewaffneten Gruppen zu organisieren.

Doch auch von diesem Standpunkt aus werden die Unklarheiten nicht geringer. Streit herrscht unter den südafrikanischen Faschisten, welchen geographischen Umfang das erstrebte weiße Südafrika erhalten soll und welche Apartheidgesetze dort in welchem Umfang gelten sollen. Außerdem kündigen sich unüberwindliche Widersprüche zur IFP an: Die CP-Mitglieder aus der Inkatha-Hochburg Natal fordern besorgt, daß Natal Teil des weißen Staates sein müsse.

ANC verlangt

substantielle Ergebnisse

Wie nicht anders zu erwarten, brachte der Mord an Hani die schwarze Bevölkerung in Massen auf die Straßen. Am 14.4. (vier Tage nach dem Mord) demonstrierten ca. 1,5 Millionen in 84 Städten. Die Demonstrationen verliefen weitgehend ruhig, offenbar eine Folge auch davon, daß Nelson Mandela am Abend zuvor mit allem Nachdruck zu friedfertigem und diszipliniertem Verhalten aufgerufen hatte. Lediglich in einigen wenigen Städten wie vor allem in Kapstadt kam es zu größeren Straßenkämpfen, Plünderungen und Sachbeschädigungen. In Soweto eröffnete die Polizei grundlos eine Minute lang das Feuer auf eine friedliche Demonstration und tötete dabei vier Menschen und verwundete über 200. (Independent, 15.4.)

Der ANC-Führung kann die Massenmobilisierung nur recht sein, denn die historische Erfahrung des ANC bis in die jüngste Zeit zeigt, daß nur der breiteste Druck von unten die weiße Regierung zu Zugeständnissen zwingen kann. Angesichts des überlegenen militärischen Gewaltpotentials der Rassisten bleibt freilich das Problem, sich nicht in militärisch geführte Auseinandersetzungen hineinziehen zu lassen. Genau darauf zielt seit Legalisierung des ANC die Taktik der Faschisten. Am Abend des 19.4., dem Tag vor der Beerdigung Hanis, veranstalten vier Bewaffnete im Township Sebokeng ein Massaker, bei dem 19 Bewohner, darunter drei Kinder, getötet und 23 Menschen schwer verletzt wurden. Der Ablauf ließ auch diesmal wieder auf eine vorbereitete Aktion aus den Reihen der sogenannten "dritten Kraft" schließen: Gegen 18 Uhr forderte Polizei in gepanzerten Wagen die Bewohner auf, die Straßen zu verlassen und in ihren Häusern zu verschwinden. Um 19.45 bemächtigten sich die (schwarzen) Killer eines PKW, indem sie die Insassen, eine Frau und ein Mann, erschossen. Danach fuhren sie dreieinhalb Stunden mit diesem Wagen durch den Ort und erschossen an fünf weiteren Stellen Menschen. Polizei war während dieser Zeit in Sebokeng nicht zu sehen. (Independent, 20.4.)

Die Wut und die Militanz der jugendlichen schwarzen Township-Bewohner versuchen einige ANC-Funktionäre für die Inszenierung von forcierten Massenaktionen in Verbindung mit der Aussetzung der Gespräche zu nutzen. Der Vorsitzende der ANC-Jugendliga, Mokaba, ebenso wie der Präsident des (einzigen ANC-nahen) Homelands Transkei, Holomisa, forderten die Jugendlichen auf, sich zu bewaffnen, angefeuert von Winnie Mandela, die die Jugendliga aufforderte, die Führung des ANC zu übernehmen. (Weekly Mail, 23.4., FAZ, 19.4.) ANC-Veteran Harry Gwala, Vorsitzender des ANC in Natal, erneuerte seine alte Forderung nach Aussetzung der Gespräche, um durch Massenaktionen Fortschritte zu erzielen. Neuerdings findet er dabei Unterstützung bei den ANC-Vorsitzenden der westlichen Kapregion und der Region Nord-Natal. (Weekly Mail, 23.4.)

Angesichts der Tatsache, daß völlig unübersichtlich ist, in welche Situation unkontrollierte Massenaktionen, noch dazu ohne sichtbare politische Taktik oder gar Strategie führen würden, hat sich die ANC-Führung, nicht ohne sich dabei (zu Recht) auf den von den radikalen Jugendlichen verehrten Chris Hani zu berufen, ein

erneutes Mal durchsetzen können. Wie schon im Sommer letzten Jahres beschloß sie eine sechswöchige Massenkampagne ab Anfang Mai, verbunden mit der Forderung auf Festsetzung eines definitiven Wahltermins in den nächsten Wochen und wahrscheinlich auch der Kontrolle der Sicherheitskräfte durch den demnächst zu bildenden Übergangsregierungsrat. Bei letzterem Komplex dürfte für den ANC allerdings ein zeitlicher Spielraum bestehen.

J./Westberlin

Chris Hani

Generalsekretär einer erfolgreichen,

aber unbekannten kommunistischen Partei

Martin Thembsile "Chris" Hani wurde am 28. Juni 1942 in einem Dorf in der Transkei geboren. Seine Mutter war Landarbeiterin, sein Vater Wanderarbeiter, der in den Bergwerken für einen Hungerlohn schuftete. Seine politische Laufbahn ist charakteristisch für einen südafrikanischen Kommunisten und für die Kommunistische Partei des Landes. 1957 trat Hani der ANC-Jugendliga bei, 1959 wurde er Mitglied des damals noch legalen ANC, 1962 stieß er zu "Umkhonto we Sizwe" (MK), dem "Speer der Nation", dem bewaffneten Arm des ANC, den dieser nach seinem Verbot 1960 gegründet hatte. Über Tansania gelangte er 1962 in die Sowjetunion, wo er eine militärische Ausbildung erhielt. 1962 ist auch das Jahr seines Eintritts in die Südafrikanische Kommunistische Partei (SACP). Ab 1967 kämpfte er gegen das weiße Siedlerregime in Rhodesien (heute Zimbabwe), von 1974 bis 1982 leitete er die Untergrund-Aktivitäten des "Speers" in der Kapprovinz von dem von Südafrika eingeschlossenen Lesotho aus. 1981 überlebte er unverletzt eine in seinem Wagen gezündete Autobombe, 1982 drang ein Kommando der südafrikanischen Streitkräfte nach Lesotho ein, um die dortigen MK-Strukturen zu zerschlagen. Es tötete 49 Menschen, Hani war nicht dabei. 1982 wurde Hani Politischer Kommissar und stellvertretender Kommandeur von MK, dessen Leitung er 1986 von (dem Weißen) Joe Slovo übernahm, den er auf dem 8. Parteitag der SACP im Dezember 1991 als Generalsekretär der Partei ablöste. Zu diesem Zeitpunkt war Hani Mitglied der engeren Führung des ANC, in dessen Nationales Exekutivkomitee er auf der 48. Nationalkonferenz des ANC Anfang Juli 1991 mit der höchsten Stimmzahl (94,7%) gewählt worden war.

Die äußerst enge Symbiose mit dem ANC ist typisch für die SACP. Die Zusammenarbeit begann schon in den zwanziger Jahren, als die Partei (damals noch CPSA), die zunächst als Partei weißer Bergarbeiter gegründet worden war, ihre Reihen auch für das schwarze Proletariat öffnete. Noch vor dem ANC erhob die Kommunistische Partei als erste Organisation die Forderung nach gleichem Wahlrecht für alle Südafrikaner. Seit dem Verbot der CPSA im Jahre 1950 konzentrierten die Kommunistinnen und Kommunisten ihre Aktivitäten auf die Mitarbeit im ANC und dem Indian Natal Congress, so daß sie seitdem kaum mehr als eigenständige Kraft in Erscheinung traten. Von der symbiotischen Verbindung profitierten beide Organisationen: Die SACP, weil sie gezwungen war, sich jenseits ideologischer Schemata auf die konkrete Situation ihres Landes einzustellen, was z.B. dazu führte, daß die SACP eine der wenigen an der Sowjetunion orientierten KPs ist, die den bewaffneten Kampf nicht nur nicht ablehnte, sondern ihn auch aktiv mit aufbaute. Auf der anderen Seite hat die SACP den ANC programmatisch befruchten können: "Heute sind die Forderungen der Armen und der Arbeiter in den Programmen des ANC und der Gewerkschaften enthalten. Das ist unser wichtigster Erfolg. Wir sollten auch nicht zu schüchtern sein um festzustellen, daß wir den ANC radikalisiert haben ..." (Interview mit Chris Hani, in: The African Communist, 1. Quartal 1992)

Die SACP vermied es, im ANC als organisierte Fraktion aufzutreten, was zur Folge hatte, daß sich etliche Mitglieder der Partei auf Grund ihrer ANC-Erfahrungen von ihr lösten. Auf der anderen Seite war dies eine Garantie dafür, daß die lebendige Diskussion im ANC sich in die Partei fortsetzte. Im Führungsgremium des ANC, in welchem ca. ein Drittel Mitglieder der SACP sind, diskutieren diese häufig gegeneinander.

Slovo und Hani neig(t)en in den letzten Jahren vermutlich immer stärker einem "demokratischen Sozialismus" zu; dieser schillernde Begriff sollte auch im programmatischen Dokument des 8. Parteitages festgeschrieben werden. Doch die überwiegende Mehrheit der Delegierten war damit überhaupt nicht einverstanden. U.a. mit der Begründung, der Sozialismus sei seinem Wesen nach demokratisch und brauche deshalb diese Zusatzbezeichnung nicht, obsiegten die klassenkämpferisch eingestellten Kräfte mit 330 zu 83 der Stimmen.

Dafür wurde die Kennzeichnung der Partei als marxistisch-leninistisch und Hammer und Sichel als Parteisymbole aufrecht erhalten.

In näherer Zukunft wird sich die Frage nach einer eigenständigeren Profilierung der SACP auch in Abgrenzung zum ANC stellen. Hanis Anliegen war es, sie zu einer Partei der Arbeiterinnen und Arbeiter zu entwickeln, die das sozialistische Ziel nicht aus den Augen verliert. Schon heute sind mehr als die Hälfte ihrer inzwischen über 60.000 Mitglieder (im Februar 1990: 5000) gewerkschaftlich organisiert. Vier Mitglieder des SACP-Zentralkomitees sind zugleich Spitzenfunktionäre in den Gewerkschaften - unter anderem der COSATU-Präsident Gomono und sein Stellvertreter sowie der Generalsekretär der Bergarbeitergewerkschaft NUMSA. Einer aktuellen Umfrage zufolge würden heute 31 Prozent der Schwarzen die SACP vielleicht wählen, acht Prozent würden dies definitiv tun.

Hanis letzte Auslandsreise führte ihn im Februar nach Kuba, dem er sich auf Grund seiner Erfahrungen in Angola, dessen Leid ihn stark prägte, auf Grund des internationalistischen Einsatzes der Kubaner in diesem Land stark verbunden fühlte. Fidel Castros Grußbotschaft war dann auch das einzige ausländische Kondolenzschreiben, das bei der Trauerfeier für Hani im Stadion von Soweto in voller Länge verlesen wurde.

22. Alptraum Angola

Rubrik: Angola · CD-Datei: daten/aksuche/ak354/14.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:354:14

"Wenn UNITA die Wahlen verliert, gibt es Krieg." Diese in Angola vor deren Durchführung am 30.9./1.10. 1992 weit verbreitete Ansicht hat sich als vollkommen zutreffend erwiesen. Kaum daß die Wahlergebnisse die regierende, ehemals sozialistisch orientierte MPLA als überlegene Siegerin ausgewiesen hatten (mit 53,74% der Stimmen), begann die seit nunmehr fast zwei Jahrzehnten von Südafrika und den USA massiv unterstützte Kontra-Organisation UNITA (34,1%) in allen Teilen des Landes den Krieg. Äußerst gut vorbereitet, gelang es ihr fast handstreichartig, den größten Teil des Landes unter Kontrolle zu bekommen. Ihren Kampf führte und führt sie mit äußerster Brutalität und Rücksichtslosigkeit. Bereits Anfang März, nach knapp viereinhalb Monaten Krieg, waren schon 60.000 Menschen in Folge der Kriegshandlungen getötet worden (allein ca. 12.000 bei der Schlacht um Huambo). 1,7 Millionen der 10 Millionen Angolaner befinden sich auf der Flucht, häufig vom Hungerstod bedroht, da viele in die von der UNITA belagerten, von den Regierungstruppen noch gehaltenen Städte geflüchtet sind, die aber nur aus der Luft mit Nahrungsmitteln versorgt werden können, da die UNITA Nahrungs- und sonstige Hilfsgütertransporte nicht passieren läßt.

"Das Volk muß sich klar werden, daß dies ein lang andauernder Krieg wird", erklärte der Oberkommandierende der angolanischen Armee, General Joao de Matos, Anfang März im angolanischen Fernsehen, ein Krieg, welcher mehr Opfer als der von 1975 bis 1991 anhaltende Verteidigungskrieg gegen die UNITA und Südafrika kosten könne. (Guardian, 10.3.) (In diesem Zeitraum waren durch Kriegshandlungen 300.000 Menschen getötet worden, ungefähr dieselbe Anzahl starb auf Grund kriegsbedingter Krankheiten oder Hungers, vgl. ak 348.)

Die düstere Prognose könnte sich als zutreffend erweisen. Denn während die UNITA dank der jahrelangen Militär- und Finanzhilfen aus Südafrika und den USA (zuletzt erreichten die Lieferungen und Überweisungen aus Washington einen Wert von jährlich schätzungsweise 60 Millionen Dollar) hochgerüstet ist und auch gegenwärtig militärisch aus Südafrika und von Zaire unterstützt wird, steht die nun auch durch Wahlen legitimierte MPLA-Regierung international immer noch ohne ausreichende politische und militärische Unterstützung da. Und ob mit der Kriegsverbrecher-Organisation UNITA und ihrem Chef Savimbi eine politische Lösung nach den aktuellen Ereignissen überhaupt noch machbar ist, scheint genauso fragwürdig wie die Vorstellung, der angolanischen Gesellschaft eine solche Einigung überhaupt noch zumuten zu wollen.

Unterstützung durch Zaire und aus Südafrika

Aktuell kontrolliert die UNITA 70% der Landesfläche und vier von 17 Provinzhauptstädten (die im Norden gelegenen M'banza Congo, Uige und N'dalatando) sowie die nach einer 55tägigen Schlacht Anfang März eroberte zweitgrößte Stadt Angolas, Huambo, die Hochburg und "Hauptstadt" der UNITA. (Guardian, 17.4.) Traditionell eher im zentralen Hochland auf Grund ihres Rückhalts im Stamm der Ovimbundu politisch verankert (Provinzen Bie und Huambo) und im Südosten auf Grund der Unterstützung aus Südafrika militärisch stark, war es bei den jüngsten Kämpfen auffällig, wie die UNITA gerade im Norden und Osten zu schnellen militärischen Siegen in der Lage war - fast durchweg in Provinzen, in denen sie ausweislich der Wahlergebnisse kaum Rückhalt in der Bevölkerung findet. (vgl. ak 349) Neben den schon genannten Provinzhauptstädten konnte sie auch die Erdölstadt Soyo zeitweise besetzen (seit Mitte März wieder in den Händen der Regierung), außerdem die Provinzhauptstadt Caxito, 60 Kilometer nördlich von Luanda (am 21. März befreit). Während die UNITA in der näheren Umgebung Luandas nach wie vor zu Angriffen auf Infrastruktureinrichtungen der Hauptstadt in der Lage ist (Wasser- und Elektrizitätswerke, Strommasten), hat sie im Osten des Landes die Diamantenminen unter ihre Kontrolle gebracht und verkauft die Steine über eine Diamantenbörse in Zaire an den südafrikanischen Konzern De Beers.

Die militärische Situation im Norden und Osten Angolas läßt auf militärische Unterstützung der UNITA durch Zaire schließen bzw. auf Hilfe aus Südafrika, die über Zaire abgewickelt wird. "Westliche Diplomaten und militärische Quellen stimmen überein, daß die UNITA Soyo ohne Unterstützung aus dem Norden nicht hätte einnehmen können." (Weekly Mail, Johannesburg, 12.3.) Nach Regierungsangaben sind bei der Rückeroberung von Soyo 2000 Kämpfer der UNITA aus der Stadt vertrieben worden, darunter "weiße und zairische Söldner". (FR, 16.3.) Insgesamt soll Zaire auf seiten der UNITA 2000 Soldaten eingesetzt haben (NZZ, 2.2.), 500 sollen für diesen Zweck eine spezielle Ausbildung in Israel erhalten haben. (FAZ, 8.12.92) Vier

Zairianer fielen den Regierungstruppen bei der Schlacht um Huambo in die Hände. (New Nation, Johannesburg, 26.2.)

Die Unterstützung, die die UNITA aus Südafrika erhält, bleibt, obwohl sie offenbar beträchtliche Ausmaße hat, undurchsichtig, da niemand sich zu ihr bekennt. Angolas Staatspräsident Dos Santos drückt es so aus: "Kein Zweifel, daß Südafrika die UNITA weiter unterstützt ... Ich will nicht die südafrikanische Regierung beschuldigen ... Ich will nicht Präsident de Klerk beschuldigen ... aber hochrangige Armee-Angehörige in Südafrika führen logistische Operationen zur Unterstützung UNITAs durch. Möglicherweise tun sie das gegen das Wissen der Regierung und des Präsidenten..." (Weekly Mail, 29.1.). Staatspräsident de Klerk hatte bei einem Treffen am 22.1. dem angolanischen Außenminister versichert, daß seine Regierung nicht an der Unterstützung der UNITA beteiligt sei; inzwischen hat das südafrikanische Parlament ein Gesetz verabschiedet, das Söldnertätigkeit südafrikanischer Bürger unter Strafe stellt. (vgl. ak 353)

Andererseits jedoch hatte Angola den sich zu Beginn der Kämpfe als Vermittler darstellenden südafrikanischen Außenminister Pik Botha Anfang November zur unerwünschten Person erklärt und ihn am 9. November zusammen mit 119 anderen Südafrikanern außer Landes gewiesen. Unter diesen Personen befand sich auch Sean Cleary, bis 1985 südafrikanischer Militärattaché in Washington, der als Hauptverantwortlicher für die geheime "Operation Agree" gilt, deren erster Teil der Destabilisierung Namibias galt und deren Teil 2 auf Angola gerichtet ist. (siehe WoZ, Zürich, 22.1.) Im Zusammenhang eines internationalen Counter-Netzwerkes, das ehemalige und noch angestellte Militärs ebenso umfaßt wie private oder halbstaatliche Firmen und Stiftungen, ist auch die in Bonn sitzende Stiftung "Hilfe in Not" zu nennen, die bei den jüngsten Kämpfen unter dem Deckmantel humanitärer Hilfe von Namibia aus die Versorgung der UNITA in Südangola mit Lebensmitteln übernahm und der inzwischen von der angolanischen Regierung jegliche Tätigkeit im Land untersagt worden ist, während ihr auf Intervention der Vereinten Nationen die Flüge von Namibia aus untersagt wurden. (siehe taz, 2.2., Weekly Mail, 12.3., Guardian, 13.3.)

Simbabwe und Botswana haben wiederholt gegen die Verletzung ihres Luftraumes durch in nord-südlicher Richtung fliegende, nicht identifizierte Flugzeuge protestiert. Von einem Flughafen in der Nähe von Pretoria sowie vom Homeland Bophuthatswana starteten Flugzeuge Richtung Zaire und Südangola. (Guardian, 13.3., Weekly Mail, 26.2., 5.3.) Auf seiten der UNITA kämpfende Südafrikaner wurden bei Huambo festgenommen, sie sollen Teil einer 100 Mann starken Söldnertruppe gewesen sein, die in Pretoria zusammengestellt wurde. (vgl. ak 353) Daß auch die angolanische Regierung ehemalige Mitglieder der inzwischen aufgelösten südafrikanischen Spezialbataillone 31 und 32 (die früher in Namibia und Angola operierten und wegen ihrer Grausamkeit berüchtigt waren) angeworben habe, hat sich inzwischen als lancierte Falschmeldung erwiesen; daran ist nur so viel richtig, daß amerikanische und französische Ölgesellschaften in Soyo und Cabinda zum Schutz ihrer Anlagen Söldner in Südafrika angeworben haben. Zwei von ihnen, ein Brite und ein Südafrikaner, wurden bei einem Angriff der UNITA in der Nähe von Soyo getötet. (Guardian, 30.3.)

Eigene Fehler

Kaum daß die Wahlergebnisse bekannt waren, begann die UNITA in ihren Hochburgen Huambo und Bie, aber auch in anderen Landesteilen, Anhänger der MPLA, Polizisten und Beamte umzubringen. Ende Oktober hatte sie bereits sechs von 18 Provinzen mit Ausnahme der Provinzhauptstädte vollständig erobert, in insgesamt 15 Provinzen hatte sie dutzende von Kleinstädten übernommen - zusammen waren bereits zu diesem Zeitpunkt ein Drittel des Landes unter ihrer Kontrolle. (Guardian, 31.10.92) (Das schloß freilich auch Gebiete vor allem im Südosten, aber auch im Nordosten ein, die sie schon vor den Wahlen entgegen den Bestimmungen des Friedensabkommens unkontrolliert besetzt hielt.)

Eine erfolgreiche Abwehr der Aggression gab es zunächst im wesentlichen nur in der Hauptstadt Luanda - andernfalls stände das Land heute wohl unter der Herrschaft der UNITA. Bereits Ende Oktober waren 7000 Konterguerillas um Luanda zusammengezogen. Die Eroberung des Flughafens konnte jedoch ebenso verhindert werden, wie 2000 nach Luanda eingedrungene UNITA-Soldaten vollständig aufgerieben wurden. (Ein parallel ergangener Aufruf der Organisation zu Massendemonstrationen gegen die Regierung war ohne Resonanz geblieben.) Auf seiten der Regierung bzw. der MPLA wurden neben Regierungstruppen Einheiten der neugebildeten Bereitschaftspolizei eingesetzt. Außerdem beteiligten sich auch Teile der Bevölkerung, an die zuvor Waffen ausgegeben worden waren, an der Niederschlagung des Angriffs.

Insgesamt jedoch waren Regierung und Armee bis Anfang Januar nicht in der Lage, zu einer Gegenoffensive anzusetzen. Mehrere Faktoren sind dafür zu nennen, deren Grund in der politischen Fehleinschätzung der Rolle der UNO bei der Überwachung des Friedensabkommens vom Mai 1991 und, damit verbunden, in einem fast schon sträflich zu nennenden Vertrauen auf eine aktive friedensfördernde Politik der USA zu suchen ist.

Bis zum Wahltermin war es auch nicht annähernd gelungen, UNITA-Armee (FALA) und Regierungstruppen (FAPLA) gemäß dem Friedensabkommen zu entwaffnen und aufzulösen und eine verkleinerte, weitgehend paritätisch gebildete gemeinsame Armee (FAA) aufzustellen. Zudem verlief der diesbezügliche Demobilisierungsprozeß sehr ungleichgewichtig, ohne daß die UNO hier wirksam interveniert hätte: Die UNITA überführte ihre zur Auflösung bestimmten Verbände nur sehr langsam in die dafür vorgesehenen Lager. Ihre hier zusammengezogenen Soldaten wurden von der UNITA weiterhin sehr gut versorgt. Andere wiederum erhielten nach ihrer Ausmusterung Kleidung und Geld, was die MPLA schon im Sommer zu der Vermutung veranlaßte, UNITA halte "eine Geheimarmee ... für den Fall, daß sie die Wahl verlöre". (FAZ, 24.6.92)

Der Regierung unterliefen hingegen bei der Demobilisierung schwere politische Fehler: Zum einen kam sie ihren Verpflichtungen aus dem Friedensabkommen wesentlich eifriger nach; zum anderen kümmerte sie sich nicht weiter um die entlassenen Armee-Angehörigen - weder politisch-organisatorisch, noch materiell. So hieß es in einem Bericht von Anfang September: "Die UNITA-Kämpfer ... genießen das Lagerleben und spielen Fußball, während uns ein Besuch in den Camps der Regierungssoldaten vom Oberkommando der Vereinten Nationen ... untersagt wird: `Die leben wie die Tiere', gibt ein Blauhelm zu verstehen. Die Nachrichtensperre wird als Vorsichtsmaßnahme ausgegeben. Die schlechte Laune der ausgehungerten Soldaten drohe gefährliche Ausmaße anzunehmen." (FR, 11.9.92) Auf der Suche nach Nahrungsmitteln verließen viele Regierungssoldaten auf Nimmerwiedersehen ihre Lager, andere fanden sich erst gar nicht ein. (der überblick 1/92)

Noch bis in den November hinein versuchte die Regierung schließlich, Verhandlungsbereitschaft zu demonstrieren und die Lage nicht ihrerseits zu eskalieren. Nach dem Sieg über die UNITA in Luanda wurden die Truppen in ihre Kasernen zurückbeordert, die an Einwohner ausgegebenen Waffen wieder eingesammelt. (FR, 4.11.) 87 gefangen genommene UNITA-Funktionäre wurden freigelassen. (Independent, 9.11.)

Auf Seiten der Regierung wurden die Abwehrkämpfe bis Januar fast ausschließlich von Einheiten der noch vor den Wahlen gegen die Proteste der UNITA gebildeten neuen Bereitschaftspolizei getragen (Policia Anti-Motim), während die Soldaten der Armee, sofern schon entlassen, nicht mehr ohne weiteres rekrutierbar oder nicht ausreichend geführt oder motiviert waren. Bei dem Verlust von Soyo (20. Januar) sollen Regierungssoldaten frühzeitig ihre Stellungen verlassen und sich mit Fischerbooten und dem Schiff einer Öl-Gesellschaft abgesetzt haben. (Africa Confidential, London, 5.2.) Staatspräsident Dos Santos selbst räumte ein, daß sich im Norden Angolas der Wiederaufbau von Kommandostruktur und Logistik stark verzögert hätte und daß darüber hinaus viele der eigenen Streitkräfte in Eile ausgebildet worden seien und im Kampf nicht über den notwendigen Zusammenhalt verfügten. Im übrigen aber hätte die UNITA "durch den allgemeinen Widerstand der örtlichen Bevölkerung Verluste hinnehmen müssen ... Wir konnten das Gleichgewicht in verschiedenen Gebieten halten, wo wir die Polizei und eine Bevölkerung hatten, die genauso gut wie eine Armee waren." (Weekly Mail, 29.1.)

Noch Anfang Februar wurden Zahlen genannt, nach denen lediglich 20.000 Regierungssoldaten (plus 30.000 Bereitschaftspolizisten) 50.000 UNITA-Kämpfern gegenüberständen. (Bei der auf Grund des Friedensabkommens von 1991 erfolgten Demilitarisierung und des Aufbaus der neuen gemeinsamen Armee war lediglich von 25 bis 30.000 UNITA-Soldaten die Rede gewesen - gegenüber 120.000 der FAPLA.) Allerdings befinden sich Marine und vor allem die Luftwaffe mit 47 Kampfflugzeugen sowjetischer Bauart in der Hand der Regierung.

Die UNITA führt

den totalen Krieg

Gegen die gut ausgerüsteten und vorbereiteten, von Zaire und aus Südafrika unterstützten UNITA-Truppen wäre freilich auch ohne die aufgezeigten Mängel und Versäumnisse nur schwer anzukommen. Denn die UNITA setzt, da auf nationaler wie internationaler Ebene politisch weitgehend diskreditiert, alles auf die militärische Karte und fühlt sich darum bei ihrem Krieg an keinerlei humanitäre Maßstäbe gebunden. Kaum

standen die Wahlergebnisse fest, redeten UNITA-Generäle Klartext: "Seine Leute seien bereit, Angola ‚ins Chaos zu stürzen`", verkündete General Wambu. UNITA-Oberbefehlshaber Pena ("Ben-Ben"), vormals Vertreter seiner Organisation im Generalstab der neugebildeten angolanischen Streitkräfte, erklärte: "Wir stimmen nicht mit dem Wahlprozeß überein. Deshalb würden wir gern unseren Weg nach Luanda freischießen. Dann gibt es keines der heutigen Probleme." (zit. nach FAZ, 20.10.92) (Für "Ben-Ben" bewahrheitete sich diese Sicht der Dinge auf sehr persönliche Weise: Er wurde beim Angriff auf Luanda Anfang November getötet.)

Mit einer Strategie der verbrannten Erde und des Terrors treibt die UNITA die Bevölkerung in die häufig von Regierungstruppen gehaltenen Städte, wo diese oft vom Verhungern bedroht sind, da die Kontras sich strikt weigern, Nahrungsmitteltransporte passieren zu lassen bzw. diese selber überfällt und plündert. Durch fortgesetzte Angriffe auf die Trinkwasserversorgung Luandas setzt sie die Einwohner der überfüllten Stadt der Gefahr von Epidemien aus, da sich die Bewohner in diesen Fällen mit verschmutztem Flußwasser behelfen müssen.

In Huambo warfen die Marodeure Leichen in die Brunnen und bombten das Krankenhaus in Schutt und Asche. Die aus der Stadt Flüchtenden waren ständigen Angriffen der UNITA ausgesetzt: In übereinstimmenden Berichten schildern Überlebende die Greueltaten der Kontras: Ergriffene Flüchtlinge wurden erschossen oder oftmals auch enthauptet, Gebrechliche und Verletzte in Flüsse geworfen. Ca. 10.000 Flüchtlinge erreichten die 230 km westlich gelegene Stadt Caimbambo, während nach Schätzungen von UN-Mitarbeitern ca. 80.000 auf der Flucht vor der UNITA durch den Busch irren. (Guardian, 23.3.) Wieviele insgesamt umkamen oder umgebracht wurden, weiß kein Mensch zu schätzen.

"Neutralität" von USA und UNO

Geradezu lehrbuchhaft demonstriert die Clinton-Administration, daß der US-Imperialismus sich durch das Ende des kalten Krieges nicht von seinen Interessen ablenken läßt. Hatte Clinton im Wahlkampf noch der MPLA zum Wahlsieg gratuliert, wurde die dann ausbleibende diplomatische Anerkennung Angolas durch die neue US-Regierung zunächst mit den noch nicht ausgewechselten Beraterstäben im State Departement zu erklären versucht. Inzwischen aber ist klar, daß die USA offenbar viel Zeit haben und zu eigenen Initiativen keinerlei Veranlassung sehen. Die offizielle Begründung für die Nichtanerkennung Angolas klingt ganz danach: Weder hätte die angolanische Regierung die volle Kontrolle über das Territorium des Landes, noch gebe es eine legitime Regierung, die anerkannt werden könne, denn die zweite Runde der Präsidentschaftswahlen habe noch nicht stattgefunden. (Dos Santos hatte bei dieser parallel zu den Parlamentswahlen abgehaltenen Wahl mit 49,57% der Stimmen die erforderliche absolute Mehrheit im ersten Wahlgang knapp verfehlt.)

Auch die Option einer "demokratischen" UNITA scheint für die USA uninteressant. Immerhin haben sich zehn der 70 in das angolanische Parlament gewählten UNITA-Abgeordneten dem Kriegskurs ihrer Organisation verweigert und ihre Plätze im Parlament eingenommen, unter ihnen die ehemalige "Nummer drei" der UNITA-Führung.

Deutlich Stellung genommen haben die USA gegen die UNITA nur an einem einzigen, allerdings bezeichnenden Punkt: Wiederholt warnten sie die Organisation in aller Deutlichkeit, ausländische Ölförderanlagen in der angolanischen Exklave Cabinda (zwei Drittel der Erdölproduktion des Landes) anzugreifen. Tatsächlich hat es hier, obwohl das Gebiet an Zaire grenzt, keine militärischen Zwischenfälle gegeben.

Die UNO hat sich erwartungsgemäß als unfähig erwiesen, die Durchführung des unter ihrer Schirmherrschaft stehenden Friedensabkommens zu gewährleisten. Von ihr arrangierte Gesprächstermine zwischen Regierung und UNITA in Addis Abeba ließ diese zweimal (Mitte Februar und Anfang März) platzen, obwohl sie jeweils ihr Kommen zugesagt hatte. Auf einer Sitzung Mitte März verurteilte der Weltsicherheitsrat die UNITA zwar "aufs Schärfste" und wies ihr die Schuld am Scheitern des UNO-Friedensplanes zu, konkret folgte daraus aber gar nichts. Weiterhin fällt der UNO nichts anderes ein, als die UNITA ein ums andere Mal an den Verhandlungstisch zu bitten - einer Aufforderung, der die Kontras seit der Eroberung Huambos einstweilen gerne nachkommen - und ansonsten beide Seiten zur Kompromißbereitschaft anzuhalten.

Dabei wären wirksame Sanktionen (theoretisch) durchaus vorstellbar: Die UNITA könnte zur terroristischen Organisation erklärt und die Schließung ihrer Auslandsbüros gefordert werden. Ein Kriegsverbrechertribunal

müßte angestrengt und ein Embargo gegen die von der UNITA kontrollierten Gebiete verhängt werden. Die Satelliten-Funkverbindungen der UNITA könnten gekappt und mit Hilfe von Satelliten-Fotos der USA die Nachschubwege beweiskräftig bekanntgegeben werden.

Menschenrechte oder Barbarei

Die Neutralität der UNO, die Duldung des terroristischen Vorgehens der UNITA vor allem durch die USA läuft auf eine Legitimierung dieser Politik und damit auf ihre Unterstützung hinaus. Sie schafft einen gefährlichen Präzedenzfall für andere von der UNO vermittelte Friedensprozesse, insbesondere für die demnächst anstehenden Wahlen in Kambodscha und Mosambik. Die dortigen, durch die UNO zu gleichberechtigten Verhandlungsparteien aufgewerteten terroristischen Bewegungen (Rote Khmer bzw. Renamo) dürften sich durch die Ereignisse in Angola ermutigt fühlen, sich den Wahlen entweder ganz zu entziehen oder ihre zu erwartenden Niederlagen nicht zu akzeptieren.

Die Entwicklung in Angola zeigt beispielhaft dreierlei: Zum einen ist die UNO keineswegs in der Lage, die Durchführung des von ihr vermittelten Friedensprozesses zu gewährleisten - und zwar nicht, weil sie in Angola zu wenig Truppen stationiert hätte (in Kambodscha, wo sich das nächste Desaster abzeichnet, ist das Gegenteil der Fall), sondern weil sie als eine von den imperialistischen Staaten, insbesondere den USA dominierte Organisation zu einer an den Interessen der "Dritte-Welt"-Länder orientierten Politik strukturell gar nicht in der Lage ist.

Zum anderen ist der bewaffnete Konflikt in Angola (oder auch der in Mosambik) keinesfalls auf einen "Stellvertreter-Konflikt" reduzierbar, der mit dem Wegfall des Ost-West-Gegensatzes bzw. mit der freiwilligen Rückzug der Sowjetunion aus der "Dritten Welt" seine objektive Grundlage verloren hätte. Der jahrzehntelange bewaffnete Kampf in Angola ist seinem Wesen nach ein antikolonialer und auf Grund der marxistischen Orientierung der MPLA auch antiimperialistischer Befreiungskampf. Auf Grund einer zeitweisen Schwächung des US-Imperialismus in den siebziger Jahren schien dieser Kampf auch für eine sozialistische Entwicklung Angolas geführt werden zu können.

Zum dritten sind dementsprechend die vom "Westen" bzw. vom rassistischen Südafrika aufgebauten und/oder massiv geförderten "Befreiungsbewegungen" keine "Freiheitskämpfer" (so der ehemalige US-Präsident Reagan), deren Aktivitäten auf den Aufbau einer Demokratie westlichen Zuschnitts ausgerichtet sind, sondern Werkzeuge des Imperialismus, die eben gerade die Errichtung demokratischer und menschenwürdiger gesellschaftlicher und politischer Verhältnisse mit barbarischsten Methoden bekämpfen. Insofern wäre eine linke Solidarität mit Angola ihrem Inhalt nach zuerst eine antifaschistische, insofern es in diesem Land um die Verteidigung grundlegender humanitärer Rechte geht. (1)

Imperialistische Optionen

Dem Gewährenlassen von Savimbi könnten verschiedene Kalküle zugrunde liegen. So wäre möglich, daß die imperialistischen Kräfte, hier: die USA, bewußt eine "Somalisierung" Angolas anstreben, um gegebenenfalls um so legitimierter mit einer militärischen Intervention "Ordnung zu schaffen". Speziell im Hinblick auf die Entwicklung in Südafrika, die auf Grund der dortigen Stärke der linken Kräfte längerfristig eine antiimperialistische Wendung nehmen könnte, könnte das Interesse auch darin bestehen, in Angola ein reaktionäres Gegengewicht aufzubauen.

Andererseits wird die angolanische Regierung von verschiedenen westlichen Ländern diskret und zum Teil sinnvoll unterstützt. Spanien hat die Ausbildung der angolanischen Bereitschaftspolizei durchgeführt, Großbritannien hat privaten Firmen gestattet, bei Wartung und Reparatur der angolanischen Luftwaffe zu helfen (Weekly Mail, 12.3.), Portugal plädiert dafür, das gegen Angola auf Grund des Friedensabkommens bestehende Waffenembargo aufzuheben, um der angolanischen Regierung Waffen liefern zu können.

Die Unterstützung der angolanischen Regierung könnte die für die imperialistischen Länder sinnvolle Funktion haben, eine Radikalisierung der MPLA und ihre Rückkehr zu marxistischen Positionen zu verhindern. Im Zuge des Friedensprozesses und des Abzugs der Kubaner hatten in der MPLA offenbar allmählich die Kräfte die Oberhand gewonnen, die im Interesse einer friedlichen Entwicklung Angolas für eine Zusammenarbeit mit den imperialistischen Staaten eintraten (was, wie oben dargestellt, auch die unzureichende Vorbereitung der angolanischen Regierung auf den eingetretenen "worst case" erklären würde). Angesichts des völligen

Scheiterns dieser Hoffnung dürften zwangsläufig die an Kuba und der ehemaligen Sowjetunion orientierten Kräfte wieder an Einfluß gewinnen (2), die womöglich ein Bündnis mit den linken Kräften Südafrikas, vielleicht auch mit der Regierung von Simbabwe im Blick haben, um längerfristig für das südliche Afrika eine antiimperialistische Orientierung durchzusetzen - was unter den gegebenen weltweiten Kräfteverhältnissen bestenfalls bedeuten kann, der Ausbeutung durch die Industriestaaten nicht völlig hilflos ausgeliefert zu sein.

J./Westberlin

Anmerkungen:

(1) "Faschismus" soll hier stehen für Barbarei, das heißt die völlige Mißachtung des grundlegendsten Menschenrechts, des Rechts auf Leben. Der früher häufige Gebrauch dieses Begriffes durch die Linken im Zusammenhang mit politischen Entwicklungen in Ländern der "Dritten Welt" ("faschistische Diktatur in Chile") mag zwar, betrachtet man den Faschismus unter historischem Blickwinkel als eine in Europa entstandene Bewegung, inkorrekt sein, von seiner politischen Aussagekraft her scheint er mir aber zur Bezeichnung schlechterdings unmenschlicher Politik vollauf angebracht zu sein.

(2) Leider liegen uns dazu keine detaillierten Informationen vor.

23. Der Sudan: Die ethnischen, sozialen und Klassenwidersprüche im Bürgerkrieg

Rubrik: Kriege; Sudan · CD-Datei: daten/aksuche/ak354/17.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:354:17

Der zweite Bürgerkrieg im seit 1956 unabhängigen Sudan hat gegenwärtig den Charakter eines Vernichtungskrieges gegen die Bevölkerung im Süden angenommen. Hierzulande, in den westlichen Medien allgemein, gilt dieser Krieg als ein typisch ethnisch-religiöser Konflikt, ein Krieg zwischen Moslems und Christen bzw. Arabern und Schwarzafrikanern. Nicht beachtet wird dabei, vielfach aus berechnendem Interesse, daß dieser Konflikt schon immer starke soziale und klassencharakteristische Komponenten hatte, die sich in der Geschichte vor der Kolonisation, mit ihr und mit der Unabhängigkeit entwickelten.

Der Sudan gilt vielfach als nächstes Beispiel des Verfalls der staatlichen und nationalen Einheit, ähnlich wie in Somalia und Äthiopien, wobei als treibende Elemente allein die ethnischen und religiösen Konflikte zur Erklärung herangezogen werden. Bei genauerer Betrachtung zeigt sich jedoch, daß diese Konflikte niemals rein ethnischer Natur waren und dort, wo sie auf dieser Grundlage ausgetragen wurden, im Verlauf der Jahre einen immer stärkeren sozialen, ökonomischen und klassenspezifischen Charakter erhalten haben: "Der Krieg kann am Besten verstanden werden als ein Resultat von konträren politischen Einstellungen gegenüber der Realität verschwindender Ressourcen." (Siehe Anmerkung)

Der Sudan umfaßt eine Fläche von 2,5 Mio. qkm. Er ersteckt sich vom 4. bis 22. nördlichen Breitengrad, hat eine Nord-Süd-Ausdehnung von 2000 km und eine Ost-West-Ausdehnung von 1000 km. Nicht nur in der Form, sondern auch in der Geographie, der Vegetation und den klimatischen Verhältnissen spiegelt er den afrikanischen Kontinent im Kleinen wider. Der Nil durchfließt das Land auf einer Länge von 2258 km, und bei Khartum vereinigen sich die beiden Hauptzuflüsse, der weiße und der blaue Nil zum Nil.

Wie in vielen anderen Fällen auch, wurde der Nationalstaat Sudan erst durch den Kolonialismus bzw. mit seinem Ende geschaffen. Bis zur Kolonialherrschaft durch die Briten wurde das Land durch die arabische Handelsbourgeoisie beherrscht. Schon aus dieser Zeit rührt der noch heute existierende, und in mancherlei Hinsicht bestimmende Nord-Süd-Widerspruch. Der arabische Norden beteiligte sich am Sklavenhandel, dem große Teile der Bewohner des Südens zum Opfer fielen.

Bei der letzten Volkszählung im Jahre 1955/56 (zwei Jahre nach der "Entlassung in die Unabhängigkeit") gaben 40% aller Einwohner an, arabischer Herkunft zu sein. 30% sind Nordsudanesen nichtarabischer Herkunft, gehören aber der islamischen Glaubensgemeinschaft an, sind Schwarzafrikaner oder Mischlinge mit Menschen arabischer Herkunft. 30% leben im Süden; dies ist der schwarzafrikanische Anteil. Dieser Teil der Bevölkerung setzt sich aus den nilotischen Stämmen (Dinka, Nuer, Shilluk u.a.) und einer zweiten Gruppe (Azande, Bari, Murle, Toposa) zusammen.

Die wichtigste soziale Gruppe der arabischen Sudanesen ist die städtische Handelsbourgeoisie, die Jellaba. Sie ist die, außerhalb der britischen Kolonialzeit, bestimmendste Klasse innerhalb des Sudans in den letzten Jahrhunderten.

Der nichtarabische Teil im Norden setzt sich traditionell zum allergrößten Teil aus AckerbäuerInnen zusammen. Die Hauptgruppe der SüdsudanesInnen, die nilotischen Stämme, sind ViehzüchterInnen, die zweite Gruppe ebenfalls BäuerInnen.

Die nilotischen Stämme haben überwiegend dem Eifer der christlichen und islamischen Missionare widerstanden und leben mehrheitlich mit ihrer traditionellen Religion. Unter den anderen Stämmen haben Islam und Christentum eine größere Verbreitung, der christliche Anteil beträgt insgesamt 10% der Bevölkerung.

Die natürlichen Ressourcen

80% der Erwerbstätigen betreiben heute Ackerbau und Viehzucht. Dabei gibt es im Norden und im Süden gänzlich unterschiedliche Voraussetzungen. Es ist in der Vegetation eine stufenweise Abfolge erkennbar: im Norden Wüste, dann niederschlagsarme Graslandsavanne bis hin zu den niederschlagsreichen Savannen im

Süden. Bei tropischem Klima variieren die Niederschläge von fast keinem in den Wüsten im Norden und bis zu 1200 m per anno im Süden.

Von den 2,5 Mio. qkm (das sind 250 Mio. ha) sind 36 Mio. ha kultivierbar. Bis jetzt werden hiervon knapp 40% genutzt, hauptsächlich aus Wassermangel. Darüberhinaus gibt es 100 Mio. ha Weideland und 17,6 Mio. ha Wald. Von den 13,5 Mio. ha bewirtschaftetem Land werden 1,9 Mio. ha bewässert, 7,5 Mio. ha stehen unter mechanisiertem Regelfeldbau und 4 Mio. ha werden auf traditionelle Weise bestellt.

Die Hauptanbauprodukte sind heute Hirse und Mais für die Nahrungsmittelversorgung sowie Baumwolle, Erdnüsse, Sesam und Gummi arabikum für den Export.

Der Viehbestand beträgt derzeit 27,7 Mio. Tiereinheiten, Rinder, Schafe, Ziegen und Kamele.

Das notwendige Wasser kommt zum großen Teil aus dem Nilsystem. Mit einer Ausnahme entspringen alle Flüsse dieses Systems außerhalb des Sudans, durchqueren diesen und strömen vereint weiter nach Ägypten. Dies ist, wie noch zu sehen sein wird, ein wichtiger Faktor des gegenwärtigen Bürgerkrieges.

Das Leben bewegte und bewegt sich so zwischen Boden, Wasser und Vegetation. Wird einer dieser Eckpunkte empfindlich gestört, hat dies gravierende Auswirkungen auf das gesamte System der Versorgung.

Die soziale Entwicklung

Wie schon erwähnt, rekrutiert sich die herrschende Klasse vor allem aus dem arabischen Bevölkerungsanteil im Norden. Bis ins vergangene Jahrhundert schöpfte sie ihren Reichtum vor allem aus dem Handel, wobei der Sudan eine Durchgangsstation zwischen dem mittleren und südlichen Afrika und den arabischen Ländern war. Bestimmend hierfür war vor allem, daß der heutige Sudan einen direkten Zugang zum Roten Meer hat. Gehandelt wurde aber auch mit SklavInnen, die aus den südlichen Regionen des Landes geraubt wurden. Dies ist einer der traditionellen Nord-Süd-Widersprüche.

Erst Ende des vergangenen Jahrhunderts wurde das Gebiet des heutigen Sudans durch die Briten ihrer Kolonialherrschaft unterworfen. In dieser Zeit, bis zur Unabhängigkeit im Jahre 1956, wurde vor allem im Norden eine Landwirtschaft in Monokultur aufgebaut. Ähnlich wie in Ägypten entstanden hier riesige Baumwollplantagen, deren Erträge nach GB gingen. Die östlichen, südlichen und westlichen Provinzen wurden von dieser Entwicklung noch wenig erfaßt.

Mit der Unabhängigkeit 1956 übernahm die Jellaba die Macht und setzte zugleich ein ehrgeiziges Ziel: Die Mechanisierung der Landwirtschaft und hierbei die Ausrichtung auf den Anbau von Hirse und Sesam; dies zunächst in den regenreicheren Gebieten des Osten, dann im Süden und schließlich auch im Westen. Dies ging einher mit der Zerstörung der traditionellen Landwirtschaft, der Ersetzung der Subsistenzwirtschaft durch eine rein exportorientierte sowie schließlich der massenhaften Vertreibung der BäuerInnen dieser Regionen von ihrem Land. Heute ist der Stand erreicht, daß die Flächen mit mechanisierter und die Flächen mit traditioneller Bewirtschaftung mit jeweils ca. 4-5 Mio. ha etwa gleich sind (jedenfalls was den legalen Teil anbelangt). In der Frage der Verfügungsgewalt entstand jedoch eine völlige Ungleichheit. Die ersteren gehören rund 8000 GroßgrundbesitzerInnen, die letzteren 2-3 Mio. BäuerInnen.

Die Folge dieser Ausweitung der Landwirtschaft unter Herrschaft des Großgrundbesitzes war der weitgehende Zusammenbruch der agronomadischen Lebensweisen im Süden. Zu Hundertausenden strömten die enteigneten BäuerInnen des Ostens, Südens und Westens in die Städte des Nordens. Im Gegensatz aber zur Landflucht in Europa wurden diese nicht durch eine industrielle Entwicklung produktiv aufgefangen, sondern bilden heute die Armutsgürtel der Städte.

Diese aggressive Ausrichtung der Landwirtschaft an den Interessen einer allein handelsorientierten Bourgeoisie hatte noch einen weiteren, gravierenden Aspekt für die Sozialstruktur des Landes. Aufgrund der sehr schwierigen klimatischen Verhältnisse waren vor allem die traditionellen ViehzüchterInnen NomadInnen, aber auch ein Teil der AckerbäuerInnen. Entsprechend den jeweiligen Verhältnissen wanderten sie in der Sahelzone, um die jeweils besten Bedingungen auszunutzen. Mit der Ausweitung der mechanisierten Landwirtschaft vom Norden her in diese traditionellen Wanderungsgebiete und der damit einhergehenden Vereinnahmung des Landes in Privatbesitz wurde den agronomadischen Lebensweisen der Bewegungsraum völlig abgeschnürt bzw. die Räume wurden immer enger. Dies ist dann wiederum auch ein Grund dafür, daß

die Spannungen auch zwischen den Stämmen des Südens zunahmen. Die Wanderung von Menschen zwischen verschiedenen Regionen, die in der Regel bevölkert sind, bringt per se Spannungen zwischen den Seßhaften und den nomadischen Teilen mit sich. Traditionell wurden diese dadurch abgemildert, daß der nomadische Teil nur vorübergehend anwesend war. Mit der immer weiteren Beschränkung des möglichen Wanderungsraumes kam es fast zwangsläufig auch zu Spannungen und Auseinandersetzungen zwischen den beiden genannten Gruppen. Dies ist der Grund dafür, daß zwar der grundlegende Widerspruch zwischen Nord und Süd besteht, die Zentralmacht im Norden aber auch immer wieder Verbündete im Süden finden kann.

Marktwirtschaft, IWF und Hungerkatastrophen

Noch in den fünfziger und sechziger Jahren produzierte die Landwirtschaft für den einheimischen Markt und war ausgerichtet an den Bedürfnissen der Bevölkerung. Ein entscheidender Wandel trat ab 1972 ein, einhergehend mit der Umorientierung des Sudans von den realsozialistischen zu den westlich kapitalistischen Staaten. (Siehe hierzu die politische Entwicklung.) Fortan wurde der Sudan die "Brotstube der arabischen Welt genannt", was gravierende Auswirkungen auf die Ausrichtung der Landwirtschaft und die Verteilung des Bodens hatte.

Von 1968 bis 1986 stieg die unter mechanisierter Landwirtschaft stehende Fläche von 500.000 ha auf über 5.000.000 ha. Weitere 5 Mio. ha sollen heute schon illegal in gleicher Weise genutzt werden. Produziert wurde jetzt mehr und mehr für den internationalen Markt. Finanziert wurde das Ganze durch die damals billig zu bekommenden Kredite aus den sog. Petrodollars.

Der Erfolg stellte sich jedoch nicht ein. Trotz der rapiden Expansion der genutzten Flächen konnten die Exporterlöse die Kreditaufnahme und die Steigerungsrate der Verzinsung nicht auffangen. Die im großen Maßstab eingesetzte mechanisierte Landwirtschaft raubte Millionen ihr Land (siehe oben). Da die Grundstruktur allein auf den Export ausgerichtet war, schien es den herrschenden Klassen schließlich auch egal zu sein, wie die Lebensbedingungen und die Kaufkraft der Armen aussahen. Bis 1984 schließlich wuchs der Kreis der Armen um 4,5, Mio. Menschen, und das Resultat war die erste große Hungerkatastrophe im Jahr 1984/85.

Anfang der achtziger Jahre kam es zur ersten großen Wirtschaftskrise mit dem Hunger als Massenerscheinung. Hirse war in dieser Zeit zum zweitgrößten Exportprodukt nach der Baumwolle geworden. Insbesondere aus Saudiarabien wurde die Produktion angeheizt. Es zahlte dem Sudan zu dieser Zeit 220 Dollar für die metrische Tonne, d.h. 50 Dollar mehr als beispielsweise für Hirse aus Thailand. Und während 1984/85 Hunderttausende an Hunger starben, wurden im gleichen Zeitraum aufgrund des nun agierenden IWF über 600.000t Hirse exportiert. Und hatte der Sudan noch 1978 eine Selbstversorgungsrate beim Weizen von 48%, sank diese bis 1987 auf 26%. Dies wiederum war eine Folge des Drucks des IWF, die Flächen für das Hauptexportprodukt, Baumwolle, zu nutzen, was zu einer Halbierung der Anbauflächen für Weizen führte.

Fazit: Wie in vielen anderen Ländern der Dritten Welt auch, wurde im Sudan eine Industrialisierung der Landwirtschaft vorgenommen, die am Exportmarkt und nicht an den Bedürfnissen des inneren Marktes orientiert war. Die Zerschlagung der traditionellen Landwirtschaft führte zur Vertreibung von Millionen Menschen vom Land in die Städte. Für sie gab und gibt es aber keine neue ökonomische und Sozialstruktur. Die Masse dieser vertriebenen und entwurzelten Menschen bildet den Grundstock der Hungerleider.

Die anfängliche Akkumulationsphase des Kapitals ist unmittelbar in eine räuberische Ausbeutung des gesamten Landes übergegangen. Die nur in Ansätzen vorhandene Industrieproduktion ist in den Jahren seit 1972 auf 15% ihrer Kapazität gesunken. Die Auslandsverschuldung stieg im gleichen Zeitraum von 229 Mio. Dollar auf 14.000 Mio. Dollar. Gleichzeitig wurden ebenfalls 14 Mrd. Dollar Kapital ins Ausland transferiert.

Oft werden das Bevölkerungswachstum (zwischen 3 und 3,5% pro Jahr) und die lang anhaltende Dürreperiode für die Hungerskatastrophen angeführt. Richtig ist sicherlich, daß dies erschwerende Komponenten sind, aber sie sind nicht die Ursache. Hungerkatastrophen des heutigen Ausmaßes hat es im Sudan (dies gilt aber auch für andere schwarzafrikanische Staaten) früher nicht gegeben, weil alle vom Land lebten, sich durch dieses selbst versorgen konnten und die Möglichkeit hatten, bei Veränderung der klimatischen Verhältnisse in andere Landstriche auszuweichen. Gerade dies wird mit der immer weiter verbreiteten Landwirtschaft als exportierender Wirtschaftssektor (wozu auch die Privatisierung weiter Landstriche gehört) nicht mehr möglich. Durch die ökonomischen Machtverhältnisse verlieren die Menschen die Möglichkeit, den Gewalten der Natur

auszuweichen. Vergleichbar wäre dies mit der Vertreibung der Friesen auf die Halligen und der nachträglichen Verwunderung, daß bei Sturmflut Menschen ertrinken.

Die politische Entwicklung

Unter der Kolonialmacht der Briten (von 1898 bis 1953/56) wurde der Nord-Süd-Gegensatz als Herrschaftsinstrument benutzt. Er war Mittel gegen die Unabhängigkeitsbestrebungen der bürgerlichen Schichten im Norden. Mit der Entkolonialisierung ab 1948 änderten die Briten aufgrund konkreter Interessen ihre Haltung. Ägypten versuchte, den Sudan anzugliedern, die Briten hatten kein Interesse an einem solchen Großägypten, weshalb sie die zentralistischen Interessen im Nordsudan stützten. 1948 einigten sich die Vertreter der Stämme aus dem Süden und die Vertreter aus dem Norden auf einen gemeinsamen Staat. Von Anfang an war dies jedoch ein Vertrag mit völlig ungleichen Partnern. Von den insgesamt 800 Administrationsposten, die im Jahre 1953 von den Briten geräumt wurden, wurden gerade einmal vier von VertreterInnen aus dem Süden besetzt. Zwar wurde und wird dies mit dem niedrigen Bildungsstand im Süden begründet und entschuldigt, aber es spiegelt eben die Machtverhältnisse und den inneren Rassismus wider.

Das Land war in zwei Teile gespalten. Während der britischen Herrschaft war die Baumwolle das Hauptexportprodukt. Die Infrastruktur war hierauf ausgerichtet, die Investitionen konzentrierten sich auf diesen Sektor, und auch der Aufbau einer Verwaltung und des Schulwesens war hiermit verwoben. Baumwolle wurde jedoch zu diesem Zeitpunkt nur im Norden angebaut.

Während im Norden die Amtssprache arabisch blieb, wurde im Süden Englisch eingeführt.

Diese Gegensätze, das noch frische Wissen um die Verantwortlichkeit der arabischen Bourgeoisie für den Sklavenhandel sowie die neu entstehenden Konflikte um die Nutzung des Landes führten sehr schnell zum ersten sudanesischen Bürgerkrieg, der 17 Jahre lang, bis 1972, dauerte. Von der Seite des Südens wurde er mit dem Ziel der Separation geführt.

1969 putschte sich der Oberst Jaáfar Muhammad an-Nimeiri an die Macht, ein Vertreter der nasseristischen Offiziere.

Er wandte sich zunächst gegen die radikalen islamistischen Gruppen, verbündete sich mit der kommunistischen Partei und intensivierte (wie eine Reihe von anderen arabischen Staaten auch) die Beziehungen zur Sowjetunion. 1971 scheiterte ein Putschversuch linksgerichteter (unterstützt von der VR China) Offiziere. Und obwohl die KP ihm die Stange hielt, wandte Nimeiri sich von der SU ab und betrieb eine Bündnispolitik in Richtung Westen.

Unter seiner Führung wurde der Bürgerkrieg mit dem Abkommen von Addis Abeba beendet. Dem Süden wurde eine Teilautonomie zugestanden, aber wichtige Fragen der Souveränität blieben unbeantwortet.

Wie wenig wert dieser Vertrag war, zeigte sich immer dann, wenn neue Interessen entstanden. Als Ende der siebziger Jahre in der oberen Nilregion Öl entdeckt wurde, wurden die Grenzen zwischen dem Norden und dem Süden von der Zentralregierung kurzerhand geändert.

Die Verteilung des Landes und der Ressourcen sowie die Souveränität der Menschen im Süden waren somit die immer wiederkehrenden Ursachen für die gewaltsamen Zusammenstöße und der Ausgangspunkt für den zweiten sudanesischen Bürgerkrieg.

1981 gab die amerikanische Ölgesellschaft Chevron bekannt, im Südwesten ausbeutbare Ölfelder entdeckt zu haben. Die Vorhaben wurden auf 236 Mio. Barrel geschätzt, was einen Gegenwert von ca. 10 Mrd. Dollar darstellt oder den Energiebedarf für das nächste Jahrzehnt gedeckt hätte. Die Abmachung, das Öl lokal zu verarbeiten, wurde von der Nimeiri-Regierung 1982 gebrochen, statt dessen sollte eine 1400 km lange Pipeline ans Rote Meer gelegt werden. Nicht von ungefähr war denn eine der ersten Aktionen der SPLA (Sudanesische Volksbefreiungsarmee) gegen die Bohranlagen gerichtet. Diese Angriffe zwangen Chevron, die Bohrarbeiten 1984 einzustellen.

Seit Anfang des Jahrhunderts gibt es Pläne für einen Kanal, den Jongley-Kanal, um die südsudanesischen Nilsümpfe auszutrocknen und damit zusätzliches Wasser für den Nordsudan und Ägypten zu gewinnen. Während die technische Seite bis ins kleinste Detail durchgeplant worden war, hatte sich niemand über die Auswirkungen auf die Menschen Gedanken gemacht. Der Norden und Ägypten brauchten das zusätzliche

Wasser, um die von ihnen betriebene großflächige, mechanisierte Landwirtschaft noch weiter verbreiten zu können, eine für die Menschen im Süden bedrohliche Zukunft. Weiterhin wurde befürchtet, daß mit der Trockenlegung der Sümpfe traditionelle Rückzugsgebiete (in Zeiten des Friedens vor klimatischen Einflüssen, in Zeiten des Krieges vor den Truppen) verloren gehen würden. Der Kanalbau war somit nicht von ungefähr das zweite Angriffsprojekt der SPLA.

Ab 1982 gründete sich die SPLA, um die Menschen im Süden vor den Übergriffen der Zentralmacht zu schützen. Im Gegensatz zu den Trägern des ersten Bürgerkrieges vertrat die SPLA bei ihrer Gründung keine separatistischen Ziele. Dies änderte sich erst 1991 nach Beginn des Massenterrors durch die 1985/89 an die Regierung gekommenen radikalen Islamisten. Nach einem Putschversuch innerhalb der SPLA, der unmittelbar nicht zum Ziel führte, wurde aber im Programm aufgenommen, daß dem Selbstbestimmungsrecht gleicher Stellenwert mit den Einheitsprinzip eingeräumt wird.

Der Sieg der radikalen Islamisten

Die rein auf den Export orientierte Wirtschaftspolitik, unterstützt bzw. gefordert auch vom IWF, führte nicht nur zu einer völligen Verarmung des Südens, sondern auch zu einer Verschärfung der Widersprüche im Norden und einer relativen Verarmung des Mittelstandes. Einzige wirkliche Nutznießer waren die gehobene Handelsbourgeoisie und das Finanzkapital.

In der Politik setzte sich dies mit der Gründung der National Islamic Front (NIF) fort. Träger dieser Bewegung sind vor allem die männlichen, städtischen Nordsudanesen und Intellektuelle aus dem Handels- und Finanzsektor, deren vordringliches Interesse es ist, einerseits die Macht über das ganze Land, andererseits aber auch die Privilegien der herrschenden Nordschicht zu sichern.

1983 begann der zweite Bürgerkrieg. 1985 wurde Nimeiri gestürzt. Eine Übergangsverfassung hielt bis 1989, dann übernahmen die radikalen Islamisten offen die Macht, und von diesem Zeitpunkt an wurde der Krieg zum Massenterror gegen die Menschen im Süden ausgeweitet. Was jedoch wie die zwangsweise Islamisierung des Süden erscheint, hat die oben beschriebenen Gründe.

Zwischen 500.000 und 1,3 Mio. Opfer hat dieser Krieg bisher gefordert. Mindestens 4-6 Mio. Menschen sind auf der Flucht, davon 2 Mio. im Ausland.

International ist das Regime fast vollständig isoliert. Die anfangs offen zur Schau gestellte Verbrüderung mit dem Iran brachte zwar die erwarteten Waffenlieferungen für den Bürgerkrieg (ausgerechnet aus China), aber auch Schwierigkeiten mit den arabischen Nachbarn. Die Unterstützung der radikalen Islamisten in Ägypten, Tunesien und Algerien ließen die Beziehungen zu diesen Staaten einfrieren. Die anfängliche Unterstützung durch Saudi-Arabien endete mit dem Golfkrieg. In der UNO-Vollversammlung wurde der Sudan mit großer Mehrheit wegen seines Krieges gegen den Süden verurteilt, mit den Stimmen der arabischen Staaten.

Anders als in rein arabischen Staaten, wo der Islam auch zu einer Waffe der gedemütigten Armen geworden ist (gegen die erste Welt), ist er im Sudan eine Waffe der reichen, herrschenden Klasse des Nordens über die Armen des Südens und der Slums. Das Zusammenscharen um die Religion ist hier offenkundiger als in anderen Fällen das Mittel zur Herrschaftssicherung. So hat denn dieser Konflikt seine ethnischen, kulturellen und religiösen Ursprünge, aber mehr und mehr werden sie überlagert von den ökonomischen klassenspezifischen Aspekten.

he., Hamburg

Diese Ausarbeitung wurde auf der Grundlage einer Studie von Dr. Mohamed Suliman, veröffentlicht in: Züricher Beiträge zur Sicherheitspolitik und Konfliktforschung, Heft Nr. 27, Hrsg: Kurt R. Spillmann, geschrieben. Hinzugezogen wurden Informationen aus der aktuellen Tagespresse.

24. Perspektiven gegen die herrschende Weltwirtschaftsordnung - BUKO-Kongreß 20.-23.5.93 (Ankündigung)

BUKO-Kongreß vom 20. bis 23.5.93 in Düsseldorf

Rubrik: Imperialismus und Weltwirtschaft; Aktionen / Veranstaltungen · CD-Datei: daten/aksuche/ak354/21.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:354:21

Der 17. Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen vom 20.5.-23.5. steht unter dem Motto: "Utopie - oder wie? Perspektiven gegen die herrschende Weltwirtschaftsordnung". Hinter diesem Motto verbergen sich Fragestellungen wie: "Reicht es aus, herrschende Verhältnisse künftig lediglich zu negieren? Könnte für überzeugende mobilisierende Kritik wieder ein positiver Zukunftsentwurf nötig geworden sein? Wie könnten Alternativen zur EG der Pfeffersäcke und der Chefetagen von Finanzmetropolen aussehen, wie patriarchale Strukturen abgebaut und feministische Ökonomie konkret verwirklicht werden? Ist alternativer Handel schon jetzt der Kern eines besseren Welthandelssystems von morgen? Soll in selbstorganisierten Strukturen ein Gegenentwurf zur Ausbeutungsgesellschaft verwirklicht werden? Wie eine Ökonomie entwerfen, in der die Ökologie nicht mehr als lästiger Kostenfaktor auftaucht?" (aus dem Einladungsflugblatt des BUKO).

In sechs Foren, die den ganzen Freitag zur Diskussion nutzen wollen, sollen diese Fragestellungen behandelt werden:

Im Forum Rassismus sollen in diesem Jahr die aus der theoretischen Diskussion entstandenen Strategien und Aktionen im Mittelpunkt stehen.

Das Forum Geld - Körper - Geschlechterverhältnisse (ausschließlich für Frauen) will sich schwerpunktmäßig mit der Kommerzialisierung (Organ-, Frauen-, Kinderhandel) und Normierung des Körpers beschäftigen.

Im Forum Weltwirtschaft werden VertreterInnen der verschiedenen Theorieschulen (Post-Fordisten, Subsistenzwirtschafts-Ansatz, Theorie der nachholenden Entwicklung und Wallersteinscher Weltsystemansatz) zu Wort kommen.

Das Forum Selbstorganisation will die beiden Bereiche Genossenschaftsbewegung/Selbstverwaltungswirtschaft und den Informellen Sektor und ihre Bedeutung innerhalb der Weltwirtschaft diskutieren.

Das Forum EG behandelt das Verhältnis der EG zur "Dritten Welt", insbesondere das Lomé-Abkommen, und die Rolle der EG in der herrschenden Weltwirtschaftsordnung und ihr Verhältnis zu den USA und zu Japan.

Das Forum Ökologie will Fragen nach einer ökologisch und sozial sinnvollen Weltwirtschaftsstruktur und dem Verhältnis von Mensch und Natur in einer hochindustrialisierten Gesellschaft nachgehen.

Zu den Foren sind u. a. Elmar Altvater, Jutta Ditfurth und Wangari Matheei (Ökologieexpertin aus Afrika) eingeladen.

Eingeleitet wird der BUKO-Kongreß am Donnerstag (19 Uhr) mit einer Diskussion um "humanitäre Interventionen". Auf dem Podium sind vertreten: Winfried Wolf (Journalist aus Köln), Manuel Bremer (Politikwissenschaftler aus Köln), Claudia Roth (Mitglied des Europaparlamentes, Die Grünen) und Ulrich Menzel (Dozent an der Uni Duisburg).

Am Samstagmorgen wird der BUKO zusammen mit der Gruppe Farbfieber in der Düsseldorfer Innenstadt eine Aktion zum Thema Mauer zwischen Nord und Süd durchführen. Der Nachmittag ist dann der BUKO-Politik (Rechenschaftsbericht, Wahlen zum Koordinationsausschuß, Beschlüsse, Resolutionen etc.) gewidmet. Der Freitag- und Samstagabend werden jeweils mit einem Kulturprogramm bzw. einer Fete abgeschlossen. Zusätzlich werden noch ein Theaterworkshop und eine Medienbörse angeboten. Ein Frauenplenum am Freitagabend will die Fragen der Vertretung von Fraueninteressen und -forderungen im BUKO diskutieren.

Das ganze Programm findet im Kulturzentrum ZAKK, Fichtenstr. 40 in Düsseldorf statt. Teilnehmen kann jede/r, der/die die Teilnahmegebühr (von 80.- für TeilnehmerInnen aus BUKO-Mitgliedsgruppen bzw. 110.- für sonstige TeilnehmerInnen) im voraus auf das BUKO-Konto überweist. (Postgiroamt Hamburg, Kto.-Nr. 79112-201 BLZ 20010020)

Anmeldungen sind an den BUKO, Nernstweg 32-34, 2000 HH 50, Tel.: 040/393156 zu richten.

25. Tadschikistan und die russische Armee

Rubrik: Sowjetunion und Nachfolgestaaten · CD-Datei: daten/aksuche/ak354/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:354:33

Tadschikistan: 143.000 Quadratkilometer, ungefähr die Größe Griechenlands. Davon mehr als zwei Drittel Hochgebirge über 3000 Meter. Ungefähr 5,5 Millionen Einwohner; davon über 60 Prozent persischsprachige Tadschiken, fast ein Viertel Usbeken und noch schätzungsweise 7 Prozent Russen als Teil der städtischen und industriellen "Führungsschicht".

In der seit Auflösung der Sowjetunion Ende 1991 unabhängigen Republik begann im Sommer 1992 ein Bürgerkrieg, der in den ersten zwei Monaten dieses Jahres zu einem vorläufigen Abschluß kam - nachdem eine halbe Million Menschen aus ihren Wohnorten geflüchtet sind, viele davon ins benachbarte Afghanistan, und schätzungsweise 100.000 getötet und verletzt wurden.

Behauptet hat sich vorläufige die alte "politische Klasse", die sich um den Machtapparat der früheren KP gruppiert und von den in der Republik stationierten russischen Truppen unterstützt wird. Ihre Gegner, ein Oppositionsbündnis nationalistischer und islamistischer Parteien, mit einem breiten Spektrum zwischen liberal und fundamentalistisch, wurden in die Defensive gedrängt. Ihre Führer, sofern sie gefaßt werden konnten, sind in Haft und sollen abgeurteilt werden. Ihre politischen Organisationen sind verboten und unterdrückt. Ihre bewaffneten Einheiten sind teils zerschlagen, teils ins Hochgebirge der Pamir-Region abgedrängt worden oder agieren von Stützpunkten befreundeter Gruppen in Afghanistan aus. Zu einem Guerrilla-Krieg sind sie zwar immer noch in der Lage und werden es vermutlich auch lange bleiben, sofern es nicht zu einer politischen Versöhnung kommt. Ob sie aber zu der "großen Frühjahrsoffensive" fähig wären, die die neu-alten Machthaber beschwören, um ihr diktatorisches Regiment zu rechtfertigen, erscheint mittlerweile fraglich.

"Altkommunisten"

kontra "Fundamentalisten"

Zumeist werden die gegnerischen Seiten des tadschikischen Konflikts mit "Altkommunisten" einerseits und "islamischen Fundamentalisten" andererseits umschrieben. "Mörderischer Machtkampf zwischen Moslems und Kommunisten: Der Afghanistankrieg springt auf das Gebiet der ehemaligen Sowjetunion über." ("Spiegel" Nr. 4/1993) - Andererseits gibt es nicht wenige simple Deutungsversuche, die von politischen Kategorien gar nichts wissen wollen. "Was sich oberflächlich betrachtet als Kampf zwischen kommunistischen und demokratischen Kräften darstellt, ist in Wirklichkeit die Fortsetzung uralter Gegensätze rivalisierender Clans in den nördlichen und südlichen Landesteilen Tadschikistans. Dieser Widerspruch läßt sich bis zu den Zeiten Alexanders des Großen zurückverfolgen." ("Süddeutsche Zeitung", 9.1.93)

Das populäre Deutungsmuster der "rivalisierenden Clans" suggeriert unpolitische Irrationalität und bedient Klischees von B wie Blutrache bis W wie Wildes Kurdistan. Offenbar ist der tadschikische Bürgerkrieg auch das Ergebnis von regionalen Gegensätzen, die aber mit "Clans" nicht zutreffend beschrieben sind und die auch keineswegs "uralt" sind. In erster Linie hängen sie mit der zaristischen Kolonialisierung und später der "Sowjetisierung" Tadschikistans zusammen, sind also erst in den letzten 120 Jahren entstanden.

Da ist erstens die Region um Chodschent, früher Leninanbad, im Norden Tadschikistans, die schon rund 50 Jahre früher als der Rest des Landes unter direkte russische Herrschaft gelangte. Entsprechend länger war dieses Gebiet den Einflüssen eines sich entwickelnden Kapitalismus ausgesetzt, mit dem Ergebnis, daß in diesem flächenmäßig kleinen Bezirk mehr als die Hälfte der gesamten Industrieproduktion Tadschikistans konzentriert ist.

Chodschent und Umgebung waren als "kommunistische Hochburg" zu keinem Zeitpunkt des Bürgerkriegs angefochten. Ja, es kam in diesem Gebiet überhaupt nicht zu Kämpfen, so eindeutig waren dort die Machtverhältnisse, die offenbar auf breitem gesellschaftlichen Konsens beruhen. Hier scheint das alte Weltbild, die industrielle Arbeiterklasse verteidigt ihre sozialistischen Errungenschaften, noch zu funktionieren. Chodschent war auch das Rückzugsgebiet des noch von KP-Kadern dominierten Parlaments, als in der Hauptstadt Duschanbe mehrere Monate lang die Oppositionsparteien regierten.

Chodschent hatte weder die zwischen alter Führung und Opposition im Mai 1992 gebildete Koalition noch erst recht die spätere Alleinregierung der Oppositionsparteien anerkannt. Allgemein wurde davon ausgegangen,

daß sich Chodschent vom Rest des Landes trennen würde, falls die "islamistischen" Kräfte die Oberhand behalten hätten. Es wurde für diesen Fall auch mit einem Anschluß an das benachbarte Usbekistan gedroht. Dazu ist zu sagen, daß das Gebiet um Leninanbad/Chodschent zunächst direkt der Sowjetrepublik Usbekistan zugeteilt worden war und erst 1929 zu Tadschikistan kam.

Die Hauptstadt Duschanbe hingegen war ein Zentrum der Bürgerkriegskämpfe. Zeitweise Stalinabad genannt, war sie zu Beginn der sowjetischen Ära eine Kleinstadt mit weniger als 20.000 Einwohnern. Ihre Bevölkerungszahl verzehnfachte sich bis 1959 und hat sich seither noch einmal verdreifacht. Bei der Volkszählung 1989 wurden 600.000 Einwohner gezählt.

Dieser Anstieg war einerseits Ergebnis eines echten "Booms", der vor allem zur Zuwanderung von Russen (Facharbeiter, Verwaltungspersonal, Lehrer usw.) führte, die zeitweise mehr als ein Drittel der Bevölkerung ausmachten. Es war zweitens aber auch Ergebnis einer von der Not hervorgerufenen massenhaften Fluchtbewegung vom Land in die Stadt. Duschanbe legte sich einen Gürtel von neuen Elendsvierteln zu, in denen die Arbeitslosigkeit sehr hoch ist.

Die Hauptstadt ist also ein Ort sehr scharfer und sichtbarer sozialer Gegensätze, die schon in der Gorbatschow-Ära in Angriffen auf russische Einwohner kulminierten. Die "Unterschichten" scheinen 1992 mehrheitlich die islamistischen Kräfte unterstützt zu haben, während die relativ privilegierten Teile der Bevölkerung teils mit der alten politischen Klasse sympathisierten, teils aber auch demokratische Optionen vorzogen, die sich jedoch im Bürgerkrieg als eigenständige Strömung nicht behaupten konnten. Vermutlich deshalb, weil dort, wo Waffen eingesetzt werden, fast automatisch die radikalen Kräfte auf beiden Seiten dominieren.

Zusätzlicher Konfliktstoff entstand in Duschanbe daraus, daß nach Beginn des Bürgerkriegs im Süden der Republik Zehntausende von Flüchtlingen beider Seiten in die Hauptstadt strömten. Sie trugen indirekt zur Verschärfung der materiellen Notstände in Duschanbe bei und bildeten ein zusätzliches Rekrutierungspotential für die Bürgerkriegsparteien.

Im Süden Tadschikistans, wo der Bürgerkrieg am heftigsten und mit den schlimmsten Folgen für die Bevölkerung geführt wurde, wurden die Kriegsparteien gern mit zwei Regionen identifiziert: Auf der einen Seite die Leute aus Kulyab, das als "kommunistische Hochburg" bezeichnet wurde. Auf der anderen Seite das Gebiet von Kurgan-Tjube, dessen Bewohner als Anhänger der Oppositionsparteien, insbesondere der radikalen Islamisten, galten. In Kommentaren wurden vor allem diese zwei Gebiete oft mit "verfeindeten Clans" gleichgesetzt, so als ob es sich um irgendwelche alten Stammesfeindschaften handeln würde.

Tatsächlich aber sind die Bevölkerungsverhältnisse im Süden Tadschikistans in erster Linie das Ergebnis totaler Umschichtungen, die erst in den zwanziger und dreißiger Jahren dieses Jahrhunderts erfolgten. Besonders das Tal von Kurgan-Tjube war Anfang der zwanziger Jahre ein Zentrum des reaktionär-islamistischen "Basmatschen"-Guerrillakriegs gegen die Sowjetmacht. Folge war, daß Hunderttausende aus den Kampfzonen flüchteten und manche Gebiete nahezu entvölkert wurden. Nach Ende der Kämpfe erfolgte, teilweise mit Druckanwendung, eine heterogene Neubesiedlung, so daß nun teils Bewohner des Berglandes von Badachschan, teils rückkehrwillige Flüchtlinge, teils Usbeken, teils Russen, teils Kirgisen ansässig wurden. Weitere Neuansiedlungen ergaben sich daraus, daß mit der forcierten Ausdehnung des Baumwollanbaus der Bedarf an Arbeitskräften stieg - auch in manchen bis dahin landwirtschaftlich nur wenig genutzten und dünn besiedelten Tälern.

Diese Heterogenität blieb in den folgenden Jahrzehnten weitgehend bestehen. Es gab usbekische, badachschanische, russische usw. Kolchosen, die sich gegeneinander abgrenzten, Feindschaften austrugen und über, wenn auch alles andere als hochmoderne, Waffenarsenale verfügten. Die Badachschani gelten überwiegend als Anhänger des Islamismus. Vorherrschend ist, als Ausnahmeerscheinung unter den Muslimen der früheren Sowjetunion, die schiitische Strömung der Ismaeliten - weltbekannt durch ihr Oberhaupt Aga Khan.

Neutralität auf russische Art

Eine erhebliche Rolle spielen im tadschikischen Bürgerkrieg die in der Republik stationierten russischen Soldaten, vor allem die 201. Motorisierte Division; daneben, und seit dem Sieg der "altkommunistischen" Kräfte

in Duschanbe hauptsächlich, auch die russischen Grenztruppen, die an der Grenze zu Afghanistan stationiert sind.

Gewiß unterhält Rußland dort keine große Armee. Zusammen werden es vermutlich weniger als 10.000 Mann sein. Doch ist das Gewicht dieser Truppen ausschlaggebend in einer Situation, wo sonst nur kleine fraktionelle Milizen existieren, die keinem einheitlichen Kommando folgen, die außerdem zumeist schlecht ausgebildet und bewaffnet sind und die zudem noch politisch unzuverlässig sind.

Erst in diesem Jahr hat die tadschikische Regierung angekündigt, sie wolle eine eigene Armee aufbauen. Schon jetzt ist klar, daß sie auch dabei wieder völlig auf russische Unterstützung angewiesen ist. Moskau hat zugesagt, tadschikische Offiziere würden künftig bei den russischen Streitkräften ausgebildet. Umgekehrt sollen russische Ausbilder auch nach Tadschikistan geschickt werden. Rußland will außerdem kostenlos Waffen liefern und logistische Unterstützung leisten.

Wieweit die Abhängigkeit geht, wird auch an der Person des im Februar eingesetzten tadschikischen Verteidigungsministers Schischljanikow deutlich: er ist Russe, hat vorher im Verteidigungsministeriums Usbekistans gearbeitet und scheint mit Tadschikistan bisher wenig zu tun gehabt zu haben. Logisch, daß er sich mit der Äußerung ins Amt einführte, die 201. Division bleibe auch künftig Garantin der Stabilität im Lande.

Dabei sollten die russischen Truppen sich eigentlich, vielfachen eigenen Bekundungen zufolge, "völlig neutral" verhalten, nur "die streitenden Kräfte trennen" und dafür sorgen, daß wertvolle Bauwerke wie etwa Regierungssitz, Flughafen, Kraftwerke sowie zentrale Verkehrswege bei den Kämpfen keinen Schaden nehmen. Aber wie neutral können russische Truppen in einem Konflikt sein, wo auf der einen Seite Kräfte stehen, die möglichst viel vom alten System und von der Union erhalten wollen, während ihre Gegner pauschal als "islamische Fundamentalisten" gelten, die von Afghanistan aus gesteuert werden?

Schon 1992 wurde vom Oppositionsbündnis wiederholt behauptet, russische Einheiten hätten sich auf die Seite der "altkommunistischen" Kampfverbände geschlagen. Sei es durch die Übergabe schwerer Waffen (Geschütze, Panzer, Raketen), sei es gelegentlich auch durch direktes Eingreifen. Ob und wieweit das zutrifft, läßt sich nach den bisherigen Berichten nicht entscheiden. Doch zeigt die allgemeine Erfahrung, daß überall, wo die sowjetische, russische oder GUS-Armee in Konfliktgebieten stationiert ist, große Mengen von Waffen in die Hände der Kampfparteien gelangen. Auch über die direkte Beteiligung russischer Soldaten und Offiziere an Kämpfen ist so oft berichtet worden, daß an der Tatsache grundsätzlich wohl nicht mehr zu zweifeln ist. Geld spielt dabei oft die entscheidende Rolle, daneben aber offenbar auch politische Sympathien. Wo es ein so klares und klassisches Feindbild gibt wie in Tadschikistan - "islamischer Fundamentalismus" - ist der Weg zur direkten Parteinahme nicht weit. Zumal da angeblich unter den russischen Truppen dort viele "Internationalisten" sind, das heißt Leute mit Kriegserfahrung aus der Afghanistan-Intervention. In diesem Zusammenhang ist auch daran zu erinnern, daß Tadschikistan jahrelang das direkte Hinterland für die sowjetische Kriegführung in Afghanistan war. Die Wacht an der tadschikischen Südgrenze gibt den Armeeangehörigen, die nicht nur unter sozialer Deklassierung, sondern oft auch unter "Sinnverlust" leiden, wieder eine politische Funktion zurück.

Seit im Dezember 1992 die "Altkommunisten" wieder in Duschanbe an der Macht sind und jede Opposition unterdrückt ist, kann von Neutralität der russischen Truppen nicht einmal mehr auf dem allzeit geduldigen Papier die Rede sein. Ihre Hauptaufgabe besteht heute darin, das Eindringen von regierungsfeindlichen, meist islamistischen, Guerrilla-Verbänden aus Afghanistan zu verhindern.

Da es derzeit ausgeschlossen scheint, direkt gegen die Rückzugsgebiete der tadschikischen Oppositionskräfte in Afghanistan vorzugehen, wird es vermutlich zu einem langen Kleinkrieg kommen. Es sei denn, Afghanistan selbst oder bestimmte Kräfte dort könnten dazu bewegt werden, ihren tadschikischen Gästen das Leben schwer zu machen. Anderenfalls droht Rußland erneut die Verwicklung in einen militärischen Konflikt, dessen Ende nicht abzusehen ist. Daß es schon jetzt Probleme gibt, läßt sich aus der Ablösung des Chefs der russischen Grenztruppen Mitte April ablesen. Besonders wurde ihm angeblich ein Vorfall angelastet, bei dem zehn seiner Soldaten von Guerrilla-Kämpfern gefangen genommen wurden und erst nach langen Verhandlungen wieder freikamen.

Der Versuch einer Internationalisierung des Militäreinsatzes ist praktisch anscheinend noch nicht sehr weit vorangekommen. Zwar haben außer Rußland schon im Herbst 1992 Usbekistan, Kasachstan und Kyrgystan

die Entsendung von "Friedenstruppen" nach Tadschikistan zugesagt. Das wurde am Rande des Minsker GUS-Gipfeltreffens im Januar noch einmal bekräftigt. Zusammen soll es sich um fünf Bataillone mit einer Gesamtstärke von 2500 Mann handeln, also um recht kleine nationale Kontingente. Ihre Aufgabe soll gleichfalls die Bewachung der Grenze zu Afghanistan sein. Es war zu lesen, daß das kirgisische und das usbekische Bataillon inzwischen eingetroffen seien; nichts verlautete über die kasachische Einheit.

Ob das kirgisische Bataillon lange auf dem Posten bleibt, hängt von der Entwicklung der Innenpolitik in Kyrgystan ab. Die Regierung von Präsident Akajew neigt eigentlich eher dazu, sich aus der ganz engen Bindung an Rußland etwas zurückzuziehen. Deutlich wird das u.a. an der Ankündigung Akajews, die russischen Truppen sollten innerhalb von zwei oder drei Jahren Kyrgystan verlassen. Doch stellt das noch unter dem alten System gewählte Parlament eine mächtige Gegenkraft dar.

Und was den usbekischen Beitrag zur Militärintervention in Tadschikistan angeht: Das diktatorische Regime in Taschkent hat anscheinend erhebliche Befürchtungen vor einem Übergreifen islamistischer Tendenzen. Es fragt sich jedoch, ob die direkte Verwicklung in den tadschikischen Bürgerkrieg diese Gefahr wirklich eindämmt oder vielleicht langfristig sogar erhöht. Hinzu kommt das Risiko, daß nationaler Konfliktstoff entsteht oder verschärft wird. Das Verhältnis zwischen den "turkstämmigen" Usbeken und den persischsprachigen Tadschiken ist historisch belastet. Fast ein Viertel der Einwohner Tadschikistans sind usbekischer Nationalität. Die 1926 von der Sowjetregierung künstlich gezogene Grenze - es gab früher niemals einen Staat Usbekistan oder Tadschikistan, also auch keinen historischen Grenzverlauf - bietet Streitpunkte, ebenso wie übrigens auch die tadschikische-kirgisische.

Garanten der Stabilität

Das militärische Engagement in Tadschikistan muß auch im Zusammenhang der russischen Großmachtpolitik nach dem Ende der Sowjetunion gesehen werden. Politiker wie Militärs heben die "strategische Bedeutung" Zentralasiens für Rußland hervor. Deshalb könne und werde Moskau nicht zulassen, daß extremistische Kräfte Tadschikistan destabilisieren, wie es Außenminister Kosyrew ausdrückte. Auch müsse man natürlich die russische Bevölkerung schützen. Verteidigungsminister Gratschow fügte, als er Anfang Februar Duschanbe besuchte, ein klassisches Argument hinzu: die russischen Truppen seien ein "Bollwerk gegen den islamischen Fundamentalismus".

Die "strategischen Interessen" Rußlands stellen die Ansätze einer bescheideneren Variante der alten Breschnew-Doktrin dar, nämlich den Anspruch, überall im Gebiet der früheren Sowjetunion die Vormachtstellung Rußlands nötigenfalls auch mit militärischen Mitteln zu behaupten. Im Sinne dieser Orientierung sind heute russische Truppen nicht nur in fast allen Teilen der GUS stationiert, sondern auch in Georgien, obwohl dieses nicht Mitglied der GUS ist und dringend den Abzug der ungebetenen Gäste fordert, die sich gelegentlich in den Konflikt mit der abchasischen Minderheit einmischen. Ähnlich ist auch die militärische Rolle Rußlands in Moldova, wo die Armee die faktische Trennung des russisch-ukrainisch dominierten östlichen Landesteils vom Rest der Republik abschirmt.

Der Oberbefehlshaber der GUS-Streitkräfte, General Schaposchnikow, formuliert offen, daß Rußland Garant für den "Frieden" auf dem Gebiet der ehem. UdSSR sein müsse. Es sei doch kein Geheimnis, daß Rußland auf allen Gebieten das Zentrum der GUS sei - in der Wirtschaft, bei den Bodenschätzen und eben auch beim Verteidigungspotential.

Noch einen Schritt weiter ging Präsident Jelzin: er machte den Vorschlag, die UNO sollte Rußland förmlich den Auftrag und die Vollmacht erteilen, Frieden und Stabilität im Gebiet der ehem. Sowjetunion zu garantieren. Oder, muß man wohl mit Blick auf konkrete Vorgänge hinzufügen, den "Frieden" nötigenfalls auch militärisch zu erzwingen.

Jelzin bekam für diese Idee zwar von Seiten der USA und Westeuropas keinen freudigen Applaus, aber es verwies auch niemand den Gedanken in den Bereich der Phantasterei oder der Anmaßung. Daß die russische Armee recht eigenwillig in Staaten agiert, die nach dem Zerfall der Sowjetunion souveräne Völkerrechtssubjekte sind, wird offensichtlich ohne den geringsten Protest international akzeptiert. Und das sogar in Fällen, wo die russischen Truppen eindeutig von den zuständigen Regierungen nicht gewünscht werden (Georgien, Moldova).

Im Fall Tadschikistans stellt die Behauptung, man müsse den "islamischen Fundamentalismus" eindämmen, ein spezielles Argument dar, dem sich sowieso kein westlicher Politiker verschließen kann. Es gibt aber offenbar ein weit darüber hinausgehendes Interesse, Rußland als Ordnungsmacht auf dem Gebiet der früheren Sowjetunion gewähren zu lassen. Ausgenommen davon scheinen zur Zeit lediglich die drei baltischen Republiken, deren Unabhängigkeit wohl als unumkehrbar angesehen wird. In Bezug auf alles andere hat die russische Regierung freie Hand, solange sie von ihren riesigen militärischen Möglichkeiten nur in Einzelfällen und maßvoll Gebrauch macht.

Kt.

26. Berg-Karabach und die Türkei

Rubrik: Türkei; Sowjetunion und Nachfolgestaaten · CD-Datei: daten/aksuche/ak354/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:354:32

Berg-Karabach: Heute ein fast ausschließlich von Armeniern bewohntes Gebiet, das staatsrechtlich aber immer noch zu Aserbaidschan gehört. Mit 4.400 Quadratkilometern hat Berg-Karabach etwa ein Zehntel der Fläche der Niederlande oder ein Fünftel Hessens. Bevor 1988 der Kampf um das kleine Territorium begann, lebten dort knapp 180.000 Menschen. 75-80% davon waren Armenier, der Rest Aserbaidschaner. Berg-Karabach hatte damals den Status eines Autonomen Gebiets, die dritte Stufe innersowjetischer Staatlichkeit.

Seither gab es viele Veränderungen: Berg-Karabach proklamierte (1988) seinen Anschluß an Armenien; dieses erklärte jenes zu seinem unveräußerlichen Bestandteil; die sowjetische Regierung erklärte beide Beschlüsse für illegal, setzte den Autonomiestatus vorübergehend außer Kraft und stellte das Gebiet unter ein militärisches Notstandsregimes; sie hob aber noch im gleichen Jahr (1989) die Zwangsverwaltung wieder auf und stellte auf dem Papier den alten Zustand wieder her.

Ende 1991 hat Berg-Karabach sich zum unabhängigen Staat erklärt. Mit Rücksicht auf außenpolitische Opportunitäten haben die Armenier die Frage der Vereinigung des Gebiets mit dem "Mutterland" vorläufig vertagt und gestalten erst einmal die reale Lage mit militärischen Mitteln zu ihren Gunsten.

Die aserbaidschanische Regierung in Baku hat ihrerseits die Autonomie von Berg-Karabach aufgehoben und beansprucht dort die direkte Herrschaft. Reale Bedeutung hat das zur Zeit nicht, weil die Armenier die ganze ehemalige Enklave, und noch etliches aserbaidschanisches Gebiet dazu, militärisch kontrollieren. Mehrere Zehntausend Menschen sind vor dem Krieg und seinen wirtschaftlichen Begleiterscheinungen aus Berg-Karabach geflohen. Einige Tausend Armenier sind seither im Windschatten der militärischen Erfolge zurückgekehrt, während - auch als Ergebnis gezielter Vertreibungspolitik - kaum noch Aserbaidschaner dort leben.

Eskalation nach dem Ende der Sowjetunion

Als 1991 nach dem mißglückten Moskauer August-Putsch die UdSSR zusammenbrach, hatte die sowjetische Armee es sehr eilig, sich im Winter/Frühjahr 91-92 aus Berg-Karabach völlig zurückzuziehen. Das stach auffällig von anderen Schauplätzen ab, wo die Truppen sich heute noch als ungebetene Gäste zeigen, die trotz drängender Aufforderung souveräner Regierungen nicht gehen wollen (Georgien) oder sich zumindest nicht an vereinbarte Zeitpläne halten mögen (baltische Republiken). Armenien und die Gebietsregierung in Stepanakert lehnten damals den Abzug der sowjetischen Einheiten entschieden ab. Es kam schließlich, im März 1992, soweit, daß armenische Zivilisten und Milizen Straßen blockierten, um die abziehenden Truppen zu stoppen und ein klares Zeichen ihres politischen Protests zu setzen.

Zwar hatten die Armenier, sachlich zutreffend, der Moskauer Zentralregierung und der Armee immer vorgeworfen, sie handelten als Hüter des Status quo um jeden Preis parteilich zugunsten Aserbaidschans. Die Truppen hatten sich zudem, vor allem in der Zeit des Ausnahmezustands 1989, wie ein Besatzungsheer aufgeführt. Andererseits bot die Anwesenheit der Armee immerhin einen gewissen Schutz vor aserbaidschanischen Übergriffen. Angesichts des Kräfteverhältnisses - Aserbaidschan hat doppelt soviele Einwohner wie Armenien - fürchteten die Armenier mit Grund, sie könnten nach der Auflösung der Sowjetunion und dem Rückzug der Armee militärisch überrannt werden. Vor diesem Hintergrund rief die armenische Regierung im März 1992 die Vereinten Nationen um Hilfe an. Vor der UNO-Vollversammlung sagte Außenminister Hovannisian, ohne rasches internationales Eingreifen drohe eine Tragödie "mit den schlimmsten Folgen für die Region und die Welt".

Dabei hatte es zunächst noch so ausgesehen, als bahne sich im Streit der beiden Kaukasus-Republiken eine Entspannung an. Im September 1991 hatten die Regierungen in Baku und Eriwan den Beginn von Verhandlungen vereinbart. Das Abkommen sah auch den Abzug aller illegalen (nicht-staatlichen) bewaffneten Gruppen aus Berg-Karabach vor; Geiseln sollten freigelassen werden; zwangsumgesiedelten Armeniern sollte die Rückkehr in ihre Dörfer ermöglicht werden. Im November 1991 vermittelte Gorbatschow als eine seiner allerletzten politischen Aktionen ein weiteres Abkommen zwischen beiden Republiken. De facto erkannte

Armenien damit die Zugehörigkeit Berg-Karabachs zu Aserbaidschan an und widerrief alle früheren anderslautenden Beschlüsse. Baku verpflichtete sich, die volle Autonomie des Gebiets wiederherzustellen.

Ebenfalls im November 1991 durchkreuzte jedoch das aserbaidschanische Parlament diesen Einigungsversuch: Es beschloß "einmütig", den Autonomiestatus von Berg-Karabach aufzuheben. Die Hauptstadt Stepanakert sollte entsprechend ihrem "historischen Namen" in Chankendi umbenannt werden. Beide Beschlüsse waren nur als bewußte Provokation zur Wiederanheizung des Konflikts zu interpretieren.

Auf der anderen Seite entschied zur gleichen Zeit das Regionalparlament von Berg-Karabach, im Dezember ein Referendum über die staatliche Selbständigkeit durchzuführen. Bis auf weiteres sollten im Gebiet "nur die sowjetischen Gesetze" (also nicht die aserbaidschanischen) gelten. Die Volksabstimmung am 10.12.91 brachte das erwartete eindeutige Ergebnis - rund 99 Prozent - zugunsten der Unabhängigkeit.

Der aserbaidschanische Präsident Mutalibow unterstellte daraufhin Anfang Januar 1992 das Gebiet, samt einiger angrenzender Bezirke mit ebenfalls hohem armenischen Bevölkerungsteil, seiner "direkten Präsidialverwaltung", das heißt einem diktatorischen Militärregime. Berg-Karabach wandte sich, selbstverständlich vergeblich und sogar ohne jede Reaktion, an die GUS und an die UNO mit der Bitte um Anerkennung und Unterstützung.

Während die Truppen der Sowjetunion bzw. nun der GUS abgezogen wurden, begann der militärische Vormarsch Aserbaidschans zur Unterwerfung der Enklave. Vorübergehend schien sogar Stepanakert bedroht. Doch zeigte sich bereits im Februar und März 1992, vermutlich für alle Seiten überraschend, daß die armenischen Einheiten keineswegs weit unterlegen, sondern sogar ihrerseits zum Angriff imstande waren. Ihre Haupterfolge waren im Mai 1992 die Eroberung von Schuscha und Latschin.

Schuscha, die historische Hauptstadt von Karabach, war der einzige große Ort mit aserbaidschanischer Bevölkerung gewesen; die letzten 2.000 Armenier waren schon 1989 vertrieben worden. Von Schuscha aus war Stepanakert ständig mit schwerer Artillerie und Raketen beschossen worden. - Latschin liegt in dem stellenweise nur 10 km breiten Streifen, der Berg-Karabach von Armenien trennt. Seine Besetzung bedeutete die Öffnung einer Landverbindung und damit das Ende einer grausamen mehrjährigen Blockade, mit der Baku die Karabach-Armenier aushungern und zur Flucht oder zur Unterwerfung zwingen wollte.

In Baku beschleunigten die militärischen Niederlagen das Ende der ohnehin angeschlagenen KP-Regierung. Präsident Mutalibow war schon 1991 durch Massendemonstrationen vorübergehend zum Rücktritt gezwungen worden, nachdem er anfänglich den Moskauer Putschversuch unterstützt hatte. Das noch nach dem alten Ritus gewählte Parlament hatte ihn jedoch erneut ins Amt gesetzt. Im Mai 1992 übernahm in Baku die nationalistische, pantürkistische "Volksfront" durch einen militärischen Staatsstreich die Macht. Schnell angesetzte Neuwahlen ergaben ein klares Votum für "Volksfront"-Chef Elcibey als neuer Präsident. Eine seiner ersten Handlungen bestand in der Ankündigung, Aserbaidschan werde aus der GUS austreten. Tatsächlich ist das jedoch formal bisher nicht geschehen. Das aserbaidschanische Parlament hat es lediglich abgelehnt, das GUS-Gründungsdokument zu ratifizieren, aber diesen Status hat es beispielsweise mit Moldova gemeinsam. Am letzten GUS-Gipfeltreffen in Minsk, im Januar dieses Jahres, nahm Aserbaidschan mit einem "Beobachter" teil.

Um den Beginn seiner Amtszeit ins rechte Licht zu setzen und die Distanz zu seinem "unfähigen" Vorgänger deutlich zu machen, ließ Elcibey im Juni 1992 eine Gegenoffensive zur Rückeroberung aller von Armeniern eingenommenen Gebiete starten. Das brachte zwar einige Anfangserfolge, doch erreichte die Offensive vor allem ihre Hauptziele nicht: Weder Schuscha noch der Korridor von Latschin konnten zurückgewonnen werden. Andererseits kamen auch armenische Gegenstöße nicht weit voran; mehrfache Verschiebungen der Fronten vergrößerten nur die Zahl der zerstörten Dörfer. Die Kämpfe kamen im Herbst 1992 weitgehend zum Stillstand.

Im April dieses Jahres starteten armenische Einheiten eine neue Offensive gegen aserbaidschanische Gebiete, die zwischen Berg-Karabach und Armenien liegen. Mit der Eroberung der Stadt Kelbadschar besteht nun eine zweite Landverbindung. Begründet wurde das armenische Vorgehen mit der Behauptung, man habe einem unmittelbar bevorstehenden aserbaidschanischen Angriff auf Latschin zuvorkommen müssen. Es scheint jedoch, daß die armenische Offensive zumindest in ihrem Umfang und der Wahl ihrer Objekte über rein defensive Zwecke hinausging. Sie wurde nach wenigen Tagen eingestellt, wofür die Ursachen ausschließlich

politischer Art sein dürften. Mitte April verkündeten die armenischen Kräfte einseitig eine sofort in Kraft tretende Feuerpause, die seither im Wesentlichen zu halten scheint.

Kurz darauf trafen sich die beiden Präsidenten Elcibey und Ter-Petrossjan in Ankara und bekundeten anschließend ihre Zufriedenheit über den endlich begonnenen "Dialog" zwischen Baku und Eriwan. Man wolle telefonisch weiter in Kontakt bleiben. Elcibey hatte bis dahin den "Rückzug Armeniens" aus Berg-Karabach zur Voraussetzung für Gespräche gemacht.

Nach Darstellung Eriwans kann es aber um einen Rückzug überhaupt nicht gehen, da an den Kämpfen keine Einheiten der armenischen Armee beteiligt seien, sondern der Krieg ausschließlich von den Streitkräften des souveränen Staates Berg-Karabach geführt werde. Daß eine Bevölkerung von heute vielleicht 130.000 Menschen es ganz allein schafft, Aserbaidschan mit seinen über sieben Millionen Einwohnern militärisch in Schach zu halten, darf man dann wohl als Super-Version der alten Sage von David und Goliath verstehen.

Schutzmacht oder Papiertiger?

Die Reaktionen türkischer Politiker auf die armenischen Vorstöße im April waren verbal sehr hart und drohend. Vor allem der kurz darauf verstorbene Präsident Özal sprach davon, daß die "Geduld" der Türkei mit Armenien zu Ende gehe. "Wenn die Armenier sich nicht zurückziehen, werden sie zum Rückzug gezwungen werden." Die demonstrative Verstärkung der türkischen Truppen an der Grenze wollte Özal ausdrücklich als ernstgemeinte Warnung interpretiert sehen. "Alle Welt soll wissen, wie weit die Türkei zu gehen bereit ist"; man müsse "Armenien die Zähne zeigen".

Selbst Özal als ausgesprochener Hardliner schränkte aber ein, es sei keine leichte Frage, ob sich die Türkei direkt in einem militärischen Bündnis an die Seite Aserbaidschans stellen sollte. Es gebe andere Wege, die zunächst beschritten werden sollten. Er glaube, daß die Türkei nur dann zu einer militärischen Option greifen sollte, wenn alle Möglichkeiten zu einer friedlichen Lösung erschöpft wären.

Deutlicher äußerte sich Ministerpräsident Demirel, der eine türkische Intervention gegen Armenien ausschloß: "Nichts würde gelöst, wenn wir Baku militärische Unterstützung gäben." Dann würden andere Staaten Armenien zu Hilfe kommen und der Krieg ginge einfach im größeren Maßstab weiter.

Andererseits gibt es etliche sehr aggressiv klingende Äußerungen von türkischen Politikern, Diplomaten und Militärs. So drohte der Parlamentspräsident Cindoruk damit, sein Land könnte außer einem Krieg jede militärische Maßnahme "zur Abschreckung" ergreifen, falls politische Bemühungen nicht zum gewünschten Erfolg führen sollten. Generalstabschef Güres erklärte den Truppenaufmarsch an der armenischen Grenze damit, daß die Armee "für alle erdenklichen Fälle" Vorkehrungen treffe.

Offenbar gibt es unterschiedliche Ansichten über angemessene türkische Reaktionen, auch wenn die vorherrschende immer noch die Option der Nicht-Intervention ist. Die Regierung ist teilweise scharfer innenpolitischer Kritik wegen "Passivität" und zu großer "Nachgiebigkeit" gegenüber der "armenischen Aggression" ausgesetzt. Diese Kritik kommt nicht nur von Rechtsextremen und Konservativen sondern zum Teil auch von der sozialdemokratischen Partei Ecevits. Ein wesentliches Argument der Rechten ist, daß die Türkei das "Vertrauen" der "Brudervölker" in Zentralasien verspiele, wenn sie Aserbaidschan jetzt nicht direkt intervenierend zur Hilfe kommt. Gemeint ist damit, daß der Führungsanspruch der Türkei in der Region auf dem Spiel steht, wenn den Solidaritätsbekenntnissen keine entsprechenden militärischen Taten folgen und die selbsternannte Schutzmacht sämtlicher Turk-Völker zwischen Bosporus und Chinesischer Mauer sich als "Papiertiger" erweist.

Offenbar hat die Verwicklung der Türkei in den Konflikt in den letzten Monaten erheblich zugenommen. 1992 war noch fraglich, wie weit im einzelnen Berichte über Waffenlieferungen an Aserbaidschan oder über den Einsatz türkischer Militärberater zutreffen. Inzwischen scheint der Tatbestand der Waffenhilfe unbestritten. Jedenfalls gab ein Sprecher des Außenministeriums auf eine entsprechende Frage die Auskunft: "Die Türkei stellt Aserbaidschan im Rahmen ihrer Möglichkeiten jede nötige Hilfe zur Verfügung."

Einzelheiten wollte er nicht bekanntgeben. Damit wartete jedoch die Zeitung "Hürriyet" auf: Die erste Teillieferung sei bereits in Baku eingetroffen. Sie bestehe aus Raketen, Raketenwerfern sowie Munition für Gewehre und Artillerie.

Schon Anfang 1992 war zwischen der Türkei und Aserbaidschan die Zusammenarbeit auf vielen Gebieten vertraglich vereinbart worden, darunter auch im militärischen Bereich. Präsident Mutalibow gab bekannt, daß die Türkei Baku beim Aufbau einer eigenen Armee unterstützen würde. Der türkische Generalstabschef kündigte an, daß aserbaidschanische Offiziere an türkischen Militärakademien ausgebildet werden könnten. Aus Zeitungsberichten geht außerdem hervor, daß die faschistische MHP ("Graue Wölfe") in Lagern Freiwillige für den Einsatz gegen Berg-Karabach und Armenien ausbildet.

Die Türkei ist im Karabach-Konflikt selbstverständlich nicht "neutral", auch wenn Demirel das erstaunlicherweise erst kürzlich noch einmal behauptete. Sie ist es weder materiell (Militärhilfe für Aserbaidschan!), sie ist es erst recht nicht in ihren offiziellen Verlautbarungen, und sie ist es noch weniger in den Kommentaren von Medien und Politikern. Demirel selbst hat bei anderen Gelegenheiten auch schon die Solidarität der Türkei mit dem "gerechten Kampf Aserbaidschans um Karabach" beschworen.

Andererseits sind aus außenpolitischen Gründen die Möglichkeiten der Türkei begrenzt, diese Solidarität praktisch wirksam werden zu lassen. Eine direkte Intervention wäre gegen den Willen der USA und der übrigen NATO-Verbündeten zwar nicht absolut ausgeschlossen, aber doch sehr schwer vorstellbar. Vor allem die Sympathien in den USA neigen erkennbar Armenien zu. Zwar hat die US-Regierung, wie schon 1992, gegen die offensiven armenischen Militäraktionen protestiert und sie als "Gefährdung der Friedensbemühungen" bezeichnet. Westeuropäische Staaten haben sich in noch schärferer Form distanziert. Doch halten sich alle diese Stellungnahmen auf dem niedrigsten Niveau diplomatischer Pflichtübungen. Deutlich wird das, wenn man sie etwa mit den Drohgesten und Sanktionen gegen Serbien vergleicht.

Sofern die armenischen Militäraktionen einen gewissen Rahmen nicht überschreiten, scheint keine der westlichen Regierungen ihnen wirklich die Legitimität als Notwehr eines Volks absprechen zu wollen, das sich vorher jahrelang vergeblich an alle internationalen Instanzen mit der Bitte um Hilfe gewendet hat. So etwa wiederholt mit der Aufforderung, UNO-Friedenstruppen nach Berg-Karabach zu schicken. Eriwan zeigt sich seinerseits entgegenkommend, indem es auf die frühere Forderung nach Anschluß des Gebiets an Armenien erst einmal verzichtet - was der Regierung scharfe Angriffe der nationalistischen Opposition einträgt.

Es kommt hinzu, daß ein direktes Eingreifen der Türkei in den Konflikt wahrscheinlich Rußland zu Gegenaktionen veranlassen würde. Dies schon aus formalen Gründen, weil Armenien mit Rußland durch einen Militärpakt verbunden ist, der eindeutig genug zur Hilfe im Fall eines Angriffs von außen verpflichtet. Seit dem Ende der Ära Gorbatschows, der bis zuletzt den Status quo verteidigte und damit de facto auf Seiten der aserbaidschanischen Herrschaft über Berg-Karabach stand, begünstigt die russische Politik ziemlich offen die armenische Seite. Noch stärker und eindeutiger sind die pro-armenischen Sympathien im breiten Spektrum der Jelzin-Gegner, bei den Altkommunisten, die am liebsten die Union wiederherstellen möchten, wie bei den Nationalisten, die von vergangener Größe Rußlands träumen. Die Konstellation, daß sich das christliche Armenien vor der Bedrohung durch die Türkei oder Persien an die breite Brust des noch christlicheren Rußlands flüchtet, ist aus der Geschichte mehrfach bekannt.

Aserbaidschan behauptet sogar, daß die letzte armenische Offensive von Rußland unterstützt worden sei. Jedenfalls wäre das Risiko unkalkulierbar groß, daß eine stärkere türkische Einmischung zu einer internationalen Eskalation des Konflikts führen könnte.

Ein weiterer Gesichtspunkt, den die türkische Politik zu berücksichtigen hat, ist das Interesse, auch zu Armenien und vor allem selbstverständlich zu Rußland gute Beziehungen zu unterhalten. Wenn die Türkei aus naheliegenden Gründen zwar nicht "neutral" ist und aufgrund ihres Führungsanspruchs als Schutzmacht sämtlicher Turk-Völker auch gar nicht sein kann, so bemüht sie sich realpolitisch doch um eine vermittelnde Rolle im armenisch-aserbaidschanischen Streit. Das wird auch von Eriwan akzeptiert, das sich seinerseits, wieder unter heftigen Protesten der Opposition, seit längerem sehr um bessere Beziehungen zum südlichen Nachbarstaat bemüht.

Kt.

27. Was wird aus Afghanistan?

Rubrik: Afghanistan · CD-Datei: daten/aksuche/ak354/29.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:354:29

Vor einem Jahr, am 16.4.92, war Najibullahs Regime gefallen. Seither sitzt Najibullah unter UNO-Hoheit in Kabul fest. Über Najibullah wird die "wahre Geschichte" oder die Fabel erzählt, daß er noch einmal habe im Fernsehen auftreten wollen, um nur eine Frage zu stellen: "Nun habt ihre also eine islamische Regierung. Ist es das, was ihr wolltet?" (1) Eine berechtigte Frage, denn schon die Machtübernahme der Mudschaheddin mit Beteiligung der alten Machtelite war von heftigen Kämpfen und rund 800 Toten in Kabul begleitet gewesen. Noch während der erste Übergangspräsident Mojadidi bei seinem stürmisch gefeiertem Einzug in der Hauptstadt Kabul eine "neue Ära des Friedens" versprach, wurde die Stadt mit Raketen beschossen. (2) Das feierliche Abkommen vom 21.4.1992, mit dem die verschiedenen Mudschaheddin-Gruppen sich für eine neue Zukunft Afghanistans die Macht teilen wollten, war das Papier nicht wert, auf dem es geschrieben wurde.

In diesem Artikel soll die Entwicklung in Afghanistan im letzten Jahr nachgezeichnet werden. Zuletzt beschäftigte sich der ak im Juni letzten Jahres mit Afghanistan. Unter dem Titel "Afghanistan: Zurück in die Zukunft" hatten wir eine nicht gerade rosige Schilderung und Prognose gegeben. (3) Jetzt sieht es noch düsterer aus.

Kabul zerstört

Während der ganzen Zeit des 13jährigen Bürgerkrieges und der Phase der sowjetischen Intervention war Kabul - abgesehen von einigen Raketentreffern - eine vergleichsweise intakte, wenn auch immer wieder eingeschlossene Stadt. Nach Kabul hatten sich bis zu eine Million Menschen aus allen Teilen des Landes vor den Grauen des Krieges im Lande geflüchtet. Ein Jahr Mudschaheddin-Herrschaft und ein Jahr ständiger Kämpfe um die Macht haben aus Kabul einen Trümmerhaufen gemacht. Die Strom- und Wasserversorgung ist zusammengebrochen, ganze Stadtteile sind zerstört, Marktstände und Geschäfte geschlossen, Panzer und Mudschaheddin-Kämpfer prägen das Bild, ansonsten geht nur auf die Straße, wer unbedingt muß. Die Schulen waren maximal drei Monate geöffnet, die Universität ist völlig geschlossen, aber auch Ministerien, einige Krankenhäuser und Teile des Präsidentenpalastes wurden zerstört und anschließend bis aufs letzte ausgeplündert. Wurden die Frauen sofort nach der Machtübernahme aus dem öffentlichen Leben und von ihren Arbeitsplätzen vertrieben und in ihre Häuser bzw. unter den traditionellen Buqra, einen dichten Schleier, verbannt, so sind inzwischen auch die meisten männlichen Staatsbeamten verschwunden, weil der Apparat nicht mehr arbeitet. Etwa eine halbe Million Menschen, rund ein Drittel der Stadtbevölkerung, sollen inzwischen aus Kabul geflohen sein; der Rest flüchtet teilweise vor den Kämpfen von Stadtteil zu Stadtteil oder haust in Lagern außerhalb der Stadt.

Die Kämpfe zwischen den Hauptkriegsparteien sollen von "kaum vorstellbaren Grausamkeiten" auf allen Seiten begleitet sein. "Daß Menschen, nur weil sie das falsche Religionsbekenntnis haben, erschossen werden, ist noch das ‚humanste`. Das Quälen von unschuldigen Frauen und Kindern mit anschließender Ermordung in einer Form, wie man sie nur aus Horrorfilmen kennt, ist keine Seltenheit. Die Stadt versinkt im Chaos. Eine Unmenge von Kommandanten der verschiedensten Gruppierungen, die oft nur Teile einer Straße beherrschen, bestimmen das Leben in Stadtvierteln, in denen nicht gekämpft wird", heißt es in einem Augenzeugenbericht. (4) Kabul wird heute bisweilen mit Beirut oder Mogadischu verglichen. Nur wenige Gruppen haben ihre Kämpfer "fest im Griff", häufig können sie auch keinen Sold mehr bezahlen, so daß der Übergang zwischen Kampf- und Räubertruppe fließend geworden ist.

Das UN-Personal und die neu eröffneten Botschaften wurden bereits im vergangenen August weitgehend wieder aus Kabul abgezogen. Von einigen Hundert sind nur wenige Dutzend zurückgeblieben. Für ihren Abtransport mußte eigens unter internationaler Beteiligung ein Waffenstillstand geschlossen werden. Die Straßenverbindungen sind häufig unterbrochen, der ständig umkämpfte Flughafen wird manchmal für einige Stunden geöffnet. (5) Nur noch selten gibt es Korrespondentenberichte aus dem Land. (6)

Aufteilung der Macht im Land

Im Unterschied zur Lage in Kabul ist die Lage im Land im allgemeinen ruhiger. Auch hier gibt es Kämpfe, sogar von Plünderungen an rückkehrenden Flüchtlingen und UN-Hilfskonvois ist die Rede. (7) In den jeweiligen Regionen ist die Macht einzelner Kommandanten oder Gruppen fest etabliert, wobei die Stammes- und

Nationalitätszuhörigkeiten eine entscheidende Rolle spielen. Bisweilen wird deshalb über den Zerfall Afghanistans in einer nächsten Kriegsrunde in verschiedene Nationalstaaten spekuliert. Dabei wird angenommen, daß das bisherige ideologische Band des Islam durch nationalistische Parolen abgelöst wird. Hekmatyar, so heißt es, habe sich von einem islamischen Fundamentalisten und Internationalisten über Nacht zu einem Pashtunen-Chauvinisten gewandelt. Die vom Iran aus operierenden schiitischen Gruppen haben sich zur "Einheitspartei" (hezb-e wahdat) zusammengeschlossen. Sie beherrschen das zentrale bzw. westliche Gebiet Afghanistans, das Gebiet der Hazara, und kämpfen in Kabul mit 10.000 Kämpfern um die Macht und beherrschen große Teile der Stadt. (8)

Staatspräsident Rabbani und sein bis vor kurzem amtierender Verteidigungsminister Massud haben ihre Machtbasis im Norden des Landes, im Panschirtal bzw. unter den Tadschiken, der zweitgrößten Volksgruppe im Land. Im Nordwesten des Landes regiert unangefochten General Dostam, der wohl die stärkste und am besten bewaffnete Armee von 150.000 Mann in Afghanistan unterhält. Seine Macht stützt sich vor allem auf die Usbeken und turkmenische Bevölkerungsgruppen im Nordwesten des Landes. Die Gegend um "seine" Hauptstadt Masar-i-Scharif ist gleichzeitig auch die relativ am weitesten entwickelte Region in Afghanistan. (9) Schon früher einmal war darüber spekuliert worden, ob sich das Najibullah-Regime auf diese Region zurückziehen könnte.

Alle Hauptparteien sind gleichzeitig in Kabul vertreten, wo der Kampf um die Zentralmacht bzw. über ihren Einfluß ausgetragen wird.

Rückkehr

in ein zerstörtes Land

Trotz der wirren Lage im Land setzte sehr bald nach der Machtübernahme durch die Mudschaheddin eine Rückkehrwelle der Flüchtlinge aus dem Iran und Pakistan ein, wohin sich 2,8 bzw. 3,2 Mio, also insgesamt rund 6 Mio. Afghanen geflüchtet hatten. "Die größte spontane Rückkehr in unserer Geschichte" nannte der Sprecher von UNHCR, Perce Gerety, diese Bewegung. Anders als in Kambodscha ist die UN in Afghanistan nicht in der Lage, den Transport der Flüchtlinge oder den Aufbau von Wohnungen zu organisieren. Trotzdem sind inzwischen rund 1,5 Mio. Menschen auf eigene Faust zurückgekehrt. Sie bekommen an der Grenze 132 Dollar und 300 kg Weizen, womit ihr Unterhalt für vier Monate gesichert werden soll.

Die UNO-Organisationen haben Probleme, die Rückkehr zu finanzieren, weil sie nur die Hälfte des geforderten Geldes (von 75,5 Mio Dollar) im letzten Jahr bekommen haben. Das ist ein lächerlicher Geldbetrag, wenn man bedenkt, daß die CIA allein jährlich rund eine Milliarde Dollar für die Unterstützung der Mudschaheddin ausgegeben hatte oder der Bundeswehreinsatz in Somalia aufs Jahr umgerechnet 400 Mio. DM kosten soll. Afghanistan, wo es momentan keine militärischen Lorbeeren zu ernten gibt, steht in "der langen Schlange der Hilfesuchenden ganz hinten". Japan bezahlte 1992 13,5 Mio. Dollar, die USA 10,7, die EG 7,8 und Großbritannien 7,5 Mio. Für dieses Jahr erwartet die UNO rund zwei Millionen Rückkehrer und veranschlagt ihre Kosten mit 138 Mio. Dollar, wovon erst 14,1 Mio. gedeckt sind. (10) Bislang konnte die UNO nicht mehr als die erwähnte Rückkehrprämie zahlen, aber nur einen Teil der Lebensmittelshilfe liefern, die veranschlagt worden war, um die Menschen ohne Hungersnot über den Winter zu bringen (Bedarf 1992: 380.000 Tonnen). An eine Aufbauhilfe ist momentan nicht zu denken.

Die Rückkehrer finden in ihrem alten Zuhause katastrophale Bedingungen vor. Insgesamt werden die Kosten für die Beseitigung der Kriegsschäden auf 15 Mrd. Dollar geschätzt. Die meisten Häuser sind zerstört, die Wälder abgeholzt, es drohen irreparable Erosionsschäden. Die Bewässerungsanlagen sind zerstört, oder es fehlen Elektrizität oder Treibstoff dafür. Insgesamt ist der Ernteertrag in Afghanistan heute um 50% geringer als vor Beginn des Krieges. Afghanistan gilt außerdem mit rund 30 Millionen verlegten Minen als eine "einzige Landminenfalle": Seit der Rückkehrwelle soll sich die Zahl der Minenopfer verdreifacht haben. Von den Geberländern gibt es verschiedene Vorwände, um sich vor Zahlungen zu drücken. Solange es keine Infrastruktur gebe, sei jeder gespendete Dollar verloren, heißt es. Doch solange es keine Aufbauhilfe gibt, entwickeln sich weder Überlebensmöglichkeiten noch eine Infrastruktur. Außerdem werden Garantien verlangt, daß die Afghanen Weizen statt Opium anbauen. Doch unter den gegebenen Umständen dürfte der Opiumanbau eher noch weiter ansteigen. Afghanistan liegt schon jetzt an der Weltspitze; die Angaben reichen von 600 bis 2.000 Tonnen Rohopium pro Jahr. Immerhin kann ein Bauer mit dem Anbau von sieben Kilo

Rohopium (im Wert von 100 Mark) bereits den Winter überleben, weil dafür ein "Bedarf" auf dem Weltmarkt besteht.

Sehr viele Flüchtlinge kehren unter den jetzigen Verhältnissen auch gar nicht erst aufs Land zurück, sondern suchen am Rande der Städte nach einer Überlebenschance, wie man es überall in der Dritten Welt auch dort sieht, wo nicht Krieg das Land zerstört hat. Rund die Hälfte der 250.000 Rückkehrer aus dem Iran lagern heute rund um die Stadt Herat. Rund 10% aller Rückkehrer (120.000) gaben beim Grenzübertritt an, sie wollten es in Kabul versuchen.

Die Kämpfe

um die Macht in Kabul

Schaut man sich die Auseinandersetzungen um die Macht in Afghanistan genauer an, so scheint die Lage immer perspektivloser zu werden. Nachdem die "humanitären Interventionen" der "neuen Weltordnung" immer stärker ins Gerede kommen, ist auch Afghanistan auf die Liste dieser Länder gekommen. Und so meinte die "Frankfurter Allgemeine", je länger man damit warte, um so schwieriger werde eine solche Operation werden. (11) Das Land ist nicht nur in einzelne Klein- und Kleinstfürstentümer aufgeteilt, sondern - so schlußfolgerte Ahmad Taheri aus der Entwicklung der Machtkämpfe in Afghanistan: "Die neue Frontbildung im afghanischen Bergland entbehrt aller politischen und ideologischen Grundlagen. Es geht (...) einzig und allein um den persönlichen Ehrgeiz der Mudschaheddinführer." (12) Worum ging es bei den Kämpfen in Kabul?

Die erste Kampfrunde in Kabul im April vergangenen Jahres (rund 800 Tote), hatten wir bereits im letzten ak-Artikel geschildert. Die Mudschaheddin-Gruppen suchten mit jeweils "ihren" Bündnispartnern im alten Militär- und Staatsapparat sich die beste Machtbasis im Wettlauf auf Kabul zu sichern. Verlierer der ersten Runde war der islamische Fundamentalist Hekmatyar, Gewinner waren Massud und der heutige Präsident Rabbani von der Jamiat-e Islami. Mit Hilfe von General Dostams Truppen, gelang es, die Kämpfer Hekmatyars in die Berge außerhalb Kabuls zu vertreiben. Trotzdem wurde unter den Mudschaheddin-Gruppen am 21.4.92 ein Abkommen geschlossen, bei dem Hekmatyars Gruppe mit Abdul Sabur Farid ab Juli 92 den Ministerpräsidenten stellte. (13)

Die zweite Kriegsrunde im August 92 war die blutigste. Sie forderte innerhalb von 20 Tagen 2.500 Tote. (14) Es begann mit einem Angriff von Hekmatyars Truppen auf den Kabuler Flughafen, um den Besuch des pakistanischen Premiers zu verhindern. (15) Hekmatyar entzog dem Präsidenten Rabbani die Anerkennung, der entließ den Ministerpräsidenten Farid von der Hesb-i-Islami. Hekmatyar blies zur Entscheidungsschlacht und erklärte, daß Afghanistan "nur dann Frieden haben (werde), wenn die Miliz der Usbeken aus Kabul ausgewiesen und alle ehemals kommunistischen bewaffneten Verbände (die heute nach wie vor das Rückgrat der Regierung bilden; Anm. HH) aufgelöst worden (seien)". Der Präsident Rabbani seinerseits erklärte, man werde alle Beziehungen zu Hekmatyar auflösen und "den vom kriminellen Hekmatyar angeführten Feind zermalmen". (16) Es gab von beiden Seiten Siegesmeldungen. Hekmatyar verkündete, man habe einen Konvoi mit 175 Panzern und Tanklastern und 3.000 Milizsoldaten "aufgerieben". Die Regierung wiederum meldete, ihre Truppen hätten strategisch wichtige Posten Hekmatyars eingenommen. (17) Offiziell lehnte die Regierung das Angebot des Generals Dostam ab, der 10.000 Mann Unterstützung anbot (18), trotzdem hatte er wiederum zentralen militärischen Anteil daran, daß sich Hekmatyars Truppen erneut in die Berge zurückziehen mußten: seine Truppen stellten die Artillerie. (19)

Parallel zu diesem Kabuler "Nord-Süd-Gefecht" gab es ein zweites überaus blutiges und grausames "Ost-West-Gefecht" zwischen den schiitischen Hazara, der Hezb-i Wahdat und der sunnitischen Ettehad unter Sayyaf, die von Saudiarabien finanziell ausgehalten wird. Bei diesen Kämpfen verlor Sayyaf an Boden. (20)

Die alten Fronten waren jetzt schon reichlich durcheinandergewürfelt: Die Gruppe um Junis Chalis hatte die Koalition verlassen, weil aus ihrer Sicht die Schiiten zu viele Ministerposten besetzten (ein Viertel) (21) Der erste Übergangspräsident, der königstreue Mujadidi, hatte sich mit seinem Erzfeind Hekmatyar zusammengetan, weil er seinen Präsidentenposten nicht turnusgemäß zugunsten Rabbanis räumen wollte. Aber das sollte erst der Anfang sein. Im Oktober kam es bei einem Besuch Dostams bei Hekmatyar zur "Aussöhnung" zwischen diesen beiden "Erzfeinden". (22)

Die dritte Kampfrunde (rund 1.000 Tote und Verletzte) begann Mitte Dezember, als nun Rabbani zum 15.12. seinen Präsidentschaftsposten hätte abgeben müssen. Statt dessen bereitete er eine "Schura-e Hal O Aqd" (einen "Rat der maßgebenden Leute") vor, die ihn am 30.12. für weitere zwei Jahre im Amt bestätigte und ein 250köpfiges Parlament einsetzte. Dieses Manöver machten nur noch vier von den zehn großen Gruppen mit: Neben der Jamiat-e Islami Rabbanis und Massuds die Ettehad Sayyafs, die "Bewegung der Islamischen Revolution" des als gemäßigt geltenden Mullahs Maulawi und die "Islamische Bewegung", eine von Teheran unabhängige schiitische Gruppe. (23)

Im Bündnis griffen General Dostam und die schiitische Wahdat die Regierung an. Dostam ließ den Regierungspalast beschießen, die Wahdat konnte in den Gefechten ihren Einfluß auf zwei Drittel der Stadt ausdehnen. Nach der Wahlversammlung im Januar erreichten die Gefechte einen neuen Höhepunkt (mehr als 1.000 Tote und 3.000 Verwundete). Hekmatyar erklärte die Regierung für "unislamisch und illegal" und ließ Kabul mit Raketen beschießen. Seine Truppen rückten erneut auf die Stadt vor. Die Regierungstruppen ihrerseits bliesen zur "Offensive" gegen den vorrückenden Hekmatyar. (24)

Neue "Aussöhnung"

der Streitparteien

Aufgrund dieser Zuspitzung schalteten sich Anfang Februar Pakistan, Iran und Saudi-Arabien in die Auseinandersetzungen ein. Mit der Formel für eine "breit angelegte Lösung" in Afghanistan rückte der Pakistanische Premier von Rabbanis Manöver ab. Am 3.3. begannen im pakistanischen Peshawar die Verhandlungen zwischen den streitenden Hekmatyar und Rabbani. (25) Schon am nächsten Tag meldete die BRD-Presse neue "Hoffnung für Afghanistan". Die drei "Schutzmächte" der verschiedenen Mudschaheddin-Gruppen boten eine Überwachung des zu schließenden Abkommens an bzw. erklärten sich bereit, Truppen zu entsenden. (26) Am 8.3.93 wurde die Unterzeichnung eines Abkommens gemeldet. Nach den Vereinbarungen bleibt Rabbani noch 18 Monate im Amt, Ministerpräsident wird Hekmatyar. Im wichtigsten Streitpunkt, wer das Sagen über das Militär haben soll, gab es einen unklaren Kompromiß statt einer Lösung. Das Verteidigungsministerium wird zugunsten eines "Verteidigungsrates" aufgelöst. Dabei bleibt unklar, wie denn aus dem bisherigen Krieg diese Kooperation der streitenden Parteien hergestellt werden soll. (27) So waren denn auch zwei Tage später schon wieder 70 Raketen auf Kabul niedergegangen. (28) Am 12.3.93 wurde dann noch einmal das "endgültige Friedensabkommen" in Mekka unterzeichnet (29), und wenige Tage später erklärten Hekmatyar und Rabbani in Teheran, sie seien "entschlossen, den Krieg in Afghanistan endgültig zu beenden". (30) Das kann ebenso bedeuten: Auf zur nächsten Kampfrunde!

HH

Quellen:

1) FAZ, 11.3.93

2) Spiegel, 4.5.92

3) s. ak 343, 3.6.92, S. 26

4) "Kabul versinkt im Chaos", FAZ, 25.8.92

5) SZ, 19.8.92

6) Die Schilderung der Lage in Kabul stützt sich auf folgende Berichte:

- Augenzeugenberichte aus Afghanistan; Kabul versinkt im Chaos, FAZ, 25.8.92

- Udo Ulfkotte: Unter dem ‚Buqra' fühlen sich viele Frauen gedemütigt, FAZ, 31.8.92

- Dr. S.A.Asis Nadjibi: Es ist grauenvoll und unbarmherzig, was in Kabul geschieht, FAZ, 6.1.93

- Wolfgang Lamprecht: Sagt der Welt da draußen, was hier mit uns passiert, FAZ, 11.3.93

7) FAZ, 8.9.92

8) FAZ, 4.2.93

9) Kriegsherr aus der Säbelschmiede, Spiegel, 15.3.93

10) FR, 5.8.92, FAZ, 23.1.93

11) FAZ, 2.1.93

12) FR, 1.2.93

13) FR, 4.8.92, SZ, 17.8.92

14) FAZ, 6.1.93

15) FR, 4.8.92

16) SZ, 17./18.8.92

17) SZ 22.8.92

18) SZ 19.8.92

19) FAZ, 25.8.93

20) FAZ, 25.8.92, 4.2.93

21) FR, 4.8.92

22) FR, 1.2.93

23) FR, 1.2.93

24) FR, 2.2.93, taz, 6.2.93

25) SZ, 3.3.93

26) FR, FAZ, 4.3.93, NZZ, 15.3.93

27) FR, 8.3.93

28) FR, 10.3.93

29) FR, 13.3.93

30) NZZ, 15.3.93

Gefahr für

Afghanen bestritten

Afghanistan ist eines der wenigen Länder auf der Welt, in die die Bundesrepublik zur Zeit keine abgelehnten AsylbewerberInnen abschiebt. Trotz Krieg soll diese Entscheidung - so heißt es - im August überprüft werden. Und dabei ist nichts Gutes zu erwarten. Erst kürzlich entzog das Bundesverwaltungsgericht einem afghanischen Arzt die 1989 zuerkannte Asylberechtigung. Nach der Entmachtung des kommunistischen Regimes hätten die Gegner der früheren Regierung "keine vom afghanischen Staat ausgehende oder ihm zurechenbare politische Verfolgung" zu befürchten. Wegen des "offenkundigen Wegfalls der verfolgungsbegründenden Machtverhältnisse" wurde der Asylantrag zurückgewiesen und die damit getroffene gegenteilige gerichtliche Entscheidung von 1991 aufgehoben. Offenbar meint das Gericht, daß ein Arzt, der den Mudschaheddin geholfen hatte, dort jetzt überall mit "offenen Armen" empfangen werden muß. Oder wenn er in den Kämpfen Schaden erlitte, könne man das nicht dem afghanischen Staat zurechnen, genausowenig wie in der BRD die Angriffe auf Ausländer.

Zitate aus FR, 19.2.93

Durcheinander

Die aktuelle Debatte auf Seiten der Herrschenden einerseits und auf Seiten der Linken andererseits, in welchem Konflikt, für welche Seite man militärisch Stellung nehmen müßte, hat bisher Afghanistan höchstens gestreift. Es dürfte sich aber lohnen, die "Prinzipienfestigkeit" der Interventionsargumente daran zu überprüfen.

Beim "alten" Krieg in Afghanistan war die Front der Herrschenden eindeutig und geschlossen. Eine US-amerikanische, aber nicht eine sowjetische Intervention hätte der Freiheit dienen können. Bei einem "kommunistischen Regime" waren dessen Gegner zu unterstützen. Heute hat sich das Blatt gewendet. Nun entsteht die Frage, ob die die "neue Weltordnung" nicht aus humanitären Gründen gegen die alten Bündnispartner intervenieren müßte, und Rußland gehört ja dazu. Aber könnte oder wollte Rußland dabei wieder mitmachen? So fragte eine Zeitung.

Auf der Linken waren die DKP-Kräfte damals für die sowjetische Intervention, wir "neutral" und auf jeden Fall gegen die Unterstützung der Mudschaheddin, wie sie von einigen grünen Realos propagiert wurde. Vergleicht man nun die Verhältnisse in Afghanistan mit dem Krieg im ehemaligen Jugoslawien oder mit Somalia, so würden die meisten Argumente der Linken für eine Intervention auch auf Afghanistan anzuwenden sein. Speziell die grünen Realos, die damals für die Mudschaheddin eintraten, müßten nach heutiger Argumentation eigentlich für eine Intervention in Afghanistan unter Einschluß Rußlands eintreten. Aber nur, wenn man die Dinge zu Ende denken wollte.

HH

"Die Verlierer stehen fest: Die Frauen"

"Den heiligen Kriegern (waren) die Frauen so wichtig, daß ihnen die erste Verordnung nach dem Fall von Kabul galt. Ab sofort, so das Dekret, dürfen sich Frauen nur noch mit bedecktem Kopf und in dem traditionellen weitem Hosengewand in der Öffentlichkeit zeigen. (...) Aber diejenigen, die das allzu wörtlich nahmen und glaubten, ein Kopftuch genüge, wurden schnell eines Besseren belehrt. Die neuen Herren bespuckten sie wegen ihrer nicht ausreichenden Bekleidung, manchmal schlugen sie sogar zu. Seitdem sind die Frauen von Kabul verschwunden: unter unförmigen, alles verhüllenden Tüchern, Buqra genannt, die in Höhe der Augen nur ein kleines Gitter offen lassen, oder unter den Tschadors ihrer Mütter und Großmütter, so sie sich überhaupt noch auf die Straßen trauen. Der Schal, der Haare und Hals verdeckt, half auch den Nachrichtensprecherinnen nicht: Seit einer Woche sind sie vom Bildschirm verbannt. Der Platz der Frau sei in den eigenen vier Wänden, heißt es nun. (...)

Gibt es überhaupt eine Zukunft jenseits der totalen Unterordnung und der absoluten Gehorsamspflicht gegenüber dem Mann? Wahrscheinlich nicht. In Afghanistan werden die Uhren rigoros zurückgedreht. Die Frau als unreines Wesen und ohne Seele habe sich der Autorität der Männer zu unterwerfen, erklären die Mullahs und berufen sich dabei auf den Koran oder genauer darauf, wie sie seit 1300 Jahren diesen Koran interpretieren. Der Gleichheitsgrundsatz, der in der bisherigen Verfassung der Kommunisten verankert war,ist gestrichen worden. Die Fundamentalisten bestehen darauf, daß den Frauen auch das Wahlrecht genommen wird.

So paradox es klingt: Noch nie war der Status der afghanischen Frauen so gut gewesen wie unter der Herrschaft Najibullahs und der anderen Statthalter Moskaus. Das Grundrecht auf Arbeit und Bildung öffnete ihnen ungeahnte Welten. Damit ist es nun vorbei. ‚Niemand will, daß Frauen auf Schulen und Universitäten gehen`, sagt der Kommandant von Jallalabad. Die Universität von Kabul, die traditionell beiden Geschlechtern offen stand, ist geschlossen. (...) Vor den Grundschulen im Lande haben sich schwerbewaffnete Mudschaheddin aufgebaut, um aufzupassen, daß die Mädchen ‚anständig` angezogen zum Unterricht erscheinen. Doch kaum eines kommt noch. Auch kaum eine Lehrerin. Sie haben Angst. Vierzig Prozent der Behördenarbeitsplätze sind leer. Früher arbeiteten Frauen hier. In den von ihnen kontrollierten Flüchtlingslagern in Pakistan und Iran haben die Mudschaheddin vorexerziert, was den afghanischen Frauen droht: Als Besitz des paschtunischen Mannes, für den er bei der Heirat ja bezahlt hat, werden sie auf die Rolle von Gebärmaschinen reduziert, Gebärmaschinen von Söhnen, versteht sich. Ärztliche Versorgung wurde ihnen, obwohl sich die Hilfsorganisationen in Peschawar nur so tummelten, ebenso vorenthalten wie jegliche Schulbildung, die über den Koran hinausging. (...)

Überall in der Welt läßt sich der Status der Frau an vier Kriterien messen, (...) in allen vier Punkten hält Afghanistan den absoluten negativen Weltrekord: Drei von zehn Babys erleben ihren fünften Geburtstag nicht, jede zehnte Frau stirbt bei der Geburt eines Kindes, das Bevölkerungswachstum ist mit 6,7 Prozent mehr als dreimal so hoch wie in Indien, der Anteil der Analphabetinnen liegt auf dem Land bei 99 Prozent, in der Stadt bei 90 Prozent. Für die neuen islamistischen Herren ist die Welt damit durchaus in Ordnung."

Gabriele Venzky in FR, 3.8.92

28. Ein Foto - zwei Wahrheiten (Israel/Palästina)

Rubrik: Israel / Palästina · CD-Datei: daten/aksuche/ak354/42.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:354:42

Am 22.3.93 war ein jugendlicher Palästinenser auf den Hof einer bewachten Gewerbeschule in Westjerusalem eingedrungen und hatte Schüler mit einem Messer angegriffen. Am 23.3. erschien ein Foto der Presseagentur Reuter von diesem Vorfall in der Süddeutschen Zeitung mit der Bildunterschrift: "An weiterer Lynchjustiz hindert ein Polizist diesen israelischen Oberschüler." Das selbe Foto erschien ebenfalls am 23.3. auch in der taz. Dort lautet die Bildunterschrift: "Israelische Polizisten überwältigen messerstechenden Palästinenser." - Für die Willkürlichkeit, mit der in der Presse nicht eben selten Fotos betextet werden, ist dies nur ein zufällig erkanntes Beispiel. (Und welche Unterschrift gibt nun den tatsächlichen Sachverhalt wieder? Wie wir aus ungewöhnlich gut unterrichteter Quelle erfahren: die Süddeutsche Zeitung.)

29. Generalsekretär der PKK verlängert Waffenstillstandsabkommen

Rubrik: PKK · CD-Datei: daten/aksuche/ak354/24.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:354:24

Zur Überraschung fast aller BeobachterInnen verkündete der Generalsekretär der PKK, Abdullah Öcalan, am 17. März in Bar Elias (Libanon) einen einseitigen Waffenstillstand seiner Guerilla-Armee in der Türkei. Überraschend war nicht nur der Waffenstillstand vom 20. März bis 15. April, der mittlerweile bis Juni verlängert und von Seiten der PKK auch eingehalten wurde, sondern noch mehr die politischen Angebote an die Türkische Republik einerseits und konkurrierende kurdische Organisationen andererseits.

Öcalan ließ die Forderung nach einem kurdischen Nationalstaat fallen - dies hatte er bereits bei früheren Friedensangeboten getan - und wollte nur noch eine bundesstaatliche Regelung. Dabei könnten föderative Strukturen zwischen den verschiedenen Staaten, in denen KurdInnen leben, dazu dienen, untereinander besondere Beziehungen zu pflegen. Kurdische Abgeordnete im türkischen Parlament könnten als Vermittler zwischen dem türkischen Staat und den KurdInnen dienen. Er selbst zeigte sich bereit, vom Vorsitz der PKK zurückzutreten, wenn es Schwierigkeiten mit seiner Person gäbe. Er forderte nur kulturelle Rechte, wie die Zulassung kurdischer Programme im Fernsehen, und eine Demokratisierung.

"Teslim ol", "ergebt euch", lautete die Antwort des türkischen Premierministers Süleyman Demirel. Sein einziges Angebot an die "Bewaffneten in den Bergen": "Stellt euch den Gesetzen und der Justiz des türkischen Staates". Diese starre Haltung wurde noch Anfang April auf einem kurzen Treffen zwischen Demirel, seinem Koalitionspartner Erdal Inönü von der "Sozialdemokratischen Volkspartei" (SHP), dem Staatspräsidenten Turgut Özal und Generalstabschef Dogan Güres festgeklopft. Was ohnehin nicht geschah, war eine Feuereinstellung von Seiten der türkischen Armee. Etwa 60 PKK-KämpferInnen wurden seit Beginn des einseitigen Waffenstillstandes von der Armee getötet.

Die ausländische Presse wertete es zwar als Entspannungszeichen, daß das diesjährige Newrozfest mit "nur" drei Toten und einigen hundert Festnahmen vergleichsweise ruhig verlief, doch während die deutschen Panzer an Newroz sorgfältig vor den Objektiven der internationalen Presse versteckt wurden, hatte der repressive Umgang mit der Zivilbevölkerung vor und nach Newroz nichts von seiner Härte verloren.

An den Tagen vor Newroz wurden kurdische Dörfer bombardiert und kurdische Stadtviertel, auch außerhalb Kurdistans, abgeriegelt und teilweise mit Hubschraubern bedroht. Präventiv wurden alleine in Cizre 200 Menschen festgenommen. "Vorsorglich" nahm man vor Newroz auch gleich mehrer kurdische Journalisten fest. Obwohl die Spitze des Staates sich über das ruhige Newrozfest und den von der PKK eingehaltenen Waffenstillstand freute, ging die Repressionswelle unvermindert weiter. Z.B. wurden die 1.500 EinwohnerInnen des Dorfes Kelekci zur Flucht nach Diyarbakir gezwungen und die 200 Häuser des Dorfes vom Militär verbrannt. Drei Nachbardörfern ließ man noch eine Woche Zeit, ihre Sachen zu packen. Dorfräumungen, Bombardierungen und Morde gab es in verschiedenen Teilen Kurdistans. Die Wochenzeitung "Yeni Ülke" vom 25.4. berichtet, daß allein in einer am 6. April begonnenen Operation 15.000 Menschen vertrieben wurden. In der Nähe von Kozluk und Sason in der Provinz Batman wurden in einer Gebirgsregion 14 Dörfer aus der Luft bombardiert und vom Boden aus beschossen. Anschließend wurden sie von der Armee geräumt. Die Bewohner hatten sich geweigert, als "Dorfschützer" zu arbeiten.

Erst Mitte April, also kurz vor Auslaufen des Waffenstillstandes der PKK, kam wieder Bewegung in die politische Landschaft. Abdullah Öcalan verkündete die Fortsetzung des einseitigen Waffenstillstandes - vorläufig bis Juni. Er forderte, daß die Mordanschläge mit "unbekannten Tätern" auf Oppositionelle aufhören, die Vernichtungsoperationen gegen die PKK gestoppt und endlich Gespräche aufgenommen werden sollten.

Letzteres tat nun endlich Turgut Özal. Er empfing den Generalsekretär der prokurdischen "Partei der Arbeit des Volkes" (HEP), Ahmet Türk, und zwei kurdische Parlamentarier. Özal unterbreitete ihnen die Bedingungen für die Entwaffnung der PKK: Die KämpferInnen müssen die Berge verlassen und sich einer neutralen Einheit stellen. Nach Abgabe ihrer Waffen und Ablegen von Geständnissen sollen sie frei gehen können und alle bürgerlichen Rechte einschließlich aktivem und passivem Wahlrecht haben. Wenn während der nächstem fünf Jahre nichts gegen sie vorgebracht wird, sollen die Unterlagen vernichtet werden. Mit diesem Angebot sollte auch die Rückkehr Abdullah Öcalans und seine politische Betätigung möglich sein.

Das war zwar nicht die von der HEP geforderte Generalamnestie, aber wesentlich mehr, als vorher geboten worden war. Özal versprach auch kurdische Fernsehprogramme und Ausbildungsmöglichkeiten und wies darauf hin, daß bei der derzeitigen Bevölkerungsentwicklung im Jahre 2020 3/4 der Bevölkerung der Türkei Kurden sein werden.

Ungefähr gleichzeitig mit Özals Initiative wurden Pläne der Koalitionsregierung bekannt, eine weitere Ursache des Krieges endlich zu beheben: die wirtschaftliche Unterentwicklung des Ostens. In einem Fünfjahresplan soll in den Osten und Südosten der Türkei (so die offizielle Umschreibung für Kurdistan) investiert werden. Die vom Krieg schwer getroffenen Provinzen Tunceli, Sirnak und Hakkari sollen bevorzugt werden. Damit soll auch einer aktuellen Wirtschaftskrise in der ohnehin recht spärlich gesäten Industrie des Ostens entgegengewirkt werden.

Kurz nach seiner neuen Initiative erlitt der dicke Özal beim morgendlichen Training auf einem Laufband einen Herzinfarkt und verschied. Aber gerade dem für lange Jahre schwerster Repression mitverantwortlichen Özal war ein Friedensschluß am ehesten zuzutrauen.

Seither deuten die Verlautbarungen türkischer Politiker eher auf einen Rückschritt. Ein paar Tage nach Özals Angebot erklärte Erdal Inönü: "Mit Bewaffneten wird nicht geredet, nur gekämpft. Für eine friedliche und demokratische Entwicklung ist die erste Vorbedingung, daß die Waffen abgelegt werden." Soll das heißen Verhandlungen nur nach bedingungsloser Kapitulation, oder nur: keine direkten Verhandlungen? Ebenso deutbar sind die Aussagen des Innenministers Sezgin zur Frage einer Amnestie: "... wenn unsere Jugendlichen, die in die Berge gegangen sind, die die Waffe in die Hand genommen haben, aber an keiner bewaffneten Aktion beteiligt waren, die Waffen niederlegen sollten? Wir werden sie festnehmen und amnestieren. Ohne Gerichtsverhandlung werden wir sie amnestieren." Einerseits besteht er also weitgehend auf Strafe, andererseits läßt das Angebot zwischen den Zeilen doch die Möglichkeit einer allgemeinen Straffreiheit für die noch nicht gefaßten Guerillas, denn wie soll festgestellt werden, ob jemand an einer bewaffneten Aktion teilgenommen hat, wenn es keine Gerichtsverhandlung gibt? Für die inhaftierten Mitglieder der PKK bietet Sezgin nur Strafmilderung nach dem "Reuegesetz" an. Dieses verlangt aber Zusammenarbeit mit den Ermittlungsbehörden. Was soll das in diesem Fall heißen?

Ein Bonbon für Kurdistan hatte Sezgin dann doch zu vergeben, er teilte mit, das Kabinett habe einen Gesetzesentwurf an das Parlament weitergeleitet, der es kurdischen Dörfern und Kleinstädten ermöglichen solle, wieder ihre alten kurdischen Namen zu tragen. Die Regierung soll auch in Erwägung gezogen haben, den seit sechs Jahren über Kurdistan verhängten Ausnahmezustand aufzuheben.

Es ist gut möglich, daß diese Vorschläge mehr meinen, als ihrem Wortlaut zu entnehmen ist, schließlich kann es sich kein Politiker erlauben, den Eindruck zu erwecken, als gäbe er den "Terroristen" der PKK nach. Andererseits schafft die Fortsetzung des Krieges durch den türkischen Staat nicht gerade einen Zustand des Vertrauens.

Özals Tod wird ohnehin zu einer größeren politischen Umschichtung führen. Vermutlich muß Inönü in die Opposition und Demirel wird wahrscheinlich Özals Nachfolger als Staatspräsident. Ob ihm in dieser Position und politischen Lage dann etwas Konstruktiveres als sein "teslim ol" einfällt, bleibt abzuwarten.

Die Lage der PKK und die kurdische Innenpolitik

Ob es in der Türkei Frieden geben wird und ob sich dieser Frieden von dem Zustand wesentlich unterscheidet, in dem die PKK vor fast neun Jahren den bewaffneten Kampf aufnahm, wird sich vor allem in Ankara entscheiden. Wie kommt die PKK zu ihrer neuen Politik? Ist sie tatsächlich militärisch am Ende, wie das türkische Militär behauptet?

Unverkennbar ist das Umfeld, in dem die PKK ihren Kampf führt, schwieriger geworden. Die erste, wenn auch nie vollständige politische Niederlage erlebte die PKK in Syrien. Das Regime Hafiz al-Assads erlaubte es ihr lange, sich in Syrien zu bewegen und im syrisch dominierten Libanon ein Ausbildungslager aufzubauen. Doch gerät Syrien durch die türkischen Staudammbauten am Euphrat zunehmend in die Abhängigkeit von der Türkei, die ihm nun einfach den Wasserhahn abdrehen kann. Außerdem begann Assad parallel zum Zerfall der Sowjetmacht mit einer behutsamen Öffnung zum Westen. Beides führte dazu, daß der Spielraum der PKK in Syrien und im Libanon eingeschränkt wurde und sie vor einem Jahr ihr Ausbildungslager in der Bekaa-Ebene

schließen mußte. Der zweite Schlag kam unerwartet Anfang September letzten Jahres, als der türkische Innenminister in Teheran ein Abkommen zur gemeinsamen Bekämpfung der Opposition unterzeichnete. Der Iran ist zwar Rivale der Türkei in Mittelasien, aber offenbar wog die Furcht vor der eigenen Opposition schwerer.

Es dauerte nicht lange, bis auch die letzte Lücke nach außen geschlossen wurde. Ausgehend vom Nordirak, der seit dem Golfkrieg von südkurdischen Peschmerga-Verbänden kontrolliert wird, unternahmen 3.000 bis 4.000 KämpferInnen der PKK manchmal recht erfolgreiche Überfälle auf türkische Militärposten im Grenzgebiet. Die Türkei übte nun massiven Druck auf die Peschmerga aus, gegen die PKK vorzugehen. Durch eine überhebliche Politik, die sich u.a. in der Nichtanerkennung des südkurdischen Parlamentes in Arbil (Hewler) ausdrückte, trug auch die PKK nicht gerade zur Verbesserung der Beziehungen bei. Es kam daher zur Aufforderung an die PKK, das Grenzgebiet mit Rücksicht auf die bedrängte Lage der kurdischen Region im Irak zu verlassen, und ab dem 2. Oktober zum offenen Krieg zwischen KurdInnen, in die auch die türkische Luftwaffe und zwei Wochen später türkische Bodentruppen eingriffen. Der völlig ungleiche Kampf endete jedoch nicht mit der Vernichtung der PKK, sondern einem innerkurdischen Abkommen, das der PKK ein Rückzugsgebiet in Südkurdistan, nahe der Grenze zum Iran und etwa 100 km von der Türkei entfernt ließ.

Auch im Landesinneren ist der Kampf schwieriger geworden. Die türkische Armee hat erhebliche Mengen moderner Waffen erhalten. Ins Gewicht fallen dürften vor allem die von der BRD geschenkten NVA-Schützenpanzer, die die Mobilität der Bodentruppen erhöht haben, und 95 amerikanische Kampfhubschrauber, die die Türkei für 1,1 Mrd. Dollar gekauft hat. Auch der immer zügelloser geübte Vergeltungskrieg gegen die kurdische Landbevölkerung und das großflächige Auslegen von Minen erschweren den Guerillakampf.

Über die tatsächliche militärische Bedeutung all dieser Ereignisse läßt sich von außen natürlich nichts Sicheres sagen, doch kann man kaum annehmen, daß sie nicht zu einer Schwächung der kleinen Guerilla-Armee Öcalans führen. Militärisch am Ende ist die PKK aber mit Sicherheit nicht. Sie verfügt weiter über mehrere tausend KämpferInnen, und solange die PKK als bewaffnete Macht existiert, haben die Nachbarländer immer ein Faustpfand gegen die Türkei in der Hand. D.h. trotz seiner militärischen Stärke hat auch Ankara gute Gründe, auf das Friedensangebot der PKK einzugehen.

Die neue Politik der PKK besteht nicht nur in einem weitgehenden Friedensangebot an Ankara, sondern auch in einer neuen Offenheit gegenüber anderen kurdischen Organisationen. Vielleicht bahnte sich diese neue Offenheit mit dem innerkurdischen Waffenstillstand vom 29. Oktober an. Wohl auf Drängen des linken Flügels von Djelal Talabanis südkurdischer "Patriotischen Union Kurdistans" (PUK) wurden der eingeschlossenen PKK sehr glimpfliche Bedingungen gewährt. Der noch vor kurzem als Verräter gebrandmarkte Talabani war dann auch dabei, als Öcalan den Waffenstillstand mit der Türkei verkündete. Anfang April reiste Talabani sogar nach Ankara, um zu vermitteln. Die Verlängerung des einseitigen Waffenstillstandes wurde von dem Vertreter der PUK in Ankara vorab verkündet.

Öcalan traf sich auch mit Kemal Burkay, dem aus dem Exil angereisten Generalsekretär der "Sozialistischen Partei Kurdistans" (PSK) und dem Vorsitzenden der "Demokratischen Partei Kurdistans" (Hevgirtin-PDK) Diese unterzeichneten ein Protokoll über die Bildung einer gemeinsamen Front.

Weniger bekannt ist die Annäherung an zwei andere kurdische Organisationen. An der HEP, die lange die Funktion eines legalen Flügels der kurdischen Bewegung einnahm, hatten PKK-nahe Kreise seit einiger Zeit vermehrt Kritik geäußert. Nun hat die HEP eine Mittlerfunktion zu Ankara übernommen.

Viele Fragen wirft die Annäherung an die islamischen Fundamentalisten der Hizbullah auf. Noch im Januar tobte ein erbitterter Krieg mit der Hizbullah, wobei diese offensichtlich staatliche Rückendeckung genoß. Im Februar fanden dann Verhandlungen zwischen der PKK und der Hizbullah statt, deren Ergebnis ein Waffenstillstand während des Fastenmonats Ramazan war. Am 30. März kam schließlich eine nicht von Abdullah Öcalan, sondern mit "Zentralkomitee der PKK" unterzeichnete Erklärung heraus, in der die Hizbullah zur Zusammenarbeit aufgefordert wurde. Es wird wohl noch einige Zeit dauern, bis alle diese Schwenks von den Mitgliedern der PKK verdaut sind. Gerüchteweise wird von Unzufriedenheit einiger regionaler Kommandanten gesprochen. Trotzdem scheint Öcalans Autorität vorerst ungebrochen.

ja

30. Iran greift kurdische Dörfer im Irak an

Rubrik: Iran; Irak; Kurdistan · CD-Datei: daten/aksuche/ak354/45.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:354:45

Die iranische Armee hat am Vormittag des 19. April 93 begonnen, mehrere Dörfer im kurdisch kontrollierten Nordirak im Gebiet Rania und Qala Dize unter Artilleriebeschuß zu nehmen. Außerdem wurden Ortschaften in der Nähe der Stadt Halabscha, die 1988 von irakischen Flugzeugen mit Giftgas bombardiert worden war, angegriffen. Am 25. April wurden die Angriffe auch auf die Region Mawat, 50 km nördlich von Sulaymania, ausgedehnt. Die Bombardierungen dauern noch immer an. Die iranische Armee hat nach Augenzeugenaussagen an der Grenze Truppen und Räumfahrzeuge stationiert und mit dem Einmarsch von Bodentruppen begonnen. Da Halabscha im Gegensatz zu Rania und Qala Dize außerhalb der alliierten Flugverbotszone (das Gebiet nördlich des 36. Breitengrades) liegt, wird befürchtet, daß der Irak den Angriff der iranischen Truppen nutzt, um selber kurdisches Gebiet anzugreifen.

Einheiten der Armee der föderativen Republik Kurdistan/Irak wurden in das Gebiet gelegt und die Peshmerga (kurdische Partisanenverbände) in Alarmbereitschaft versetzt. Außerdem hat die Regierung der föderativen Republik Kurdistan/Irak offiziell bei den Golfkriegsalliierten Beschwerde gegen den Angriff innerhalb der Sicherheitszone eingelegt. Der Minister für humanitäre Hilfe, Muhammad Taufiq, rief in einer Erklärung die westlichen Regierungen auf, Druck auf den Iran auszuüben, die Angriffe einzustellen und seine Truppen zurückzuziehen. In den nächsten Tagen soll eine Delegation nach Teheran entsandt werden, um mit der iranischen Regierung zu verhandeln.

Einige der beschossenen Siedlungen sind Flüchtlingslager iranischer Kurden und Quartiere der Demokratischen Partei Kurdistan-Iran (DPK-I). Die iranische Regierung hat in letzter Zeit häufiger ihre Opposition im Ausland angegriffen.

Von den jetzigen Bombardierungen sind auch zunehmend Dörfer irakischer Kurden betroffen. Ca. 7.000 Menschen sind auf der Flucht ins Landesinnere. Im Gebiet von Pijschder wurden mehrere Dörfer, in denen ausschließlich irakische Kurden leben, durch Artilleriebeschuß völlig zerstört. Diese Dörfer sind erst 1991/1992 von ihren BewohnerInnen mit Unterstützung der Hilfsorganisation Medico International aufgebaut worden, nachdem die irakische Regierung die Dörfer 1977 zerstört und die BewohnerInnen verschleppt hatte. Die Grundlage dafür war das 1975 zwischen dem Iran und Irak geschlossene Abkommen von Algier, nach dem eine 15 km breite Sicherheitszone beiderseits der iranisch-irakischen Grenze geschaffen werden sollte, um kurdische Aufstandsbewegungen zu verhindern. Mit diesem Abkommen werden auch die jüngsten Angriffe durch die iranische Regierung gerechtfertigt.

Gleichzeitig hat die iranische Armee damit begonnen, BewohnerInnen kurdischer Dörfer südlich der Stadt Piranshahr auf dem iranischen Gebiet ins Landesinnere zu verschleppen und die Bevölkerung der grenznahen Dörfer in den Irak auszuweisen.

Die rechtliche Lage der im irakischen Kurdistan befindlichen Flüchtlinge aus den kurdischen Landesteilen des Irans ist umstritten. Das Flüchtlingskommissariat der Vereinten Nationen (UNHCR) erkennt ihren Flüchtlingsstatus bisher nur an, wenn sie sich in das Flüchtlingslager Rumadia, das der Kontrolle der irakischen Behörden untersteht, umsiedeln lassen. Das lehnen die Flüchtlinge ab.

ga.

(nach Informationen von medico international)

31. Die Mitgliedsorganisationen der FMLN

Rubrik: El Salvador · CD-Datei: daten/aksuche/ak354/19.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:354:19

"Die Volksbefreiungskräfte - Farabundo Martí" (FPL)

Die Herausbildung von zwei Strömungen in der FMLN

Seit ihrer Gründung im Oktober 1980 galt die Einheit der aus fünf Organisationen gebildeten "Befreiungsfront Farabundo Martí" (FMLN) als beispielhaft. Den Führungsgremien der FMLN gehören Mitglieder aller fünf Gruppen gleichberechtigt an. Politische Differenzen wurden bis auf wenige Ausnahmen ausschließlich intern diskutiert, wobei diese in der Öffentlichkeit bis vor kurzem heruntergespielt oder überhaupt geleugnet wurden.

Mittlerweile lassen sich tiefe Risse nicht mehr verbergen. Es haben sich zwei auch für die Öffentlichkeit unterscheidbare Tendenzen herausgebildet: eine, welche die sozialistische Identität beibehalten und erneuern möchte und eine zweite, die deutliche Einschnitte und die explizite Hinwendung zu einer sozialdemokratisch-zentristischen Politik befürwortet. Zwar unterschrieben alle Organisationen am 13. Januar noch einmal einen "Einheitspakt" (1), der bis zu den Wahlen 1994 datiert ist, aber längerfristig deutet mehr auf ein weiteres Auseinanderdriften, als auf die erneute Festigung der Einheit hin.

Wir stellen im Folgenden die fünf Organisationen vor, welche die FMLN bilden und rezensieren ein Buch von Joaquín Villalobos (FMLN-ERP), das - auch hierzulande - für polemische Debatten sorgt. In einer der nächsten Ausgaben des ak wollen wir über die praktischen und inhaltlichen Differenzen zwischen den beiden Flügeln der FMLN berichten.

entstanden im April 1970 als Abspaltung von der prosowjetischen "Kommunistischen Partei El Salvadors" (PCS). Der Gewerkschaftsführer und Generalsekretär der Kommunistischen Partei, Cayetano Carpio (späteres Pseudonym: Marcial), sowie weitere KP-Spitzenleute kritisierten die selbstauferlegte Unterordnung ihrer Partei unter bürgerliche Reformkräfte und insbesondere deren vaterländische Linie im sog. Fußballkrieg zwischen El Salvador und Honduras (1969).

Die Volksbefreiungskräfte (FPL) gaben im September 1972 ihre Existenz erstmals öffentlich bekannt. Sie wurden von Anfang an als politisch-militärische Organisation konzipiert, die sich die Aufgabe stellte, die Massenbasis für einen langandauernden Kampf um die Macht aufzubauen. Für die Vorbereitung des Guerillakriegs gegen die Bourgeoisie und den Imperialismus dienten die Schriften des vietnamesischen Militärstrategen General Vo Nguyen Giap als wichtige Orientierungshilfe. In den siebziger Jahren baute die FPL langsam hochdisziplinierte Zellen auf, die vereinzelte Bombenanschläge auf genau ausgewählte Ziele sowie spektakuläre Hinrichtungsaktionen gegen bekannte Exponenten der Repressionskräfte unternahmen.

Im Juli 1975 wurde der "Revolutionäre Volksblock" (BPR) gegründet, der unter dem Einfluß der FPL stand. Er war die größte revolutionäre Massenbewegung und sowohl in den Städten (Gewerkschaften, Schüler/Studenten, Elendsviertel) als auch auf dem Land breit verankert (Campesinos, christliche Basisgemeinden).

Ohne Einfluß der Kommunistischen Partei wollten die Volksbefreiungskräfte (FPL) eine "revolutionäre Volksregierung" errichten, eine "Volksdiktatur unter der Hegemonie der Arbeiterklasse". Dazu müsse der bürgerliche Staat zerstört werden. Die FPL förderten die Massenmilitanz systematisch und bauten in den siebziger Jahren Stadt- und später Landguerillaeinheiten auf. Die Volksbefreiungskräfte galten bis zu Beginn der achtziger Jahre als wenig bündnisfreundlich gegenüber den anderen revolutionären Strömungen, wirkten aber bei Konflikten in oder zwischen anderen Organisationen mehrfach als Schlichter. Sie hatten um 1983 etwa 50% aller Guerillakräfte unter Waffen. Sie betrachteten sich selbst als "die" Avantgarde im revolutionären Prozeß. (2)

Als am 6. April 1983 die stellvertretende Vorsitzende der FPL, Melida Anaya Montes (alias Ana María), in Managua mit einem Eisstichel grausam ermordet wurde, bedeutete dies für die Organisation in jeder Hinsicht einen tiefen Einschnitt. Schuld war nicht die CIA, wie die FPL-Führung zunächst fälschlicherweise behauptete. Die Täter kamen aus den eigenen Reihen und wurden von der "Nummer drei" der FPL befehligt. Das Motiv: Ein innerparteilicher Linienstreit um die weitere Perspektive des Befreiungskampfes - vor allem hinsichtlich der Bündnis- und Verhandlungspolitik -, den die unterlegene Fraktion für sich entscheiden wollte. Eine Woche

nach der Tat, am 12. April, beging die "Nummer eins" der FPL, Cayetano Carpio (alias Marcial), in Managua Selbstmord. Er war, dem Geständnis eines Täters zufolge, der intellektuelle Verantwortliche für die Bluttat. Die ihres Führungstrios beraubte FPL gerieten in eine tiefe Krise. Sie verloren trotz weiterhin erfolgreicher Guerillaaktionen ihre bis dahin dominierende Rolle innerhalb der FMLN. Viele Intellektuelle wandten sich ab, zumal die neue FPL-Leitung nicht nur weiterhin bedingungslosen Gehorsam verlangte, sondern den bis zu seinem Tod vergötterten Parteiführer Cayetano Carpio aufgrund seiner Mitschuld an der Ermordung der Genossin wie eine Unperson behandelte. (3) Im August 1983 wurde der Kommandant Leonel González (alias Salvador Sánchez Cerén) in einem "revolutionären Ratschlag" zum ersten Sekretär der FPL gewählt. Nach einer Übergangsphase korrigierte der ehemalige Lehrer und Organisationsspezialist den bis dato sehr autoritären Führungsstil und trieb den Wechsel zur kollektiven Leitung voran.

Die FPL baute ab Mitte der achtziger Jahre ihre Massenarbeit sowie die Stadtguerilla in San Salvador neu auf und gewann gegen Ende des Krieges wieder viel von ihrer alten Stärke zurück. Sie gilt neben dem "Revolutionären Volksheer" (ERP) als die zahlenmäßig größte Organisation. Sie ist im Westen, dem Zentrum, dem Nord-Osten und vor allem in der Hauptstadt verankert. Sie kontrolliert "Radio Farabundo Martí" und verfügt über ein schlagkräftiges Führungskollektiv, dem auch bekannte Persönlichkeiten aus der Massenbewegung angehören.

Die FPL orientiert heute auf eine vorsichtige innerorganisatorische Demokratisierung sowie auf die Neudefinition des sozialistischen Selbstverständnisses. Sie sieht die Friedensverträge als Ausgangspunkt für eine notwendige demokratische Revolution. Sie sucht eine Balance zwischen harter Konfrontation mit dem Regime und einer Bündnispolitik, die bis zur Christdemokratie geht. Sozialdemokratische Tendenzen sind, sofern vorhanden, deutlich in der Minderheit. Auf ihrem Kongreß im April 1992 wurde an einer sozialistischen Perspektive festgehalten, aber es wird davon ausgegangen, daß für deren konkrete Verwirklichung derzeit die dafür notwendigen innergesellschaftlichen und internationalen Bedingungen fehlen. Die FPL will eine "Partei neuen Typs" schaffen, die sich "die Übernahme der Macht mit politischen Mitteln" zum Ziel setzt. (4) Dabei sollen Kader das Rückgrat einer Organisation bilden, die jedoch auch Aktivisten, Mitglieder und Sympathisanten einbezieht, die keine Berufsrevolutionäre sind. Im Unterschied zu traditionellen linken Parteien soll sie nicht nur rein politische Aufgaben (Wahlkämpfe, Parlamentsarbeit) wahrnehmen, sondern auch politische Bewegung sein und demzufolge in allen Bereichen an der Basis aktiv arbeiten.

Die FPL hat keine Führungskraft, die national oder international so herausragt wie beispielsweise der KP-Chef Schafik Handal oder der Chef des ERP, Joaquín Villalobos. Das sollte aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß die FPL die Hauptkraft der sozialistischen Strömung ist und ihre Politik für die Zukunft des Landes mitentscheidend sein wird.

Die "Kommunistische Partei El Salvadors" (PCS)

entstand im März 1930 und beteiligte sich 1932 unter Farabundo Martí am Volksaufstand gegen die Diktatur. Mit dessen blutiger Niederschlagung (32.000 Tote) wurde auch die KP zerstört. Ende der vierziger Jahre wurde sie reorganisiert und errang in der Gewerkschaftsbewegung nennenswerten Einfluß. Sie versuchte, ähnlich wie die moskautreuen kommunistischen Parteien in allen übrigen lateinamerikanischen Ländern, Bündnisse mit modernisierungswilligen Teilen des Bürgertums und des Militärs zu schließen. Auf dem Papier hielt sie am bewaffneten Kampf fest und formierte nach der kubanischen Revolution auch einige militärische Kampfgruppen (vor allem 1961-1963). Dies änderte aber nichts an der reformistischen Praxis der KP, die bis Anfang 1980 ihren politischen Kurs bestimmte. (5)

Als die Partei 1969 den Krieg gegen Honduras unterstützte, kam es zum Bruch. Eine linke Minderheit von Kriegsgegnern verließ unter Führung des Generalsekretärs Carpio die Partei und gründete die Volksbefreiungskräfte (FPL). Schafik Handal, der diese Funktion bis heute ausfüllt, wurde zum neuen Generalsekretär gewählt. Unter seiner Führung setzte die Kommunistische Partei bei den Wahlen von 1972 und 1977 auf die Zusammenarbeit mit Christ- und Sozialdemokraten und unterstützte die oppositionelle UNO. Diese wurde jeweils um den Wahlsieg betrogen, was, behaupteten die politisch-militärischen Organisationen (FPL, ERP und RN), vorhersehbar war. Der Legalismus und die Wahlpolitik der Kommunistischen Partei wurden in den siebziger Jahren von den übrigen Teilen der Linken heftig kritisiert. Die KP beteiligte sich mit Ministern an der zivil-militärischen Junta, die im Oktober 1979 nach dem Militärputsch gebildet wurde. 1979

schwankte sie zwischen der Vorbereitung des bewaffneten Kampfes und der Unterstützung einer scheinbar möglichen reformistischen Lösung.

Am 10. Januar 1980 veröffentlichte sie erstmals gemeinsam mit den FPL und dem "Nationalen Widerstand" (RN) einen gemeinsamen Aufruf zur Volksrevolution. Im Frühjahr 1980 schwenkte sie endgültig auf den Guerillakampf ein. Sie ging jedoch im Unterschied zu anderen davon aus, daß nicht der Kampf um den Sozialismus sondern um eine demokratische Vorstufe davon auf der Tagesordnung stehe. Demzufolge trat sie für eine Bündnispolitik bis ins bürgerliche Lager ein.

Die Guerillaeinheiten der KP, die FAL, standen zahlenmäßig deutlich hinter FPL und ERP zurück. Die Stärke der Kommunistischen Partei liegt in der Hauptstadt und hier wiederum in ihrer Verankerung in der Gewerkschaftsbewegung, der Nationalen Universität (UES), bei Intellektuellen sowie in der Lutherischen Kirche El Salvadors. Bis zum Zusammenbruch des real-sozialistischen Blocks fielen die Beziehungen zu diesen Ländern ausschließlich unter ihr Dominium. Dies vergrößerte ihr Gewicht in der FMLN. Die real-sozialistischen Staaten gewährten diplomatische Unterstützung, logistische Hilfen (z.B. Flugtickets), Stipendien und übernahmen - auch in der Ex-DDR - die diskret abgewickelte Heilbehandlung von einigen Kriegsverletzten FMLN-Guerillas.

Waffenlieferungen dürften kaum erfolgt sein, das wäre der in der Region allgegenwärtigen US-Army wohl kaum verborgen geblieben. Von finanzieller Unterstützung aus Osteuropa darf man vermutlich ausgehen, wenngleich es dafür bisher keine offizielle Bestätigung gibt. Die PCS hat auch nach dem Zusammenbruch des Realsozialismus zu anderen vergleichsweise starken lateinamerikanischen KPen (Kolumbien, Guatemala, Dominikanische Republik, Haiti, Kuba etc.) weiterhin gute und enge Beziehungen.

Die salvadorianischen Kommunisten versuchen sich vorsichtig zu erneuern. Von der sozialistischen Perspektive haben sie sich nicht verabschiedet sind jedoch in ihrer Praxis, wie seit jeher, gegenüber den bürgerlichen Sektoren zu vielerlei Zugeständnissen bereit. Mit ihrem Programm der "Demokratischen Revolution" hat die FMLN zumindest offiziell einen Kurs eingeschlagen, der der traditionellen Programmatik der Kommunistischen Partei ähnelt.

Ein bürokratisches Politikverständnis kennzeichnete die KP seit jeher. Reste davon sind bis heute zu spüren. Dies manifestiert sich besonders deutlich in der Nationalen Universität (UES), deren Gremien sowie ein Gutteil der Gelder jahrelang von KP-Leuten kontrolliert wurden.

Im März 1992 spaltete sich das traditionelle Wahlinstrument der PCS, die "Demokratisch-Nationalistische Union" (UDN), ab. Der kommunistische Altkader und UDN-Parlamentsabgeordnete Mario Aguinada Carranza nahm wenige hundert Parteimitglieder mit. Eine klare inhaltliche Begründung gibt es dafür von Seiten der UDN nicht. Eine größere Bereitschaft, sich auf vage Angebote der Regierung einzulassen und die Hoffnung darauf, Posten zu besetzen, dürften ausschlaggebend gewesen sein. Die UDN, die sich nach heftigen KP-internen Debatten zu den Parlamentswahlen im März 1991 dreist als "die Wahlalternative der Linken" präsentiert hatte und allein kandidierte (ein Abgeordneter) ist mittlerweile Mitglied der "Demokratischen Konvergenz" (CD), einer links-zentristischen Kraft.

Schafik Handal, der 1992 aufgrund seines persönlichen Prestiges zum "Koordinator der FMLN" gewählt wurde, ist für die KP und auch die FMLN als Integrationsfigur wichtig. Er repräsentiert die KP fast schon im Alleingang nach außen. Dies zeigt auch eine Schwäche der Kommunistischen Partei: Sie hat kein mit den FPL oder dem ERP vergleichbar starkes Führungskollektiv. PCS und FPL bilden gegenwärtig den Kern der sozialistischen Strömung innerhalb der FMLN.

Die "Revolutionäre Partei der Arbeiter Mittelamerikas" (PRTC)

ist vermutlich die kleinste Organisation in der FMLN. Sie wurde im Januar 1976 in San José (Costa Rica) unter dem Einfluß von Trotzkisten gegründet und verstand sich als mittelamerikanische Partei, die in allen Ländern Sektionen mit einer einheitlichen politischen Linie aufbauen wollte. Dieser Ansatz erschwerte das Wachstum in allen Ländern. Die hondurenische Sektion PRTC-H endete 1983 mit dem Tod fast aller 120 Guerilleros einer Kolonne, die vom Norden Nicaraguas aus nach Honduras eingedrungen war und vergeblich versucht hatte, sich als Landguerilla im Bezirk Olancho festzusetzen. In Nicaragua existierte keine Sektion und in Guatemala löste sie sich 1982 in die Guerillaorganisationen ORPA und EGP auf. Die salvadorianischen

PRTC-Gründungsmitglieder waren bis Ende 1972 im "Revolutionären Volksheer" (ERP) aktiv, formierten dann von 1976-1978 die "Revolutionäre Arbeiterorganisation" (ORT) bevor sie nach vierjähriger Untergrundarbeit 1979 die Gründung der PRTC bekanntgaben.

Die PRTC gründete 1979 die Massenbewegung MPL, die jedoch nur wenige tausend Mitglieder hatte und kein eigenes Profil mehr entwickeln konnte, bevor sie infolge der 1980 beginnenden massiven Repression verschwand. Die PRTC vertrat ebenso wie die FPL die Guerillastrategie des "verlängerten Volkskriegs". Sie unterschied sich von diesen durch ihre größere Bündnisbereitschaft und die Ablehnung des innerlinken Hegemonieanspruches, den die Volksbefreiungskräfte hatten. Die PRTC trat am 5. Dezember 1980 der FMLN als letzte Kraft bei. Eine ihrer spektakulärsten Aktionen war der Feuerüberfall auf US-Marines in San Salvador, die, in Zivilkleidung, am 19. Juni 1985 in einem Restaurant der Vergnügungszone "Zona Rosa" den Abend verbrachten. Im Kugelhagel starben vier Marines, neun Zivilisten - vor allem Geschäftsleute - und ein Angehöriger des PRTC-Kommandos. Neben der Hauptstadt hatte die PRTC während des Krieges ihre Basis vor allem im Zentrum und im Osten des Landes (San Miguel). In Chalatenango und Morazán, den Haupteinflußzonen der zwei stärksten Kräfte FPL und ERP, hatte die PRTC keine Guerilla.

Als bekannteste Führungspersonen der PRTC sind der Kommandant Roberto Roca (Klarname: Francisco Jovel), der der fünfköpfigen Generalkommandantur der FMLN angehörte, sowie Nidia Díaz (Klarname: María Concepción de Valladares) zu nennen, die Mitglied der politisch-diplomatischen Kommission der FMLN ist und bei den Friedensverhandlungen eine aktive Rolle spielte. Nidia Díaz wurde im April 1985 im Gefecht verwundet, von einem US-Berater gefangengenommen, monatelang verhört und konnte im Oktober 1985 im Austausch gegen die Freilassung der entführten Tochter des Präsidenten Napoleón Duarte freigepreßt werden. Auf Kuba konnte sie ihre Verletzungen ausheilen. Sie schrieb ein Buch über ihre Zeit im Gefängnis, das vom Verlag der Jesuitenuniversität mit großem Erfolg herausgegeben wird. (6) Sie gehört zu den beliebtesten Politikerinnen der FMLN.

Die PRTC-Leitung tendiert mehrheitlich zum sozialistischen Flügel. Sie hat derzeit noch keine geschlossene programmatische Vorstellung für die Zukunft. Bekannte Mitglieder wie Roberto Roca sprachen sich für eine sozialistische Perspektive aus. Bei Abstimmungen innerhalb der FMLN-Führungsgremien votierte jedoch ein Teil der PRTC-Leute, trotz anderer Vereinbarungen, auch schon für Kandidaten des sozialdemokratischen Flügels.

Das "Revolutionäre Volksheer" (ERP)

wurde 1972 von radikalisierten Teilen der christdemokratischen Jugend sowie ehemaligen KP-Leuten gegründet, die als Vorläufer bereits 1971 "Die Organisation" gebildet hatten. Das ERP ging davon aus, daß es sich bei dem politischen System in El Salvador um einen Faschismus im engeren Sinne handelte. Dieser müsse mit Waffengewalt bekämpft werden. Das ERP baute "Militärkomitees" auf, die später in ein Volksheer aufgehen sollten. Das ERP verübte schon kurz nach Gründung Bombenanschläge und machte mit kleineren Stadtguerillaaktionen auf sich aufmerksam. Bereits Ende 1972 traten Teile, die später die PRTC gründeten, mit einer Kritik an der militaristische Linie des ERP aus.

Der Dichter Roque Dalton, wie der FPL-Gründer Cayetano Carpio weithin als Linker bekannt und wie dieser ehemals KP-Mitglied, war der Kopf einer ERP-Tendenz, welche den rein militaristischen Kurs ablehnte und für Massenarbeit eintrat. Es sei notwendig, einen breitverankerten "nationalen Widerstand" mit antifaschistischem und defensivem Charakter aufzubauen. Am 13. April 1975 nahm die ERP-Führung Roque Dalton und einen weiteren ERP-Aktivisten gefangen und beschuldigte sie der "militärischen Rebellion". Nach mehrwöchigem Hick-Hack zwischen beiden Flügeln, in dessen Verlauf Dalton als "rechter Revisionist", "kubanischer Agent" und schließlich als "CIA-Agent" bezeichnet wurde, exekutierte die militaristische Fraktion des ERP am 10. Mai 1975 beide Gefangenen. (7) Dies führte zur Spaltung der Organisation. Es gründeten sich die "Bewaffneten Streitkräfte des Nationalen Widerstands" (FARN), später als "Nationaler Widerstand" (RN) bekanntgeworden. Die Ermordung Daltons löste breite Empörung aus. Das Eingreifen der FPL verhinderte ein größeres Blutbad zwischen den beiden ERP-Fraktionen. Das ERP war nach diesen Hinrichtungen in der Linken diskreditiert und isoliert. Noch 1977 nannte beispielsweise Fidel Castro das ERP "einen weiteren Arm der imperialistischen Polizei".

Das ERP unterzog sich einer Selbstkritik, schloß Vertreter der rein militaristischen Linie aus und nahm 1977 mit den neugegründeten "Volksligen" (LP-28) eine breiter angelegte Basisarbeit auf. Unter Joaquín Villalobos und Jorge Meléndez (alias Comandante Jonas), die noch heute zur ERP-Führung gehören, baute das ERP in San Salvador und in der armen östlichen Provinz Morazán eine Massenbasis auf. Im Unterschied zu anderen Kräften, die von langdauernden Kämpfen ausgingen, verfocht das ERP eine eher kurzfristig angelegte Aufstandskonzeption. So trieb es nach dem Offiziersputsch im Oktober 1979 in mehreren Stadtteilen lokale Erhebungen voran. Das ERP wies die KP-Konzeption eines demokratischen Stadiums der Revolution zurück und wollte eine "demokratische Volksregierung errichten", die "zum Sozialismus führen sollte".

Im Krieg operierte das ERP vor allem in den östlichen Departements des Landes (v.a. San Miguel, Morazán und Usulután). Dort unterhielt es seit 1981 "Radio Venceremos", offizielle Stimme der FMLN. Das ERP ist zahlenmäßig neben den FPL die stärkste Organisation und errang viele militärische Erfolge. Straff geführt, kühn und militärisch offensiv gewann es innerhalb der FMLN an Gewicht. Der hohe Frauenanteil in Spitzengremien zeichnet die Organisation gegenüber allen anderen aus. In ihren Hochburgen im Osten des Landes (v.a. Morazán, San Miguel und Usulután) baute das ERP ein eindrucksvolles ziviles Unterstützernetz auf. Einige wichtige Aufsätze wiesen ihren Chef Joaquín Villalobos auch als Strategen für die gesamte FMLN aus. Eine Schwäche des ERP bestand sicherlich darin, daß es in der Hauptstadt nur vergleichsweise wenig und in anderen Landesteilen kaum präsent war.

Mit dem Kriegsende deutet sich eine grundlegende Neuorientierung der ERP-Führungsriege an. In Broschüren, Aufsätzen und vor allem in dem neuen Buch von Joaquín Villalobos wird der Fortsetzung einer Politik der Konfrontation mit der ARENA-Regierung und der Militärführung eine klare Absage erteilt. (8) Vielmehr müsse gemeinsam mit dieser, zumindest für eine mehrjährige Übergangsphase, im Land Stabilität gewährleistet werden. Die Linke solle sich auf die politische Mitte hin orientieren, auf Anti-System-Propaganda, Destabilisierung und den Aufbau einer radikalen Alternative verzichten. Mit der Unterschrift unter die Friedensverträge habe man einer umstürzlerischen Politik endgültig eine Absage erteilt. Statt dessen solle das System modernisiert und reformiert werden. Das "Gesamtinteresse der Nation" stehe gegenüber den Interessen bestimmter Gruppen (Arbeiter, Campesinos) im Vordergrund. Diese Linie wird - bei durchaus vorhandenen Differenzen in Einzelfragen - von der ERP-Spitzenriege (u.a. Joaquín Villalobos, Ana Guadelupe Martínez und Juan Ramón Medrano) vertreten und in den letzten Monaten insbesondere von den Volksbefreiungskräften (FPL) hart kritisiert. Dabei wird von beiden Seiten kräftig geholzt und in Einzelfällen die jeweils andere Seite auch unterhalb der Gürtellinie angegriffen. Als besonders übler Teil ist dabei das ausgeprägte Gerüchteunwesen über persönliche Verfehlungen - und was im Kontext El Salvadors dafür gehalten wird - (Behauptungen xy bereichere sich, sei alkoholabhängig, neige zu sexuellen Ausschweifungen etc.) zu nennen. (9)

Was die Zukunft des ERP betrifft, so wird dafür auch die weitere Arbeit der UNO-Wahrheitskommission eine gewisse Rolle spielen. Denn diese hatte in ihrem Bericht vom 15. März 1993 sechs von sieben Spitzenmitgliedern des ERP der Verantwortung für Menschenrechtsverletzungen bezichtigt und für sie die zehnjährige Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte gefordert. (10) Würde diese Sanktion, deren Einhaltung die ERP-Führung zusicherte, verwirklicht, wäre es ein großer Rückschlag für den Versuch, von der ERP-Führung her die FMLN insgesamt auf eine sozialdemokratisch-zentristische Linie neu auszurichten.

Der "Nationale Widerstand" (RN)

entstand im Mai 1975 nach dem Mord an Roque Dalton als Abspaltung von der ERP. Sie verfügte als erste politisch-militärische Organisation über eine Massenfront, die 1974 gegründete FAPU. Der Nationale Widerstand erzielte mit Kidnappings führender Mitglieder der Oligarchie und VertreterInnen multinationaler Unternehmen Propagandaerfolge. Die Lösegelder sicherten die Finanzierung der Arbeit. Im Unterschied zum ERP lehnte der Nationale Widerstand (RN) eine Aufstandskonzeption ab und verfocht eher die Strategie des verlängerten Volkskrieges, ohne sich letztlich völlig damit zu identifizieren. Politisch vertrat er die "Bildung einer antifaschistischen Einheit", lehnte die Wahlen von 1977 ab und betonte die Bedeutung des Bündnisses mit Mittelschichten. Dies unterschied sich von den radikaleren Forderungen der Volksbefreiungskräfte (FPL) sowie von gemäßigteren der Kommunistischen Partei. Der Nationale Widerstand nahm, was seine politischen und militärischen Überlegungen betraf, eine Zwischenposition ein.

Die RN-Kader zeichneten sich dadurch aus, daß sie unerkannt Führungspositionen in Basisorganisationen übernahmen, um diese dann "von oben her" auf RN-Kurs zu bringen. RN-Kader haben über die Gewerkschaftszentrale FENASTRAS vor allem in der Arbeiterbewegung der Hauptstadt sowie in den Mittelschichten Einfluß. Der Nationale Widerstand ist eine der kleineren FMLN-Organisationen. Seine militärische Basis war vor allem im Zentrum des Landes, im Guazapa-Gebiet sowie in den östlichen Departaments Usulután und Morazán. Der Nationale Widerstand (RN) hat in den USA eine weit entwickelte Solidaritätsarbeit aufgebaut und verfügt daher seit Jahren über gute Kontakte in die Vereinigten Staaten. Besonders erwähnenswert sind dabei die Verbindungen zur Spitze des US-Gewerkschaftsdachverbandes AFL-CIO. Dessen Vertreter haben auf auch verschiedentlich an Kongressen der Gewerkschaftszentrale FENASTRAS teilgenommen. In Zusammenarbeit mit der Bildungsabteilung des AFL-CIO, dem "American Institute for free Labour Movement", haben auch schon Seminare zur Schulung von salvadorianischen Gewerkschaftern stattgefunden. Die Tatsache, daß die Solidarität auf der Spitzenebene und nicht an der Gewerkschaftsbasis gesucht wurde, hat dem RN von anderen FMLN-Organisationen, die vorwiegend mit Basisgruppen arbeiten, viel Mißtrauen eingebracht.

Gegenwärtig vertritt der Nationale Widerstand mehrheitlich eine ähnliche Linie wie das ERP. Zwar wird weiterhin von "Demokratischem Sozialismus" gesprochen, dies verschwimmt jedoch mit der Forderung nach mehr sozialer Gerechtigkeit und der Modernisierung des Landes. Es wird die Notwendigkeit betont, das Land zu stabilisieren und beispielsweise die Militärs nicht weiter politisch zu attackieren. Dies liege, betonte der RN-Chef Ferman Cienfuegos in einem offenen Brief an die Jesuitenuniversität UCA, im "Interesse der Nation" sowie im "Interesse der demokratischen Revolution", die mit der Unterschrift unter die Friedensverträge begonnen habe. (11)

Die pro-sozialdemokratische Strömung innerhalb der FMLN (es gibt zusätzlich noch ähnliche Gruppen außerhalb der Frente) wird eindeutig vom ERP angeführt. Der RN schließt sich dieser Linie an. Trotz des aufgrund der kleineren Anhängerschaft geringeren Gewichts hat der Nationale Widerstand mit den guten Verbindungen zu den USA einen wichtigen Trumpf in der Hand.

***

Die vorliegende Darstellung ist vereinfachend. Es darf insbesondere nicht übersehen werden, daß die Anpassung an die neue Realität nach der Waffenabgabe in allen ehemaligen Guerillagruppen voll im Gange ist. Es gibt in allen Organisationen vielfältige Debatten über die Neudefinition der Aufgaben sowie über die geeigneten Mittel und Wege zu deren Bewältigung, die sich häufig nicht schriftlich niederschlagen. Insofern konnte diese knappe Übersicht, schon aufgrund der Materiallage, nicht alle wichtigen politischen Fragen genügend ausleuchten.

Al., Nürnberg

Anmerkungen

1) Propuesta de pacto de Unidad, San Salvador 13.01.1992

2) Vergleiche: Enrique Baylora, El Salvador en transición, San Salvador 1986, S. 95ff; James Dunkerly, Der lange Krieg. Diktatur & Revoution in El Salvador, Frankfurt/M. 1986, S. 100ff.

3) Zu Mord und Selbstmord innerhalb der FPL: Adolfo Gilly, La senda de la guerilla, México D.F. 1986, S. 225-285.

4) Vergleiche: Estatutos des las FPL; Principios y fines des las FPL; Estrategia parcial de las FPL para el periodo de la post-guerra, San Salvador 1991 (Mimeo)

5) Vergleiche: Marta Harnecker, El Salvador: Partido Comunista y guerra revolucionario, San Salvador 1988, S. 9ff.

6) Nidia Díaz, Nunca estuve sola, San Salvador 1988

7) Alle Angaben zum innerorganisatorischen Streit nach: James Dunkerly, a.a.O., S. 107ff. Das sehr lesenswerte schriftstellerische Werk von Roque Dalton ist zum Teil in deutscher Übersetzung zugänglich, u.a.:

Roque Dalton, Däumlings verbotene Geschichten, rotpunktverlag 1989; Roque Dalton, Armer kleiner Dichter der ich war, rotpunktverlag 1986.

8) Joaquín Villalobos, Una revolución en la izquierda para una revolución democrática, San Salvador Oktober 1992.

9) Leider sind auch in der Solidaritätsbewegung erste Anzeichen für die Übernahme von Elementen dieser völlig unqualifizierten Form des politischen Schlagabtauschs festzustellen. So konnte es sich die in Bonn erscheinende und an sich seriös gemachte Solidaritäszeitschrift ILA in ihrer Nummer 163 (März 1993) nicht verkneifen, einem Verriß des Buches von Joaquín Villalobos einen Extra-Kasten mit der Überschrift "Mit dem Feind schlafen" (S. 42) beizufügen. Dort geht es um das Intimleben von Villalobos. Ohne ein einziges konkretes Faktum zu nennen wird dessen Ehefrau, Roxana Lemus, in widerwärtiger Art und Weise ins Zwielicht gezerrt. Es wird kolportiert, sie habe eine Freundschaft mit einem Militär, "einige bezeichneten sie als intim", unterhalten. "Einige haben vermutet, daß die jetzige Ehefrau Villalobos Agentin war, um Informationen über Operationen der Streitkräfte zu besorgen", oder, so die umgekehrte Version, sie sei vom "Militär hofiert worden, um an Villalobos ranzukommen." Welcher Teufel hat die ILA-Redaktion geritten, daß sie so etwas abdruckt?

10) Vergleiche: ak Nr. 353, Hamburg April 1993, S. 28f.

11) Vergleiche: Ferman Cienfuegos, Carta al consejo superior de la UCA, San Salvador 16.01.1993.

32. POONAL - eine lateinamerikanische Nachrichtenagentur

eine Nachrichtenagentur

Autor: Norbert Glaser · Rubrik: Lateinamerika allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak354/09.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:354:09

Hier schreiben

Lateinamerikaner

über Lateinamerika

Naturkatastrophen, Militärputsche, Cholera, Armut - sie prägen das Bild von Lateinamerika in den Medien. Nur selten werden die dahinterliegenden Ursachen und Mechanismen bloßgelegt, wird über die Versuche der Menschen berichtet, sich gegen die alltägliche Misere zur Wehr zu setzen. Bruchstück- und klischeehaft bleibt deshalb oft das Abbild des Kontinents in den Köpfen. Abhilfe verspricht ein Nachrichtendienst: POONAL.

Seit November 1991 liefert der "Pool de Nuevas Agencias de America Latina" jeweils montags aktuelle Nachrichten, Berichte, Reportagen und Interviews in deutscher Sprache. Die Bilanz ist aus der Sicht der Initiatoren positiv. Ein fester Stamm von 200 Abonnentinnen und Abonnenten trägt mittlerweile den wöchentlichen Informationsdienst: Institutionen, Medien, Verbände, Stiftungen, kirchliche Gruppen. 500 weitere Exemplare gehen in die Solidaritätsbewegung. Über die Multiplikatoren hoffen die Berliner Organisatoren, ein breites Publikum zu erreichen.

Gegründet wurde POONAL 1988 in Mexiko-Stadt. Heute gehören dem Verbund elf lateinamerikanische Nachrichtenagenturen an. Gemeinsam ist ihnen die Nähe zu Basisgruppen und Volksorganisationen. Ging es zunächst vor allem darum, einen besseren Austausch von Informationen zu gewährleisten und durch gemeinsam genutzte Technik die Kosten zu verringern, so verfolgt die deutsche Ausgabe von Anfang an ein anderes Ziel: Sie soll mit Hintergrundartikeln und Informationen über wirtschaftliche und politische Entwicklungen die Lücke in der Berichterstattung der bundesrepublikanischen Medien über diesen Teil der sogenannten "Dritten Welt" verringern.

Gleichzeitig erhält die Diskussion um eine neue internationale Informationsordnung, die in den 70er und 80er Jahren die Gemüter bewegte, mit POONAL eine praktische Dimension: Zumindest in einem kleinen Bereich werden die Probleme des Südens nicht länger aus dem Blickwinkel des Nordens beleuchtet, statt dessen schreiben Lateinamerikaner über Lateinamerika. Ein kleiner Schritt auf dem Weg, das Meinungsmonopol des Nordens zu brechen.

Ganz in diesem Sinne berichtet POONAL dann auch über jene Themen, die die großen westlichen Agenturen häufig für unwichtig halten: den Kampf der brasilianischen Landarbeiter um Land und höhere Löhne, die Rückkehr guatemaltekischer Flüchtlinge, den Auswirkungen des nordamerikanischen Freihandelsabkommens in Mexiko, den Widerstand gegen das Putschistenregime auf Haiti oder den Versuchen der indigenen Völker, sich gegen Rassismus und Ausbeutung zu wehren.

Die Artikel für den deutschsprachigen Raum werden in Mexiko ausgewählt und übersetzt und anschließend per Datennetz nach Deutschland weitergeleitet. Falls erforderlich, überarbeiten sie hier Journalisten noch einmal. Dieser Aufgabe angenommen hat sich der Verein "Nachrichtenpool e.V.". Er residiert in Berlin unter dem Dach des FDCL, des Forschungs- und Dokumentationszentrums Lateinamerika.

Norbert Glaser, Frankfurt

POONAL kann gedruckt durch die Post, aber auch per Telefax oder als electronic-mail bezogen werden. Die Adresse: Nachrichtenpool Lateinamerika, c/o FDCL, Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61. Der Preis: vierteljährlich 35 Mark (Institutionen) und 25 Mark (Individuen).

33. Vom Volkskrieg zum Volkskapitalismus. Die strategische Neuorientierung des ERP

Die strategische Neuorientierung der ERP

Rubrik: El Salvador · CD-Datei: daten/aksuche/ak354/18.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:354:18

In der Befreiungsfront "Farabundo Martí" (FMLN) gibt es insbesondere seit dem Ende der bewaffneten Auseinandersetzungen vielfältige Debatten über den Kurs, der in Zukunft eingeschlagen werden soll. Ähnliche Diskussionen finden auch in allen übrigen politischen Strömungen El Salvadors statt. Es geht dabei primär darum, militärische und politische Konzeptionen hinter sich zu lassen, die zwölf Jahre lang auf die erfolgreiche Kriegführung ausgelegt waren und neue zu entwickeln, die für die Friedensphase tauglich sind.

Im Zusammenhang mit der Neubestimmung der politischen Praxis sind auch Debatten aufgebrochen, die auf eine programmatische Umorientierung von Teilen der FMLN abzielen. Führende Protagonisten insbesondere aus dem "Revolutionären Volksheer" (ERP) und dem "Nationalen Widerstand" (RN) möchten die revolutionär-sozialistische Vergangenheit hinter sich lassen und eine sozialdemokratisch-reformerische Linie einschlagen. Der ERP-Chef Joaquín Villalobos, Mitglied der Generalkommandantur der FMLN, geht dabei am weitesten.

Wir stellen sein Buch "Revolution in der Linken für eine demokratische Revolution" vor (1).

Joaquín Villalobos legte im Oktober vergangenen Jahres eine zugespitzt und teils polemisch formulierte Streitschrift vor, mit der er "Dogmen, Tabus, theoretische Fesseln und falsche moralische Prämissen brechen" will (S. 5). Auf 80 Seiten, die in sechs Kapitel eingeteilt sind (Demokratischer Sozialismus; ein neues Machtkonzept; die wirtschaftliche Macht; politische Partei; die ideologische Ebene; der Kampf für einen demokratischen Staat), verabschiedet er sich von der "dogmatischen Kindheit der FMLN" und der "linksextremistischen Kritik", die in bloßer Ablehnung stehen bleibe. Er tritt für ein "neues revolutionäres Gedankengut und eine neue Linke" ein (S. 5/6). Joaquín Villalobos entwickelt seine Gedanken in Thesenform. Auf die Untermauerung mit empirischen Fakten verzichtet er ebenso wie auf die differenzierte Auseinandersetzung mit anderen Positionen.

Zwei Themenbereiche sind für seine Argumentation besonders wichtig: Erstens das zukünftige programmatische Profil der FMLN, ihre Bündnispolitik sowie ihre positive Einstellung zum Staat; und zweitens die Gestaltung der Wirtschaft und insbesondere der Aufbau eines neuen wirtschaftlichen Sektors unter Kontrolle der Linken.

"Demokratischer Sozialismus"

bei Villalobos

Die FMLN konnte ihr ursprüngliches Ziel, die Macht mit Waffengewalt zu übernehmen und davon ausgehend das kapitalistische Gesellschaftssystem revolutionär zu verändern, nicht erreichen. Mit der Unterschrift unter die Friedensverträge vom 16. Januar 1992 rückte sie von diesem Vorhaben definitiv ab. Gemessen am ursprünglichen Kampfziel ist die FMLN damit erst einmal gescheitert. Das massive Eingreifen der USA in El Salvador und Mittelamerika, das Ausbluten des sandinistischen Modells in Nicaragua und schließlich der Zusammenbruch des realsozialistischen Blocks hatten jedoch schon seit Mitte der achtziger Jahre zur schrittweisen Neudefinition des politischen Nahziels geführt: Beendigung des Krieges, Entmilitarisierung, Aufbau einer pluralistischen Demokratie und Wirtschaftsreformen. Auf Grundlage dieser "demokratischen Revolution" wollte die FMLN weiter für eine sozialistische Perspektive kämpfen.

Villalobos zufolge muß nach dem Zusammenbruch des Realsozialismus völlig neu definiert werden, was unter Sozialismus zu verstehen ist. Die Linke müsse sich ideologisch erneuern. Insbesondere müsse sie auf den Markt positiv Bezug nehmen, der "eine Komponente für den Fortschritt der Zivilisation" sei und dem "menschlichen Wesen innewohnt". In El Salvador solle "im Kontext des Marktes ein demokratischer Kampf zwischen dem großen, monopolistischen Kapital und Kleinproduzenten und Arbeiterzusammenschlüssen" stattfinden (S.12). Nur indem man "die historischen Gesetze respektiert", könne man soziale Gerechtigkeit schaffen. Per Dekret oder durch voluntaristische Entscheidungen unter Ausschaltung des Marktes sei dies,

siehe Osteuropa, nicht möglich. Der Versuch führe zum Rückfall in "primitive Tauschgesellschaften" und bedeute "gesellschaftlichen Rückschritt". Außerdem seien "politische Demokratie, Wahlen, das Parlament" wichtige Aktionsfelder für die Linke. Diese müsse die "zivile Gesellschaft stärken und auf der Grundlage von Konsens und nicht von Zwang" regieren. Außerdem müsse die Linke "Werte retten, die von den Revolutionären irrtümlicherweise beiseitegelassen wurden: Familie, Eigentum, Nation, Religion, individuelle Freiheit, Respekt der Natur, Demokratie etc."

"Wir müssen die Idee korrigieren, daß Sozialismus die Eliminierung des Privateigentums, des Marktes, der Opposition etc. bedeutet. Das Ziel des demokratischen Sozialismus ist es, daß die Mehrheit der Arbeiter am sozialen Privateigentum teilhat; innerhalb eines politischen und wirtschaftlichen Rahmens, der Effektivität garantiert und der zur Konsolidierung und Ausweitung des Systems führt, weil die Mehrheit dies will und nicht, weil es der Staat befiehlt. In diesem Rahmen ist es richtig zu versichern, daß Bereicherung erlaubt ist und zum Fortschritt beiträgt." (S. 16)

Villalobos will seinen Argumenten für ein in Europa seit 100 Jahren nur allzugut bekanntes sozialdemokratisches Politikverständnis Plausibilität verleihen, indem er den Realsozialismus sowjetischer Prägung als einzig mögliche und zudem historisch gescheiterte Alternative präsentiert und unterstellt, nicht genauer benannte Strömungen der FMLN strebten diese an. Mit diesem Argumentationsmuster handelt er alle umstrittenen Themen ab. Es stimmt zwar, daß, ähnlich wie Teile der Sandinisten, in El Salvador vor allem die Kommunistische Partei (PCS) und die Volksbefreiungskräfte (FPL) in den siebziger Jahren und noch zu Beginn der achtziger Jahre sehr orthodoxe Vorstellungen vertraten. So zu tun, als hielten diese Kräfte heute ungebrochen und kritiklos am sowjetischen Modell fest, heißt jedoch einen Popanz aufbauen. Es gibt unter den sozialistischen Kräften innerhalb der FMLN durchaus eine selbstkritische Debatte über die Demokratiefrage, Bündnispolitik und die innergesellschaftlichen Faktoren (z.B. Bürokratismus, Kommandosystem, mangelnde Beteiligung der Produzenten), die zum Zusammenbruch in Osteuropa geführt haben. Diese Kritik führt jedoch nicht wie beim ERP-Chef dazu, den Sozialismusbegriff so weit aufzuweichen, daß dieser mit einem westlich-parlamentarischen System plus Sozialstaat gleichgesetzt werden kann.

Zur Rolle der Linken

Joaquín Villalobos geht davon aus, daß das größte Problem die "interne Transformation der FMLN selbst" sei (S. 6). Es sei notwendig, das "Ruder kühn herumzureißen", um die jetzige historisch günstige Chance nicht zu verpassen. Um dafür die FMLN, die "fähigste menschliche Maschine" El Salvadors, zu gewinnen "hängt alles davon ab, den revolutionären Charakter des Projektes überzeugend dazustellen" (S. 34).

Die Linke brauche ein neues Programm, neue Organiationsmethoden und eine pragmatische Konzeption der Einheit, die für Demokratie sowie unterschiedliche Strömungen Platz läßt und die "Differenzen verwaltet" (S. 58). Ohne zu zögern, müsse sich die FMLN einer "ideologischen Säuberung" unterziehen, um das "radikale und extremistische Bild, das der Krieg und die Regierungspropaganda hinterließen", loszuwerden. Dabei solle keinesfalls versucht werden, Begriffe wie "Kommunismus, Marxismus-Leninismus und andere ähnliche zu retten". Das sei in der gegenwärtigen Lage "unpolitisch und antidialektisch". Das Festhalten an Konzepten und Symbolen des kalten Kriegs und der Unterdrückung in Osteuropa, die zudem von demokratischen Volksrevolutionen weggefegt worden seien, wäre "völlig unpolitisch" und sei gleichbedeutend mit der Weigerung, stärker zu werden und ein wirklicher Faktor der Veränderung zu sein (S. 54).

Die Linke müsse für eine neutrale Justiz, für einen neutralen Staat und für eine effiziente Verwaltung und Polizei eintreten. Außerdem müsse die Linke neben politischer Macht auch wirtschaftliche und kulturelle Macht aufbauen. Denn Macht bedeute sehr viel mehr, als nur die Regierung zu stellen. (2)

Das soziale Privateigentum

Die Linke brauche, so Villalobos, vor allem einen neuen Produktionsbereich, der unter ihrer Kontrolle steht. Dieser, eine strategische Achse linker Machtentfaltung in der Gesellschaft, solle mit modernen Unternehmerfraktionen zusammenarbeiten, um gemeinsam mit ihnen im freien Wettbewerb die wirtschaftlich dominierende und politisch reaktionäre Oligarchie zurückzudrängen. Villalobos geht davon aus, daß gesellschaftlicher Reichtum auf der Basis der Marktwirtschaft geschaffen werden müsse. Dies sei Voraussetzung für die Lösung der sozialen Probleme. Dabei seien Staatsunternehmen ebenso abzulehnen wie paternalistische Reformprojekte (wahrscheinlich sind damit außenfinanzierte Entwicklungshilfeprojekte

gemeint), weil diese, wie sich gezeigt habe, nicht fähig seien, in der Konkurrenz mit dem Großkapital zu bestehen. Statt dessen müßten sich Arbeiter und kleine Produzenten zu Assoziationen zusammenschließen, um so "Privateigentum in Händen der Arbeiter" herauszubilden, das auf dem Markt bestehen könne. Dieses Konzept sei höchst revolutionär. "Was erreicht werden muß, ist, daß sich die Arbeiter und kleinen Produzenten zusammenschließen, anstatt untereinander um das Überleben zu konkurrieren. Sie müssen im Rahmen der Marktkonkurrenz große, solidarische, selbstverwaltete und genossenschaftliche Zusammenschlüsse und Unternehmen bilden. Die genossenschaftlichen Produzenten dürfen nicht untereinander konkurrieren, sondern mit dem großen Kapital. Auf diese Weise sollen sie beweisen, daß das soziale Eigentum effizienter ist und die sozialen Probleme am besten löst" (S. 26).

"Das Konzept des sozialen Privateigentum im Bündnis mit dem Privateigentum mit sozialer Funktion ist höchst revolutionär. Es wirkt modernisierend und ist die Basis für soziale Gerechtigkeit und ein Gleichgewicht der wirtschaftlichen Macht" (S. 27).

Die Säulen für diesen alternativen Wirtschaftssektor seien a) die militärische und politische Basis der FMLN-Guerilla, b) die Kooperativen im Bereich der sozialen Bewegungen, c) Wirtschaftsprojekte auf kommunaler Basis (z.B. wiederangesiedelte Flüchtlinge) und d) der informelle Sektor in den Städten (fliegende Händler etc.). In diesen Bereichen solle Schluß gemacht werden mit "Zwangskollektivierung und Gleichmacherei". Statt dessen solle auch in der Linken das Recht auf individuelle Anhäufung von Reichtum gelten. Denn es sei gegenwärtig "eine revolutionäre Aufgabe, wirtschaftlichen Erfolg" zu haben, und der sei durch Unternehmerpersönlichkeiten zu gewährleisten, jedoch nicht durch ein Kollektiv, das sich der nötigen minimalen Disziplin verweigere. "Im traditionellen Denken waren die Begriffe Unternehmer und Ausbeuter Synonyme. Diese Konzeption muß über Bord geworfen werden" (S. 41). Vielmehr sollten sich Führungskader der Linken in Unternehmer verwandeln, um den Aufbau eines alternativen Wirtschaftssektors voranzutreiben, der selbst zu Planung, Produktion, interner und externer Vermarktung und Finanzierung fähig sei. Dabei sollte es sich nicht um Kollektive handeln, da dies zu falscher Gleichmacherei führe. Zur erfolgreichen Unternehmensführung seien klare Weisungen und der Gehorsam der Produzenten erforderlich. "Die Produktion ist wie das Militär. Man braucht klare Befehle, die befolgt werden" (S. 42)

Die Produzenten indessen sollten ihre Interessenvertretungsorgane wie Gewerkschaften "von ideologischen Exzessen säubern" und "Klassenschranken einreißen", da "man eine Dosis Pragmatismus" brauche. Die Gewerkschaften müßten sich von Sektierertum, Überpolitisierung, mangelnder Demokratie und dem Ziel, den Klassenfeind zu zerstören, verabschieden (S. 48). Denn nach den Friedensabkommen könne man nicht weitermachen wie in den achtziger Jahren. Realistischerweise geht Joaquín Villalobos davon aus, daß es gegen seine Vorschläge erhebliche Widerstände innerhalb der FMLN gibt. Hier plädiert er für eine harte ideologische Auseinandersetzung, da dies für die erfolgreiche Durchsetzung seines Kurses entscheidend sei. "Der Kampf gegen die systemfeindliche Mentalität und gegen die ideologischen Exzesse ist grundlegend, um Resultate zu erzielen, welche die Probleme von Armut und Ungerechtigkeit definitiv lösen" (S. 50). Auf Grundlage dieser Kernthesen plädiert Villalobos für eine versöhnungsbereite Politik der FMLN, die versuchen soll, mit dem Präsidenten Christiani und der Armeeführung die Stabilität des Landes zu garantieren. Er wendet sich gegen die "linken und rechten Extremisten" (S. 6), die immer nur "dagegen" polemisierten und die gesellschaftliche Ordnung destabilisierten.

Juan Ramón Medrano, ein weiterer Vordenker des ERP, argumentiert zwar weniger aggressiv und zuspitzend als Villalobos und tritt beispielsweise auch für eine stärkere Rolle des Staates ein. Aber letzlich sind die Differenzen nur graduell. Auch er spricht sich für eine sozialdemokratische Variante aus: "Die Veränderung der nationalen und internationalen Bedingungen sowie der Kampfformen erfordern einen Wandel im Gedankengut der revolutionären Linken. Es ist notwendig, Schemata bezüglich der Machtfrage, der Revolution und der Hegemonie zu brechen und den revolutionären politischen Diskurs zu bereichern, indem die Konzepte von Demokratie, Markt, sozial gebundenes Privateigentum und konzertierte Aktion aufgenommen werden." (3)

Bewertung

Villalobos hat seinen dynamischen, kühnen und auseinandersetzungsfreudigen Politikstil ebenso beibehalten wie die Neigung zu Pathos und großen Gesten. Nur daß er in seinem Buch damit nicht mehr die salvadorianischen Militärs und die USA attackiert, sondern für die Sozialdemokratisierung der FMLN wirbt. Er plädiert auch weiterhin für die Anerkennung von Autorität sowie das Prinzip "Befehl und Gehorsam", zwei

Elemente, die für die großen militärischen Erfolge des "Revolutionären Volksheeres" (ERP) mitentscheidend waren, an dessen Spitze der Buchautor steht. Diese Prinzipien sollen laut Villalobos nun im kapitalistischen Sektor gelten, der unter Kontrolle der Linken neu aufgebaut werden soll. Wie auf Grundlage der von ihm favorisierten autoritären Arbeitsbeziehungen die Demokratisierung des Landes, laut Villalobos die zentrale Aufgabe der Linken, vorangetrieben werden kann, bleibt ein Rätsel. Der ERP-Chef äußert sich zu diesem Widerspruch nicht.

Joaquín Villalobos hat sich programmatisch aus der revolutionären Linken verabschiedet. Er verficht im wesentlichen rechtssozialdemokratische Vorstellungen und grenzt sich systematisch, scharf und zuweilen sehr polemisch gegen andere Strömungen in der FMLN ab. Innerhalb seiner Organisation, dem "Revolutionären Volksheer" (ERP), gibt es, zumindest in den Leitungsgremien, eine Mehrheit für seine bzw. ähnliche Positionen. Die kritische Bewertung sollte sich m.E. jedoch nicht in erster Linie an dieser oder jener programmatischen Äußerung oder Einzelthese (z.B. ob und wie aktiv der Staat in die Wirtschaft eingreifen soll; welche Rolle den Gewerkschaften zugeschrieben wird) von Villalobos oder anderen ERP-bzw. RN-Leuten festbeißen. Denn innerhalb eines sozialdemokratischen oder zentristischen Projekts ist eine gewisse Spannbreite von Positionen ganz natürlich.

Viel wichtiger scheint mir zu sein, genau zu beobachten, wie kooperativ oder konfliktiv sich die ERP/RN-Strömung in praktischen Fragen gegenüber der Linken innerhalb der FMLN verhält und zu welchen Zugeständnissen gegenüber der ultrarechten ARENA und dem Militär sie in konkreten Sachfragen bereit ist.

Es gibt Anzeichen, daß von Seiten des pro-sozialdemokratischen Flügels versucht wird, den sozialistischen Flügel in der FMLN dadurch zu schwächen, daß dieser in der Öffentlichkeit systematisch mit dem gescheiterten realsozialistischen Modell in Verbindung gebracht wird. Sollte sich diese Tendenz fortsetzen, ist eine Schlammschlacht auf erweiterter Stufenleiter zu erwarten, da die andere Seite kontern wird, Villalobos und anderen gehe es ohnehin nur darum, sich persönlich zu bereichern. Mit dem "Einheitspakt" vom Januar 1993 unterzeichneten alle Organisationen die Selbstverpflichtung, bis zu den Wahlen im März 1994 auf das Waschen schmutziger Wäsche zu verzichten. Ob dies verwirklicht wird, ist abzuwarten.

Die wirtschaftspolitischen Vorstellungen von Villalobos, der staatliche Eingriffe weitestgehend ablehnt, werden in Lateinamerika in ähnlicher Weise nur von rechtssozialdemokratischen oder noch weiter rechts stehenden Parteien vertreten. Es ist, unabhängig davon, ob man diese nun gut findet oder nicht, sehr unwahrscheinlich, daß sie in der Praxis zu den ökonomischen Effekten führten, die Villalobos sich davon verspricht. Da stehen die Gesetze des Marktes, auf dessen Selbstheilungskräfte der ERP-Chef seit neuestem vertraut, und viele konkrete Erfahrungen mit liberaler Wirtschaftspolitik in Ländern der "Dritten Welt" dagegen. Die Beispiele sind Legion, die zeigen, daß sich neoliberale Strukturanpassungspolitik und Sozialreformen zugunsten der Bevölkerungsmehrheiten ausschließen.

Das ändert aber nichts daran, daß der linke Flügel der FMLN, der für eine gemischte Wirtschaft plädiert, bisher weder bessere noch praktikablere Modelle vorweisen kann. Er unterscheidet sich dadurch, daß die Rolle des Staates sowie gewerkschaftliche Abwehrkämpfe deutlich wichtiger genommen werden. Die produktiven Projekte (z.B. Agrarkooperativen), die vom sozialistischen FMLN-Flügel initiiert wurden und die auch auf dem Markt bestehen müssen, werden mit soviel ideologischem Aufwand als das wirtschafts- und sozialpolitische Non-plus-ultra verkauft.

Auf diesem Gebiet haben die salvadorianische, die nicaraguanische, die brasilianische, die kubanische etc. Linke derzeit außer Durchwursteln nicht viel zu bieten. Dies wird auf absehbare Zeit auch so bleiben, da Länder in der sog. "Dritten Welt", selbst wenn sie von Linken regiert werden, auf sich allein gestellt die Gesetze des kapitalistischen Weltmarktes nicht außer Kraft setzen können. Eine noch so richtige und scharfe Geißelung des Kapitalismus reicht aber nicht aus, um auf Dauer praktische Politik machen zu können, die breite Bevölkerungsschichten einbezieht. Linken und revolutionären Kräften in der sog. "Dritten Welt", die in einigen Fällen breite Schichten oder sogar die Bevölkerungsmehrheit vertreten, bleibt somit gar keine andere Wahl, als diese internationale Realität zur Kenntnis zu nehmen und in diesem Rahmen zu versuchen, in ihren Ländern die Spielräume für demokratische, partizipative und auf die breiten Bevölkerungsmehrheiten zugeschnittene Ansätze so weit wie möglich zu öffnen.

Aber es ist eine Sache, die weltweit herrschende Wirtschaftsordnung als real existierenden Ausgangspunkt für gesellschaftsverändernde und revolutionäre Politik zu nehmen, wie dies der sozialistische Flügel der FMLN tut, und eine ganz andere, zu sagen, diese sei im Prinzip gut und wünschenswert, wie dies Villalobos neuerdings vertritt.

Al., Nürnberg

Anmerkungen:

1) Joaquín Villalobos, Una revolución en la izquierda para una revolución democrática, (Arcoiris) San Salvador Octubre 1992. Das Buch ist nur im spanischen Original erhältlich. In der BRD wird es nicht vertrieben.

2) Joaquín Villalobos, Socialismo democrático. Nuestro referente ideológico, San Salvador Mayo 1992.

3) Juan Ramón Medrano, Estrategia del FMLN para un nuevo país, San Salvador Junio 1992; Juan Ramón Medrano, Revolución democrática. Tesis para la estrategia del FMLN, in: ECA Nr. 527, San Salvador Septiembre 1992, S. 723-739.

34. Nicaragua: Drei Jahre danach

Rubrik: Nicaragua · CD-Datei: daten/aksuche/ak354/20.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:354:20

Als bei den nicaraguanischen Parlamentswahlen am 25.2.1990, gut zehn Jahre nach dem Sieg der sandinistischen Revolution, die UNO, ein buntgeschecktes Wahlbündnis aus vierzehn Parteien, die FSLN ihrer Regierungsmacht beraubte, schien für die hiesigen Meinungsmacher, berauscht vom Zusammenbruch des Sozialismus in Osteuropa, auch in Nicaragua dessen letztes Stündlein geschlagen zu haben. Für die Zurkenntnisnahme der Tatsache, daß die Sandinisten gut 40 Prozent der Stimmen erhalten hatten und mit ihrer tiefen Verankerung in den gesellschaftlichen Strukturen nach wie vor die bei weitem stärkste politische Kraft des Landes waren, war zunächst kein Platz in den Köpfen erfolgsgewohnter Antikommunisten.

Inzwischen ist die Begeisterung längst der Ernüchterung gewichen, denn die UNO ist längst in ihre antagonistischen Bestandteile auseinandergebrochen. Die demokratischen Kräfte um die nicaraguanische Präsidentin Chamorro sind ein Bündnis mit der FSLN eingegangen und wehren sich gegen jene, die den bedingungslosen Ausverkauf an den US-Imperialismus verlangen.

Die folgenden Artikel geben einen Überblick über die aktuelle politische und ökonomische Situation in Nicaragua. Nur angedeutet werden konnte, welche Probleme die schwierige Lage für die Politik der FSLN und anderer Linkskräfte mit sich bringt.

Autorin und Autor der Artikel sind jeweils A. und U./Berlin; als Quelle diente im wesentlichen ANM (Agencia de Noticias de Nicaragua), ein Nachrichtenzusammenschnitt aus verschiedenen Zeitungen des Landes.

"Schweine sind die, die sich zurückziehen" - das entgegnete die FSLN-Abgeordnete Dora Maria Tellez den rechtsgerichteten UNO-Angehörigen bei deren Auszug aus der Nationalversammlung im Januar dieses Jahres, nachdem jene diese zuvor als Schweinestall tituliert hatten. Daß Dora Maria Tellez 1978 als Comandante Dos einem Kommando der FSLN angehörte, das den somozistischen Kongreß besetzte und diesen als "korrupten Schweinestall" bezeichnete, gehört zur Ironie der Geschichte.

Das rechtsgerichtete Wahlbündnis der UNO, welches, ursprünglich aus 14 Parteien bestehend, 1990 die Wahlen in Nicaragua gewann, ist gespalten. Der Konflikt in der UNO schwelt bereits seit ihrem Wahlsieg. Streitpunkt innerhalb der UNO ist die Zusammenarbeit der Regierung mit den SandinistInnen und wie mit den Ergebnissen von zehneinhalb Jahren sandinistischer Regierung umzugehen sei. Der größte Anteil der UNO-Angehörigen schart sich heute in offener Opposition zur Präsidentin Violetta Chamorro um den ultrarechten Vizepräsidenten Vigilio Godoy von der Liberalen Partei sowie seinen Parteikollegen, dem faschistoiden Bürgermeister von Managua, Arnoldo Aléman und den Ex-Sandinisten, Ex-Contraführer und Ex-Parlamentspräsidenten Alfredo Cesar von der Sozialdemokratischen Partei. Diese Gruppe hat sich als UNO-APO (Politische Oppositions-Allianz) konstituiert und versucht mit allen Mitteln, die Regierung von Violetta Chamorro zu stürzen. Das Verlangen der UNO-Mehrheit, die Sandinisten politisch - und wenn nötig auch physisch - zu liquidieren, die Forderungen nach Auflösung von sandinistischer Armee und Polizei sowie der Rückgängigmachung der Agrarreform und der Enteignungen aus der Zeit der sandinistischen Regierung wollte und konnte die Präsidentin nicht erfüllen.

Vor allem Chamorros Präsidialamtsminister und Schwiegersohn Antonio Lacayo ist der Organisator der Zusammenarbeit mit den Sandinisten im Parlament und bei den Rechten mindestens so verhaßt wie der Chef des Sandinistischen Volksheeres, Humberto Ortega.

Zur Krise war es gekommen, als sich Alfredo Cesar, damals noch Parlamentspräsident, im September letzten Jahres weigerte, den Posten des stellvertretenden Parlamentspräsidenten mit einem Mitglied der FSLN-Fraktion zu besetzen, so wie es den Gepflogenheiten entspricht. Die FSLN und die gemäßigte UNO-Zentrumsfraktion zogen daraufhin aus dem Parlament aus. Dies hinderte Cesar nicht daran, die ausgezogenen UNO-Abgeordneten mit Nachrückern zu ersetzen und mit diesem neugebildeten Parlament weiterhin Gesetze zu verabschieden. Der Oberste Gerichtshof Nicaraguas (5 UNO, 4 FSLN) erklärte das ganze Schauspiel für verfassungswidrig,. Da Cesars Amtszeit ohnehin im Dezember endete, wollte die Regierung ihm nicht den Gefallen tun, auf seine Provokation einzugehen und ihn, wie von ihm selber erhofft, zu verhaften - wäre ihm dies doch ein weiterer Beweis dafür gewesen, daß die Regierung die Menschenrechte mißachten würde. So wurde im Dezember ein neues Präsidium gewählt, als dessen Präsident nun Gustavo

Tablado (Sozialistische Partei und Angehöriger der gemäßigten UNO-Zentrumsfraktion) mit den Stimmen der FSLN bestimmt wurde. Einer der drei Vizepräsidenten wurde Renaldo Tefel von der FSLN.

Die nicaraguanische Bevölkerung ist jedoch nicht besonders am Parlament interessiert. In einer Meinungsumfrage im Dezember 1992 hatten 74% der Befragten geantwortet, sie wüßten nicht, was sie von einem Parlament erwarten sollten. Die UNO-APO hat mehrere außerparlamentarische Anläufe genommen, die Regierung zu stürzen. Mit einer großangelegten Massenkundgebung am 28. Februar, zu der jedoch kaum 15.000 Menschen kamen, wollten sie ihren Rückhalt in der Bevölkerung demonstrieren. Bei mehreren Besuchen im Norden des Landes trafen sich Aleman und Godoy in den Nordprovinzen des Landes mit den Recontra-Führern und riefen diese dazu auf, ihre Überfälle zu intensivieren und den Krieg in die Städte zu tragen.

Ein besonderes Possenstück vollführten die Rechten mit einer inszenierten Botschaftsbesetzung in Costa Rica. Vom 8. bis 22. März besetzte das Kommando Yolaina unter Anführung von Manuel Urbina Lara das Gebäude der nicaraguanischen Botschaft in San José und nahm den Botschafter Alfonso Robelo und seine Mitarbeiterinnen als Geiseln. Für deren Freilassung forderten die Besetzer eine Million Dollar für sich sowie die Absetzung von Humberto Ortega und Antonio Lacayo, ein Verfahren gegen den ehemaligen Chef der Staatssicherheit, L. Cerna, die Wiedereinsetzung des Rechnungsprüfers G. Potoy und die Einrichtung eines "Sozialfonds" von 5 Mio. Dollar unter Verwaltung des Kardinals Obando y Bravo. Sie erhielten letzten Endes 250.000 Dollar, eine Menge publicity und konnten unbehelligt abziehen. Botschafter Robelo ließ derweil sein großes Verständnis für die Besetzer verlauten, was nicht verwundert, waren doch er und Urbina 1984 in Costa Rica im selben Contra-Verband unter Anführung von Alfredo Cesar (Bloque Oppositora Sur) gewesen.

Weitaus erfolgreicher ist die Propagandaarbeit der UNO-APO in den USA. Gemeinsam mit dem republikanischen Senator Jesse Helms gelang es Alfredo Cesar, die noch unter Bush angekündigte Fortsetzung der US-Finanzhilfe für Nicaragua wieder aufkündigen zu lassen. Hatte die nicaraguanische Regierung schon im September 1992 die gesamte sandinistische Führungsspitze der Polizei entlassen, um den USA entgegenzukommen, setzt die Clinton-Administration jetzt auf die Entmachtung von A. Lacayo und H. Ortega. Lacayo reiste im März 1993 nach Washington, um die Wiederaufnahme der US-Finanzhilfe zu erzielen. Er kam nur mit vagen Versprechungen zurück, hatte dafür jedoch der Einrichtung einer "Wahrheitskommission" zugestimmt, der Repräsentanten der Vereinten Nationen, des US-Kongresses sowie der Organisation amerikanischer Staaten angehören sollen. Die Funktion dieser Kommission ist nicht endgültig geklärt. Etwas Ähnliches wurde bereits im Herbst 1992 von John F. Maisto in Form einer "Honoratioren-Junta" zur Kontrolle der Regierung gefordert, seinerzeit jedoch von Violetta Chamorro als Einmischung in die inneren Angelegenheiten zurückgewiesen. John F. Maisto wurde nun von Clinton als neuer US-Botschafter in Nicaragua eingesetzt und wird sicherlich im Sinne der Ultrarechten tätig werden. Seine Laufbahn spricht für sich: Als 24jähriger wurde er 1962 von der CIA angeworben, war Botschaftsangehöriger in Bolivien während der Ermordung Che Guevarras, war 1978 als "Regisseur des Sturzes" vom Diktator Ferdinand Marcos auf den Philippinen tätig und von 1986 an in Panama bis zum Sturz von General Noriega 1989 aktiv.

Vor diesem Hintergrund ging die FSLN immer deutlicher dazu über, die Regierung Chamorro gemeinsam mit der Zentrumsgruppe (8 UNO-Gemäßigte) zu unterstützen, mit denen sie im Parlament die Mehrheit bilden. Im Januar übernahmen dann etwas überraschend und ohne Diskussion zwei FSLN-Mitglieder Regierungsposten: Fernand Guzman wurde Tourismusminister und Alvaro Fiallos von der Bauernunion UNAG wurde stellvertretender Direktor des staatlichen Institutes für Agrarreform. Auch zuvor schon hatte die FSLN bei vielen Gesetzesvorlagen mit der Regierung gestimmt. Es ist wohl so, daß die FSLN-Parlamentarier mehrheitlich davon ausgehen, daß der Widerstand gegen die sozialen Auswirkungen der Regierungspolitik besser von der Basis organisiert wird, wie es der erfolgreiche Streik der Studenten gegen die Kürzung des Hochschuletats auch unter Beweis stellte, derweil sie die Regierung gegen die Angriffe von rechts stützen. Die FSLN läuft Gefahr, in dieser komplizierten Situation zerrieben zu werden. Um das Land nicht weiter zu destabilisieren, toleriert sie eine Politik, die zur rasanten Verarmung großer Bevölkerungsschichten führte und verliert dadurch zunehmend Rückhalt in der Parteibasis.

Wirtschaft: Widerstand gegen die Privatisierung

"Nur die Arbeiter und Bauern werden bis zum Ende gehen". So sagte es Augusto César Sandino, und so steht es an einem Monument in Managua.

In den drei Jahren neoliberaler Politik unter der Regierung von Violetta Chamorro hat sich für die lohnabhängigen und bäuerlichen Massen unter den vier Millionen Einwohner des Landes das Rad der Geschichte zurückgedreht. Denn die Regierung hat alles daran gesetzt, Geldwertstabilität und Kreditwürdigkeit wiederherzustellen. Im sozialen Sektor wurden radikale Haushaltskürzungen vorgenommen. Staatliche Betriebe wurden in großem Maße geschlossen oder privatisiert. Kredite für Kooperativen und Kleinbetriebe werden kaum mehr vergeben. Alle Außenhandels- und Investitionsbeschränkungen wurden aufgehoben. Das Ergebnis: Die Arbeitslosigkeit in Nicaragua liegt bei 60%, und das Land hat Haiti den ersten Rang als ärmstes Land Lateinamerikas abgelaufen. Das Gesundheitswesen liegt am Boden, und Hunger und Cholera sind wieder alltäglich geworden. Der Exporterlös des Landes liegt mit 220 Mio. US-Dollar pro Jahr unter dem Stand der Kriegsjahre. Ein Lehrer verdient 50 US-Dollar im Monat - wenn er verdient. Aber der Cordoba ist stabil und die Netto-Kreditaufnahme beträgt 800 Mio. US-Dollar pro Jahr, denn die Kreditwürdigkeit des Landes ist wieder hergestellt.

Die Ratlosigkeit der Sandinisten in dieser Situation erklärt sich aus den fehlenden Alternativen. Sicherlich würden sie das Land nicht so den alten Somozisten feilbieten und die Lasten nicht so auf dem Rücken der Massen abladen, aber man darf nicht vergessen, daß das revolutionäre Nicaragua seinen Kreditbedarf Ende der 80er Jahre von ca. 1,1 Mia. US-Dollar pro Jahr zu 800 Mio. US-Dollar aus den sozialistischen Ländern erhielt, Waffenlieferungen nicht eingerechnet. Neben dem wirtschaftlichen Druck und dem neoliberalen Konzept kommt der politische Druck hinzu. Wenngleich es die FSLN erreicht hat, die in der Verfassung verankerte rechtmäßige Enteignung somozistischer Eigentümer zu verteidigen, gab die Regierung dem Druck aus den USA nach, enteigneten US-Bürgern ihren Besitz zurückzugeben. Nun wurde aber dem Großteil der in den USA "exilierten" NicaraguanerInnen praktischerweise die US-Staatsbürgerschaft verliehen. Und so fahren die alten Visagen mit neuen Pässen wieder auf "ihren" Fincas vor.

Auf vielfältige Weise gibt es Widerstand gegen diese Entwicklung. Nach massiven Streiks des sandinistischen Gewerkschaftsbündnisses FNT hat dieses gemeinsam mit der FSLN die Regierung zu Zugeständnissen gezwungen: Bei Privatisierungen muß der Betriebsbelegschaft ein Ankaufsrecht auf 25% der Aktienpakete garantiert werden, die sie innerhalb von zehn Jahren bezahlen müssen. Heute, nach Abschluß der sogenannten "zweiten Privatisierungsphase", stellt der Produktionsbesitz der ArbeiterInnen zweifellos den größten Besitzblock aller Produktionsmittel in Nicaragua dar. In der Landwirtschaft heißt dies, daß 105.750 Hektar Land, 14 industrielle Produktionseinheiten und fünf Dienstleistungsbetriebe ganz oder anteilsweise 18.437 ArbeiterInnen-Aktionären gehören. Für den Erwerb dieses Produktionsbesitzes müssen die Beschäftigten dem Staat rund 170 Mio US-Dollar zahlen. In der Industrie gehören 82 Betriebe ganz oder anteilsweise den ArbeiterInnen-Aktionären, deren Zahl noch nicht feststeht. Auch der Kaufpreis ist noch unbekannt. Über den Verkauf von weiteren Staatsbetrieben wird noch verhandelt.

Dieses Vorgehen stellt die größe Herausforderung für die Gewerkschaften dar, viele befürchten die Herausbildung einer Arbeiteraristokratie. So warnt denn auch der Wirtschaftsberater der FNT, Felix Contreras: "Wenn natürlich alle (Gewerkschaften) jetzt anfangen, wie Unternehmer zu denken, dann wird es eine Fahnenflucht im Kampf für die Besitzlosen geben." Contreras fordert die ArbeiterInnen-Aktionäre auf, "die Betriebsführung mit dem Kampf der armen Bevölkerung zu verbinden und eine angemessene gewerkschaftliche Strategie zu entwickeln". Der Klassencharakter der Machtfrage würde sich durch die Unterschrift unter die Privatisierungsvereinbarungen nicht ändern. Doch jeder Fußbreit muß erkämpft werden. So begannen am 25. Februar 10.000 ArbeiterInnen des Zuckerrohrwerkes San Antonio einen Streik für eine 20%ige Lohnerhöhung und forderten die Einhaltung der Privatisierungsabkommen. Die wiedereingesetzten Eigentümer Pellas, von den Sandinisten 1988 enteignet, weil sie die Produktion herabsetzten, warfen den Streikenden jetzt Betriebssabotage vor. Armee und Polizei besetzten das Werk, bei Schießereien wurden mehrere ArbeiterInnen verletzt. Ein Arbeiter wurde verbrannt in einem Zuckerrohrfeld aufgefunden, 48 Streikende wurden verhaftet und die Wohnungen vieler Gewerkschaftsmitglieder durchsucht. Unter dem Schutz von Armeeeinheiten sind aus den Nachbarregionen rekrutierte Streikbrecher damit beauftragt worden, den bereits produzierten Zucker zum Hafen von Corinto zu transportieren. Solcherlei blutige Auseinandersetzungen hat es bisher viele gegeben. Ob bei ENABUS, dem ehemals staatlichen Busunternehmen, das heute als Kollektiv "Parales Vallejos" gänzlich in ArbeiterInnenhand ist oder bei vielen Landbesetzungen von Kooperativenangehörigen zur Verhinderung einer Rückgabe des Landes an die ehemaligen Besitzer oder bei Protesten von Kriegsversehrten, Schülern oder Lehrern für ihre berechtigten Forderungen.

Unter diesen harten Bedingungen haben Frauen ihre eigenen speziellen Organisationsformen entwickelt: Ihr zweijähriges Bestehen feierte vor kurzem die einzige Frauenfront Nicaraguas, "Frente Norte Nora Astorga", benannt nach der sandinistischen Guerrillera und Diplomatin. Heute gehören 416 meist alleinstehende Frauen, die zumeist Angehörige des Sandinistischen Volksheeres oder der Contra waren, dieser Gruppe an, die in Ocotal im Norden des Landes im Dezember 1991 durch die Besetzung des Post- und Fernmeldeamtes und von neun Hektar Land auf sich aufmerksam machte. 65 Frauen arbeiten direkt am Bau von Häusern, 18 als Holzfällerinnen und die restlichen betreiben Zuarbeit.

Im Februar diesen Jahres organisierten sich 1314 Frauen im Department Matagalpa in der Kredit- und Dienstleistungskooperative "La Nortena". Sie besitzen zusammen 2000 Rinder, 1700 Schweine, 3000 Hühner und 54.000 US-Dollar Geschäftskapital. Diese beiden Projekte sind jedoch nur die aufsehenerregendsten neben einer Vielzahl kleinerer. Diese Beispiele zeigen, daß gerade heute, wo der große "rote Bruder" nicht mehr existiert, die Solidarität erst recht gefordert wäre. Leider ist hier derzeit eine gegenteilige Entwicklung zu verzeichnen.

Bewaffnete Auseinandersetzungen

Die Zahl der bewaffneten Aufständischen in Nicaragua ist aus verständlichen Gründen nur schätzungsweise zu beziffern. Neben den ständig bewaffneten Gruppen gibt es angesichts der Menge kriegserfahrener Personen und dem großen Waffenarsenal in privaten Händen ein großes Potential an Kämpfern. Nach Angaben des Sandinistischen Volksheeres (EPS) haben die Sonderbrigaden für Entwaffnung (BED) 1992 43.447 Kriegswaffen (automatische und Maschinengewehre, Granatwerfer, Mörser, Raketen, Minen und Sprengstoff) eingesammelt. Diese Menge hätte nach Angaben des EPS-Sprechers Oberstleutnant Ricardo Wheelock ausgereicht, um die Armeen Honduras' oder Guatemalas kampffähig auszurüsten. Die BED fahnden noch nach schätzungsweise 30.000 weiteren Kriegswaffen in Nordnicaragua. Nach EPS-Angaben gibt es gegenwärtig 26 bewaffnete Gruppen von insgesamt ca. 800 Recontras, die sich in drei Nordregionen aufhalten.

Die Ursachen für die Wiederbewaffnung sind in erster Linie ökonomischer Natur. Die Versprechungen der Landvergabe und Kreditbereitstellung für die nahezu 20.000 entwaffneten Contras sind bei weitem nicht eingehalten worden, zudem werden Recontraverbände direkt von Exil-Nicaraguanern in den USA finanziert und von den rechtsgerichteten UNO-Politikern angeheizt, den Mord an allem, was nach Sandinist riecht, wieder aufzunehmen. In der Zeit von September 1991 bis September 1992 verzeichnete die nicaraguanische Menschenrechtsorganisation CENIDH 490 politisch motivierte Morde. Da in proimperialistischen Medien wie FAZ und Neue Zürcher Zeitung von "sandinistischen Todesschwadronen" gesprochen wird, muß man sich die Zahlen näher anschauen. Die Opfer waren 113 Bauern und Bäuerinnen, 49 Polizisten und EPS-Soldaten, 73 FSLN-Mitglieder, drei UNO-Mitglieder, neun Gewerkschaftsmitglieder und 39 Menschen ohne politische Zugehörigkeit sowie 204 ehemalige Contra-Angehörige. Von letzteren starben 87 bei Auseinandersetzungen mit ihren früheren Kameraden, 47 bei militärischen Auseinandersetzungen mit dem EPS und 39 bei Kämpfen mit sandinistischen Recompas.

Es waren wohl auch mehr die gezielten Morde an drei prominenten Angehörigen der Contra bzw. der nicaraguanischen Rechten durch die sogenannten "linken Streitkräfte" (FPI) gemeint. Neben dem ehemaligen Somoza-Offizier und Contra-Gründer Oscar Bermudez, der im vorletzten Jahr vor dem Hotel Intercontinental in Managua erschossen wurde, töteten sie auch den Unternehmer und Vorsitzenden der "Vereinigung der Enteigneten", Sequeira, sowie einen wohlhabenden Kaffeeplantagenbesitzer in der Nähe Jinotegas. Als Chef der FPI enthüllte sich in einem in den Bergen durchgeführten Interview Frank Ibarra. Dieser war bis zu seinem Ausscheiden im Juli 1992 Oberstleutnant des militärischen Sicherheitsdienstes im EPS. In einem Kommuniqué erklärte er: "Wir sind keine Terroristen, sondern wollen mit den Henkern des Volkes Schluß machen, die ihm die Ländereien, die Fabriken und die Häuser wegnehmen wollen, die es durch die Revolution bekommen hat." Wenngleich diese Aktionen dem Ziel der FSLN, den Frieden im Land aufrechtzuerhalten und sich als politische Kraft zu behaupten, einen Strich durch die Rechnung machen, sprechen sie doch genau das Empfinden eines großen Teils der sandinistischen Basis an.

35. "Du verlierst Deine Kultur und Geschichte." Auszüge aus einem Interview mit Mitgliedern der American Indian Movement

Auszüge aus einem Interview mit Ward Churchill und Bob Robideau vom American Indian Movement

Rubrik: Nationale Befreiungsbewegung; USA · CD-Datei: daten/aksuche/ak354/25.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:354:25

Auszüge aus einem Interview mit Ward Churchill und Bob Robideau

vom American Indian Movement

Frage: Könntet Ihr bitte mit kurzen Lebensläufen beginnen?

Bob: Mein Name ist Bob Robideau. Ich bin seit 18 Jahren Mitglied von AIM (American Indian Movement; Anm. d. Übers.), und momentan bin ich der nationale Koordinator für das Leonard Peltier Verteidigungskomitee. Ich bin Onishnabe aus Turtle Mountain und Water Land.

Ward: Mein Name ist Ward Churchill, Creek-Cherokee-Matee, d.h. gemischter Herkunft und gemischter Kultur. Ich bin Co-Direktor der AIM-Regionalgruppe in Colorado und Gastprofessor für Indianische Studien an der Universität von Colorado. Meine Veröffentlichungen befassen sich u.a. mit Themen der Native Americans sowie mit der Situation der politischen Gefangenen in den USA und antiimperialistischen Themen.

Frage: Könntet Ihr bitte die momentane Situation der Native-Bevölkerung innerhalb und außerhalb der Reservationen in den USA beschreiben? Gibt es z.Zt. Anzeichen für ein Wiedererstarken des Kampfes der Native Americans um Selbstbestimmung und die Einhaltung der bestehenden Verträge mit der US-Regierung?

Bob: Die momentane Situation der Native Bevölkerung in den USA kann am besten als ein Belagerungszustand durch die multinationalen Konzerne und die US-Regierung beschrieben werden. Das Ziel der multinationalen Konzerne ist der Zugriff auf die Bodenschätze, die sich in den USA unter den Gebieten der Natives befinden. Die Konzerne versuchen mit Unterstützung der US-Regierung und mit Hilfe korrupter Stammesregierungen, sich den Zugriff auf diese Bodenschätze zu sichern.

Vor 1934 wurden die Angelegenheiten der Native Nations durch traditionelle Formen der Regierung, die sich aus den Ältesten, den Medizinmännern und den Repräsentanten der Vereinigungen der jeweiligen Native Nations zusammensetzten, geregelt. Durch ein Gesetz des US-Senats wurden diese traditionellen Vertretungen abgeschafft und durch Marionettenregierungen der US-Regierung ersetzt.

Frage: Was sind die momentanen ökonomischen und sozialen Bedingungen für die Natives innerhalb und außerhalb der Reservationen?

Ward: Für AnfängerInnen: Die über 300 Nationen der Natives in den USA wurden auf ca. 3% ihres ursprünglichen Landes zurückgedrängt. Diese 3% stehen zumindest nominell unter der Kontrolle der Native Nations. Da dieser Verdrängungsprozeß in einem Zeitraum stattgefunden hat, in dem Landwirtschaft der dominierende Faktor in der US-Wirtschaft war, folgte daraus, daß die Gebiete, die unter der Kontrolle der Natives verblieben sind, diejenigen waren, die den damaligen US-Ökonomen und Politikern am unbrauchbarsten für die Landwirtschaft erschienen. D.h. es handelt sich zumeist um halb-trockene Gebiete. Mit anderen Worten - den Natives wurde das Land gelassen, das sonst niemand haben wollte.

Ironischerweise stellte sich heraus, daß unter diesem Land fast 60% der US-Uranreserven liegen. Das macht sie in den Augen der US-Regierung übrigens automatisch zu nationalen US-Ressourcen. Unter dem Land der Natives befinden sich etwa 1/4 bis 1/3 der direkt abbaubaren Kohle, zwischen 15 und 20% der Erdölreserven in Nordamerika, Naturgas und Kupfer sowie Schwefelperoxid und eine Reihe anderer Ressourcen. Folgen wir nun den Erhebungen der US-Bevölkerungsstatistiker, dann leben ca. 1,6 Millionen Natives in den heutigen USA. Angesichts der Ressourcen, die sich auf dem Land der Natives befinden, müßte davon ausgegangen werden, daß das Native-Nordamerika von der wohlhabendsten Bevölkerungsgruppe in den USA bewohnt sein sollte. Doch laut Regierungsstatistiken stellen Natives überall die ärmste Bevölkerungsgruppe in Bezug auf

Jahreseinkommen und lebenslanges Gesamteinkommen dar. Die Kindersterblichkeit unter Natives ist neunmal so hoch wie die der Gesamtbevölkerung. Zu den Todesursachen in der Native-Bevölkerung zählt eine überdurchschnittlich hohe Rate von Todesfällen durch Unterernährung und Erfrieren sowie die weite Verbreitung von Tuberkulose und anderen endemischen Krankheiten, die in der restlichen US-amerikanischen Bevölkerung kaum verbreitet sind. Die Selbstmordrate von jugendlichen Natives ist siebenmal so hoch wie bei US-amerikanischen Jugendlichen, gekoppelt mit Alkoholismus und geringer schulischer Ausbildung. Die durchschnittliche Arbeitslosigkeitsquote in der Native Bevölkerung liegt bei 65%, wobei einige der größeren Reservationen noch weit über diesem Durchschnitt liegen. Z.B. liegt die Arbeitslosigkeit auf der Pine Ridge Reservation in South Dakota seit dem Ende der 60er Jahre konstant bei über 80%. Die einzigen Arbeitsplätze für Natives auf den Reservationen sind in eben der Bürokratie zu finden, die für diese Zustände verantwortlich ist, d.h. bei der Bundesbehörde für Indianische Angelegenheiten (BIA). Also arbeitest du entweder für die Unterdrücker deines Volkes, oder du verläßt die Reservation. Ca. 50% der Native-Bevölkerung wurde durch staatliche Programme aus den Reservationen vertrieben, u.a. durch die Verschleppung von Native-Kindern in weit entfernte Internate, durch sog. Ausbildungsprogramme außerhalb der Reservationen etc. Diese Programme zielen darauf ab, die Native-Bevölkerung zu brechen und ihre kulturelle Identität zu zerstören.

Bob: Die heutigen Programme müssen im Kontext der Assimilationspolitik der US-Regierung gegenüber der Native-Bevölkerung seit dem 19. Jahrhundert gesehen werden. Zu Beginn des 19. Jahrhunderts wurden die ersten Reservationen geschaffen. Diese Politik wurde dann 1887 durch das sog. Dawes-Gesetz vollendet, durch das der traditionell kollektive Landbesitz der Native Nations abgeschafft wurde. 100 Millionen Hektar Reservationsland - d.h. 2/3 der damalien Reservationsgebiete - wurden dadurch geraubt, daß der kollektive Landbesitz verboten wurde und einzelnen "anerkannten" Natives Grundbesitztitel übertragen wurden.

Es ist noch eine ganz andere Frage, wer laut der bundesstaatlichen Definition ein Native ist und wer aus diesem bundesstaatlichen Kontingent herausfällt. Eigentlich sollte diese Definition der Kontrolle der Native Nations unterliegen, sie wurde aber über das letzte Jahrhundert hinweg völlig von der US-Regierung vereinnahmt. Gleichzeitig begann die US-Regierung mit einer Politik der Assimilation von Natives in der US-Gesellschaft. Eine Grundidee dieser Politik war und ist es, die Native-Kinder zu indoktrinieren, sie von ihrer Kultur und ihren Zusammenhängen zu trennen und ihnen eine fremde, europäisch orientierte Kultur aufzuzwingen. Eine wichtige Rolle spielt dabei die Sprache - sie ist der Schlüssel zum Überleben eines Volkes. Ohne die eigene Sprache verlierst du Deine Kultur und Deine Geschichte. Unsere Geschichte ist immer eine mündlich überlieferte gewesen. Durch die Assimilationspolitik ist es der US-Regierung teilweise gelungen, unsere Sprachen und damit teilweise auch unsere Kultur zu unterdrücken. Ein Teil unseres Kampfes heute besteht darin, unsere Leute wieder zu ihrer Sprache und unserer Kultur zurückzuführen. Wir haben dabei vor allem mit Hilfe unserer religiösen Praxis, die weiterhin durch die US-Regierung bedroht wird, einige Erfolge erzielt.

Ward: Es handelt sich hier nicht um theoretische oder oberflächliche Probleme, sondern um die Aneignung bzw. die Enteignung indigenen Wohlstands mit all ihren Konsequenzen für die Menschen. Es geht um die Reduzierung ihres Lebensstandards auf das, was normalerweise als Dritte-Welt-Bedingungen bezeichnet würde. Wir nennen es Vierte-Welt, weil es sich um die Native-Bevölkerung handelt.

Um diesen Komplex abzuschließen: Die Lebenserwartung eines Native-Mannes, der auf einer Reservation lebt, beträgt jetzt gerade 44,6 Jahre. Im Vergleich dazu liegt die Lebenserwartung der durchschnittlichen US-Bevölkerung bei 70 Jahren. Die Lebenserwartung für die auf Reservationen lebenden Native-Frauen liegt bei ungefähr 48 Jahren.

Bob: Vor diesem Hintergrund wurde dann 1968 AIM in Minnesota gegründet. AIM wurde von Natives aus verschiedenen Nationen gegründet, die in dieser Zeit hauptsächlich gegen die schlechten Lebensbedingungen der Natives in den Städten kämpften. AIM erkannte dann sehr schnell, daß wir uns mit der nationalen Frage der Native Nations auseinandersetzen mußten. Wir mußten uns mit diesem Thema beschäftigen, da die Frage der Selbstbestimmung in unserem eigenen Land der Schlüssel ist, um alle anderen Probleme zu lösen. Das ist also die Rolle, die AIM übernommen hat. (...)

Frage: Wie ist AIM momentan organisiert und wo liegen die politischen Schwerpunkte der Organisierung?

Ward: Es gibt noch einige aktive AIM-Ortsgruppen, die sich öffentlich als solche definieren, z.B. in Denver, Minneapolis und in der Gegend von San Francisco. In den meisten Gegenden mit einem hohen Bevölkerungsanteil von Natives existieren lokale Native-Organisationen, die aus dem AIM hervorgegangen sind - unabhängig davon, ob sie formal AIM-Ortsgruppen sind, sind sie den gleichen politischen Zielen verpflichtet.

1979, nachdem John Trundells Familie ermordet worden war, haben wir entschieden, daß wir dem Repressionsapparat nicht länger einfache Zielscheiben bieten wollten. Viele AIM-AktivistInnen standen unnötigerweise ständig im Rampenlicht und waren dadurch gefährdet. Wir wollten die Arbeit des Repressionsapparates so sehr wie möglich erschweren, u.a. dadurch, daß Einzelpersonen und Organisationen, die den politischen Zielen von AIM nahestehen, sich nicht per se als AIM-Mitglieder definieren. Wir denken, daß die momentane Form der Organisierung einen Fortschritt darstellt im Vergleich zur Situation in den 70er Jahren.

Es ist schwierig, genau zu sagen, wieviele aktive Mitglieder und Mitgliedsorganisationen AIM hat, da das Engagement oft von konkreten Situationen abhängt. Wenn es ein Thema gibt, zu dem gearbeitet werden muß, beteiligen sich viele Menschen, die ansonsten unsichtbar bleiben. Wenn die Situation ein derartiges Engagement nicht erfordert, leben sie ihren Alltag, was ja auch ein Bestandteil des Kampfes ist.

Bob: Wichtig ist hierbei, zu verstehen, daß AIMs ursprüngliche Strukturen stark familienorientiert waren. Überall, wo AIM-Ortsgruppen ursprünglich entstanden, bildeten sie sich um Familienstrukturen und mit deren Mentalität. Verschiedene AIM-Gruppen in den 70ern waren fast wie Familieneinheiten. Diese Struktur erschwerte es der US-Regierung teilweise, AIM - im Gegensatz z.B. zu den weißen Anti-ImperialistInnen - zu infiltrieren. Nach der Belagerung von Wounded Knee und dem Angriff auf das Camp in Oglala 1975 kehrten viele von uns in unsere Heimatreservationen zurück. Wir konzentrierten unsere Anstrengungen auf die politische Umsetzung unserer Vorstellungen, d.h. darauf, den Kampf um die Souveränität und Selbstbestimmung in unseren Reservationen fortzusetzen. Als Ergebnis dieser Arbeit sind heute eine Menge Veränderungen innerhalb der unterschiedlichen Native-Völker sichtbar. Sie bestehen auf der Wahrung ihrer Souveränität und fordern von der US-Regierung, daß sie die bestehenden Verträge einhält und sie als souveräne Nationen respektiert. Ein Beispiel dafür ist das Volk der Mohawks, das sowohl in den USA als auch in Kanada lebt. Das Volk der Mohawks hat die Position eingenommen, daß es weder der US-Regierung noch der kanadischen Regierung erlauben wird, weiterhin ihr Land zu stehlen. Sie werden gegen jeden weiteren Landraub kämpfen. Sie haben zu den Waffen gegriffen, um nicht nur ihr Land, sondern auch ihr Recht auf Selbstbestimmung zu verteidigen.

Meiner Ansicht nach ist die Lektion hier: Andere Zeiten, veränderte Taktiken. AIM-AktivistInnen sind wieder zuhause in ihren Reservationen und setzen die Arbeit dort fort. Die AIM-Regionalgruppe im Südwesten z.B. ist zum Leonard-Peltier-Verteidigungskomitee geworden und kämpft seit 15 Jahren für Leonards Freiheit. Darüber hinaus beteiligen wir uns an den aktuellen Kämpfen wie in Big Mountain oder den Black Hills.

Ward: In den letzten Monaten ist z.B. in Milwaukee eine AIM-Ortsgruppe aus den Fischereirechtskämpfen in Wisconsin entstanden. Wie gesagt, wenn ein Thema in den Vordergrund rückt, gibt es auch viele Aktivitäten. Ansonsten arbeiten die Menschen daran, ihre eigenen Communities zu stärken. Das sind die alltäglichen Aktivitäten und nicht die grandiosen Kämpfe, die von Zeit zu Zeit - aber nicht als konstanter Faktor - notwendig sind.

Bob: Ein weiteres Gebiet, in dem AIM aktiv ist, ist die Erziehung und Ausbildung unserer jüngsten Generation. Wir haben mehrere Survival Schools (Überlebensschulen) in den USA und Kanada, z.B. das Rote Schulhaus in Minneapolis. Darüber hinaus konzentrieren wir uns auf den Kampf um die Freiheit der Religionsausübung. (...)

Aus: 500 Jahre Kolonialismus - 500 Jahre Widerstand, Januar 1991

Bezug über: Komitee Right On c/o Papiertiger, Cuvrystr. 25, 1000 Berlin 36

Veranstaltungsreihe mit AIM-AktivistInnen

Vom 17.5. bis zum 1.6.1993 werden vier VertreterInnen des American Indian Movement (AIM) - Ward Churchill, Annette Jaimes, Paulette D'Auteuil und Bob Robideau - für eine Veranstaltungs- und

Informationsrundreise in der BRD sein. Inhaltliche Schwerpunkte sind u.a. aktuelle Landkämpfe indianischer Nationen in Nordamerika, die Situation von indianischen Frauen, die Frage der politischen Gefangenen sowie Bündnisarbeit zwischen Indianern und Weißen. Ein weiterer inhaltlicher Schwerpunkt wird antirassistische und antifaschistische Arbeit sein.

Annette Jaimes ist Mitglied des AIM Colorado und ehemalige Delegierte des International Indian Treaty Council. Sie arbeitet als Dozentin für indianische Studien an der Universität von Boulder, Colorado, und als Autorin.

Paulette D'Auteuil ist eine weiße Anti-Imperialistin und seit den frühen 70er Jahren als Unterstützerin von AIM aktiv. Sie war u.a. Herausgeberin der Zeitung "In the Spirit of Crazy Horse" und arbeitet als Photographin.

Bob Robideau ist seit 20 Jahren Mitglied von AIM. Er war Mitangeklagter im Prozeß gegen Leonard Peltier und arbeitete mehrere Jahre als nationaler Koordinator des Leonard Peltier Defense Committee.

Ward Churchill ist Co-Director von AIM Colorado und hat das Programm für indianische Studien an der Universität von Boulder, Colorado, aufgebaut, wo er auch weiterhin unterrichtet. Er ist Autor mehrerer Bücher u.a. zur Geschichte der indianischen Landkämpfe sowie zum Aufstandsbekämpfungsprogramm des FBI.

In den folgenden Städten wird es gemischte Veranstaltungen und Frauen/Lesben-Veranstaltungen geben:

18. & 19.5. Wiesbaden und Mainz 20. & 21.5. Lörrach 22. & 23.5. Leipzig 24. & 25.5. Berlin 26.5. Rostock 27.5. Hamburg 28.5. Göttingen 29.5. Düsseldorf 30.5. & 1.6. Amsterdam

(genaue Orts- und Zeitangaben sind durch die lokalen Infostrukturen zu erfahren oder über: Komitee Right On, c/o Papiertiger, Cuvrystr. 25, 1000 Berlin 36)

36. Kapitalismus und Hausarbeit. Die Reproduktion als Grundlage kapitalistischer Geschlechterspaltung

Betrachtungen über die Reproduktion als Grundlage kapitalistischer Geschlechterspaltung

Rubrik: Frauen; Theorie · CD-Datei: daten/aksuche/ak354/01.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:354:01

Statt eines Vorworts

"Der Wert der Arbeitskraft, gleich dem jeder anderen Ware, ist bestimmt durch die zur Produktion, also auch Reproduktion, dieses spezifischen Artikels notwendige Arbeitszeit." (...)

"Die Konsumtion des Arbeiters ist doppelter Art. In der Produktion selbst konsumiert er durch seine Arbeit Produktionsmittel und verwandelt sie in Produkte von höherem Wert als dem des vorgeschossenen Kapitals. Das ist seine produktive Konsumtion. Sie ist gleichzeitig Konsumtion seiner Arbeitskraft durch den Kapitalisten, der sie gekauft hat. Andererseits verwendet der Arbeiter das für den Kauf der Arbeitskraft gezahlte Geld in Lebensmittel: Das ist seine individuelle Konsumtion. Die produktive und die individuelle Konsumtion des Arbeiters sind also total verschieden. In der ersten handelt er als bewegende Kraft des Kapitals und gehört dem Kapitalisten; in der zweiten gehört er sich selbst und verrichtet Lebensfunktionen außerhalb des Produktionsprozesses. Das Resultat der einen ist das Leben des Kapitalisten, das der anderen ist das Leben des Arbeiters selbst.

Bei Betrachtung des ‚Arbeitstags` usw. zeigte sich gelegentlich, daß der Arbeiter oft gezwungen ist, seine individuelle Konsumtion zu einem bloßen Inzident (1) des Produktionsprozesses zu machen. In diesem Fall setzt er sich Lebensmittel zu, um seine Arbeitskraft in Gang zu halten, wie der Dampfmaschine Kohle und Wasser, dem Rad Öl zugesetzt wird. Seine Konsumtionsmittel sind dann bloße Konsumtionsmittel eines Produktionsmittels, seine individuelle Konsumtion direkt produktive Konsumtion. Dies erscheint jedoch als ein dem kapitalistischen Produktionsprozeß unwesentlicher Mißbrauch.

Anders sieht die Sache aus, sobald wir nicht den einzelnen Kapitalisten und den einzelnen Arbeiter betrachten, sondern die Kapitalistenklasse und die Arbeiterklasse, nicht den vereinzelten Produktionsprozeß der Ware, sondern den kapitalistischen Produktionsprozeß in seinem Fluß und in seinem gesellschaftlichen Umfang. - Wenn der Kapitalist einen Teil seines Kapitals in Arbeitskraft umsetzt, verwertet er damit sein Gesamtkapital. Er schlägt zwei Fliegen mit einer Klappe. (...) Das im Austausch gegen Arbeitskraft veräußerte Kapital wird in Lebensmittel verwandelt, deren Konsumtion dazu dient, Muskel, Nerven, Knochen, Hirn vorhandener Arbeiter zu reproduzieren und neue Arbeiter zu zeugen. Innerhalb der Grenzen des absolut Notwendigen ist daher die individuelle Konsumtion der Arbeiterklasse Rückverwandlung der vom Kapital gegen Arbeitskraft veräußerten Lebensmittel in vom Kapital neu exploitierbare (2) Arbeitskraft. Sie ist Produktion und Reproduktion des dem Kapitalisten unentbehrlichsten Produktionsmittels, des Arbeiters selbst. Die individuelle Konsumtion des Arbeiters bleibt also ein Moment der Produktion und Reproduktion des Kapitals, ob sie innerhalb der Werkstatt, Fabrik usw., innerhalb oder außerhalb des Arbeitsprozesses oder bestimmten Phasen desselben geschieht. Es tut nichts zur Sache, daß der Arbeiter seine individuelle Konsumtion sich selbst und nicht dem Kapitalisten zulieb vollzieht. So bleibt der Konsum des Lastviehs nicht minder ein notwendiges Moment des Produktionsprozesses, weil das Vieh selbst genießt, was es frißt. Die beständige Erhaltung und Reproduktion der Arbeiterklasse bleibt beständige Bedingung für die Reproduktion des Kapitals. Der Kapitalist kann ihre Erfüllung getrost dem Selbsterhaltungs- und Fortpflanzungstrieb der Arbeiter überlassen." (Karl Marx, Das Kapital, Bd. I, MEW Bd. 23, S.596ff, Berlin 1983)

Einleitung

Scharf analysiert Marx die Reproduktion der ArbeiterInnen als Teil der Reproduktion des Kapitals. Das "Leben" im entwickelten Kapitalismus ist vollständig durchdrungen von den Gesetzen des Wertes. Freiräume gibt es nicht. Bei näherer Betrachtung der Zitate und auch beim Studium anderer Quellen des Marxismus fällt jedoch die konsequente Ausblendung jener Art Arbeit (3) auf, die zur Verarbeitung der Menge an Lebensmittel notwendig ist, in der sich der Wert der Ware Arbeitskraft vergegenständlicht. Die Reproduktionsmittel, die auf dem Markt vorgefunden werden, sind selten in einem Zustand, der den direkten Verbrauch erlaubt, bzw. bleiben nicht in einem solchen Zustand. Das Fleisch und die Kartoffeln müssen zubereitet werden, der Topf

und die Teller gespült, Hosen und Hemden gewaschen, geflickt, gebügelt werden usw. Auch die Generationen neuer Arbeitskräfte entstehen nicht von allein aus dem "Selbsterhaltungs- und Fortpflanzungstrieb der Arbeiter". Ihre Aufzucht und Konditionierung (4) erfordern Dienstleistungen, die auch nach 150 Jahren entwickelter Warenproduktion nur zu einem Bruchteil am Markt erhältlich sind. Offensichtlich existiert neben der Lohnarbeit ein weiterer gesellschaftlicher Bereich, in dem gearbeitet wird, der aber den politisch-ökonomischen Analytikern bisher nicht der genauen Untersuchung wert war.

Die kommunistische Bewegung, zu der wir uns zählen, kommt nicht umhin, die Reproduktionsarbeit zu analysieren, die Lücken in der Politischen Ökonomie zu schließen. Das ist der eine Grund für unsere Diskussion, der andere liegt in der Notwendigkeit, den Begriff "Patriarchat" theoretisch zu fassen. Das ist bestimmt nicht getan mit dem Versuch, Hausarbeit in einen polit-ökonomischen Zusammenhang zu packen - ein Versuch, für den wir übrigens auch kein Welturaufführungsrecht besitzen - aber dieser Ansatz scheint uns für eine Kritik des Patriarchats von links unabdingbar. In Positionen, wie sie z.B. in dem Papier "3:1 Klassenwiderspruch, Rassismus und Sexismus" vertreten werden, wird der Versuch der Anwendung Marxscher Kategorien auf den zu untersuchenden Gegenstand erst gar nicht unternommen. Im Gegenteil wird den AnwenderInnen von Kategorien wie Wert, Ware etc. ein "ökonomistisches" Weltbild unterstellt, das dem Wesen der Verhältnisse nicht näherkäme. Wir wollen es den "ÖkonomistInnen" und den "AntiökonomistInnen" (und den bürgerlichen Volkswirtschaftlern) überlassen, die Gesellschaft und die Ökonomie zu trennen, um sie anschließend wieder kunstvoll in Beziehung zu setzen. Wert, Ware und Kapital sind gesellschaftliche Kategorien.

Wir haben Getraude Kittlers "Hausarbeit - Zur Geschichte einer ‚Natur-Ressource`" (Frauenoffensive, München 1980) gelesen. Unser Beitrag versucht, Thesen aus dieser Arbeit mit einigen eigenen Gedanken zu verknüpfen und versteht sich weniger als wissenschaftliche Analyse, denn als Diskussionsbeitrag. Beeinflußt wurde unsere Diskussion darüberhinaus von verschiedenen Texten aus der "Krisis"-Redaktion, die Teil eines Readers für ein Seminar zum Thema "Geschlechterspaltung und Wertvergesellschaftung" waren. Einige der Texte sind inzwischen in der Zeitschrift "Krisis" Nr. 12 (edition krisis, Horlemann Verlag, Erlangen 1992) veröffentlicht worden.

Hausarbeit

Hausarbeit ist jede Art von unentlohnter Tätigkeit der unmittelbaren Reproduktion und Produktion des lebendigen menschlichen Arbeitsvermögens. In diesem Sinne ist Hausarbeit direkt gesellschaftliche Arbeit. Die Produkte dieser Arbeit - Menschen - treten zwar als WarenbesitzerInnen auf den Markt, um ihre Arbeitskraft zu verkaufen, die Hausarbeiterin aber nicht. Sie hat keine Ware produziert, sondern Menschen, die sich selbst gehören und ihre Arbeitskraft auf eigene Rechnung verkaufen. Die Arbeitskraft scheint den Menschen immanent, scheint also naturwüchsig an ihnen zu kleben und nicht das Produkt der Hausarbeit zu sein. Die Hausarbeiterin tritt nicht auf den Markt, der Markt aber dient der warenproduzierenden Gesellschaft als Medium gesellschaftlicher Arbeit. Die Gesellschaftlichkeit der Hausarbeit - und damit die Hausarbeit als Arbeit an sich - bleibt so unsichtbar.

Die Stätte der Hausarbeit ist die Familie, die zu bearbeitenden Gegenstände sind in Lohnarbeit stehende Männer und für Lohnarbeit zu konditionierende Kinder, in Fällen von Arbeitslosigkeit, Krankheit und Alter auch aus dem Produktionsprozeß Ausgeschiedene.

Die Anforderungen an eine Hausarbeiterin sind hoch. Die materiellen Tätigkeiten, die zur Reproduktion einer modernen Arbeitskraft nötig sind, erfordern auf Seiten der Hausarbeiterin Kenntnisse der Ernährungsphysiologie, der Betriebswirtschaft und der Medizin. Die Tätigkeiten sind im Bereich der Krankenpflege, Hygiene, des Einkaufs von Waren, der Verarbeitung und Verfeinerung dieser Waren zum menschlichen Konsum usw. angesiedelt. In der entwickelten kapitalistischen Gesellschaft treten die immateriellen Tätigkeiten der Hausarbeiterin zunehmend in den Vordergrund. Kenntnisse der Pädagogik und Psychologie werden vorausgesetzt. Die Hausarbeiterin berät, erzieht, therapiert und liebt die Reproduktionsgegenstände.

Die erfolgreiche Verrichtung sowohl der materiellen als auch der immateriellen Seite der Hausarbeit fordert von der Hausarbeiterin ein Höchstmaß an Bereitschaft zu persönlichem Verzicht, selbst im Hintergrund zu bleiben und zur Unterordnung.

Diese Eigenschaften werden der Hausarbeiterin biologistisch und ideologisch als "natürlich" zugeschrieben. Schwadronen bürgerlicher "Wissenschaftler" erklären die Weichherzigkeit, die Güte, die Unterordnung und dergleichen aus biologischen Dispositionen (5). Teile der Frauenbewegung ("neue Mütterlichkeit", "Frieden ist weiblich") schließen sich an. Tatsächlich ist jedoch eine im Säuglingsalter beginnende Konditionierung von Frauen notwendig und ursächlich für die durchgesetzte Hausfrauisierung jeder Frau, deren Verbindlichkeit sich auch nicht durch drastische Veränderungen im häuslichen Umfeld erschüttern läßt. (...)

Kleine Geschichte

der Hausarbeit

Bei allen schichtspezifischen und regionalen Unterschiedlichkeiten entwickelte sich die Trennung von Haus und Produktion - deren bis heute nahezu absolute Durchsetzung sich in dem Terminus "Arbeiten gehen" ausdrückt - Mitte des 18. bis 19. Jahrhunderts zur gesellschaftlichen Norm. Bis dahin war eine solche Trennung gesellschaftlich marginal. Eine der daraus erwachsenden Notwendigkeiten ist die bis dahin bei der Masse der Menschen unbekannte Kindererziehung. Kinder werden nicht länger in den Produktionsprozeß hineingeboren und dort für kommende Tätigkeiten konditioniert. Man kann sich vorstellen, daß die Kinder der bäuerlichen Familie oder der gern zur Illustration benutzten Weberfamilien sehr früh praktisch mitarbeiten mußten, sinnlich erleben konnten und ständig vor Augen hatten, welche Überwindungen, welche Plackerei der Produktionsprozeß den Menschen abverlangt. Die Erziehenden müssen jetzt im entfremdenden Vorgriff auf künftige Erwachsenenmühen die Kinder in ihren Trieben unterdrücken, sie disziplinieren und vorgelagert ausbilden.

Die Hausarbeit als Reproduktion menschlichen Arbeitsvermögens entsteht unter der sich entwickelnden kapitalistischen Produktionsweise in den letzten Jahrzehnten des 19. und in den ersten des 20. Jahrhunderts.

Bürgerlicher Haushalt

Im bürgerlichen Haushalt vor der Jahrhundertwende ist der Frau die Verrichtung materieller Arbeit verboten. Alle körperliche Arbeiten werden von Dienstboten verrichtet. Die Tätigkeit der bürgerlichen Frau umfaßt neben der Darstellung des Luxus und des Reichtums der Bourgeoise die Leitung und Organisation des Haushaltes und die Überwachung der Erziehung der Kinder. Die Verdammnis zum "Nichtstun" wird von einer Welle "wissenschaftlicher" Erklärungen, Frauen seien schwächlich, schutzbedürftig usw., begleitet.

Proletarischer Haushalt

Von einer Reproduktion der ArbeiterInnenklasse kann zu Beginn der Kapitalisierung nicht gesprochen werden. Das Kapital bedient sich eines vorerst unerschöpflich scheinenden ArbeiterInnenreservoirs vom Lande. ArbeiterInnen bleiben in der Regel ledig, sie leben großteils nach Geschlechtern getrennt in Wohnheimen, als KostgängerInnen oder wandern von Arbeitsstelle zu Arbeitsstelle. Frauen arbeiten häufig als Dienstbotinnen. In Südafrika können heute konservierte Formen solcher Verhältnisse betrachtet werden. Unehelich gezeugte Kinder werden von den Fabrikherren in Bergwerken, Spinnereien und ähnlichen Anstalten vernutzt. Mit der Proletarisierung wird die alte großfamiliäre Struktur zunächst weitgehend ersatzlos zerschlagen. Diese Vorgänge vor Augen, entwickeln Marx und Engels ihre Betrachtungen über die antifamiliäre Tendenz des kapitalistischen Progresses. (...)

Der proletarische Haushalt ist zunächst noch geprägt von landwirtschaftlichen Tätigkeiten der Frauen, die so oder durch monetäre Nebeneinkünfte aus dem Verkauf des landwirtschaftlichen Überschusses zum Lebensunterhalt beitragen. Veränderungen der Lebensbedingungen, wie Urbanisierung ganzer Landstriche, Landflucht, Verbilligung der Konsumgüter durch industrielle Fertigung, verdrängen die Subsistenzproduktion (6). Phasenhaft sinkende Löhne zwingen immer mehr Frauen zur Aufnahme von Lohnarbeit und tun ein Übriges zur Zerstörung dieser Produktionsweise. (...)

Die ArbeiterInnenbewegung benutzt das Idealbild der bürgerlichen Familie - die nichtarbeitende Frau - als moralische Waffe gegen die Ausbeutung aller Familienmitglieder und die damit einhergehende Lohnsenkung. Die Lohnarbeit weiterer Familienmitglieder führt tendenziell nicht zur Verbesserung des Reproduktionsniveaus, sondern zur Verteilung des Einkommens auf mehrere Köpfe. Die idealtypische proletarische Familie und der "Familienlohn" sind Folgen von Klassenkämpfen. Das Proletariat entzieht dem Kapital Arbeitskräfte. In einem verteilungskämpferischen Sinne wird so die Familie funktional fürs Proletariat.

Das proletarische Klasseninteresse der Selbsterhaltung stellt sich gegen die Tendenz des Kapitals, die ArbeiterInnen durch Überausbeutung auszurotten. Damit wird der Klassenkampf selbst zum Instrument der Kapitalisierung. Der Schutz der Grundlage der Kapitalakkumulation - verwertbare Arbeitskraft - mag zwar den Profit individueller Kapitalisten mindern, bleibt aber notwendiges Moment der Reproduktion des gesellschaftlichen Gesamtkapitals. Klar, daß sich der Staat als ideeler Gesamtkapitalist mit Arbeitsschutzgesetzen auf die Seite der ArbeiterInnen schlägt. Klar auch, daß zwischen Reproduktion des lebendigen Arbeitsvermögens der benötigten Arbeitskräfte und 'nem schönen Leben für alle ein Widerspruch bestehen bleibt, dessen Auflösung Generationen von bewegten ArbeiterInnen als der eigentliche Schritt ihrer Emanzipation erscheinen muß.

Die Erkämpfung der Familie stellt sich für die Frauen ungleich unvorteilhafter als für die Männer dar. Den Frauen wird postwendend die volle Verantwortung für das Glück der männlichen Massen übertragen - nicht zuletzt auch von der ArbeiterInnenbewegung selbst. Jedem männlichen Lohnarbeiter wird eine Frau zur "freien Verfügung" (s. unten) überstellt. Dieser "historische Kompromiß" wird natürlich nicht kampflos erreicht. Fortan ist Bestandteil des Klassenkampfes der Kampf um die Zeit, die die Frau im Haus oder in der Fabrik arbeitet. In diesem Kampf sitzt das Kapital klar am längeren Hebel. So zwingt es in der Phase der Krise mit hoher Arbeitslosigkeit die Frauen an Heim und Herd, mobilisiert aber ihre Arbeitskraft in Zeiten der Hochkonjunktur.

Die häuslichen Arbeitsbedingungen verändern sich. Die Haushalte werden, bedingt durch die Mobilität der "freien Lohnarbeiter", kleiner. Die Kinder fallen wegen höherer Anforderungen an ihre Ausbildung als Mitarbeitende im Haushalt - natürlich geschlechtsspezifisch unterschiedlich - zunehmend weg. Kinder, die in ländlicher Umgebung sich selbst überlassen waren, müssen jetzt beaufsichtigt werden. Ihre Erziehung wird - siehe oben - notwendig und im sich entwickelnden Kapitalismus immer aufwendiger. Die vormals in Subsistenz produzierten häuslichen Rohstoffe müssen auf dem Warenmarkt beschafft werden. Die Urbanisierung erhöht die hygienischen Anforderungen. Der Arbeitsmarkt saugt die Dienstboten aus den kleinbürgerlichen Familien, die Kleinbürgerinnen und sogar manche Bourgeois-Frauen müssen immer größere Teile der Hausarbeit selbst übernehmen. Ein Teil der Hausarbeit wird durch Einführung von Haushaltsmaschinen rationalisiert, ein anderer in (Frauen)Lohnarbeitsverhältnisse umgewandelt. Die dadurch freigesetzten Potentiale der Frauen werden von steigenden Ansprüchen an Haushaltsstandards sofort wieder belegt. (...)

Haus- und Lohnarbeit

Weibliche Lohnarbeit ist nie Ersatz, sondern regelmäßig nur Ergänzung der Hausarbeit. Aus Lohnarbeit erwächst den Hausarbeiterinnen eine zusätzliche Belastung, die meist auch als solche - seltener als Befreiung - empfunden wird. "Qualifizierte Berufe" für Frauen sind meist vergesellschaftete, ins Lohnverhältnis übernommene Reproduktionsjobs wie Krankenschwester oder Lehrerin. Die Konditionierung für die Hausarbeit macht Frauen aber auch wie geschaffen für Arbeitsstellen, die ein hohes Maß an persönlicher Unterordnung bedingen - die Sekretärin ist die Hausfrau, die dem männlichen Vorgesetzten in der öffentlichen Sphäre zur Seite gestellt wird. Die Hausfrau als Zuverdienerin trägt in Zeiten finanzieller Schwierigkeiten der Familie zum Erwerb bei - ihre schlechte Bezahlung ist Ausdruck des Wertgesetzes. Lediglich der Lohnteil des Mannes, der zur Erreichung des Wertes seiner Arbeitskraft (den Reproduktionskosten (7) der Familie) fehlt, soll ersetzt werden. In vielen Familien sind die Zeiten mit finanziellen Schwierigkeiten Dauerzustand.

Lediglich in Zeiten der männerlosen Kriegswirtschaft wird den Frauen die alleinige Verantwortung für die Produktion übertragen. Dabei werden regelmäßig ideologische Kopfstände unternommen, um der Situation gerecht zu werden. Im Anschluß müssen Frauen ebenso regelmäßig wieder an "ihren Platz" getrieben werden. Gerade im Krieg wird die "Natürlichkeit" der geschlechtlichen Arbeitsteilung in ihrer Absurdität entlarvt.

Hausarbeit und Wertgesetz

Mit Wertkategorien ist Hausarbeit nicht zu erfassen. Die zur Reproduktion der ArbeiterInnenklasse aufzuwendende Arbeit teilt sich in bezahlte Arbeit, wie sie von LehrerInnen, Pflegepersonal oder SozialarbeiterInnen geleistet wird, und in unbezahlte Arbeit, wie sie von Hausarbeiterinnen verrichtet wird.

Bezahlte Reproduktionsarbeiten erhöhen den Wert der Arbeitskraft - die ArbeiterInnen müssen die warenförmig auftauchenden Produkte kaufen - oder tauchen als gesellschaftliche Kosten auf, wie im Falle von staatlich geführten Schulen oder des über Krankenversicherungen finanzierten Gesundheitswesens.

Die Hausarbeit dagegen ist wertneutral. Die Hausarbeiterin verwandelt am Markt vorgefundene Waren in Produkte des täglichen Konsums, ohne daß diesen Produkten etwas warenförmiges anhaftet. Die einzige Ware, die die Hausarbeit produziert - die Arbeitskraft - bleibt aber im Wert lediglich durch die in ihr vergegenständlichten Waren bestimmt. Die Arbeit der Hausarbeiterin ist mit Wertkategorien nicht zu erfassen.

Können weniger Waren am Markt erstanden werden, muß die Hausarbeiterin mehr arbeiten, um die billigeren, unfertigen Waren in konsumierbare Lebensmittel zu verwandeln. Fällt der Lohn, der Geldausdruck der in der Arbeitskraft vergegenständlichten wertbildenden Arbeit, steigt der Anteil nicht wertbildender, unbezahlter Arbeit an der Reproduktion. Die Menge der in der Arbeitskraft vergegenständlichten nicht wertbildenden Arbeit verhält sich also zur wertbildenden im umgekehrten Verhältnis.

Hausarbeit und Klasse

Eines der traditionellen Mißverständnisse, dem die Linke in der Betrachtung der Welt aufsitzt, besteht in der Zuordnung aller "Ausgebeuteten" zum Proletariat.

Dieses Mißverständnis führt über Umwege zur Auffassung, daß "die Arbeiterklasse aufgehört hat zu existieren". Ausbeutung meint, daß sich ein anderer als der Arbeitende das aus der Arbeit resultierende Mehrprodukt aneignet. In diesem Sinne werden viele der in der BRD angeheuerten Arbeitskräfte nicht ausgebeutet. Ausgebeutet werden kann nur die produktive Arbeitskraft. Produktiv meint Reproduktion des vorgeschossenen Kapitals und darüber hinaus Produktion des Mehrwerts. Im sich entwickelnden Kapitalismus verschwindet zunehmend produktive Arbeit zugunsten eines unproduktiven Wasserkopfes in der Zirkulationssphäre, dessen Wirken der reinen Formverwandlung von Waren in Geld - und umgekehrt - dient (8). Kein Brösel Mehrwert entsteht hier.

Unproduktive Arbeitskraft wird nicht ausgebeutet, eher angewendet. Für die angewendeten ArbeiterInnen besteht kein Unterschied zur Ausbeutung der anderen. Für die klassenmäßige Bestimmung kann das Begriffspaar produktiv/unproduktiv keine Rolle spielen. Die Reinemachefrau, die in der Putzkolonne die Werkshalle oder das Elektroniklabor säubert, arbeitet produktiv; während ihre reinigende Tätigkeit auf der Automobilausstellung oder im Börsenmaklerbüro so unproduktiv bleibt wie das Spülen zuhause nach Feierabend.

Es nutzt also nichts, der Hausarbeiterin, wie auch immer definiert, produktive Arbeit anzudichten. Wenn die Arbeit der Hausarbeiterin wertneutral ist, kann kein Mehrwert entstehen. Wenn mensch davon abstrahieren mag, daß die Hausarbeiterin ihr Produkt nicht besitzt, weil die Arbeitskraft nun mal an den von der Hausarbeiterin (re)produzierten Menschen klebt, könnte man die Hausarbeiterin auf den Warenmarkt begleiten. Wenn dann dort der Kapitalist das indirekte Produkt der Hausarbeit, die Ware Arbeitskraft (tendenziell) zu ihrem Wert kauft, eignet er sich kein Mehrprodukt an.

Uns leuchtet eine andere Einordnung der unproduktiven Hausarbeit eher ein: Die Arbeitszeit der produktiven ArbeiterInnen teilt sich in die notwendige Arbeitszeit, in der das Produkt des Arbeitsprozesses den variablen Kapitalteil (den Lohn) darstellt und in die Mehrarbeit, in der Mehrwert produziert wird. So wie sich deshalb jede Minute in notwendige Arbeit und Mehrarbeit aufteilen läßt, läßt sich auch die Lebensarbeitszeit der ArbeiterInnen aufteilen.

In einer weiteren Abstraktionsstufe lassen sich alle ArbeiterInnen einer Fabrik aufteilen: In welche, die lediglich notwendige Arbeit verrichten und welche, die lediglich Mehrarbeit leisten. Das ist im Prinzip natürlich auch für die ganze Gesellschaft möglich, wenn von den Einzelinteressen der jeweiligen Kapitalisten zugunsten der Kapitalistenklasse abstrahiert wird.

Wird in dieses Modell die unbezahlte Reproduktionsarbeit, die Hausarbeit, miteinbezogen, erscheint diese Arbeit keinesfalls länger als etwas dem Verwertungsprozeß Fremdes, sondern als Teil der notwendigen Arbeit. Die Arbeit, die notwendig ist, um das lebendige Arbeitsvermögen zu reproduzieren, setzt sich zusammen aus der im Lohn vergegenständlichten Arbeit und der unentgeltlichen Hausarbeit. Die Hausarbeit ist notwendige Arbeit im Reproduktionsprozeß des Kapitals.

Die Hausarbeiterin ist Teil der ArbeiterInnenklasse, sie ist nicht länger eingeheiratetes Anhängsel, dessen klassenmäßige Bestimmtheit aus der Stellung des Mannes im Verwertungsprozeß abhängt.

Hausarbeit und Produktion des relativen Mehrwerts

Die Mobilisierung von Hausarbeit trägt dreifach zur Produktion des relativen Mehrwerts (9) bei.

a) Die in allen Bereichen der Produktion fortwährend gesteigerte Arbeitsintensität und die der Produktivitätssteigerung geschuldeten verkürzten Qualifikationszyklen können von den Opfern dieser Maßnahmen nur zum Teil durch Klassenkampf kompensiert werden. Die vermehrte Abnutzung der Arbeitskraft, die psychische und physische Erschöpfung oder gar Erkrankung muß durch vermehrte materielle und immaterielle Reproduktionsanstrengungen ausgeglichen werden. Die Konditionierung und Disziplinierung der Kinder für einen Arbeitsmarkt, auf dem nur die "Besten und Stärksten etwas werden", erfordert große Anstrengungen. (...)

b) Die Masse der Hausarbeiterinnen stellt den größten Teil der (inländischen) industriellen Reservearmee. In den Angriffswellen des Kapitals auf Löhne, kollektive Rechte und Zusammensetzung der ArbeiterInnenklasse spielt die Mobilisierung billiger und flexibler Hausarbeiterinnen eine zentrale Rolle. "Hausfrauenriege" nennen die Weißkittel kurzfristig heuerbare Arbeitskräfte, die helfen sollen, Kapazitätsspitzen aufzufangen, Produktionsfehler auszugleichen, Löhne zu drücken, Streiks zu brechen ... Daß die Lohnarbeit der Reserve auf Kosten der eigenen Reproduktion geht, versteht sich von selbst. Schließlich weisen alle Anstrengungen in die Richtung "Familie und Beruf vereinbaren zu können".

c) Vermehrte Hausarbeit fängt sinkende Löhne traditionell bis zu einem gewissen Grad ab. Die Hausarbeiterin wendet sich, im Bestreben, den ausfallenden Warenteil zu ersetzen, der Subsistenzproduktion zu. Sie näht und flickt, gärtnert, schneidet den Kindern die Haare. Der Aufwand, den Familienmitgliedern das Ausbleiben gewisser Reproduktionsgüter schmackhaft zu machen, oder diese Waren anderweitig "günstig" zu beschaffen, ist beträchtlich. (...)

Hausarbeit senkt die durch den normalen und außergewöhnlichen kapitalistischen Geschäftsverlauf entstehenden gesellschaftlichen Kosten.

Die Hausarbeiterin absorbiert alle arbeitsunfähigen Gesellschaftsmitglieder - Alte, Kranke, Krüppel, Kriegsversehrte, Drogenopfer, Lernbehinderte, ... - deren Leben andernfalls gesellschaftliche Kosten in solcher Höhe verursachen würden, denen das Kapital mit ihm immanenten Lösungen (10) entgegenträte, die so den Opfern seiner Produktionsweise erspart bleiben. Der Bodensatz der Leistungsgesellschaft bleibt das individuelle Problem der Mütter und Ehefrauen. (...)

Entwickelte Hausarbeit

(das Zuhause ist der Traum vom der Kapitalisierung trotzenden weiblichen Schoß)

Materielle Hausarbeit überformt die immaterielle. In Betrachtung der entwickelten Hausarbeit, der erreichten Standards für Hygiene, Kochkunst, Schönsein, sexueller Bereitschaft ... drängt sich der Verdacht auf, daß diese Standards über das vom Wertgesetz vorgeschriebene Maß an Reproduktion der Arbeitsfähigkeit hinausgehen. Der Alte ist sicherlich fähig, anderntags zur Arbeit zu schlappen, ohne am Abend vorher mit seiner Titelseiten-Brigitte Wachtelnierchen an Mandarinensorbet vom blitzblank polierten Designertellerchen gespeist zu haben, ohne sich danach den Mund an einer weißer als weißen, nach Oleander, Lavendel, Jasmin duftenden Serviette abgewischt, ohne in ein durch die Kraft des Domestos oder des entsprechenden Ökomittels keimfrei gehaltenes Klo zu defäkieren, ohne das Gespräch über drei Titel aus der Spiegelbestsellerliste und ohne den RTLplus-verstärkten Megaorgasmus. Auch die Kinder würden groß (und arbeitsfähig) werden, selbst wenn sie einmal im Leben spüren würden, daß, sobald in die Windel gepißt, der Arsch naß wird.

Das Geheimnis dieser überhöhten und dennoch steigenden Reproduktionsstandards - und damit der Anspruch an die Hausarbeiterin - folgt der Annahme, daß die "beste" Versorgungsarbeit am meisten psychische Zuwendung, "Liebe", transportiert. Die Verausgabung der Hausarbeiterin, ihr Verzicht auf Freizeit, ist Maßstab für die Menge an Liebe, die sie ihren Arbeitsgegenständen entgegenbringt.

Die Familie, das Zuhause sind der Versuch des Aufbaus einer Gegenwelt zur entfremdeten Arbeit, ein fest zusammenhaltender, von gewollter gegenseitiger Abhängigkeit geprägter Zusammenhang als Bollwerk gegen die kapitalistische Wolfsgesellschaft, deren Bestialität nur so erträglich scheint. Das Gerede - gerade auch in

Kreisen der Linken - vom "ständig steigenden Lebensstandard" leugnet die der gesteigerten Arbeitsintensität und den stets kürzer werdenden Qualifikationszyklen geschuldeten höheren Ansprüche der Arbeitskraft an ihre Regeneration.

Die immateriellen Aspekte der Hausarbeit überwiegen also zunehmend. Die materiellen Aspekte der Hausarbeit werden von den immateriellen Ansprüchen überlagert und befördert.

Hierin liegt unseres Erachtens auch der Fehler in der Marxschen Annahme vom Verschwinden der Hausarbeit und der Auflösung der Familie. Alle Reproduktionsdienste würden kapitalisiert, nahm Marx an. Aber bestenfalls die materiellen Bestandteile der Hausarbeit ließen sich kapitalisieren (11).

Selbstverständlich kann die Familie keine Gegenwelt zur durchkapitalisierten Gesellschaft sein, klar sind auch die die Familie bildenden Subjekte Objekte der warenproduzierenden Gesellschaft mit all den Deformierungen, die diese Gesellschaft mit sich bringt. Diese Erkenntnis macht die Analyse schwierig. Selbst Objekte der Warenwelt, wird für uns die Unterscheidung von Ideologie und Fiktion familiärer Reproduktion und den real gesteigerten Ansprüchen der Lohnabhängigen an ihre Reproduktion unmöglich.

Tendenz Geldmonade? (12)

Unsere Betrachtungen, mag der eine oder die andere einwerfen, blieben auf dem Stand der 50er Jahre, in denen zumindest in der BRD die proletarische Familie ihre Blüte erlebte, stehen. So sprechen inzwischen die Statistiken von 50% Singles in den Großstädten. Das Proletariat mit deutschem Paß reproduziert sich nicht mehr, fallende Geburtenrate, geringe Heiratsbereitschaft, steigende Scheidungsraten sorgen für ein negatives Bevölkerungswachstum. Ohne die Migrationsbewegungen wäre die Akkumulationsressource lebendige Arbeitskraft schon heute ein knappes Gut. (...)

Die vollständig warenförmige materielle Reproduktion gelingt dem beachtetsten Segment der kleinbürgerlichen Zwischenschicht: den Yuppies oder genußsüchtigen Citoyens, wie sie je nach Geschmack genannt werden. Sie gelten als Prototypen des Singles.

Die "Krisis"-AutorInnen haben ihren Blick wohl hauptsächlich auf diese Schicht gerichtet, als sie den Begriff "Geldmonade" für jene Individuen, die zur Außenwelt ausschließlich durch Geld-Waren-Beziehungen Kontakt halten, prägten. Die Wohnung des Ideal-Yuppies wird von der Putzfrau in Ordnung gehalten, häufiges Essengehen löst sich mit Pizzaservice ab, die Wäsche kommt in die Reinigung, den Umzug macht die Spedition und die Inneneinrichtung wird von der Designerin durchgestylt.

Aber auch in diesen Kreisen bleiben die immateriellen Aspekte der Reproduktion von Bedeutung. Eben weil die Geld-Ware-Beziehung völlig entfremdet, absolut sinnentleert ist, wächst der Anspruch an die "Qualität" der psychischen Regeneration. Die Sinnkrise, jedem Jungmanager gerade so geläufig wie der Krawattenknoten, würgt meist noch heftiger als der Schlips, und muß, weil immer ein Rest "Sinn" bleibt, der nicht einzukaufen ist, den Wunsch nach nicht warenförmiger Lösung nach sich ziehen. Das erstbeste Stück "Natur", die Sinnlichkeit und die "echte Liebe" treten auch dem Yuppie in Frauengestalt gegenüber. Auch das schönste, teuerste und charmanteste Callgirl behält die Warenform unabgestreift. Der "Geldmonade" bleibt, wie jedem bürgerlichen Subjekt, die eigene Entfremdung zwar unbewußt, dennoch gelten "Seelen", "Freundschaft" und "Liebe" als Gebrauchswerte nur dann, wenn sie geschenkt werden, und so durch den absolut ungleichen "Waren"tausch ihren Warencharakter völlig verschleiern.

Die Yuppies genießen zurecht viel Aufmerksamkeit im Diskurs über die sich verändernde Bewußtseinslage in den Metropolen. Ihre Rolle ist vergleichbar mit der der bürgerlichen Familie um die Jahrhundertwende, ihre Ansichten, Haltungen und Praxis strahlen nach unten, werden zur Orientierung. Leider bleiben viele linke Beiträge zu dieser Debatte auf der Erscheinungsebene stecken. Gerade so wenig wie die proletarische Familie - die die bürgerliche zum Vorbild nimmt - die bürgerliche Familie ist, gerade so wenig sind die Massen der alleinlebenden Menschen Yuppies: So schickt die Entwicklung der idealtypischen proletarischen Familie die Alten in die Isolation. In Baden-Württemberg waren 1987 43% der Singles älter als 60 Jahre, davon über 80% Frauen. Den höchsten Single-Anteil an der Wohnbevölkerung weisen, wen wundert's, Universitätsstädte auf. In vielen Haushalten, die in die Single-Statistik eingehen, sind alleinerziehende Frauen mit der Aufzucht von Generationen künftiger LohnarbeiterInnen beschäftigt und bilden einen nicht geringen Teil der "Neuen Armen". (...)

Doppelcharakter der Verfügungsgewalt

Nach Marx begegnet der eine Warenbesitzer dem anderen als freier Mensch. Der Geldbesitzer begegnet dem Arbeiter "als bloße(m) Besitzer seiner Arbeitskraft", "frei von allen zur Verwirklichung seiner Arbeitskraft nötigen Sachen" (Kapital, Bd. I, S. 183). Mit der Erkämpfung der Familie, des Familienlohns und damit der Verfügungsgewalt über seine Frau, treten "nötige Sachen" an die Seite des Lohnarbeiters. Der "freie Lohnarbeiter" verfügt über die nicht warenförmig auftretende Arbeitskraft seiner Frau. Gleichzeitig dient diese Verfügungsgewalt aber dem Zweck, das Arbeitsvermögen des Lohnarbeiters zu reproduzieren, eine zur Reproduktion des Kapitals notwendige Arbeit. Der Lohnarbeiter eignet sich das Arbeitsprodukt seiner Frau (bzw. seiner Mutter) an, weil er Besitzer seiner Arbeitskraft ist, das Kapital konsumiert das Arbeitsprodukt der Frau, indem es den Arbeiter konsumiert.

Mit der Erkämpfung der Familie werden die Männer von den persönlichen Diensten an sich selbst befreit. Die bürgerliche Gesellschaft suggeriert den Individuen, Subjektivität könne durch Kommandierung fremder Arbeitskraft erlangt werden. So gesehen ist Hausarbeit nicht nur die materielle Grundlage der Reproduktion des lebendigen Arbeitsvermögens, sondern ebenso Quelle jener männlichen Identität, die die Erfahrung, außerhalb der Lohnsklaverei Subjekt zu sein, benötigt.

Der Doppelcharakter der Verfügungsgewalt des Mannes über die Arbeitskraft seiner Frau besteht also in der tatsächlichen Verfügungsgewalt - die sich sehr oft in realer Gewalt ausdrückt - und in deren Funktionalität fürs Kapital.

Schluß

(...) Das, was uns wesentlich erschien - auch wenn es nicht eigentlich neu ist, mit Sicherheit schon in vielen anderen Stellungnahmen gesagt wurde - ist dennoch so quer zum common sense des linksradikalen Diskurses, daß wir uns eine kurze Zusammenfassung nicht verkneifen können. Wir hoffen, provokativ genug für die Verbreiterung einer Debatte zu formulieren:

Die proletarische Familie und die Hausarbeit sind nicht die bruchlose Fortsetzung eines ahistorischen Patriarchats, sie entwickelten sich mit und aus der Kapitalisierung. Mit der Durchsetzung der proletarischen Familie und damit der Reproduktion seiner selbst, nahm das Proletariat Anteil an der Durchsetzung der Kapitalisierung. Obwohl die Hausarbeit wertneutral und unproduktiv ist, findet sie keinen Platz außerhalb kapitalistischer Vergesellschaftung. Hausarbeiterinnen sind keine Klasse für sich, sondern durch ihre Stellung im Reproduktionsprozeß des gesellschaftlichen Gesamtkapitals definiertes Segment des Proletariats. In einem mit dem Begriff "historischer Kompromiß" unzureichend beschriebenen Kampfzyklus erreichten die männlichen Proletarier die Verfügungsgewalt über jeweils eine Frau. Diese Verfügungsgewalt besitzt den Doppelcharakter, tatsächlich jedem Mann eine Frau unterzuordnen und funktional im Reproduktionsprozeß zu sein. Die moderne Geschlechterspaltung ist ein originäres Produkt des Kapitalismus, ein historisch neues Verhältnis.

autonome gruppe 1. Mai

Der Artikel ist redaktionell für den Nachdruck im ak gekürzt worden.

Der vollständige Artikel ist als Broschüre zu beziehen über: autonome gruppe 1. Mai, c/o Infoladen, Mörikestr. 69, 7000 Stuttgart 1. Für Bestellungen gelten folgende Konditionen: bis 4 Exemplare DM 2,- je Stück plus DM 2,- Porto; ab 5 Exemplare DM 1,40 je Stück und DM 3,50 Porto. Geliefert wird nur gegen bare Vorkasse!!

Anmerkungen

1) zufällige Nebensache (autonome gruppe 1. Mai (ag1.5.))

2) ausbeutbare (ag1.5.)

3) "Arbeit" meint an dieser Stelle ganz klassisch die zielgerichtete Verausgabung von menschlichem Muskel, Nerv und Hirn. Im marxistischen Diskurs gilt Arbeit als eine zentrale Kategorie, die von verschiedensten Blickpunkten aus betrachtet werden muß. In der warenproduzierenden Gesellschaft schafft die Arbeit nicht nur stofflichen Reichtum (den Gebrauchswert) sondern auch einen abstrakten Wert, der unabhängig von der konkreten Gestalt der Produkte deren Austauschbarkeit bestimmt (den Tauschwert). Es wird unterschieden zwischen der konkreten Arbeit, die das konkrete Produkt bildet (also dessen Gebrauchswert) und der

abstrakten Arbeit, die den Wert bildet. Konkrete und abstrakte Arbeit sind nicht trennbar, sondern zwei Seiten derselben Tätigkeit.

4) Festlegung auf bestimmte Reaktionen. Z.B. höflich, gehorsam und pünktlich zu sein

5) Veranlagungen

6) Eine der Warenproduktion vorausgehende und von ihr zunehmend verdrängte Produktionsform. In der Subsistenzproduktion verrichtete Arbeit ist stets am eigenen Bedürfnis der Arbeitenden oder deren Lebenszusammenhänge orientiert, es sind keine Produkte für den Handel vorgesehen. Die sich entwickelnde Warenproduktion hat Jahrhunderte gebraucht, um die Subsistenzproduktion zu verdrängen. Zahlreiche Mischformen traten historisch auf und sind heute noch festzustellen (jeder Schrebergarten kann als Beispiel gelten). Im Trikont (Asien, Afrika, Lateinamerika) ist sie teilweise noch immer die wesentliche Produtionsform.

7) Hier ist vielleicht noch der Hinweis auf den sogenannten "kulturellen" Bestandteil der Reproduktionskosten angebracht. Die Mittel zur Reproduktion umfassen neben den absolut notwendigen (Über)-Lebensmitteln auch Waren und Dienstleistungen, die der kulturellen Stufenleiter, die gerade erklommen wurde, entsprechen. Als Beispiele hierfür mögen Urlaub, Video oder der modische Haarschnitt genügen. Die Frage, ob diese kulturellen "Errungenschaften" selbst nötig oder sinnvoll sind, spielt an dieser Stelle eine untergeordnete Rolle.

8) In der Zirkulationssphäre, in der die Waren gegen Geld und umgekehrt getauscht werden, wird kein neuer Wert geschöpft. Selbst wenn Waren über oder unter Wert verkauft werden, kommt nur auf der einen Seite das dazu, was auf der anderen weggenommen wurde. Wert entsteht in der Produktionssphäre durch die Verausgabung produktiver Arbeit.

9) Marx unterscheidet zwischen der Produktion des relativen und des absoluten Mehrwerts. Wenn der Arbeitstag in notwendige und Mehrarbeitszeit geteilt wird, kann die Produktion von Mehrwert nur durch Verlängerung der Mehrarbeitszeit erhöht werden. Das ist einerseits möglich durch Verkürzung der notwendigen Arbeitszeit (durch Senkung der Reproduktionskosten), hier spricht Marx von Produktion des relativen Mehrwerts, andererseits durch Verlängerung der Gesamtarbeitszeit, was Marx Produktion des absoluten Mehrwerts nennt.

10) Daß dem Kapital die Vernichtung "unwerten Lebens" immanent ist, ist nicht nur theoretisch und historisch zu belegen. Das Leben von Millionen Menschen im Trikont gilt nichts, weil das Kapital an ihnen kein Verwertungsinteresse festmacht.

11) Selbst wenn die immateriellen Bestandteile in Warenform daherkommen, sich z.B. der Mitteleuropäer über den Frauenhandel eine Asiatin kauft, bleibt - neben der gesellschaftlichen Ächtung, die solchem Tun anhaftet - daß die erstandene Ware nur dann einwandfrei ist, wenn sie im Gebrauch die Warenform abstreift. Den verkauften Frauen gelingt das nur, wenn sie "ihren Männern" tatsächlich "echte Liebe" schenken, bei Strafe des Umtauschs. Vielleicht sollte in diesem Zusammenhang noch erwähnt werden, daß wir keinesfalls abstreiten wollten, daß Beziehungen zwischen Menschen in einer kapitalistischen Gesellschaft selbstverständlich Warencharakter annehmen. Dafür ist es schnurz, ob die Beziehung durch Geld vermittelt wurde oder nicht. Dennoch bleibt ein Unterschied zwischen der Kapitalisierung von Beziehungen und dem ihnen eigenen Warencharakter.

12) Der Begriff Monade bedeutet eigentlich Einheit, Unteilbares. Leibniz, ein deutscher Philosoph (1646-1716), begründete die "Monadenlehre", nach der jedes Element der Wirklichkeit eine Monade sei, d.h. eine in sich geschlossene körperlich-geistig-seelische Substanz und als solche ein Spiegel des Universums. Der - soweit wir wissen - von der "Krisis"-Redaktion geprägte Begriff Geldmonade meint eine Person, deren Beziehung zur Außenwelt einzig über die Geld-Ware-Beziehung vermittelt ist, und deren Bewußtsein das "Gelduniversum" widerspiegelt. Diese These operiert mit dem von Marx im ersten Band des Kapitals entwickelten Warenfetisch.

37. "Der Blick von oben herab begegnet mir jeden Tag." ak-Gespräch mit Udo Sierck

Rubrik: Sozialpolitik; Gentechnologie · CD-Datei: daten/aksuche/ak354/07.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:354:07

Udo Sierck ist einer der Protagonisten im Film Der Pannwitzblick. Er ist Mitinitiator der Krüppelbewegung, Lehrbeauftragter der Universität Bremen, Autor von Das Risiko nichtbehinderte Eltern zu bekommen und Mitherausgeber von Tödliche Ethik. Sein neuestes Buch ist soeben im Konkret Literatur Verlag erschienen: Arbeit ist die beste Medizin. Zur Geschichte der Rehabilitationspolitik.

ak: Wie oft begegnet Dir der Pannwitzblick?

Udo Sierck: Der Blick von oben herab begegnet mir jeden Tag, in fast jeder Situation. Schon wenn ich aus der Haustür heraustrete, muß ich damit rechnen, daß ich auf Leute treffe, die mich nicht kennen, und die haben alle den Pannwitzblick. Den Pannwitzblick kennengelernt in seiner bedrohlichen Form habe ich, wie viele andere Behinderte auch, vor allem von Therapeuten oder von Ärzten.

Im Film "Der Pannwitzblick" kommt auch Peter Singer zu Wort, der die Tötung von behinderten Kindern nach der Geburt in die Diskussion brachte. Wie stehst Du zu Singers Thesen?

Peter Singer hat das Thema "Euthanasie" gegen behinderte Menschen wieder hoffähig gemacht. Er ist für mich insofern bedrohlich, weil er eine Diskussion auslöst, die in der Bundesrepublik in den letzten vier Jahren einfach Fuß gefaßt hat. Inzwischen ist Peter Singer nur noch einer von vielen. In diesem Zusammenhang sei erwähnt, daß der Rowohlt-Verlag im Herbst ein Buch auf den Markt werfen wird mit dem Titel "Should the baby live", in der deutschen Ausgabe "Muß dieses Kind am Leben bleiben? Das Problem schwerstbehinderter Neugeborener". Bereits im zweiten Satz formulieren er und seine Mitautorin Helga Kuhse: "Wir meinen, daß einige Kinder mit schwersten Behinderungen getötet werden sollen."

Nun behaupten Peter Singer und seine Anhänger, daß ihre Ideen im Sinne der Behinderten und deren Angehöriger wären, weil sie damit Leiden ersparen würden.

Im Sinne der Behinderten soll hier doch heißen: Lieber tot als lebend. Das ist für uns natürlich absolut nicht diskussionsfähig und auch absolut keine Alternative. Wenn man Singers Theorie kurz darstellt, dann versucht er auszurechnen, wie eine möglichst große Menge Glück zustande kommen kann für möglichst viele Beteiligte. Und behinderte Menschen sind in seiner Rechnung, in seiner Philosophie, immer diejenigen, die gegen das Glück aller Beteiligten stehen. Von daher sind wir, wie wir auch immer sind, ob geistig behindert, ob körperlich behindert, oder mit welchem Stempel sonst versehen, immer diejenigen, die für Singer auf der Negativseite stehen und davon abhängig sind, wie eine Ärzte- und Elternkommission über unser Dasein entscheidet.

Im Film breitet auch Hans Henning Atrott seine Thesen vom Recht auf humanes Sterben aus. Ist die Forderung nach Recht auf Selbsttötung nicht berechtigt?

Das, was wir seit zehn Jahren behaupten, ist ja jetzt erwiesen: Herr Atrott ist ein Profi im Geschäft des Tötens. Er hat sich damit eine goldene Nase verdient. Daß er jetzt in U-Haft sitzt, ist ein kleiner Erfolg für uns. Wir können es uns trotzdem nicht leicht machen. Ich denke, das Argument vom selbstbestimmten Beenden des eigenen Lebens ist nicht einfach von der Hand zu weisen. Wir wissen aber, daß die DGHS gerade diese Vorstellung beantwortet mit einer Zyankalikapsel, und das hat nichts zu tun mit der Vorstellung von einem Ende des Lebens, das durchaus noch, sagen wir, positive Aspekte hat.

In letzter Zeit war des öfteren von Übergriffen Rechtsradikaler auf Behinderte zu lesen. Wie schätzt du die Situation ein?

Die Übergriffe sind eine neue Qualität und ich will sie auch nicht herunterspielen. Ich würde trotzdem sagen, sie sind eine Konsequenz von Gedanken, die da waren. Ich glaube, daß die soziale Krise, wie man sie auch bewertet, dazu führt, daß bestimmte Denkvorstellungen und verdeckte Aggressionen, die wir ja schon vorher kannten, jetzt in Handgreiflichkeiten ausarten. Wenn man sich überlegt, daß beispielsweise vor fünf Jahren bekannt geworden ist, daß fast die gesamte Elternschaft von sogenannten geistig behinderten Menschen die

Zwangssterilisation verteidigt hat, dann muß man einfach auch zur Kenntnis nehmen, daß so etwas wie ein Wert des behinderten Lebens auch vor fünf Jahren nicht existiert hat.

Im Film "Der Pannwitzblick" werden Dokumentar- und Spielfilmausschnitte aus dem Faschismus gezeigt und in Verbindung gesetzt mit heutigen Sichtweisen. Gibt es Kontinuitäten?

Die Verbindungen sind einmal da, wo ich bemerke, daß uns unser Existenzrecht abgesprochen wird mit nahezu identischen Argumenten, die wir aus den NS-Propagandafilmen zur "Euthanasie" kennengelernt haben. Die Verbindung sehe ich auch da, wo behinderte Menschen oder chronisch kranke Menschen oder auch andere erkrankte Menschen sehr schnell und sehr leicht in die Gefahr geraten, zum Objekt medizinischer Experimente zu werden, wo auch der Tod der Patienten in Kauf genommen wird. Eine Verbindung sehe ich auch da, wo gesagt wird, behinderte Menschen kosten viel, und das Geld könnte man auch woanders besser und günstiger für nichtbehinderte, für gesunde Menschen ausgeben. Verbindungen letztendlich sehe ich da, und das ist halt der Film "Der Pannwitzblick", wo es in den letzten 50 Jahren meines Wissens nirgendwo stattgefunden hat, daß gesagt worden ist: Behindertes Leben ist ein Leben mit der gleichen Qualität wie ein Leben von Nichtbehinderten.

Hat sich die Situation mit der Gentechnologie, Stichworte "Pränatale Diagnostik" oder "Humangenetische Beratung", noch verschärft?

Bestimmte Behinderungsformen sind quasi zum Abschuß freigegeben. Es gibt Humangenetiker, die stolz davon fantasieren, daß es bestimmte Behinderungen in zehn Jahren nicht mehr zu geben braucht. Und gleichzeitig gibt es Wortmeldungen, wo gesagt wird, wenn Eltern, oder potentielle Eltern, vor allem Mütter, diese medizinischen Angebote, so heißt es, nicht in Anspruch nehmen, dann haben sie auch die Schuld, wenn ihr Kind behindert ist, und dann müssen sie eventuell auch die Konsequenzen selbst tragen. Ich glaube, das erzeugt einen Druck auf ganz große Teile der Bevölkerung, wo eben Behinderung noch einmal unterstrichen wird als etwas Bedrohliches. Das hat jetzt weniger zu tun mit der Form der Behinderung, sondern einfach mit der Perspektive: Behinderung gleich Last gleich nicht mehr in der Lage sein, das individuelle Leben so zu gestalten, wie eine Mutter oder ein Vater sich das vorstellt.

Welche Konsequenzen sind zu ziehen? Forderst Du das Verbot der pränatalen Diagnostik?

Ja, ich fordere schon die Abschaffung der genetischen Beratungsstellen. Nur ist mir auch klar, daß mit einer solchen Forderung, selbst wenn sie denn erfüllt werden sollte, die Ängste und die Fragen von Müttern und von Vätern nicht aus der Welt geschafft sind. Und die nehme ich durchaus ernst.

Das Gespräch mit Udo Sierck führte Hartmut Konopka

38. Ist das ein Mensch? "Der Pannwitzblick" - ein Filmessay zu Aussonderung und Euthanasie

Autor: Hartmut Konopka · Rubrik: Sozialpolitik; Gentechnologie; Antirassismus, Antinationalismus; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak354/06.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:354:06

Deutsche Realität 1992/93: Euthanasie ist wieder ein Thema. Liberale Wissenschaftler und deren Sprachrohre von "Zeit" bis "taz" fordern die freie Diskussion um das Lebensrecht Behinderter. In mehreren deutschen Städten überfallen Skinheads Menschen, weil sie behindert sind und mißhandeln sie. In Flensburg urteilt das Amtsgericht: "Der unausweichliche Anblick von Behinderten verursacht Ekel", und gibt einer deutschen Familie Recht, die vom Reiseveranstalter Geld zurückfordert, weil sie im Urlaub mit Behinderten zusammenkam.

Der Blick von Nichtbehinderten auf Behinderte und dessen Konsequenzen bis hin zum Massenmord ist das Thema eines Films von Didi Danquardt und Karl Heinz Roth: Der Pannwitzblick. Ein analytischer Montagefilm mit poetischen Qualitäten, ausgezeichnet mit dem Deutschen Dokumentarfilmpreis 1991.

"Wenn du die Gesichter anguckst von den Leuten, die einen sehen, dann merkst du, wo das eigentliche Leiden steckt: in den Köpfen", faßt Udo Sierck die Aussagen eines Films zusammen, der zum Themenkomplex Eugenik, Sterbehilfe, Euthanasie, Aussonderung, Normalität und Mitleid Einmaliges geleistet hat. Mit Der Pannwitzblick gelang ein filmisches Meisterwerk ohne Larmoyanz und ohne jegliche Vereinfachungen, dessen Erfolg vor allem der gleichberechtigten Beteiligung sehr unterschiedlicher Persönlichkeiten zu verdanken ist: Didi Danquardt von der Medienwerkstatt Freiburg führte Regie und schrieb, zusammen mit Karl Heinz Roth, das Drehbuch; Theresia Degener, Nati Radke, Wolfgang Röcker und Udo Sierck kommentieren und analysieren Filmsequenzen und eigene Erfahrungen als Behinderte; Christian Geissler nimmt Stellung in seiner ihm eigenen, verdichteten Sprache; Cornelius Schwehr komponierte die Musik.

Pannwitz ist der KZ-Arzt und Chemiker in Primo Levis Roman "Ist das ein Mensch?". In den Buna-Werken von Monowitz, einer Filiale der IG Farben in unmittelbarer Nachbarschaft von Auschwitz und Birkenau, war er 1944 verantwortlich für die kriegswichtige Produktion von synthetischem Gummi. Der Blick des Pannwitz entschied, wer sofort vergast wurde und wer noch zu gebrauchen war. Primo Levi kam mit dem Leben davon: Er wurde Arbeitssklave unter Pannwitz. Aber dessen Blick hat ihn an den Menschen zweifeln, verzweifeln lassen. 1987 nahm er sich das Leben. Der Film Der Pannwitzblick ist Primo Levi gewidmet.

Der Pannwitzblick, das ist der Blick von oben nach unten. Der Blick, der entscheidet zwischen lebenswert und lebensunwert und einteilt nach Verwertbarkeit. Wie der des australischen Ethikprofessors Peter Singer, der vor vier Jahren die neue "Euthanasie"-Debatte angezettelt hat. Regisseur Danquardt gelingt es, Singer in seltener Offenheit zu präsentieren. Als Vorgespräch zu einer gespielten Szene getarnt entfahren Singer Aussagen, nach denen die immer wieder auftauchende Zurechtweisung, daß er ja gar nicht die Tötung behinderter Säuglinge fordere, zur akademischen Spitzfindigkeit wird. Seine im Film dokumentierten Äußerungen gipfeln in der Bemerkung, daß auch Kaninchen ein Recht auf Leben hätten und doch getötet werden müssen. Wolfgang Röcker im direkten Schnitt auf Singer: "Wie kann man denn entscheiden, von dem und dem Zeitpunkt an ist das kein Mensch mehr?" Röcker erinnert sich daran, als er im Nationalsozialismus als kleiner Junge in einem Heim untergebracht war und ihn einer dieser seltsamen Ärzte fragte, ob er nicht laufen wolle. Er müsse nur mitkommen und sich eine Spritze geben lassen. Als er sich stur weigerte, hörte er einen Arzt sagen: "Dumm ist der ja nicht." Von denen, die mitgingen, kam keiner zurück.

Neben aktuellen Beiträgen zeigt Der Pannwitzblick auch Dokumentar- und Spielfilmszenen aus dem Nationalsozialismus. Mit "Erbkrank", einem Streifen des "Rassenpolitischen Amtes der NSDAP" von 1935, sollte die bevorstehende Massenvernichtung ideologisch vorbereitet werden. Behinderte werden in einer Anstalt so gefilmt, daß sie kaum mehr als Menschen zu erkennen sind. Das Machwerk gipfelt in der Frage: "Soll es so weitergehen? Sonst geht unser herrliches Volk und seine Zukunft zugrunde!" 1940/41, als die erste "Euthanasie"-Welle in der Bevölkerung einige Unruhe ausgelöst hatte, wurde der Spielfilm "Ich klage an" konzipiert. Goebbels überwachte selbst die Dreharbeiten und genehmigte erst den siebten Drehbuchentwurf. Herausgekommen ist ein Melodram, in dem ein Mann seine unheilbar erkrankte Frau tötet und dafür vor Gericht volles Verständnis erfährt. Seine Handlung wird als heroische Liebestat gefeiert. Ausschnitte aus "Ich klage an" korrespondieren bis in Einzelheiten mit einem aktuellen Videofilm der "Deutschen Gesellschaft für

Humanes Sterben" (DGHS). Vor laufender Kamera der DGHS wünscht eine bis auf den Kopf gelähmte Frau von Hans Henning Atrott, damals noch Präsident der Gesellschaft, per Zyankalikapsel getötet zu werden. Atrott, seit Ende Januar 93 in U-Haft, war so eitel und stellte Regisseur Danquardt diesen die DGHS entlarvenden Videofilm zur Verfügung. Die suggestiven Fragen der "Sterbehelfer" degradieren die Frau zu einer unmündigen Hilfeempfängerin von Atrotts Gnaden. Atrott läßt sich als mutiger Helfer schildern, der keine Mühen scheut und selbstlos für das Sterberecht der Frau eintritt.

Der Videofilm der DGHS, ein Dokument der Ausbeutung von Hilflosigkeit und Abhängigkeit, ist der mediale Pannwitzblick. Regisseur Danquardt setzt ihn als Film im Film ein. Eine Hand hält einen kleinen Monitor vor die Kamera, auf dem das Filmdokument wie auf einem Spiegel erscheint, der dem Betrachter/der Betrachterin entgegengehalten wird. Dieses verfremdende, Distanz schaffende Medium wird auch bei dem Film eingesetzt, der aus Theresia Degeners Privatarchiv stammt und dort lange verborgen gehalten wurde: die von Therapeuten gefilmte "Behandlung" Theresia Degeners, als sie etwa sieben Jahre alt war. Sie, die als Contergangeschädigte keine Arme hat, wird gezwungen, mit Prothesen zu hantieren, obwohl sie mit ihren Füßen viel besser zurechtkommt. Für ihre therapeutischen Peiniger ist sie als Versuchsobjekt besonders geeignet, da sie im Vergleich zu vielen anderen Contergangeschädigten nicht einmal Fingeransätze hat. Als sie versucht, heimlich die Prozedur des Mehlschaufelns von einem Teller in einen anderen mit Hilfe ihrer Füße abzukürzen, wird sie in Schnürstiefel gezwängt. Die Vorführung des zum Objekt degradierten Kindes ist zutiefst obszön. Theresia Degener weist darauf hin, daß diese Prozeduren ausschließlich von Männern durchgeführt und gefilmt wurden. Durch ihre Kommentare sowie das geschilderte Stilmittel des Films im Film werden die bedrückenden Sequenzen entemotionalisiert, womit auch eine der herausragenden Eigenschaften des Films Der Pannwitzblick benannt ist: Er widersteht der diesem Thema innewohnenden Gefahr des Sentimentalen, des Mitleidens. Stattdessen aktiviert er zur Auseinandersetzung mit dem Gesehenen und Mitgeteilten, zur Analyse und zum Widerspruch.

Nach der demütigenden Behandlung Theresia Degeners ein Film, der 1935 in der Berliner Charité aufgenommen wurde: Ein behindertes Mädchen wird nackt in qualvollen Stellungen vor die Kamera gehalten, um Reflexe zu zeigen. Die Frage drängt sich auf, ob es nicht vermessen ist, nationalsozialistische faschistische Sicht- und Behandlungsweisen neben heutige zu stellen. Eine Massenvernichtung behinderter Menschen gibt es nicht mehr. Aber: Geblieben ist die Be-Wertung, die Einteilung von Menschen nach Werten (lebenswert, Wert für die Gesellschaft). Das Leben Behinderter wird, wie damals, ausschließlich als Last, als Bedrohung vermittelt. Vordenker wie Singer und Atrott unterscheiden sich in ihrer Denkweise kaum von den Eugenikern, deren Wirken 1945 ja nicht beendet wurde. Seit den 50er Jahren waren die meisten von ihnen wieder in Amt und Würden und konnten ihre Vererbungs- und Volksgesundheitstheorien fortsetzen.

Der Film Der Pannwitzblick irritiert: Die Frage nach den Sehweisen bezieht sich auch auf die eigenen. Um über die Form des politischen Lehrstücks hinauszukommen, bedient sich Regisseur Danquardt verschiedener künstlerischer Mittel: Vom Zitat aus Primo Levis "Ist das ein Mensch", das am Anfang und am Ende des Films steht, über Christian Geisslers Spracharbeit, die dem Film poetische Momente gibt, bis zur gegen den Strich gebürsteten Musik von Cornelius Schwehr. Danquardt, der sich zweieinhalb Jahre Zeit gelassen hat für die Fertigstellung des Films und in dieser Zeit mit den Beteiligten eine Weile zusammenlebte, bis eine Vertrauensbasis erreicht war, montierte Interviews, Dokumentar- und Spielfilmszenen zu einem nie gesehenen Filmessay. Ein derart vielschichtiges und kompliziertes Themenkonglomerat mit solcher Leichtigkeit zu vermitteln verdient mehr als den Deutschen Dokumentarfilmpreis: Der Pannwitzblick muß endlich überall gezeigt werden!

Hartmut Konopka

Der Pannwitzblick. Ein Film der Medienwerkstatt Freiburg, 90 Min., 16 mm, auch auf Video. Verleih der Filmemacher München

Im Verlag Libertäre Assoziation erscheint Ende Mai Der Pannwitzblick - Materialien zum Film, mit Beiträgen von Theresia Degener, Udo Sierck, Karl Heinz Roth u.a.

Pannwitz

Pannwitz ist hochgewachsen, mager und blond; er hat Augen, Haare und Nase, wie alle Deutschen sie haben müssen, und er thront fürchterlich hinter einem wuchtigen Schreibtisch. Ich, Häftling 174517, stehe in seinem

Arbeitszimmer, einem richtigen Arbeitszimmer, klar, sauber und ordentlich, und mir ist, als müßte ich überall, wo ich hinkomme, Schmutzflecken hinterlassen. Wie er mit Schreiben fertig ist, hebt er die Augen und sieht mich an.

Von Stund an habe ich oft und unter verschiedenen Aspekten an diesen Doktor Pannwitz denken müssen. Ich habe mich gefragt, was wohl im Innern dieses Menschen vorgegangen sein mag und womit er neben der Polymerisation und dem germanischen Bewußtsein seine Zeit ausfüllte; seit ich wieder ein freier Mensch bin, wünsche ich mir besonders, ihm noch einmal zu begegnen, nicht aus Rachsucht, sondern aus Neugierde auf die menschliche Seele.

Denn zwischen Menschen hat es einen solchen Blick nie gegeben. Könnte ich mir aber bis ins letzte die Eigenart jenes Blickes erklären, der wie durch die Glaswand eines Aquariums zwischen zwei Lebewesen getauscht wurde, die verschiedene Elemente bewohnen, so hätte ich damit auch das Wesen des großen Wahnsinns im Dritten Reich erklärt.

Was wir alle über die Deutschen dachten und sagten, war in dem Augenblick unvermittelt zu spüren. Der jene blauen Augen und gepflegten Hände beherrschende Verstand sprach: "Dieses Dingsda vor mir gehört einer Spezies an, die auszurotten selbstverständlich zweckmäßig ist. In diesem besonderen Fall gilt es festzustellen, ob nicht ein verwertbarer Faktor in ihm vorhanden ist."

Primo Levi: Ist das ein Mensch? München (dtv) 1992, S. 127/128

39. Die Denkbarkeit des Holocaust. Zygmund Baumanns "Dialektik der Ordnung" (Rezension)

Zygmund Baumanns "Dialektik der Ordnung: Die Moderne und der Holocaust"

Autor: Martin Rheinlaender · Rubrik: Antisemitismus/Wiedergutmachung; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak354/22.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:354:22

"Meine Vorstellung über den Holocaust war wie ein gerahmtes Bild an der Wand, das von seiner Umgebung sauber getrennt ist und mit dem Rest des Mobiliars nichts zu tun hat." (1) So beschreibt der Soziologe Zygmund Baumann, selber ein Überlebender des Holocaust, sein eigenes Denken, bevor er damit begann, sich auch als Soziologe mit dem Holocaust auseinanderzusetzen. Unter dem "Mobiliar", von dem das Bild - die eigene Erfahrung - sich abhebt, ist die Soziologie, Baumanns eigenes Fach, zu verstehen. Die Lektüre des Buches von Janina Baumann, seiner Frau, über ihre Zeit im Untergrund und Ghetto (2) veranlaßte ihn, zu ergründen, "was Historiker, Sozialwissenschaftler und Psychologen über den Holocaust herausgefunden hatten". (S. 8)

Baumann gelangt zu dem Ergebnis: Die Soziologie kann den Holocaust nicht erklären, weil beide - Wissenschaft wie die Vernichtungspolitik - auf denselben Voraussetzungen, den Grundprinzipien der Moderne beruhen. Die Analyse des Holocaust wird zur Selbstanalyse eines Denkens, in dem die nur instrumentelle Vernunft vorherrscht. So lautet dann auch die zentrale Ausgangsthese Baumanns: Der Holocaust "ist keineswegs das irrationale Hervorbrechen nicht überwundener Relikte prämoderner Barbarei. Der Holocaust ist ein legitimer Bewohner im Hause der Moderne, er könnte in der Tat in keinem anderen je zu Hause sein." (S. 31)

Gartenpflege, Gärtner und

die Produktion von Unkraut

Baumann wendet sich gegen die Soziologie (er differenziert hier kaum), die in der Verfolgung und Vernichtung der Juden unter dem Nationalsozialismus ein Abweichen von der Norm einer modernen Industriegesellschaft sieht, ein irrationales Moment, das der modernen Rationalität sozialer Ordnungen entgegenstehe. Er bekennt, selber lange dieser Auffassung gefolgt zu sein. Statt dessen müssen aber die Ordnungsprinzipien der Normalität hinterfragt und untersucht werden. Denn, so spitzt Baumann seine These zu, im Holocaust sind die Prinzipien moderner Rationalität - als instrumenteller Vernunft - nicht nur nicht verletzt worden, sie waren sogar grundlegend für das Funktionieren der Todesmaschinerie, die sich im einzelnen nicht unterschied vom alltäglichen Gang der Geschäfte.

Die Täter seien keine Dämonen aus einer mittelalterlichen oder barbarischen Welt gewesen, sondern ordentliche und Ordnung schaffende Bürokraten, die als Glieder einer langen und anonymisierenden Kette völlig rationaler Handlungen "normal" funktionierten. Darauf hat auch Raul Hilberg in einer neueren Studie hingewiesen: "Die antijüdischen Maßnahmen verteilten sich auf den Staatsdienst, das Militär, die Unternehmen und die Partei. Alle deutschen Organisationen wurden in das Projekt einbezogen. Jede einzelne Behörde trug dazu bei; man nutzte jede Spezialisierung; und an der Umklammerung waren durchweg alle Gesellschaftsschichten beteiligt." (3) Baumann leitet nun daraus die Notwendigkeit ab, den Holocaust nicht als "Einzelschicksal der Juden, als Konflikt zwischen Juden und Judenhassern" aufzufassen: Der Holocaust "hat Merkmale unserer Gesellschaft freigelegt, die sich unter "nicht-experimentellen" Bedingungen nicht hätten beobachten und empirisch nachweisen lassen, um den Holocaust als einzigartigen, aber signifikanten und zuverlässigen Test des latenten Potentials der modernen Gesellschaft zu betrachten." (S. 25)

Im weiteren durchstreift Baumann recht großzügig die Geschichte der Moderne - Philosophie, Wissenschaft und Weltbild seit dem 16. Jahrhundert - auf den Spuren der modernen Rationalität als instrumenteller Vernunft. Dabei hebt er die immer wiederkehrende Metapher vom "guten Garten" und der Gartenpflege als Zivilisationsprozeß hervor: Die Gesellschaft, die "Welt", ist immer wieder mit einem Garten verglichen worden, den es anzulegen und zu pflegen gelte. Politik und Wissenschaft, der Technik, kommen dabei die Rolle des "guten Gärtners" zu. Aber wo Pflanzen gezüchtet, angepflanzt und angeordnet werden, da entsteht auch zwangsläufig der Begriff des Unkrauts, das es auszureißen, auszumerzen gelte. Unkraut entsteht als Begriff

erst da, wo Pflanzen nach der Ordnung des "guten Gärtners" wachsen sollen. Erst die Kulturlandschaft bringt somit den Begriff des Unkrauts hervor.

Die Infragestellung des Bildes vom "guten Garten" ist der anschauliche Einstieg in eine kritische, aber auch problematische Untersuchung der Zwiespältigkeit der Moderne, der "Dialektik der Ordnung". Deren kritischen Punkt sieht Baumann in der Trennung der Moral vom rationellen Handeln, in einer Zweckrationalität, in der die Zwecke nicht mehr begründet werden, weil sie nur noch mit den Problemen beschäftigt ist, die von den Mitteln aufgeworfen werden: "Die Vernunft der Mittel triumphiert, wo sich die Ziele im Treibsand der Problemlösung verlieren." (S. 246 f.) Einmal zum herrschenden Prinzip geworden, unterwirft die instrumentelle Vernunft noch die Moral, von der sie sich getrennt hat. Der Preis der "Emanzipation" von der theologisch begründeten Moralphilosophie wäre demnach die Ent-Moralisierung sozialen Handelns. Indem die Moral - zum Beispiel in der Soziologie - selber auf die soziale Ordnung zurückgeführt (soziologisiert und damit reduziert) wird, ist "aus der Perspektive der Organisation (...) moralisch inspiriertes Handeln sinnlos, ja subversiv, denn es läßt sich für keinen Zweck instrumentalisieren und setzt der Bestrebung nach möglichst großer Monotonie Grenzen. Da Moral nicht zu rationalisieren ist, muß sie unterdrückt oder bis zur Bedeutungslosigkeit manipuliert werden." (S. 240 f.)

Im Zirkel zwischen Philosophie und Sozialwissenschaft

Das Resultat ist die "Privatisierung" der Moral. Es geht Baumann nicht darum zu fragen, was Moral sein soll, sondern was sie immer schon ist. In Anknüpfung an den Philosophen Levinas hebt er hervor, daß Moral immer schon vor-sozial (im Sinne der sozialen Ordnung) ist, daß sie (inter-subjektiv) bereits im Verhältnis zum "Antlitz des anderen" als nicht verordnete Verantwortung existiert. Aber ihre "pragmatische Wirksamkeit" liegt in der jeweiligen sozialen Ordnung. Dies ist nach zwei Seiten für die Bedingungen des Holocaust von grundlegender Bedeutung: Zum einen wird auf dem Wege der modernen Bürokratisierung und Technisierung - dem "social engineering" und der "Sozialtechnologie" - das Antlitz des Opfers soweit entfernt, anonymisiert und ausgelöscht, daß die Täter im Alltag tatsächlich nur noch ihren normalen Geschäften nachgehen müssen, um für den Massenmord effektiv zu sein. Zum anderen ist dagegen die Moral wirksam im Widerstand und der Hilfe für die Opfer, in der das Antlitz der Opfer nicht verschwindet, sondern beibehalten wird. Widerstand und Hilfe, so Baumann, entziehen sich letztlich soziologischen Erklärungen.

Baumanns Urteile über "die" Soziologie sind äußerst pauschal. Er setzt Soziologie und instrumentelle Vernunft in einer Weise gleich, daß die schon sehr früh entwickelte Kritik eben der instrumentellen Vernunft und Sozialtechnologie, der Machtbeziehungen im "social engineering" gar nicht mehr vorkommt. Dabei sind zumindest in den Arbeiten der Kritischen Theorie seit den 40er Jahren - wie der "Dialektik der Aufklärung" von Adorno und Horkheimer oder in Horkheimers "Kritik der instrumentellen Vernunft" - bereits weitgehende Voraussetzungen der Baumannschen Kritik geschaffen worden. So unschuldig, wie Baumann unterstellt, geben sich die Sozialwissenschaften nicht mehr. Eine ähnliche Überspitzung liegt auch in der Allgemeinheit vor, mit der "die Moderne" abgehandelt wird. In den Einzelanalysen dient "die Moderne" allzu oft als abstrakter Großbegriff, in den sich die widerstreitenden Tendenzen zurückziehen.

Mehrfach läuft Baumann deshalb auch Gefahr, den angenehm offenen Blick für Mehrdeutigkeiten durch Abstraktionen zu versperren, die jeder historisch-kulturellen Vermittlung enthoben sind. Sein Versuch, die Grenzen der Soziologie zu überschreiten, führt nur zu einer Verschiebung der Problematik auf die Philosophie: Baumann dringt weit vor in das Gebiet der Ethik und Moralphilosophie, aber beläßt es dann bei einer Reflexion der reinen Intersubjektivität. Er kann das, was er unter Moral versteht, nicht lokalisieren, außer in einem abstrakten Individuum und dem "Anderen". Wenn Baumann nun darauf verweist, daß die "pragmatische Wirksamkeit" von Moral in der jeweiligen sozialen Ordnung liegt, dann verweist er nur wieder auf das Feld der historischen Vermittlungen, was er ja gerade verlassen hat. Er übergeht die historischen Formen von Moral und Individualität. Auch das, was Baumann unter Moral versteht, ist selber ein Kind der "Moderne".

Differenz von Denkbarkeit und Vollstreckung des Holocaust

Die Kritik der instrumentellen Vernunft und die umschriebene Bestimmung von Moral und Verantwortung machen die Grundgedanken des Buches aus. Sie stehen in Thesen- und Frageform am Anfang und Ende des Textes, sie werden aber konkret in der Weise, wie Baumann Antisemitismus, Rassismus und technologisches Kalkül als historisch zusammenhängende und zusammenwirkende Elemente der modernen Zivilisation

beschreibt. Gewiß wird den "Fachleuten" unter den Leserinnen und Lesern dabei nicht allzuviel "neu" erscheinen. Die Bedeutung des Buches liegt aber auch nicht in der "Originalität" dieser oder jener These, sondern darin, daß Baumann die oft weitverzweigten und sich manchmal auch verlierenden Stränge der Einzelforschung und Diskussion (über Rassismus, Antisemitismus, Zivilisationsprozeß und Moderne) bündelt und verdichtet. Dies dürfte selbst für "Fachleute" mehr als nur einmal erhellend und erschreckend zugleich sein.

Dazu trägt vor allem die umsichtige Methode Baumanns bei, die einzelnen Elemente und Entwicklungsstränge, die im Holocaust zusammentreffen, nicht aufeinander zu reduzieren: So sieht Baumann im historischen Antisemitismus - aus der Zeit des christlichen Mittelalters und der Kolonisationen - eine wesentliche Voraussetzung für den Holocaust, weist aber darauf hin, daß dessen Einzigartigkeit auf der Transformation des Antisemitismus in der modernen Gesellschaft - und damit der "Assimilation" - beruht. Der Rassismus (den Baumann von Fremdenangst und Fremdenfeindlichkeit deutlich unterscheidet) konstruiert "den Juden" auf der Basis seiner "Unkenntlichkeit", seiner "Angepaßtheit", seines "Verschwindens" in der "Assimilation". Baumann behandelt zwar die ökonomisch-soziale Sonderrolle der Juden im christlichen Europa, weist aber vereinfachende ökonomische Erklärungsmuster zurück: "Der Antisemitismus hat auch nur wenig mit widerstreitenden ökonomischen Interessen zu tun (...) der Antisemitismus diente ausschließlich den selbstdefinitorischen und identitätsstiftenden Zielen seiner Propagandisten." (S. 55)

Freilich waren diese Selbstdefinitionen und Identitätsstiftungen selber Einsätze in sozialen Kämpfen: Der rassistisch konstruierte "Jude" diente als Objekt in Klassenkämpfen, die Besonderheit dieser Konstruktion lag darin, daß die Juden "von zwei entgegengesetzten Seiten her zum Objekt eines Klassenantagonismus wurden (...) entweder rohe, unkultivierte und brutale Unterschicht oder skrupellose, hochmütige Obrigkeit". (S. 57) Die Transformation des historischen Antisemitismus in seine moderne rassistische Form vollzieht sich also in den sozialen und politischen Kämpfen, den Antagonismen, die der Moderne innewohnen. Nationalismus und Nationalstaatsbildung, Klassenkampf und national-staatliche Klassenidentität und die damit verbundene Produktion einer kulturellen kollektiven Identität stellen zusammen einen ungleichzeitigen Prozeß dar, in dem Elemente vormoderner Identität gleichsam neu eingebaut und eingebettet werden können. Der Antisemitismus ist dann nicht mehr nur ein fortwirkendes Relikt vergangener Zeiten, sondern notwendig und funktional in den neuen gesellschaftlichen Verhältnissen der Moderne. Ein klassisches Beispiel dafür bietet die Verknüpfung von antikapitalistischer Rhetorik der Nationalsozialisten mit dem Antisemitismus, in der die antisemitischen Tendenzen der romantischen Kapitalismuskritik "aufgehoben" werden und damit der hochmodernen Organisation von Industrie, Verwaltung und sozialer Kontrolle dienen.

Es geht also nicht darum, Nationalismus, Rassismus, Klassenkampf und moderne Sozialtechnologie aufeinander zu reduzieren, sondern sie in ihrem konkreten historischen Zusammenhang und Zusammenwirken zu begreifen. Der Holocaust war der historische Ort und Zeitpunkt ihres Zusammentreffens. Baumann liefert keine Analyse des historischen Ortes und Zeitpunktes (Deutschland in den zwanziger und dreißiger Jahren). Er nennt nur die Faktoren, die aufeinander trafen und einander bedurften: "Der moderne, vernichtungswillige Antisemitismus gewann seine Effizienz erst aus der Verschmelzung mit der modernen Bürokratie" (S. 92) und: "Die Denkbarkeit des Holocaust stützt sich auf bestimmte Merkmale moderner Zivilisation: seine Vollstreckung hing jedoch mit einer spezifischen, keineswegs universellen Beziehung zwischen Staat und Gesellschaft zusammen." (S. 97)

Die Differenz von Denkbarkeit und Vollstreckung ist grundlegend für den Begriff der Singularität des Holocaust, die in der sogenannten Historikerdebatte in Westdeutschland bestritten wurde. Die Erinnerung ist die konkrete Weise, in der der Holocaust gedacht werden kann, aber sie beruht auf seiner allgemeinen Denkbarkeit, auf der prinzipiellen Möglichkeit des Holocaust, die der Moderne - wie Baumann sie faßt - innewohnt. Baumann wendet sich dabei jedoch entschieden gegen eine Gleichsetzung von Moderne und Holocaust, denn diese gehe auf dasselbe hinaus, wie die Historisierung und Relativierung der Vernichtungspolitik: "Auf geradezu perverse Weise führt dieses Denken (...) dazu, daß der Holocaust dessen historische und theoretische Relevanz man zu beteuern meint, im Gegenteil relativiert wird." (S. 19)

Die Ent-Persönlichung

der Opfer

Kehren wir noch einmal zurück zum Ausgangspunkt der Überlegungen Baumanns. Nunmehr an Beispielen und Einzelschilderungen zeigt Baumann die Ent-Moralisierung der Täter, der sozialen Organisation, die - mit den Worten Hilbergs - die Opfer "umklammert". Im Zentrum dieser Umklammerung steht das Nichts, die Umklammerung ist die Vernichtung. Voraussetzung dafür ist die stufenweise und in sich rationale wie logische Herstellung von Distanz zum Opfer innerhalb eines dichtmaschigen kollektiven Netzes, in dem die Einzelhandlungen ineinander greifen.

Die Vernichtung wird zu einem Prozeß, in dem die kollektive Identität der indifferenten Masse geschaffen und erhalten wird, wobei diese indifferente Masse erst durch die Anonymisierung der Opfer, ihre Ent-Persönlichung, zur Täterschaft wird. Es ist ein Prozeß der Rationalisierung auf der Täterseite, "dieser ermöglicht Verhalten, das zwar nicht den Intentionen nach, wohl aber in der Konsequenz unmenschlich und grausam ist. Je rationaler Handeln gesteuert und organisiert wird, desto leichter ist es, Leiden zu verursachen - ohne darüber in Gewissenskonflikte zu geraten." (S. 170)

Baumann greift auf ein Schema von Raul Hilberg zurück, worin dieser die Stufen der Vernichtungspolitik skizziert hat:

1. Definition der Opfer

2. Entlassung von Beschäftigten und Enteignung von Geschäftsbetrieben

3. Konzentration

4. Ausbeutung der Arbeitskraft und Aushungerung

5. Vernichtung

6. Beschlagnahme der persönlichen Habe.

"Je weiter die gesamte Sequenz sich von der ersten Stufe der Definition entfernte, desto mehr gewannen rein rational-technische Erwägungen an Gewicht und drängten moralische Skrupel in den Hintergrund." (S. 206)

Entsprechend gab es Krisenpunkte im System nur dort, wo die Distanz - und damit die Stufenfolge - nicht eingehalten wurde. Baumann nennt die Bemühungen der Nationalsozialisten, möglichst wenige Menschen mit der unmittelbaren Grausamkeit der Vernichtung zu konfrontieren. (Der für die Bundesrepublik grundlegende Prozeß kollektiver historischer Verdrängung läßt sich so auch verstehen als Wiederholung der Abdrängung und "Umklammerung" der Opfer im Nationalsozialismus.) Baumann gibt Himmler wieder, der sich noch im Jahre 1943 über die mangelnde Standhaftigkeit seiner Gefolgsleute beschwerte: " ‚Die Juden müssen ausgerottet werden`, dazu bekennt sich jeder Parteigenosse. ‚Jawohl, unser Programm ist die Abschiebung und Vernichtung der Juden; also wird es gemacht.` Und kurze Zeit später kommt dann jeder einzelne von diesen achtzig Millionen wahren Deutschen daher und repräsentiert seinen anständigen Juden: Zugegeben, alle anderen seien Abschaum, aber dieser sei die rühmliche Ausnahme." (S. 202) Wer denkt da nicht an die alltäglichen Sprüche, daß "der Türke nebenan" ein guter Mensch sei, "aber die Ausländer ..."?

Toleranz und Solidarität

Es ist hier nicht möglich, alle Fragen zu diskutieren, die sich an Baumanns Thesen und Überlegungen anschließen. In dem kürzlich vom Hamburger Institut für Sozialforschung herausgegebenen neuen Buch von Zygmund Baumann, "Moderne und Ambivalenz" (4), werden die Thesen und Themen der "Dialektik der Ordnung" in einem allgemeinen und übergreifenden Zusammenhang wieder aufgenommen und weiter entwickelt.

Baumann will einen Bruch mit den Weltbildern der Moderne vollziehen. Dieser Bruch liegt darin, daß die entstehenden offenen Situationen, die Ambivalenzen und Spannungsverhältnisse nicht zu umgehen, sondern auszuhalten sind. Darin enthalten ist die Schwierigkeit, aus der "Krise der Moderne" heraus die ihr auch innewohnenden emanzipatorischen Tendenzen zu fördern oder zu verteidigen. Allerdings ist dann Emanzipation nicht mehr den geschichtsphilosophischen Entwürfen einer total neuen Welt unterworfen (einer "Totalität", die totalitäre Tendenzen freisetzt), sondern als Eingreifen in gesellschaftliche Verhältnisse zu verstehen, als ein Kampf um soziale Ordnungen, in denen moralisch inspiriertes Handeln praktisch wirksam ist und entwickelt werden kann.

Baumann geht es um mehr als reine Toleranz. Er hat dies den Predigern der "postmodernen" Lebensstile vorgehalten, daß sie nämlich nur eine marktkonforme Beliebigkeit und damit falsche Toleranz praktizieren. Dagegen setzt er die Solidarität: "Solidarität bedeutet, im Unterschied zur Toleranz, ihrer schwächeren Version, die Bereitschaft zu kämpfen; und an der Schlacht teilzunehmen um der Differenz und des anderen willen, nicht der eigenen. Toleranz ist Ich-zentriert und kontemplativ; Solidarität ist sozial orientiert und militant." (5) Das bedeutet auch, mit dem Wissen von der Denkbarkeit des Holocaust gegen seine Vollstreckbarkeit zu kämpfen.

Martin Rheinlaender

Zygmund Baumann, Die Dialektik der Ordnung: Die Moderne und der Holocaust. Aus dem Englischen übersetzt von Uwe Ahrens. Hamburg (Europäische Verlagsanstalt) 1992. 280 S., 58,- DM

Anmerkungen:

(1) Zygmund Baumann, Die Dialektik der Ordnung: Die Moderne und der Holocaust, Hamburg 1992, S. 8. Seitenangaben nach den Zitaten beziehen sich auf diese Ausgabe.

(2) Janina Baumann, Winter in the Morning, London 1986

(3) Raul Hilberg, Täter, Opfer, Zuschauer. Die Vernichtung der Juden 1933-1945, Frankfurt am Main 1992

(4) Zygmund Baumann, Moderne und Ambivalenz. Das Ende der Eindeutigkeit, Junius-Verlag, Hamburg 1992

(5) Zygmund Baumann, Moderne und Ambivalenz, a.a.O., S. 312

40. Die kollektive Entnazifizierung einer Nation. Auszüge aus "Antisemitismus und Philosemitismus im deutschen Nachkrieg" von Frank Stern

Rubrik: Antisemitismus/Wiedergutmachung; Juden in der BRD; Geschichte der BRD; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak354/41.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:354:41

Frank Stern stützt seine Analyse des deutsch-jüdischen Verhältnisses in den Jahren 1945-1952 auf eine Vielzahl von Zeitzeugnissen: Akten der Besatzungsmächte, Presseberichte, zeitgenössische Interviews mit "einfachen" Deutschen, Politikeräußerungen u.ä.m. Aus dieser Fülle zitieren wir eine kleine Auswahl.

Wie die Juden einfach verschwanden

In den Erinnerungen und Erzählungen aus der Altersgruppe derjenigen, die im Nazismus noch zur Schule oder in die Lehre gingen oder sogar noch eingezogen wurden fallen "im Gang der Gespräche vier sich wiederholende Zusammenhänge auf: Erstens die Wahrnehmung von jüdischen Mitschülern oder Nachbarskindern und auch Kontakte mit ihnen, die mit zunehmender HJ- und BDM-Aktivität sowie dem Abgang von der Schule in immer größerer Distanz erfolgen. Zweitens die Gruppierung von Erinnerungen an Juden um die Ereignisse der sogenannten Kristallnacht. Drittens die selbst im Nachhinein noch außerordentlich kolportierte Erinnerung an das Verschwinden der Juden. Viertens die bis auf wenige Ausnahmen fehlende erinnerte Wahrnehmung des alltäglichen Terrors gegen die Juden vor der Reichspogromnacht und der reichsweiten Durchführung der ‚Arisierung`." (S. 204) Auf Nachfragen in seinerzeitigen Interviews nach dem Verbleib der Juden hieß es oft, sie seien "auf einmal ausgeblieben" oder: "Die waren nachher auch verschwunden." Stern kommentiert: "Dieser Erzählung der erinnerten Wahrnehmung und der späteren Formulierung kommt deswegen einige Bedeutung zu, weil sie sich häufig wiederholte. Zunächst ist die so gleichbleibende Wortwahl bei Menschen unterschiedlichen Alters und unterschiedlicher Herkunft auffallend. Was erzählt wird ist nicht nachträgliche Empörung über den NS-Rassismus, sondern Ereignis-Geschichten, in denen manchmal auch Empörung oder die damalige Angst vor der eigenen Empörung mitschwingt. Abläufe werden skizziert, in denen ‚die` Juden auftauchen, und zwar zu einem erheblichen Teil als gesellschaftliches, mit der ‚Kristallnacht` verbundenes Phänomen. Und aus diesen Abläufen ‚verschwinden` sie auch wieder, ihnen kommt, wie in einem Film, die soziale Realität einer Szene, eines Auftritts zu." (S. 208 f.)

Deutsch-jüdische Begegnungen 1945

In einem Artikel des Berliner Tagesspiegel vom 5.12.1945 "(werden) unterschwellige Stimmungen und Diskussionen deutlich." Es heißt in diesem Artikel u.a.: "Nichts wäre verkehrter, als heute wieder, wie es nach 1918 geschah, Ursache und Wirkung zu verwechseln und diese heimatlosen Juden, die sich zum größten Teil noch heute - fast acht Monate nach ihrer Befreiung - in Lagern aufhalten müssen, für die Zuspitzung des jüdischen Problems verantwortlich machen zu wollen (...) So darf man hoffen, daß die millionenfachen Opfer der Juden nicht umsonst gebracht worden sind, sondern daß es nach jahrhundertelangem Bemühen heute möglich sein wird, das jüdische Problem in seiner Gesamtheit zu lösen, und zwar einerseits durch Auswanderung der heimatlosen Juden und andererseits durch vollständige Assimilation der Juden, die in Europa zu verbleiben wünschten (...) Das deutsche Volk ist berufen, hierzu einen wesentlichen Beitrag zu leisten (...) Welche Hilfe ihnen hierbei ihre Mitbürger und Behörden leisten, wird ein Prüfstein für deren wahrhaft demokratische Gesinnung sein." (zit. n. S. 83) Stern kommentiert: "Zunächst beeindruckt an diesem Artikel die unbenommene Naivität, mit der dem deutschen Volk erneut die Aufgabe zugewiesen wird, ‚das jüdische Problem` ‚zu lösen`. Immer noch oder schon wieder ist es ein Problem der Juden, das heißt nicht von den Problemen der nichtjüdischen Mehrheit wird ausgegangen, von Antisemitismus, Rassismus und Judenverfolgung, sondern ein das Dritte Reich übergreifendes ‚jüdisches Problem` wird vom Autor verhandelt. Zwar sieht er Ursachen für die Existenz jüdischer displaced persons, läßt aber mitschwingen, daß diese in der Bevölkerung für die ‚Zuspitzung des jüdischen Problems` verantwortlich gemacht werden. Zusätzlich werden die millionenfachen Opfer auch noch mit einem besonderen Sinn versehen, der es nun eben jetzt ermöglichen soll, das ‚jüdische Problem in seiner Gesamtheit` zu lösen (...). Daß das Verhalten zu Juden, wie im Schluß des Artikels, als ‚Prüfstein` ‚wahrhaft demokratischer Gesinnung` begriffen werden wird, sollte bis zur

Gründung der Bundesrepublik nahezu ein kategorischer Imperativ des sich herausbildenden Philosemitismus werden. Das sei bereits hier erwähnt, weil der zitierte Artikel einen Kontext offen beschreibt, der später allenfalls abgeschwächt öffentlich artikuliert wird oder nur sehr verhalten durchscheint. Bestimmte Sprachregelungen waren im Herbst und Winter 1945 noch nicht journalistisches Allgemeingut (...)." (S. 83 f.)

Entnazifizierung

"In der halbherzigen und letztlich gescheiterten ‚Entnazifizierung` ist zweifelsohne auch eine der Bedingungen (...) für die Metamorphosen des Antisemitismus zu sehen. Denn ein gesellschaftlicher Konsens hinsichtlich der Relativierbarkeit des individuellen Verhaltens im Dritten Reich und hinsichtlich eines bloß formalen Bekenntnisses zur Demokratie konnte nun an die Stelle der befürchteten prinzipiellen Abrechnung mit der Vergangenheit treten. Die Entnazifizierung produzierte letztlich jene Mitläufer en masse, deren NS-Kavaliersdelikte man in den neuen entstehenden staatlichen und gesellschaftlichen Apparaten nachzusehen wußte. (...) Ausgerechnet die Entnazifizierung war das Medium geworden, ‚durch das sich große Teile der staatlichen wie wirtschaftlichen Eliten ihre Kontinuität über den Bruch des Jahres 1945 hinweg gesichert hatten` (Söllner, Zur Archäologie in Deutschland, Bd. 2, S. 174). Daß dies Auswirkungen auf jahrzehntelang tradierte Einstellungen gegenüber Juden haben mußte und deren Latenz stärkte, muß nicht betont werden." (S. 141)

Wiedergutmachung

Adenauers Erklärung vom 29.9.1951 vor dem Bundestag "(liest) sich in all ihrer Kühle und Nichtbetroffenheit wie eine politische Pflichtübung, eine Reaktion auf außenpolitische Erfordernisse, da - so Adenauer - in der ‚Weltöffentlichkeit` ‚Zweifel laut geworden` seien, ob die Bundesrepublik ‚das Verhältnis der Juden zum deutschen Volk auf eine neue und gesunde Grundlage stellen` will. Nicht etwa ein Schuld- und Verantwortungsbewußtsein, antisemitische Vorkommnisse und nationalistische Tendenzen bilden den Auftakt der Erklärung, sondern außenpolitische Erwägungen." (S. 325) Diese Erklärung enthält "die entscheidende Aussage, die mehr oder weniger bis heute die offizielle bundesrepublikanische Haltung zu Juden, Judenverfolgung, Massenmord, Rehabilitation, Restitution und Wiedergutmachung charakterisiert:

‚Die Bundesregierung und mit ihr die große Mehrheit des deutschen Volkes sind sich des unermeßlichen Leidens bewußt, das in der Zeit des Nationalsozialismus über die Juden in Deutschland und in den besetzten Gebieten gebracht wurde. Das deutsche Volk hat in seiner überwiegenden Mehrheit die an den Juden vergangenen Verbrechen verabscheut und hat sich an ihnen nicht beteiligt. Es hat in der Zeit des Nationalsozialismus im deutschen Volke viele gegeben, die mit eigener Gefährdung aus religiösen Gründen, aus Gewissensnot, aus Scham über die Schändung des deutschen Namens ihren jüdischen Mitbürgern Hilfsbereitschaft gezeigt haben. Im Namen des deutschen Volkes sind aber unsagbare Verbrechen begangen worden, die zur moralischen und materiellen Wiedergutmachung verpflichten, sowohl der individuellen Schäden, die Juden erlitten haben, als auch des jüdischen Eigentums, für das heute individuell Berechtigte nicht mehr vorhanden sind (...). Hinsichtlich des Umfangs der Wiedergutmachung - in Anbetracht der ungeheuren Zerstörung jüdischer Werte durch den Nationalsozialismus ein sehr bedeutsames Problem - müssen die Grenzen berücksichtigt werden, die der deutschen Leistungsfähigkeit durch die bittere Notwendigkeit der Versorgung der zahllosen Kriegsopfer und der Fürsorge für die Flüchtlinge und Vertriebenen gezogen sind.`"

Persilschein

"Adenauer erklärt für die Bundesregierung die Bereitschaft, mit ‚Vertretern des Judentums und des Staates Israel` ‚eine Lösung der materiellen Wiedergutmachungsprobleme herbeizuführen`. Die Aussagen dieser Erklärung bleiben relativ allgemein, dienen mehr der Exkulpierung der überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes als dem konkreten Bekenntnis einer Schuld oder Verantwortung. Von Völkermord und seinen Folgen kein Wort, die begangenen Verbrechen haben kein Subjekt, sind allenfalls im Namen des deutschen Volkes begangen worden. Fehlende individuell Berechtigte auf der einen Seite, Kriegsopfer, Flüchtlinge, Vertriebene auf der anderen Seite. Derartige Redeformen wird man in der gesamten Geschichte der Bundesrepublik finden. Liest man dagegen in den Bundestagsdebatten dieser Monate die außerordentlich konkreten Benennungen, wer welche Deutschen wo vertrieben hat, wie es Flüchtlingen geht, vor allem aber welch

grausames Schicksal die deutschen Kriegsgefangenen erleiden, so wird der distanzierte Charakter dieser Erklärung noch deutlicher." (S. 325 f.)

"(Die Wiedergutmachung) gab durch die Bundesrepublik als dem Repräsentanten der deutschen Nachkriegsgesellschaft dem Verhältnis zu Juden einen neuen rechtlich-normativen Charakter (...) der Staat (bestimmte) sein Verhältnis zu Juden als das innenpolitischer Rechtstaatlichkeit und außenpolitischer Zahlungsfähigkeit. Mit der Art und Weise der Verhandlungen sowie der folgenden individuellen Wiedergutmachung trug die Bundesrepublik nun darüber hinaus selbst zur Konsolidierung ökonomischer und politischer anti-jüdischer Stereotype bei. Das Luxemburg-Abkommen wurde andererseits - und zwar völlig unabhängig von zu akzeptierenden Interessen Israels und der jüdischen Organisationen - zum vorzeigbaren Persilschein des deutschen Staates und der ihn repräsentierenden und leitenden konservativen Eliten in der Adenauer-Ära. Es war die kollektive Entnazifizierung einer Nation." (S. 339)

Eine knappe Zusammenfassung des Teils seiner Arbeit, in der Stern die Entwicklung "vom antisemitischen Tabu zum philosemitischen Habitus" darstellt, ist in Babylon. Beiträge zur jüdischen Gegenwart (H. 8/1991) unter dem Titel "Philosemitismus statt Antisemitismus. Stereotype über den Feind, den man zu lieben hat" erschienen.

41. Antisemitismus und Philosemitismus im deutschen Nachkrieg (Rezension)

Eine aktuelle Analyse des deutsch-jüdischen Verhältnisses

Autor: Andrea Ludwig · Rubrik: Antisemitismus/Wiedergutmachung; Juden in der BRD; Geschichte der BRD; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak354/27.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:354:27

Da die Rezension eines wissenschaftlichen Werkes nicht dem Gesetz der Wissenschaft unterworfen ist, nach dem die Wertung am Ende zu stehen hat, bekenne ich gleich, daß mir das Buch des israelischen Historikers Frank Stern außerordentlich gut gefällt. Ein Grund ist die Weigerung des Autors, sich auf jenen, in Deutschland verbreiteten Unsinn einzulassen, schwierige Themen durch komplizierte Sprache für den interessierten Laien unzugänglich zu machen. Das biblische Pathos des Titels der deutschen Ausgabe Im Anfang war Auschwitz ist untypisch für den klaren Stil. Der englische Titel The Whitewashing of the Yellow Badge ist nüchterner und trifft den Inhalt von Sterns Untersuchung zugleich genauer. Denn es geht hier nicht in erster Linie um die Shoah, sondern um die deutschen Versuche nach 1945, ein Selbstbild zu entwerfen, das Normalität ermöglicht.

Wie unvereinbar dieser Anspruch auf Normalität mit den Erfahrungen und Empfindungen der Opfer war, verdeutlicht die einleitend zitierte Äußerung des Auschwitz-Überlebenden Primo Levi, der mit fassungslosem Erstaunen die Gewöhnlichkeit des deutschen Nachkriegsalltages beobachtet. Eine "Festung aus gewollter Unwissenheit" sollte das Unmögliche möglich machen: jene Gewöhnlichkeit wiederherzustellen, die für die Opfer nicht mehr existieren konnte. Diese Abwehrhaltung führte dazu, daß die Forderung nach einem Schlußstrich unter ein ohnehin kaum behandeltes Thema schon Ende der vierziger Jahre weitverbreitet war.

Gewollte Ignoranz ist jedoch nur eine Facette des Umgangs mit der eigenen Vergangenheit und der jüdischen Gegenwart. Stern beschreibt Antisemitismus und Philosemitismus als wesensverwandte Bewältigungsstrategien und zentrale Faktoren der politischen Kultur in der BRD. Auf der Basis von Materialien, die überwiegend aus den westlichen Besatzungszonen und der BRD stammen, schildert er ein Stück westdeutscher Geschichte.

Philosemitismus als Chiffre für das geläuterte demokratische Deutschland und antisemitische Latenz verstärken sich wechselseitig: "Das philosemitische Phänomen kann daher nur in Verbindung mit dem Antisemitismus betrachtet werden; denn bestimmte Inhalte und Formen beziehen sich noch in ihrer Umkehrung aufeinander." Thema der Untersuchung ist die Herausbildung dieser Phänomene in der bislang vernachlässigten Zeit von 1945 bis 1952. Bis Ende der 40er Jahre wird der Antisemitismus zur Rechtfertigung des Geschehenen z.T. noch offen vertreten und erhält durch den Neid auf die - tatsächlich unwesentlichen - Privilegien, die Juden von den Besatzungsmächten zugestanden werden, zusätzliche Nahrung. Daneben entwickelt sich jener Philosemitismus, der sich ab 1949 als einzig opportune Haltung Deutscher gegenüber Juden durchsetzt, während der Antisemitismus in den Privatbereich abgedrängt wird. Die zahlreichen Dokumente persönlicher und gesellschaftlicher Geschichte in Sterns Arbeit vermitteln einen plastischen Eindruck von der zwangsläufigen Wesensgleichheit beider -ismen, die - wie jedes Kollektivurteil - losgelöst von der Erfahrung mit der Realität jüdischer Existenz entstehen und dadurch nichts über die Beurteilten, jedoch um so mehr über die Urteilenden aussagen.

Philosemitischer Habitus - antisemitische Latenz

Die dem philosemitischen Gebot zugrundeliegenden Motive waren vielschichtig. Nach Stern handelte es sich dabei um eine "Kommunikations- und Verhaltensweise, von der man auf die Dauer schwer sagen konnte, wann sie Überlebens- und Integrationstaktik einzelner, wann sie echtes Bedürfnis eines Miteinander-Neubeginnens und wann sie pure zweckrationale Heuchelei war." Offensichtlich sind die Gründe für die Dominanz dieses Habitus in der Öffentlichkeit als Symbol für den Bruch mit dem Nationalsozialismus und als tragende Legitimationssäule der BRD. Vor dem Hintergrund der Shoah war eine Normalität im deutsch-jüdischen Verhältnis kaum zu erwarten. Trotzdem verblüfft die Schlichtheit, mit der Stereotype wie das von der jüdischen Fähigkeit, mit Geld umzugehen, nun ins Positive gewandt werden und als Ausweis judenfreundlicher Gesinnung gelten. Aus dem nationalsozialistischen Feindbild des geldgierigen übermächtigen Finanzjudentums wurde der geschäftstüchtige einflußreiche Jude, dessen Begabung für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschlands unverzichtbar sei. Die Verketzerung der Arbeit von Juden in

Wissenschaft, Medizin und Kultur wich dem Lob auf die großen jüdischen Gelehrten, Ärzte und Künstler. Gleichzeitig überwog in der gesellschaftlichen und institutionellen Praxis eine zwischen Gleichgültigkeit und Antisemitismus angesiedelte Haltung. Die Darstellung dieses Spannungsverhältnisses zwischen "philosemitischem Habitus und antisemitischer Latenz" zieht sich als roter Faden durch das Buch. Mit diesem Begriffspaar konzipiert Stern ein bis in die Gegenwart plausibles Deutungsmuster der verqueren deutsch-jüdischen Beziehung.

Der auf dem brüchigen Fundament der Stereotypisierung beruhende Philosemitismus verliert in den 70er und 80er Jahren seine Rolle als unangefochtene Konstante politischer Kultur in der BRD. Zeitliche Distanz und Generationenwechsel läuten eine zwiespältige Entwicklung ein. Die Enttabuisierung des Bildes vom Juden geht einher mit der zunehmenden Virulenz antisemitischer Einstellungen. Die Datierung des Beginns dieser Entwicklung auf die 70er Jahre lenkt den Blick auf die 68er Bewegung, über deren Bedeutung und Folgen 25 Jahre danach in zahlreichen Artikeln räsoniert wird. Unbestreitbar äußerte sich der kulturrevolutionäre Anspruch der 68er Jahre auch in dem erstmaligen offenen Bruch mit dem philosemitischen Habitus gegenüber Israel. Es ist zwar kurzschlüssig, hierauf die These von der linken Schuld am bundesdeutschen Antisemitismus zu gründen oder die von "der" antisemitischen Linken; der notwendige Bruch mit der Tabuisierung der Kritik an Israel wurde jedoch (auch von Linken) dazu genutzt, antisemitische Stereotype wiederzubeleben.

Jüdisch = Nicht-deutsch

Es fehlte vor allem, schreibt Stern, Empathie in die jüdische Situation: Direkt nach 1945 entstand eine doppelbödige Haltung der Deutschen, aufgrund derer bis heute der deutsch-jüdische Dialog von einem Abgrund an Verständnislosigkeit gekennzeichnet ist. Am Anfang dieser Entwicklung stand nicht Auschwitz, sondern das Fehlen einer intensiven Selbstkonfrontation mit Juden und ihren Schicksalen. Die Nöte der Nachkriegszeit boten einen willkommenen Vorwand, um sich ganz dem eigenen Dasein zu widmen. Die größtenteils vermiedene Auseinandersetzung führte nicht nur zu realitätsfernen - positiven oder negativen - Mystifizierungen "des" Juden, sondern auch zu bizarren Verkrampfungen wie der Frage des Bundespräsidenten Heuss, ob der Gebrauch des Worts "Jude" noch verantwortbar sei. Den statt dessen favorisierten "jüdischen Mitbürger" bezeichnet Stern als "geniale Wortschöpfung, die vermeintlich Nähe betonend, dennoch Distanz implizierte. Denn nur selten wurden andere Bürger als Mitbürger tituliert." Die Identität des heute gängigen Begriffs des ausländischen Mitbürgers ist kein Zufall. Juden sind aus (christlich-)deutscher Sicht ebenso Fremde wie Ausländer. Sie blieben auch mit weißgewaschenem Stern vom Stigma der Andersartigkeit gezeichnet.

Andrea Ludwig

Frank Stern: Im Anfang war Auschwitz. Antisemitismus und Philosemitismus im deutschen Nachkrieg. Gerlingen (Bleicher Verlag) 1991. 388 S., 68.-DM

42. Die Ordnung des Terrors

von Wolfgang Sofsky

Autor: Wolfgang Sofsky · Rubrik: Geschichte des Faschismus; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak354/23.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:354:23

Ich möchte den AK-Leserinnen und -Lesern ein Buch empfehlen, das neben den bisher erschienenen Büchern über das Dasein und Überleben in den Konzentrationslagern des nationalsozialistischen Deutschland den Versuch einer soziologischen Analyse der "extremste(n) Form der Macht und modernen Organisation" unternimmt.

Der Autor Wolfgang Sofsky rekonstruiert auf der Grundlage von Häftlingsberichten die zerstörerische Kraft des gezielten Terrors und der Tortur. Dabei versucht er sich den sozialen Strukturen und Praktiken der Lagergesellschaft zu nähern. Im Mittelpunkt steht die "entgrenzte Grausamkeit" nicht nur des SS-Personals, sondern auch der zur Kollaboration gezwungenen Häftlinge. Es gelingt dem Autor zu zeigen, wie die Zerstörungsmacht der NS-Politik bis in die verästelte Häftlingsgesellschaft hineinwirkte, wie sie durch Erniedrigung und psychische Nötigung die Opfer instrumentalisierte. Sofsky beschreibt die Verstümmelung der personalen Identität der Gefangenen, die Veränderung ihres Raum- und Zeitsinns, den Verlust ihres Grundvertrauens in den Fortbestand einer sozialen Welt sowie ihrer Selbstachtung.

Der nachfolgende Text, den wir hier mit freundlicher Genehmigung des S.-Fischer-Verlages veröffentlichen, ist eine von mir gekürzte Fassung des ersten Kapitels des Buches mit dem Titel "Zugang". Es geht dabei um Fragen der Methodik und Herangehensweise an dieses schwierige Thema.

Bj., Hamburg

"Es ist geschehen,

und folglich kann es wieder geschehen.

Es kann geschehen, überall."

Primo Levi

Zugang

(...) Einige Überlebende haben sogleich nach der Befreiung, andere erst nach Jahrzehnten über die Lager berichtet. Die Justiz trug zahlreiche Dokumente und Zeugenaussagen zusammen. Die wenigen Prozesse jedoch wurden verspätet eröffnet, manche Urteile zeugen von bemerkenswerter Nachsicht, aber auch von der Verlegenheit der Gerichte, juristische Normen auf den Ausnahmezustand anzuwenden. Pädagogen, von Amts wegen mit der "Bewältigung der Vergangenheit" beauftragt, versuchen mühselig, den Nachgeborenen eine Art historisches Gewissen zu vermitteln, so als sei der Massentod ein Lehrstück, aus dem kommende Generationen etwas lernen könnten. (...) Aber obwohl manche Tatsachen mittlerweile bekannt sind, hat sich das Verständnis kaum erweitert. Die Wirklichkeit der Lager scheint alle Vorstellungskraft zu sprengen. Noch immer löst sie vielfältige Formen der Abwehr aus, die entlasten, die Erinnerung austilgen sollen.

Wählerisch sind Menschen bei ihren Abwehrmanövern bekanntlich nicht. Die Skala reicht von der simplen Verleugnung über den verharmlosenden Vergleich bis zu intellektuell subtileren Techniken der Umdeutung und Rationalisierung. (...) Da wird noch immer die Existenz der Todeslager schlichtweg geleugnet. Da gibt es jenen "alltäglichen Revisionismus", der Auschwitz gegen Dresden, Dachau gegen Katyn oder die "Speziallager" der sowjetischen Besatzungsmacht, den Völkermord gegen die Greueltaten bei der Vertreibung der Deutschen aufgerechnet, das obszöne Zahlenspiel einer falschen Mathematik, die die Vergangenheit durch Abrechnung entsorgen will.

(...) Versagt diese Methode, setzen sprachliche Umschreibungen ein. Bereitwillig haben viele Deutsche, aber nicht nur sie, den Titel eines Fernsehspiels in ihren Wortschatz übernommen, um den Ausdruck "Völkermord" dafür streichen zu können. (...) In der Sprache der Psalmisten heißt "Holocaust" jedoch "vollkommenes Brandopfer". Der Ausdruck bezeichnet das rituelle Martyrium, das Juden auf sich nahmen, weil sie sich weigerten, ihrem Glauben abzuschwören. Es stellt eine ganz und gar unzulässige Verbindung her zwischen

dem Völkermord und dem Schicksal jüdischer Märtyrer, obgleich doch die Juden nicht deswegen umgebracht wurden, weil sie sich weigerten, einer Überzeugung zu entsagen, sondern weil sie Juden waren. (...)

Um ein anderes Beispiel sprachlicher Entsorgung zu geben: Die zahllosen Konzentrationslager auf deutschem Boden, die "Außenkommandos" der Lagerzentralen, deren Liste sich wie ein Ortsverzeichnis von Mitteleuropa ließt, sie heißen nun plötzlich "Arbeitslager" oder "Außenstationen". Diese Konzentrationslager lagen direkt nebenan, an belebten Ausfallstraßen, im nahen Stadtwald, in ausquartierten Schulhäusern oder auf dem Gelände privater Firmen. Nachdem die Regionalforschung, so unzureichend ihre Mittel häufig sind, manche vergessenen Lager aufgedeckt hat, wollen besorgte Stadtväter der Öffentlichkeit weismachen, so arg sei die Sache nicht gewesen. Penibel unterscheiden sie die angeblich so harmlosen "Arbeitslager" von den "Todeslagern" im Fernen Osten, ein grundsätzlicher Unterschied, den niemand bestritten hatte. Daß aber auch die Arbeit den Tod zur Folge hatte, daß die Ausgezehrten ausgemustert und zum Sterben zurück in die Stammlager oder ein Sterbelager geschickt wurden, daß Gaskammern auch in Deutschland standen, all dies kaschiert die Rede vom "Arbeitslager". Es verbannt die Verbrechen aus dem Gesichtskreis, betreibt seine geographische Exterritorialisierung.

Es ist nur die Kehrseite dieser Sprachpolitik, wenn die öffentliche Rede ins Unverbindliche ausweicht. Da gibt es die unsäglichen Leerformeln der Sonntagsreden, das pathetische Geraune von tragischer Schuld und Verstrickung, von Vergebung und Versöhnung, wo es in Wahrheit nichts zu versöhnen gibt. (...) Geradezu inflationär haben sich die Wörter vom "Unrechtsregime", von "Menschenverachtung", von "voller Verantwortung" verbreitet, als hätte sich das Regime je damit begnügt, die Menschen zu verachten, als könnte jemand für die Folgen des Massenmords die "volle Verantwortung" übernehmen. Bis in die Sprache ist die Ideologie der Entsorgung gerutscht. Sie vermindert die Bedeutung der Tatsachen und flüchtet sich in moralische Belehrungen, obwohl der Untat mit keiner Kategorie der überlieferten religiösen oder politischen Moral beizukommen ist.

Hilft auch die sprachliche Vernebelung nicht, schlägt die Abwehr in Trotz und Selbstmitleid um. Genug habe man gebüßt, entschädigt, seine Schuld bezahlt. Da werden je nach politischer Konjunktur, auch von offizieller Stelle entschlossen Schlußstriche gezogen und ein neues Nationalbewußtsein verkündet. Da gibt es die treuherzige Versicherung, inzwischen habe man seine Lektion aus der Geschichte gelernt. Schon die Redeweise beweist das Gegenteil. (...)

Die Abwehrmuster wirken im Diskurs der wissenschaftlichen Intelligenz in eigentümlicher Weise nach. Das plumpe Aufrechnen, wie es an Stammtischen üblich ist, ersetzt man durch fragwürdige Vergleiche und abstruse Kausalketten, die das Ausmaß der deutschen Verbrechen relativieren sollen. Andererseits weicht der kritische Diskurs allzu rasch in geschichtsphilosophische oder gesellschaftstheoretische Erwägungen aus. Mit der Analyse der Lagerwirklichkeit will man sich nicht lange aufhalten. Man versteift sich auf den Typenbegriff des Faschismus und wehrt damit die Essenz des NS-Regimes ab: die organisierte Tortur und den Völkermord. Allzu geschwind wendet man sich der Frage zu, wie es denn möglich war, ohne zuvor auch nur den Versuch unternommen zu haben, im einzelnen zu verstehen, was der Fall war. Auf diese Weise kann man sich lange Zeit im Vorfeld des Problems aufhalten. Oder man verkürzt das analytische Interesse auf die autoritären Dispositionen und Vorurteile der Täter, eine empörend verharmlosende Sichtweise, die über die Prozesse der Gewalt und des organisierten Terrors keinerlei Aufschluß gibt. So meidet man die unangenehme Einsicht, daß menschliche Grausamkeit ganz ohne Mobilisierung obskurer Ressentiments möglich ist, daß auch der Abbau von Vorurteilen nicht vor Wiederholung bewahrt.

Aber läßt sich das Konzentrationslager überhaupt mit wissenschaftlichen Mitteln verständlich machen, als extremste Form der Macht und modernen Organisation beschreiben und begreifen? Um einen Zugang zur soziologischen Analyse zu eröffnen, sind einige Vorbemerkungen unvermeidlich. Jeder Versuch einer theoretisch angeleiteten Untersuchung trifft auf zwei Vorbehalte: den Topos von der prinzipiellen Unverstehbarkeit und die Vorstellung von der Unvergleichbarkeit der Verbrechen, für die der Name Auschwitz steht. Beide Thesen sind in der politischen Debatte geläufig und in ihrer Abwehrfunktion unschwer durchschaubar. Sie dienen zur Rechtfertigung einer Wahrnehmungssperre. Denn indem man etwas als unbegreifbar bezeichnet, entgeht man der Notwendigkeit, das ganze Grauen mit all seinen Einzelheiten wahrnehmen zu müssen. Von anderem Gewicht ist die Äußerung jedoch, sofern sie von den Überlebenden stammt. Sie mahnt die Nachgeborenen, das Leiden und Sterben der Opfer nicht achtlos mit bekannten Vorstellungen gleichzusetzen. Es solle warnen, aber nicht abwehren.

Deutet man das Wort von der Unverstehbarkeit in einem theoretischen Sinn, so wäre die Kulturwissenschaft, der es um das Verständnis fremder oder einzigartiger Tatbestände geht, von vornherein zum Scheitern verurteilt. Dagegen ist festzuhalten: Alles, was Menschen tun und erleiden, ist im Prinzip verstehbar, auch wenn das Fremdverstehen in manchen Fällen schwieriger ist als in anderen. Da die Lager ein Ergebnis menschlichen Handelns waren, sind sie einem rationalen Verständnis prinzipiell zugänglich. Das heißt freilich nicht, daß sich Ereignisse und Abläufe umstandslos auf Motive, Absichten oder Entscheidungen einzelner Täter zurückführen ließen. Erst einmal eingerichtet, entwickelte sich in den Lagern eine Macht, deren Dynamik weder geplant noch voraussagbar war. Die Praktiken, Strukturen und Prozesse dieser Macht versucht die vorliegende Studie zu rekonstruieren. Sie ermittelt keinen historischen Sinn und enthält sich philosophischer Generaldeutungen. Statt dessen wird das Lager als eine spezifische Gesellschaftsform untersucht, eine Gesellschaft allerdings, die an der Grenze jeder Sozialität liegt. Denn es gehört zum Wesen absoluter Macht, willkürlich zwischen Vergesellschaftung und Dissoziation zu wechseln, zwischen der totalen Formierung und der völligen Auflösung des Sozialen. Mit psychologischer Einfühlung und Identifikation hat dieser soziologische Zugang ebensowenig gemein wie mit der Erzählung einer Geschichte oder der Konstruktion historischer Finalität. Die Analyse zielt auf die Typik sozialer Figurationen und Prozesse. Darin liegt ihre Grenze, aber auch ihre Chance.

(...) Gewiß kann eine soziologische Studie zu einer angemessenen Weise des Gedenkens, so es sie denn überhaupt gibt, nur wenig beitragen. Auch letzte Gründe sind von ihr nicht zu erwarten. Das Lager taugt wahrlich nicht zum Experimentierfeld soziologischer Hypothesen. Es verhält sich vielmehr umgekehrt: Das Konzentrationslager hat nicht nur die Stammbegriffe der Zivilisation zunichte gemacht, die Ideale von Vernunft, Fortschritt, Freiheit und Verständigung. Es hat zudem den Anschein, als seien die Begriffe des sozialen Handelns und der Wechselseitigkeit, der Arbeit und der Macht obsolet. Die Idealisierung einer unsterblichen Gesellschaft, die dem Alltagsdenken wie der Soziologie insgeheim zugrunde liegt, ist zersprengt.

(...) Die folgenden Studien (...) zielen nicht auf allgemeine Geltung, sondern auf interpretative Tiefenschärfe. Dennoch kann eine Studie, die die typischen Strukturen absoluter Macht zu ermitteln versucht, einen Beitrag zu weiteren, komparativ angelegten Analysen organisierten Terrors leisten. Sie gibt nämlich analytische Kategorien zur Hand, mit denen sich Vergleiche anstellen lassen. Worauf das Wort von der Singularität jedoch zutrifft, läßt sich vorab sagen. Massenmorde und Massaker an Fremden, sozialen Außenseitern, politischen Gegnern, Kriegsfeinden und an ethnischen Minderheiten haben die Kulturgeschichte des Homo sapiens stets begleitet. Das Konzentrationslager jedoch, Terror und Vernichtung durch Organisation, dies ist eine Erfindung des 20. Jahrhunderts. In seinen organisatorischen Strukturen und Methoden, in der Wahllosigkeit seiner Opfer und der Zerstörung durch Hunger und Arbeit ist es nicht einmal eine deutsche Spezialität. Historisch einzigartig und ohne jedes Beispiel ist jedoch die staatlich initiierte und industriell betriebene Massenvernichtung der Juden, Sinti und Roma durch die Deutschen. Weniger das Tötungsverfahren ist einzigartig als der Völkermord mit Hilfe einer bewährten staatlichen Verwaltung, mit einem öffentlichen Dienst der Ausrottung. Mit der Einrichtung von Todesfabriken, zu denen ein ganzes Volk vom Säugling bis zum Greis über tausende Kilometer transportiert wurde, um spurenlos vernichtet und wie "Rohstoffe ausgewertet" zu werden, ist nicht nur ein neuer Modus des Tötens erreicht, sondern auch ein Gipfelpunkt in der negativen Geschichte sozialer Macht und moderner Organisation.

Für eine soziologische Analyse ist der Unterschied zwischen den Konzentrationslagern und den Vernichtungslagern grundlegend. Die "Todesfabriken" Chelmno, Belzec, Sobibór und Treblinka waren, wie die "Euthanasieanstalten" im Reichsgebiet, keine Konzentrationslager. Sie bildeten eine bürokratisch separate Einrichtung. Ihr einziger Zweck war die Vernichtung der Juden. Die SS ließ dort nur so viele Menschen für kurze Zeit am Leben, wie sie für den reibungslosen Tötungsbetrieb benötigte. Alle anderen wurden sofort nach der Ankunft an Massengräbern erschossen oder in die Gaskammern gelockt. Eine Häftlingsgesellschaft von gewisser Dauer gab es hier nicht. Die wenigen Arbeitskommandos sind lediglich mit den "Sonderkommandos" zu vergleichen, die in Auschwitz die Todesfabriken in Gang halten mußten. In den Konzentrationslagern dagegen wurden die Menschen namentlich registriert, mit einer Nummer versehen, in Unterkünfte eingewiesen und meist auch zur Arbeit eingesetzt. Sie wurden nahezu vollständig von der Außenwelt isoliert und zu einem rechtlosen Leben in äußerstem Elend gezwungen. Hunderttausende wurden hier auf nur alle erdenkliche Weise getötet, durch Erschießung oder Vergasen, Folter, Hunger oder Arbeit. Eine Zwischenstellung nahmen Auschwitz und Majdanek ein. Diese waren zugleich Konzentrations- und Vernichtungslager. Die "Selektion" an der Rampe von Auschwitz war der historische Ort, an dem der Völkermord an den Juden mit der Organisation

der Konzentrationslager verkoppelt wurde. Im Gegensatz zu den Todesfabriken, die streng geheimgehalten wurden, waren die Konzentrationslager jedoch multifunktionale Einrichtungen. Sie dienten als Haft-, Produktions- und Exekutionsstätten, als Ausbildungszentren für die SS-Totenkopfverbände und als gesellschaftliches Terrorinstrument.

(...) Die vorliegende Studie untersucht nicht die Sozialgeschichte des Völkermords und des deutschen KZ-Systems. Sie analysiert das Konzentrationslager als ein Machtsystem eigener Art. Ihr liegt die These zugrunde, daß sich in den Lagern eine soziale Machtform herausgebildet hat, die sich wesentlich von den geläufigen Macht- und Herrschaftstypen unterscheidet. Absolute Macht ist weder mit asymmetrischen Tauschbeziehungen oder sozialer Sanktionsmacht noch mit moderner Disziplinarmacht oder stabilen, auf Gehorsam beruhenden Herrschaftsverhältnissen zu verwechseln. Sie beruht nicht auf Ausbeutung, Strafgewalt oder Legitimität, sondern auf Terror, Organisation und exzessiver Tötungsgewalt. Die typischen Prozesse dieser Macht, die Formierung von Raum, Zeit und Sozialität, die Steigerung zu exzessiver und organisierter Tötungsmacht, dies sind Gegenstände der folgenden Studien.

Wie aber läßt sich die Funktionsweise dieser Macht begreifen und darstellen? Hält man sich an den Funktionswandel der Lager, so gelangt man über eine Außenansicht nicht hinaus. So bedeutsam die Gesellschaftsgeschichte für die Frage sein mag, weshalb die Lager eingerichtet wurden, so wenig Aufschluß verspricht sie für die Analyse dieses Machtsystems. Über die Strukturen absoluter Macht, ihre Auswirkungen im Mikrokosmos sozialer Situationen, über den Lageralltag erfährt man bei diesem Zugang kaum etwas. Hält man sich andererseits an die Psychologie der Täter und Opfer, so reduziert man die soziale Wirklichkeit auf die Motivstrukturen und Erlebnisweisen der Individuen. Die Prozesse der Vergesellschaftung und Dissoziation, der Organisation und Gewalt kommen so ebenfalls nicht in den Blick. Um zu einer Innenansicht der Lagerwelt zu gelangen, hält sich die Untersuchung statt dessen an drei allgemeine Regeln:

(1) Die soziale Wirklichkeit des Lagers ist keinesfalls mit den Zielen gleichzusetzen, die die Organisationsspitze der SS plante oder hin und wieder proklamierte. Das Lagersystem war der Brennpunkt unterschiedlicher, mitunter gegensätzlicher Interessen, ein Streit- und Verhandlungsobjekt zahlreicher Behörden und Instanzen. Es verhält sich hier wie bei jeder sozialen Organisation. Organisation ist kein Mittel zum Zweck, sondern ein dynamisches Handlungsfeld. Die Selbsterhaltung des Systems, die Prozesse der Macht und des Terrors hatten mit den Plänen der Leitung häufig wenig zu tun. Auf eine teleologische Erklärung zu spekulieren, verwechselt die Intentionen einer Gruppe mit den Strukturen, die sich in einem sozialen Feld herausbilden. Die soziale Welt des Lagers war sehr viel mehr als ein rationales System mit eindeutiger Zweckorientierung. Der Alltag war geprägt durch ein Geflecht von Abhängigkeiten und Antagonismen zwischen Nutznießern, Personal, Hilfstruppen und Opfern. Eine Analyse dieser Machtfiguration hat sich daher um einen Wechsel der Perspektive zu bemühen, um sowohl die Strategien der Macht als auch die Reaktionen und die Ohnmacht der Opfer zu erfassen.

(2) Inmitten der Gesellschaft war das Konzentrationslager ein abgeriegelter Kosmos. Nirgendwo ist die Theorie des geschlossenen Sozialsystems sinnfälliger als im Falle des Konzentrationslagers. Die Grenzen waren unüberwindbar, die Menschen wurden isoliert und in eine Welt des Terrors eingesperrt, in der das Personal freie Hand hatte. Zwar war das Lager eingefügt in ein Netz von Verwaltungsstellen und wirtschaftlichen Nutznießern. Die innere Sozialstruktur knüpfte an Stereotype der gesellschaftlichen Umwelt an. Den Turbulenzen der historischen Umstände konnte sich auch das KZ-System nicht entziehen. Aber diese Öffnungen des Systems blieben radikal begrenzt. Sie betrafen lediglich die organisatorische und räumliche Ausbreitung der Lager, die Mobilität der Transporte und den begrenzten Funktionswandel des Arbeitseinsatzes. Für die Insassen gab es nur eine Richtung. Nach der Anfangsphase der Etablierung des Lagersystems kam bis auf wenige Fluchten und Entlassungen keiner mehr hinaus. Für sie war das Lager eine Kolonie der Terrors am Ende der sozialen Welt.

(3) Wirksam wird der organisierte Terror in den Situationen des Handelns und Leidens. Auch die absolute Macht zielt letztlich auf die sozialen Situationen, in denen sich die Menschen bewegen. Hier bricht sie den Widerstand, pfercht Menschen zusammen oder zerreißt soziale Verbindungen, hier zerstört sie das Handeln, das Leben. Jede Untersuchung des Lagers greift zu kurz, die den Mikrokosmos einer Macht ausspart, die die Strukturen des Raumes und der Zeit, der Sozialität und Identität durchdringt. Unverzichtbar ist daher eine methodische Nahsicht auf die typischen Situationen der Lagerwelt. Die folgende Untersuchung greift deshalb

nicht nur auf Konzepte der allgemeinen Machtsoziologie zurück, sondern auch auf die soziologische Situationsanalyse.

(...) Um zu einer dichten soziologischen Beschreibung zu gelangen, greifen die Studien auf historiographische Untersuchungen und Dokumentationen, vor allem jedoch auf Häftlingsberichte zurück. Ferner wurden Akten der Lagerverwaltungen und Dokumente der Nürnberger Prozesse herangezogen. Von besonderem Wert waren dabei jene Texte, die selbst bereits dichte Beschreibungen enthalten. Naturgemäß werfen diese Zeugnisse eine Reihe von Quellenfragen auf. Die Darstellung spiegelt wider, wie der Autor das Lager erfahren und sich zu erklären versucht hat. Diese Deutungen sind in der Regel keine nachträglichen Verfälschungen, sie haben sich vielmehr während der Inhaftierungszeit bereits herausgeprägt. Auch wenn viele Berichte in der Angabe von Zeiten und Zahlen ungenau sind, so wird dies durch die Beschreibung typischer Situationen bei weitem aufgewogen. Eine Durchsicht zeigt, daß schon eine relativ geringe Zahl von Berichten aus verschiedenen Lagern ausreicht, um eine typisierende Beschreibung zu erreichen. Die Standardisierung des Terrors und die Monotonie des Lageralltags schlugen sich trotz aller lokalen und zeitlichen Differenzen auch in den Berichten nieder.

Als besonders aufschlußreich erwiesen sich jene Texte, die entweder auf zusätzlichen Recherchen der Autoren beruhen oder aber den Detaillierungszwängen einer literarischen Schreibweise gehorchen. Die "littérature de témoignage" ist eine spezifische Textsorte, die die mikroskopische Beschreibung des Lageralltags mit theoretischer Reflexion verbindet. Sie eröffnet einen Zugang zur Bedeutungswelt der Gefangenen, den auch die historiographischen Darstellungen nicht bieten können. Dies dürfte damit zusammenhängen, daß eine literarische Schreibweise auch solche Vorfälle zur Darstellung bringt, die in nichtliterarischen Berichten als selbstverständlich unterstellt werden. Auch das Konzentrationslager hatte seinen Alltag, seine "Normalität", die in vielen Berichten zugunsten besonderer Vorkommnisse gar nicht in Erscheinung tritt. Für den literarischen Text ist jedoch fast alles, auch die vermeintlich geringfügigste Einzelheit bemerkenswert. Er trägt post festum der Tatsache Rechnung, daß sich trotz der Alltäglichkeit vieler Ereignisse im Lager letztlich nichts mehr von selbst verstand.

Es ist bekannt, daß in den Berichten die Sichtweise der politischen Häftlinge überwiegt. Sie bildeten die Kerngruppe des Widerstands. Aus ihrem Kreis kamen die meisten, denen eine schriftliche Darstellung möglich war. Die privilegierten Gefangenen stellten unter den Lagerinsassen eine verschwindende Minderheit, unter den Überlebenden die Mehrheit. Diese Einschränkung der Quellenlage wird nur teilweise durch die Berichte jüdischer und ausländischer Häftlinge aufgehoben. Auch sie wurden meist als politische Gefangene klassifiziert, gehörten jedoch in der Regel nicht zur von den Deutschen geprägten Oberschicht des Lagers. Die Existenz der Texte ist selbst ein Datum für die Verhältnisse im Lager. Die Geschichte der Konzentrationslager konnte nur von denen geschrieben werden, "die nicht den tiefsten Punkt des Abgrunds berührt haben. Wer ihn berührt hat, ist nicht mehr wiedergekommen, oder seine Beobachtungsgabe war durch das Leid und das Nichtbegreifen gelähmt."

Abdruck mit freundlicher Genehmigung des S. Fischer Verlages.

Wolfgang Sofsky: Die Ordnung des Terrors: Das Konzentrationslager , erschienen 1993, DM 49,80

43. Erwin Eckert - Christ und Kommunist

Autor: Werner Rätz · Rubrik: Geschichte der Kommunisten; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak354/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:354:31

1912 hielt der 19jährige Erwin Eckert seine erste öffentliche Rede, in der er davon sprach, "daß ein Christ genausogut ein überzeugter Sozialdemokrat sein könne wie ein Atheist und Freidenker" (S.15). Weder sozialdemokratische (Parteimitglied seit 1911) noch christliche (Theologiestudium in Heidelberg, Göttingen und Basel) Gesinnung hielt ihn davon ab, 1914 freiwillig in den Krieg zu ziehen. Erst in dessen Verlauf begriff er die Falschheit dieser Entscheidung.

Seit 1922 Pfarrer (erst in Meersburg/Bodensee, ab 1927 in Mannheim), war er beteiligt an der Gründung des "Bundes der Religiösen Sozialisten Deutschlands" und von 1926 bis 1931 dessen geschäftsführender Vorsitzender und Herausgeber seiner Zeitung.

Beständig legte er sich mit seiner Kirchenleitung an: 1925 verurteilte er das kirchliche Votum für die Wahl Hindenburgs, was ihm 50 RM Geldstrafe einbrachte; 1926 agitierte er für die Fürstenenteignung, 1928 gegen den Panzerkreuzerbau. Ein Flugblatt zu den preußischen Kirchenwahlen 1928 brachte ihm ebenso eine Verurteilung ein wie die Veröffentlichung einer antifaschistischen Karikatur in der Zeitung des "Bundes" 1930. Als im Dezember 1930 Nazis auf einer SPD-Versammlung mit Eckert als Redner randalierten, wurde er deshalb von der badischen Landeskirche mit Redeverbot bei politischen Veranstaltungen belegt.

Es folgten 1931 fast ununterbrochen Prozesse und Verurteilungen, kirchlicherseits jeweils von einem NSDAP-Sympathisanten geführt, die am 11. Dezember mit der "Entfernung aus dem Kirchendienst" endeten. Bereits im November war er vom "Bund" aller seiner Ämter enthoben worden.

Der Hintergrund war folgender: Am 2. Oktober waren eine Reihe linker Kritiker aus der SPD ausgeschlossen worden; anders als ihre Mehrheit um Max Seydewitz, die die Sozialistische Arbeiterpartei (SAP) gründete, trat Eckert schon am 3. Oktober der KPD bei.

Diese Entscheidung hielt er für notwendig, weil "man dem sich konzentrierenden, mit den faschistisch-militaristischen Methoden zusammengeballten, in seiner Macht bedeutend stärker gewordenen Kapitalismus nur dadurch entgegenzutreten und ihn zu überwinden vermag, daß die Einheitsfront all derer geschaffen wird, die unter der gegenwärtigen Ordnung leiden." Deshalb "kann man nicht mehr in der SPD bleiben, weil sie auf der anderen Seite steht" (S.175).

Während der Nazidiktatur zweimal im Knast und dann unter Polizeiaufsicht gestellt, nahm Eckert sofort nach dem Krieg den Gedanken der Einheitsfront wieder auf. Als Vorsitzender der (süd)badischen KPD betrieb er energisch die Bildung einer gemeinsamen Partei mit der SPD: "Wir wollen ja doch gar nichts als diese Einheit des kämpfenden Proletariats. Ihr könnt meinetwegen den ganzen Parteiapparat selber haben." (S.278) "Wir Kommunisten...geben unseren Namen auf...in dem Bewußtsein, daß die politische Notwendigkeit der neuen Partei viel mehr ist, als alles, was uns in der Vergangenheit lieb und wert war." (S.280)

Bekanntlich wurde nichts daraus. Ebenso blieben Eckerts Bemühungen um einen konsequenten, antifaschistischen Neubeginn als Staatsrat der ersten badischen Landesregierung erfolglos. Sein politischer Bezugsrahmen entsprach nicht der Wirklichkeit des Kalten Krieges: "Wir Kommunisten wollen keine Politik weder nach dem Osten noch nach dem Westen. Wir wollen aber auch nicht, daß Deutschland mitten zwischen dem Ost- und dem Westblock steht. Wir erkennen überhaupt keinen Ost- und Westblock an. Wir kennen nur Völker, die aus der Katastrophe des Vergangenen soviel gelernt haben werden, daß es nie mehr zu einem Krieg kommen kann." (S.27)

Diese Position, die aus heutiger Sicht fast rührend naiv erscheinen könnte, hatte durchaus eine Basis in der unmittelbaren Nachkriegszeit. Noch drei Jahre später, im Juli 49, erreichte Eckert bei den Oberbürgermeisterwahlen in Mannheim als Kandidat der KPD 34,7% der Stimmen gegen einen Sozialdemokraten, der von allen anderen Parteien unterstützt wurde. Trotzdem war 1949 mit der Gründung der BRD das Jahr, das Eckerts oben dargestellte Weltsicht endgültig zur Illusion machte.

1950 wurde er als KPD-Vorsitzender Badens abgelöst (er blieb im Landtag bis zum Verbot 1956) und arbeitete von da an in wechselnden führenden Positionen im "Westdeutschen Friedenskomitee", das die

BRD-Organisation des Weltfriedensrates war. Wie zahlreiche andere Gruppen und Personen, die gegen die Remilitarisierung kämpften, wurde auch das Friedenskomitee Opfer juristischer Repression. Eckert war einer der 1959/60 angeklagten und schließlich auch verurteilten "Rädelsführer".

Danach hatte er keine herausragenden Funktionen mehr. Er wurde auch an der Vorbereitung der DKP-Gründung nicht beteiligt, obwohl sein "Betreuer" in der illegalen KPD zum engsten Gründungskreis gehörte. Er trat der DKP allerdings bei und gehörte ihr bis zu seinem Tod 1972 an. Georg Fülberth kommt zwar zu dem Schluß, daß es keinen ",Fall Eckert` in der KPD (gab) dergestalt, daß dieser Mann durch seine Genossen verfolgt oder ausgeschaltet worden wäre" (S.342). Aber sein Urteil, daß "der offensichtlich hochgradig moralisch motivierte Individualist Eckert und der Apparat...eher erstaunlich gut miteinander ausgekommen" (ebda.) seien, wirft doch ein bezeichnendes Licht auf die Partei, "die von ihren Funktionären zwar Standfestigkeit im Umgang mit den politischen Gegnern und der Staatsgewalt, im Binnenverhältnis aber Konformität verlangte" (ebda.).

So steht Eckert nicht nur als religiöser Sozialist, als Antifaschist und Kämpfer für eine breite Einheitsfront, sondern auch als selbstbewußter Benutzer seines eigenen Kopfes innerhalb der Partei für etwas, was hätte sein können, aber nie Wirklichkeit wurde. Trotzdem und gerade deshalb nennt ihn Helmut Ridder einen "politischen Realisten" (S.376), weil das, wofür Eckert stand, zwar nicht siegte, aber er die (Wirklichkeit gewordenen) Gefahren und ihre denkbare Überwindung immer richtig benannte.

Werner Rätz

Friedrich-Martin Balzer(Hrsg.): Ärgernis und Zeichen, Erwin Eckert - Sozialistischer Revolutionär aus christlichem Glauben.

Mit Beiträgen von Hans-Werner Bartsch, Frank Deppe, Walter Ebert, Erwin Eckert, Emil Fuchs, Georg Fülberth, Günter Giesenfeld, Hans Heinz Holz, Wolfgang Langhoff, Hanfried Müller, Helmut Ridder, Jürgen Scheele, Marie Veit, Manfred Weißbecker, Gert Wendelborn.

Pahl-Rugenstein Verlag, Bonn 1993

44. Leben in der Wagenburg. Selbstorganisation zwischen Ausstieg und Widerstand

Rubrik: Westdeutsche Linke allgemein; Aktionen / Veranstaltungen · CD-Datei: daten/aksuche/ak354/16.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:354:16

"Ausgetretene Furchen ... führen zu den einzelnen Anlagen, die meist aus Holzboden bestehen, von der Größe einer mittleren oder großen Stube; sie sind meist mit Dachfilz bedeckt, teils bloß mit übereinander genagelten Brettern; Fenster und Türen aus allen möglichen niedergerissenen Häusern haben hier Verwendung gefunden ... Manche Buden haben einen Anbau, der als Küche und Vorratskammer dient und aus dem das rechtwinklige Ofenrohr herausragt und dunkle Wolken zum Himmel sendet; Koks und Kohlen liegen an einzelnen Hütten im Freien aufgeschüttet ... Die Leute sind zufrieden, erfreuen sich ihrer selbsterbauten Heimat ..."

Diese Zeilen entstammen einer Beschreibung des Hüttendorfes "Barackia" am Kottbusser Damm in Berlin (heute Bezirk Kreuzberg), die 1872 in der Stadtchronik auftaucht. Zu dieser Zeit gab es verschiedene Hüttendörfer, eine Folge der Wohnungsnot im zur Reichshauptstadt aufstrebenden Berlin. Heute, über 100 Jahre später, existiert wieder eine steigende Anzahl ähnlicher Wohnsiedlungen, die nicht von Stadtplanern entworfen wurden.

Seit einigen Jahren kommt es immer öfter vor, daß Menschen, die nicht in einem Betonblock wohnen wollen, keine Wohnung finden, keine Miete zahlen können oder wollen oder ganz einfach das Bedürfnis nach größerem Freiraum und Handlungsspielraum haben, sich einen ausgedienten Bauwagen zulegen. Damit besetzen sie dann mit anderen einen Platz, je nach Geschmack und Möglichkeit in der Innenstadt, am Stadtrand oder auf dem Land. Die Zusammenstellung der Wagenburgen kann sehr unterschiedlich sein: vom Einsiedler oder der Zweierbeziehung, vielleicht sogar mit Kind, bis zur Ansammlung von 50 bis 60 Wagenmenschen auf einem großen Platz. Das Alter der BewohnerInnen differiert zwischen Baby und RentnerIn, wenn auch die überwiegende Mehrheit zwischen 18 und 35 Jahren alt ist; und auch beruflich gibt es fast alles, vom Arbeitslosen bis zur Selbständigen, vom Student bis zur Fabrikarbeiterin, wobei JobberInnen wahrscheinlich den größten Prozentsatz ausmachen.

Was anfangs oft aus Wohnungsnot und vielleicht Abenteuerlust entsteht, manchmal auch aus der Suche nach kollektiven Lebensformen, wird bei vielen bald zur Lebensphilosophie. Mensch besorgt sich einen Zirkuswagen, großen Bauwagen oder LKW; auch wenn die Möglichkeit zum Fahren besteht, bleiben die meisten lange dort stehen, wo sie sind. Es gibt genug mit der Organisierung des täglichen Lebens zu tun: Ausbauen und Isolieren des Wagens ebenso wie Holz besorgen und hacken, manchmal gemeinsam einkaufen und kochen, Wasser holen u.v.m.

In einer funktionierenden Wagenburg lernt mensch schnell die Freiheit des oder der Einzelnen mit dem eigenen Wagen als Rückzugspunkt und die gleichzeitige Einbindung ins Kollektiv schätzen. Ein Kollektiv, das sich als kleine autarke Gruppe aus der Gesellschaft teilweise herauszieht, aber auch gemeinsam als Gruppe wieder auf die Gesellschaft einzuwirken versucht.

Letzteres ist natürlich eine idealisierte Vorstellung, zu der es aber in einigen der politisch aktiven Wagenburgen durchaus Ansätze gibt. Das ist auch einer der Gründe, wieso Wagenburgen sich oft weigern, auf Ersatzplätze am Stadtrand abgeschoben zu werden, sondern für innerstädtische Plätze kämpfen.

Auf Fragen an die BewohnerInnen einer Wagenburg, wer wieder in ein Haus ziehen würde, reagieren fast alle ablehnend. Ein Leben - selbstbestimmmter und freier - aus einer Not geboren - kann das sein?

Ein Rückblick in die Geschichte zeigt, daß es schon immer einen Wunsch nach Ungebundenheit und Selbstbestimmung in einigen Menschen gab, der in unkonventionellen Lebensformen Ausdruck fand: Fahrende, Vaganten, Einsiedler, Zeltdörfer, Laubenpieper, Zirkusse, Siedlungen, etc. Soziale Probleme - früher Armut, Kriege und Seuchen, heute Wohnungsnot - geben diesen Bedürfnissen Nahrung. So kommt es dann, daß plötzlich - manchmal über Nacht - Wagensiedlungen wie Pilze aus dem Boden schießen.

Reaktionen des Staates

Seit es Wagenburgen gibt, gibt es auch Städte, die sie zu vertreiben versuchen; auch das hat Tradition: 1872 wurden die Hüttendörfer vor Berlin von zwei Zügen reitender Schutzleute und 150 Polizeibeamten geräumt - wahrscheinlich wegen des im großen Stil vorbereiteten "Dreikaisertreffens" im September (Berlin war Reichshauptstadt). In der damaligen linken Presse wird ein Mann erwähnt, "der mit dem Lachen der Verzweiflung ein rotes Fähnchen auf den Trümmern seines Hauses pflanzte", das kurz zuvor von der Staatsmacht zerstört worden war. Heute arbeitet z.B. die Berliner Presse von taz bis BZ schon mal vor: Im August '92 gab es massive Pressekampagnen gegen Wagenburgen, in denen die baldige Räumung gefordert wurde. Der Senat "entdeckte" erschreckende sanitäre Bedingungen, rechtsfreie Räume, besetztes Bauland, Rauschgift, Kriminalität, Seuchenherde ... Dann wurden Wagenburgen und Hütchenspieler als Problem Nummer 1 der Stadt bezeichnet, später die Wagenburgen in gefährliche und harmlose unterteilt ("spalte und herrsche"), und die Quintessenz war schließlich, daß Ersatzplätze am Stadtrand gesucht und mit der Bebauung der innerstädtischen Brachflächen sofort begonnen werden sollte. Danach kehrte in der Öffentlichkeit erstmal wieder Ruhe ein.

Den Großteil der BewohnerInnen interessiert es sowieso kaum, was Senat und öffentliche Meinungsmacher so von sich geben, dementsprechend verursachen diese Meldungen unter ihnen auch keine große Aufregung. Bei Räumung - neuer Platz, irgendwo wird sich was finden, Hauptsache die Existenz ist gesichert. Diese Passivität ist spezifisch für viele der WagenbewohnerInnen in Berlin.

In Stuttgart lief es anders. Die Wagenburg "Wilder Süden" wurde über ein Jahr lang mit Allgemeinverfügung und Polizei durch Stadt und Umland gejagt. Begründung (Originalton OB Rommel): "Eine so wohlhabende Stadt wie Stuttgart kann sich keine Slums erlauben." Und: "Wir sind nicht im Wilden Westen." Die BewohnerInnen reagierten mit massiver Öffentlichkeitsarbeit, Demonstrationen, Aktionen, Unterschriftensammlungen, Presse, Funk und Fernsehen. Der Sommerschlaf einiger PolitikerInnen und PolizistInnen fiel flach. Viele BürgerInnen, die über das Verhalten der PolitikerInnen empört waren, schrieben Protestbriefe, und die Kirche und andere Institutionen solidarisierten sich. Andererseits zermürbten zahlreiche Zwangsumzüge, Beschlagnahmungen und Räumungen mit starkem Polizeiaufgebot die WagenbewohnerInnen. Diese verweigerten jedoch ihre Auflösung. Inzwischen bewohnen sie einen seit einem Jahr gepachteten Platz im Stuttgarter Umland und müssen dieses Frühjahr wahrscheinlich erneut weiterziehen. Der Platz wurde ihnen gekündigt.

Die ganze Palette staatlicher Reaktionen, von Zuckerbrot bis Peitsche, zeigte sich in Tübingen in krasser Form. 1990 entwarf eine "linksalternative" Stadtregierung die erste Allgemeinverfügung zur Auflösung einer Wagenburg mit ca. 10 Leuten, die sich kurz vorher zusammengefunden hatten. Dabei wurde alles herangezogen, was irgendwie ins Konzept paßte:

- Mieterschutzgesetze zur allgemeinen Steigerung des Mietstandards - jede Wohnung muß ein Bad mit Badewanne oder Dusche, zumindest aber ein Innenklo haben;

- Landesbauverordnungen - "Es ist mit Entzündungen der leicht brennbaren Wohneinrichtungen und der Anwesen in der Nachbarschaft durch Funkenflug zu rechnen. Darüber hinaus ist es zweifelhaft, ob der durch den Bauwagen gebildete Raum den Anforderungen eines Aufenthaltsraumes entspricht";

- Straßen- und Anlagen-Polizeiverordnungen - "Das Nächtigen auf öffentlichen Straßen und öffentlichen Anlagen ist in der Zeit von 20 Uhr bis 6 Uhr untersagt";

- Landschaftsschutzgesetze - unter anderem sei das selbstgebaute Hochklo eine Gefährdung der "Volksgesundheit";

- und ältere Landfahrergesetze, deren Entstehung auf das "Dritte Reich" und die Zeit davor zurückgeht.

Daraufhin gingen die BewohnerInnen mit zahlreichen Aktionen massiv an die Öffentlichkeit. Monatelange Arbeit zahlte sich aus: Mit Genehmigung der Stadt ließen sie sich auf einem ehemaligen Militärgelände nieder, 200 Meter entfernt von einem Platz, von dem sie kurz vorher geräumt worden waren.

Die Allgemeinverfügung erfreute sich währenddessen zunehmender Popularität unter kommunalen Stadtverwaltungen. Es folgten nach Absprache Stuttgart, Freiburg, Heidelberg, Rüsselsheim, Darmstadt und andere. Vor ca. einem Jahr versuchten erneut 18 Leute in Tübingen einen Platz zu besetzen. Auch hier wieder das gleiche Spiel, diesmal allerdings mit wenig erfreulichem Ergebnis für die Gruppe, die sich über

Hausbesetzungen kennengelernt hatte. Vor kurzem wurden sie mit einigen Hundertschaften Polizeiaufgebot, Beschlagnahmung sämtlicher Fahrzeuge sowie Verweigerung jeglichen Zugriffs auf ihre Wagenwohnungen geräumt. BewohnerInnen und UnterstützerInnen leisteten aktiven Widerstand, bei dem unter anderem auch Barrikaden gebaut und angezündet wurden.

Ein Teil der Wagen wurde später zurückgegeben, die restlichen acht wurden auf dem Platz der bestehenden Wagenburg und davor abgeparkt. Zur Zeit laufen Verhandlungen.

Es bleibt die Gewißheit und Wut, wie auch in allen besetzten Häusern, letztendlich vom Wohlwollen des Staates abhängig zu sein. Eine Erfahrung, die zum Scheitern einiger Wagenburgen in Wiesbaden, Freiburg, Berlin, Lingen und dreier Wagenburgen im Frankfurter Umland führte. Diese Gefahr besteht in den nächsten Monaten auch in Heidelberg, Rüsselsheim und Darmstadt.

Gerade in Rüsselsheim wäre das besonders schade, weil es sich bei dieser Wagenburg um das einzige Projekt der linken Szene in der Stadt handelt. Es geht den BewohnerInnen und UnterstützerInnen nicht allein um die Durchsetzung des Lebens im Wagen, sondern vor allem um die Möglichkeiten politischen Handelns.

In anderen Städten gibt es Wagenburgen mit Verträgen, oft jedoch zeitlich begrenzt oder an übertriebene Auflagen gebunden (z.B. "kein offenes Feuer" oder "nur angemeldete Fahrzeuge auf dem Platz" etc.). Wieder andere ignorieren die Existenz "ihrer" Wagenburgen oder versuchen, sie auf verseuchtes Industriegelände (z.B. in Frankfurt) o.ä. umzusiedeln.

Subkultur oder

Kontakt zur Szene

So unterschiedlich die Wagenburgen von Stadt zu Stadt und von Platz zu Platz in äußerlichen Erscheinungsformen und inneren Strukturen auch sind, so zeigt sich doch eine städteübergreifende Zusammenarbeit einiger. Beispiel dafür ist die Zeitung mit Namen "VogelfrAi". Fachzeitschrift für Wagenwesen". Die Idee zu regelmäßigen Wagentreffen entstand Anfang 1991 auf den Hamburger Häuserkampftagen, als zu der Veranstaltung einer Hamburger Wagenburg schlagartig VerteterInnen aus 16 anderen Städten erschienen; das hatte niemand erwartet.

Am Anfang stand der Austausch. Aus dem Bewußtsein, nicht alleine zu sein und das Bedürfnis, so zu leben, mit vielen zu teilen, entstand schnell Initiative. Geplant wurden bundesweite Aktionstage und eine Zeitung, die Informationen über die Situation anderer Plätze liefern, Tips geben, Öffentlichkeit schaffen, Diskussionen widerspiegeln und Erfahrungsaustausch ermöglichen sollten. Die Ansprüche stießen schnell an die Grenzen der Realität innerhalb der Wagenburgen, vielleicht hing es mit der allgemeinen Tendenz zur Organisierungsfeindlichkeit zusammen, die sich auch am Fehlen der Struktur in vielen Wagenburgen erkennen läßt. Die Aktionstage jedenfalls beschränkten sich auf Stuttgart, Hamburg und Berlin und bewegten sich auch da in kleinerem Rahmen als erhofft. "VogelfrAi" dagegen hatte mehr Erfolg. Seit 2 Jahren finden alle 3 Monate Zeitungstreffen in wechselnden Städten statt, wo die Zeitung gemeinsam erstellt wird und wegen Geldmangels lediglich ein paar Kopiervorlagen für die einzelnen Städte produziert werden. Die weitere Verteilung ist Sache der einzelnen Wagenburgen. So bleibt die Verbreitung meistens sehr gering und intern.

Die Kontinuität hat immerhin zu einiger Vertrautheit und Auseinandersetzungen geführt, so daß häufig auch allgemeinere Themen wie z.B. Faschismus, Rassismus (weniger, aber ab und an Patriarchat) in themenbezogenen Arbeitsgruppen während der Treffen diskutiert werden. Meist entstehen daraus auch Artikel oder Diskussionspapiere für die VogelfrAi, um die Ergebnisse (oder auch nicht) allen Interessierten zugänglich zu machen. Den größten Raum nehmen allerdings Berichte aus den Städten ein,die meistens über Auseinandersetzungen und Verhandlungsstand mit der Kommune berichten. Manchmal wird auch über interne, persönliche und strukturelle Platzdiskussionen geschrieben.

Zu finden sind auch praktische Tips zu allem, was Wagenmenschen so brauchen und auch Termine und Adressen der organisierten Wagenburgen. Das waren anfangs um die 20 und sind inzwischen ca. 50 Wagenburgen in der BRD, wobei es sehr viel mehr gibt, die aber nicht an die Öffentlichkeit gehen.

In Berlin (12) und Hamburg (6) sind die Zahlen zwar genau bekannt, das heißt aber nicht, daß alle BewohnerInnen politisch aktiv sind. Die meisten Wagenburgen in Hamburg, davon zwei

Frauen-Lesben-Wagenburgen, sind bis zu einem gewissen Grad in Szenestrukturen eingebunden. In Berlin bewegt sich ein Großteil der Wagenburgenszene wohl eher in Richtung Subkultur, die oft auf diese Art zu wohnen reduziert ist.

Inzwischen existieren auch überregional praktische Zusammenarbeit und Hilfe. Bei Zwangsumzügen in Stuttgart wurden z.B. Traktoren und andere Zugmaschinen aus Frankfurt und Tübingen herbeigebracht. Demos gegen die Räumung liefen mit Unterstützung aus der gesamten BRD. Demnächst soll von Frankfurt aus eine Karawane, bestehend aus Treckern und Bauwagen, mit gemeinsam getragenem Kulturprogramm starten (siehe Kasten).

Ein gemeinsames Ziel der organisierten WagenbewohnerInnen, das über die Anerkennung des Wagenlebens hinausgeht, ist schwer zu finden. Viele wollen mit dem Staat so wenig wie möglich zu tun haben und versprechen sich nichts von einer Legalisierung, die die Abgrenzung aufweicht und sich aufs Wohlwollen des Staates verläßt. Andere glauben, ihr Glück nur vertraglich abgesichert finden zu können.

Selbstorganisiert

und ökologisch

Auf eine totale Selbstorganisation legen die meisten Wert: Strom aus Solarzellen und Windrädern wird in Akkus gespeichert, Wasser holt mensch sich in Kanistern oder fahrbaren Tanks von öffentlichen Brunnen, Hydranten oder nahegelegenen Häusern. Auch das Abwasser wird, falls nötig, in Tanks gesammelt und zur Kläranlage gebracht. Dazu aus einem Flugblatt einer Hamburger Wagenburg:

"Wir wollen in unseren Wagen leben und nicht in ein Haus ziehen. Wir wollen mit unseren FreundInnen auf unseren Plätzen bleiben. Das wollen wir durchsetzen, und es ist damit unser gesamtes Leben, das wir durchsetzen müssen. Das Leben in die eigenen Hände zu nehmen ist für uns hier Wirklichkeit geworden. Dadurch, daß wir im Wagen leben, fehlen uns natürlich so bequeme Einrichtungen wie Strom, fließend Wasser, Zentralheizung und Müll- bzw. Kloentsorgung. Dies nehmen wir bewußt hin, weil es uns einen genaueren Umgang mit diesen Sachen ermöglicht. Das bedeutet aber, diese auch für uns notwendigen Einrichtungen selbst zu organisieren und letztendlich zu improvisieren. Auf viele elektrische Geräte verzichten wir, trotzdem sind wir auf Strom angewiesen, um auf den Plätzen zu basteln und zu bauen. Abgesehen von den Wagen und Treckern, die wir laufend ausbessern und weiterbauen, schaffen wir uns Gemeinschaftsräume, Klos und Lagerräume selbst. Dadurch, daß wir nicht an das Wassernetz angeschlossen sind, gehen wir den Umweg über Kanister, mit denen wir Wasser von der Leitung auf unseren Platz transportieren.

Ein wichtiger Grundstoff für uns ist das Holz. Zum einen ist es die billigste und sauberste Möglichkeit, unsere Öfen im Winter zu feuern, zum anderen brauchen wir das Holz eben zum Bauen. Dazu gehört auch, daß die Grünflächen, auf denen wir stehen, so gestaltet werden, daß wir gerne hier sind. Dabei geht es nicht darum, unsere Vorstellungen gegen die NachbarInnen und gegen die Vegetation des Platzes zu verwirklichen, sondern damit so umzugehen, daß es allen dabei gut geht."

Die Verfechter des Gesetzes, der Moral, der Tradition und des Profits möchten uns bis ans Ende der Welt jagen, doch die Erde ist rund.

Dieser Artikel wurde von zwei WagenburgbewohnerInnen aus Berlin verfaßt. Haupt- und Zwischenüberschriften stammen von der Redaktion.

Wagenburg-Caravane 93

1991 tauchte sie das erste Mal auf, die Idee einer bundesweiten Karawane quer durch Deutschland. Motiviert durch das Bedürfnis, die neuen Kontakte von Wagenmenschen untereinander zu intensivieren, gemeinsam Spaß zu haben und die eigene Lebensform und Philosophie bei der "Normalbevölkerung" populär zu machen und Öffentlichkeit zu schaffen, nahm die Vorbereitung, ausgelöst durch die im letzten dreiviertel Jahr um sich greifende Vertreibung von Wagenburgen durch den Staat, besonders in Süddeutschland, immer konkretere Formen an.

Drei Monate lang soll die Karawane nun durch bundesdeutsche Städte führen, bei einer Reisegeschwindigkeit von 20 km/h, mit allem was fahrbereit ist. Traktoren und Bauwagen an vorderster Stelle, aber auch LKWs, Motorräder, Fahrräder etc. sind erwünscht.

Im Anschluß an ein vierwöchiges Vorbereitungstreffen startet die Karawane am 15.5. in Frankfurt. Es geht Richtung Norden (u.a. Kassel, Osnabrück, Oldenburg, Bremerhaven) über Bremen Cuxhaven weiter gen Osten nach Magdeburg, um schließlich in Göttingen zu enden. Ca. 1500 km sollen in dieser Zeit bei einem Tagespensum von durchschnittlich 60 km zurückgelegt werden.

Die freien Tage zwischen den Streckenabschnitten werden für das Programm und die Herstellung von Kontakten genutzt. Das Konzept sieht eine Verbindung von Kultur und eigenen Informationen über Motivation und Situation im Wagen lebender Menschen vor. Da damit zu rechnen ist, daß ein großer Teil der Karawane aus Menschen besteht, die nur auf Teilstrecken mitfahren, ist das Programm unterteilt. Der feste Teil besteht aus einem Theaterstück, einem Chor, einer Musikgruppe und einem Conférencier. Der offene Teil soll eine Zirkus- und Varieté-Show werden, in die sich auch Leute einbringen können, die nur eine kürzere Zeit mitfahren.

Näheres ist zu erfahren bei M. Plewe, Bauwagendorf Borsigallee 26a, 6000 Frankfurt-Bergen Enkheim oder unter Tel.: 069/414480.

45. Rowohlt gegen Behinderte

Von Katja Leyrer

Autor: Katja Leyrer · Rubrik: Gentechnologie; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak354/37.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:354:37

Wenn in einem großen Verlag ein bereits angekündigtes Buch nicht erscheint, kann dies verschiedene Ursachen haben.

Wenn es gegen die geplante Veröffentlichung des angekündigten Buches monatelang Protestaktionen und heftigen Widerspruch gegeben hat, so ist das eine der möglichen Ursachen, die aber relativ selten vorkommt.

Wenn ein großer Verlag in einer derartigen Situation dann behauptet, es handele sich bei dieser Entscheidung um "private Gründe", so ist das albern und in gewisser Weise überraschend unprofessionell.

Worum geht es?

Im Sommer 1992 sickerte die Nachricht an eine interessierte Öffentlichkeit, daß der Rowohlt-Verlag einen Bestseller des australischen Pro-Euthanasie-Philosophen Peter Singer (Helga Kuhse/Peter Singer: "Should the Baby Live?") in deutscher Sprache herausbringen wolle. Vor allem aus den Reihen von Krüppel-Gruppen und den seit einigen Jahren bestehenden "Anti-Euthanasie-Foren" regte sich Protest, denn Singer gilt zu Recht als Symbolfigur für die "neue Ethik" und den Diskurs um Leben und Tod schwerbehinderter und kranker Menschen.

Bereits während der Buchmesse im Oktober 1992 kam es zu Protestaktionen gegen die geplante Veröffentlichung. Der für die Singer-Ausgabe verantwortliche Lektor des Verlages, Hermann Gieselbusch, ließ dort ein eilig zusammengeschriebenes Rechtfertigungs-Flugblatt verteilen, in dem er die KritikerInnen recht unqualifiziert und ungehörig beschimpfte. In ähnlicher Manier pflegte dieser Lektor mit lockerer Hand kritische Anfragen und Briefe von Behindertenverbänden, Buchhandlungen und Einzelpersonen zu beantworten ("Sie machen kurzen Prozeß mit einem Buch, das Sie nicht gelesen haben können." "Ich habe lernen müssen, daß in Ihren Kreisen Briefe als Kampfstoffe benutzt werden." "Bitte suspendieren Sie einstweilen Ihren Verdammungsdrang und warten Sie neugierig auf das sensibilisierende und zum tiefdringenden Nachdenken befähigende Buch.")

Seit Dezember 1992 kursierten dann ein von der Krüppelfrauengruppe Bremen initiierter Boykott-Aufruf und eine Unterschriftenliste gegen die Veröffentlichung. "Mit den Aussagen dieses Buches", so der Aufruf, "wird die Infragestellung behinderten Lebens noch weiter vorangetrieben" "... Die Würde des Menschen - und sein Lebensrecht - sind immer noch unantastbar."

Rund sechstausend Einzelpersonen, Buchhandlungen und Gruppen schlossen sich bis April 1993 diesem Protestaufruf an.

Bereits im März drang gerüchteweise aus dem Verlag, daß es eine außerordentliche Lektorenkonferenz über das geplante Singer-Buch und die Proteste gegeben habe.

Im März 1993, während des antirassistischen Spektakels im Hamburger Thalia-Theater, mußte sich Dr. Michael Naumann, einer der Verlagsleiter von Rowohlt, unter den Augen von Vanessa Redgrave unbequeme Fragen von behinderten Publikumsgästen stellen lassen. Und für den 4. Mai 1993 war in Hamburg eine große Veranstaltung "Rowohlt gegen Behinderte" während der europaweiten Aktions- und Protestwoche gegen die Diskriminierung und für die Gleichstellung behinderter Menschen angekündigt. (ReferentInnen: Swantje Köbsell von der Krüppelfrauengruppe Bremen, die Journalistin Uta König und der Leiter des Werner-Otto-Instituts in Hamburg, Dr. Herbert Scheying)

Der Brief des Rowohlt-Verlages, in dem die Entscheidung, das Buch nun nicht zu veröffentlichen, als "private" begründet wird, ist vom 26. April datiert (vgl. nebenstehende Dokumentation). Das Private aber, lieber Rowohlt-Verlag, ist ja auch politisch, nicht wahr? Und in diesem Falle ganz besonders ...

(Katja Leyrer ist Autorin beim Rowohlt-Verlag)

Bundesweite Demonstration gegen die Aussonderung und für die Gleichstellung von behinderten Menschen

8. Mai, Kassel, 12 Uhr

Infos und MFG in Hamburg: Tel. 392555

46. Rowohlt gegen Behinderte

CD-Datei: daten/aksuche/ak354/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:354:26

El Salvador

Die Radiostationen der FLMN, die elf Jahre aus der Klandestinität in den Bergen El Salvadors ihre Programme ausstrahlten, waren ein wichtiges Mittel des Widerstands der FLMN. Seit der Unterzeichnung der Friedensverträge im Januar 1992 können die Radiostationen legal aus der Hauptstadt San Salvador senden. Stefan Ueltzen vom Lateinamerika-Komitee Nürnberg sprach mit zwei Mitarbeiterinnen der Radios über die Entwicklung der Sender und deren aktuelle Veränderungen.

Die Radios der FLMN. Stefan Ueltzen im Gespräch mit Radio Venceremos und Radio Farabundo Martí. Hg.: Infostelle El Salvador. Bonn, 1973. 72 S., 10 DM. (Bezug über Lateinamerika-Komitee Nürnberg, c/o Stefan Ueltzen, Fürther Str. 36, 85 Nürnberg 80. Bei Einzelbezug 10 DM inkl. Porto, ab 5 Stück 8 DM inkl. Porto. Versand gegen Vorauszahlung oder per Nachnahme.)

Tupamaros

"Hat ein nationaler Befreiungskampf eines Volkes angesichts des schier übermächtigen Gegners und des Zusammenbruchs der real existierenden stalinistischen Systeme überhaupt noch Aussicht auf Erfolg?" Eine Antwort auf diese - hier rhetorische - Frage versucht der Verlag Libertäre Association mit der Herausgabe von Texten Eleuterio Fernández Huidobro zu geben. Huidobro gehört 1965 zu den Gründern der MLN-Tupamaros. Mehr als die Hälfte der folgenden zwanzig Jahre verbringt er in uruguayischen Gefängnissen. Nach seiner Freilassung 1985 beginnt er seine Arbeit als Chronist der Tupamaros. - Die Textsammlung Mit neuen Augen enthält Aufsätze, Reden und Interviews Huidobros vor allem zu den Themen Internationalismus, Organisationsformen und Analysen und Perspektiven des Befreiungskampfes.

Eleuterio Fernández Huidobro: Mit neuen Augen. Hg. vom Aktionskreis Internationalismus Karlsruhe. Hamburg (Verlag Libertäre Assoziation) 1992. 169 S., 18 DM

Israel - Palästina

Das Jerusalemer Alternative Information Center, eine von jüdischen Israeli und Palästinensern betriebene nicht- bis antizionistische Einrichtung, hat binnen kurzer Zeit die 3. Auflage des Alternative Directory of progressive groups and institutions in Israel and the Occupied Territories herausgebracht. Die neue Auflage ist wiederum aktualisiert, darüber hinaus auch klarer strukturiert und beträchtlich erweitert. Der Führer ist in dieser neuen Auflage - aufgrund der großen Unterschiede der Bereiche, wie das AIC schreibt - in vier Sektoren eingeteilt: Besetzte Gebiete, Palästinenser in Israel, israelisches Friedenslager, Golanhöhen. Zusätzlich sind Anschriften einiger islamischer Institutionen und auf Grund von Benutzerwünschen sogar Adressen von Siedlerorganisationen in den besetzten Gebieten aufgenommen worden. - Jeder Einzeleintrag besteht aus dem Namen der Gruppe bzw. Einrichtung, einer recht objektiven Charakterisierung (Art, Tätigkeitsbereich) und der aktuellen Anschrift, Telefon- und Faxnummer. - Dieser Führer ist gleichermaßen unentbehrlich für den Reisenden in Israel und in den besetzten Gebiete wie für den hiesigen (auch praktisch) Interessenten an gründlicher Information über die Protestszene in der Region.

Palestine and the Other Israel. Alternative Directory ... Third and revised edition. Jerusalem, Januar 1993. 64 S., 7 US-Dollar. Bezug über: Alternative Information Center, PO Box 31417, Jerusalem, unter Beilage eines Schecks, der entsprechend dem aktuellen Wechselkurs in DM ausgestellt sein muß.

Jüdische Gegenwart

Beiträge zum Judentum, die sich sowohl auf die Gegenwart beziehen wie sich durch ein hohes Niveau auszeichnen, sind hierzulande äußerst selten. Juden - das ist "Geschichte", das ist jüdische Geschichte reduziert auf "Auschwitz". Dies Bild entsteht jedenfalls fast zwangsläufig angesichts der ganz überwiegenden Anzahl deutschsprachiger Publikationen zum Judentum. Zu den seltenen Ausnahmen gehört die seit 1986 erscheinende Zeitschrift Babylon mit dem programmatischen Untertitel Beiträge zur jüdischen Gegenwart. Um diese Publikation mußte man jedoch schon besorgt sein: Bisher eine Halbjahresschrift, erschien sie längere Zeit nicht mehr und kam dann mit ihrer jüngsten Ausgabe als Doppelnummer heraus. (Es ist doch wohl nichts

Ernstes, liebe Babylon-Redaktion?) - Mehrere Beiträge dieser Ausgabe haben die künstlerische Verarbeitung jüdischen Lebens und Sterbens zum Inhalt. Gertrud Koch (Professorin für Filmwissenschaften, Ruhr-Universität Bochum) erörtert "Populäre Ikonographien von Art Spiegelman bis Anselm Kiefer", hierin enthalten ist eine bemerkenswerte Analyse von Art Spiegelmans "Maus". Yosefa Loshitzky (Dozentin für Filmwissenschaften, Hebräische Universität Jerusalem) diskutiert am Beispiel von Yoram Kaniuks Roman "Himmo, der König von Jerusalem" und dessen Verfilmung durch Amos Gutman das Verhältnis von "Phallozentrismus und Krieg". Weitere Aufsätze befassen sich mit den Malern Kitaj und Moritz Daniel Oppenheim. Justus Cobet (Professor für Geschichte, Universität Essen) informiert in seiner Arbeit "Masada. Mythos, Archäologie und Geschichte" grundlegend u.a. über die Entstehung und Wirkung des sog. Masada-Komplexes in Israel. Auf die aktuelle politische Debatte bezieht sich u.a. Angelika Timm (Professorin für Hebraistik und Orientwissenschaften, Humboldt-Universität Berlin) mit ihrer Untersuchung über den "Streit um Restitution und Wiedergutmachung in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands". In dem umfangreichen Rezensionsteil werden Gershom Scholems Opus magnus "Sabbatai Zwi" und James E. Youngs "Beschreiben des Holocaust" von je zwei Autoren besprochen.

Babylon. Heft 10-11/1992. 192 S., 30 DM. (Die Zeitschrift kann über den Verlag Neue Kritik, Kettenhofweg 53, 6000 Frankfurt/M. im Abonnement, bezogen werden. Das Jahresabo mit zwei Ausg. kostet ca. 40 DM.)

Kriegsdienstverweigerung

Die Fachzeitschrift für Wehrdienstverweigerer und AntimilitaristInnen tilt, herausgegeben vom Freundeskreis Wehrdiensttotalverweigerer, Mit uns gegen die Wehrpflicht e.V. und der Selbstorganisation der Zivildienstleistenden (SOdZDL), bringt in der ersten Nummer des Jahres 1993 zwei Themenblöcke. In dem einen wird über die Psychiatrisierung von Totalverweigerern berichtet, im anderen geht es um "sexuelle Kriegführung". Dieser Themenblock enthält u.a. Artikel zur Massenvergewaltigung von Frauen in Bosnien, über Frauen in der US-Armee und Berichte von den Frauenkonferenzen in Prag und Zagreb. Aktuelle Meldungen zu Zivildienst und Totalverweigerung nebst einem Serviceteil mit Rezensionen einschlägiger Publikationen, Terminen und Adressen beschließen die Ausgabe.

Der zweimonatlich erscheinende Infodienst der SOdZDL ergänzt tilt mit der Dokumentation von Mitteilungen der SOdZDL, Aktionsaufrufen und einer ausführlichen Presseschau.

tilt, Heft 1/93. 44 S., 4 DM. Bezug über Denkstein-Verlag, c/o Uwe Erdmann, Altmoabit 55c, W-1000 Berlin 21.

Infodienst. Je ca. 60 S., Preis pro Ausg. 5 DM. Bezug über Bundeszentrale der SOdZDL, Vogelsbergstr. 17, 6000 Frankfurt/M. 1.

Rechtsextremismus

Das schmale Bändchen Droht uns ein neues '33? Analysen zum heutigen Rechtsextremismus mit einem Untertitel, der an Nachrichtenmeldungen des weiland DDR-TV erinnert - "Texte aus der Arbeitsgruppe 4 des Europäischen Antirassismuskongresses des Bundesvorstandes und der PDS/Linke Liste am Bundestag, 13. bis 15 November 1992 in Berlin. Resolution des 3. Parteitages der PDS zum 60. Jahrestag des Beginns der Nazidiktatur" -, enthält gleichwohl einige in ihrer Position und/oder ihrem Informationsgehalt bemerkenswerte Beiträge. Hierzu gehören insbesondere die Vorträge von Manfred Weißbecker über die "Abwicklung" des Antifaschismus, von Kurt Pätzold, der sich vehement gegen die Parole vom "verordneten Antifaschismus" wehrt und von Antoni Malinowski, der den "neuen Nationalismus" in Polen und Deutschland vergleichend diskutiert.

Droht uns ein neues '33? Analysen zum heutigen Rechtsextremismus. Berlin (edition ost) 1993. 62 S.

Sozialgeschichte

1999, die Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts hält sich auch im achten Jahr ihres Erscheinens tapfer und auch meist lesenswert am Markt. Das lehrt, daß Qualität auf Dauer auch in Zeiten besteht, in denen politische Sachliteratur landauf, landab zum Ladenhüter in den Buchhandlungen zu werden droht. - Ein Blick auf einige der Themen in den letzten Ausgaben: Faschistische Okkupationspolitik in Polen 1939-1945 (Werner Röhr), Subkulturen und informelle Gruppen in der UdSSR (Wolfgang Schlott) in Heft 3/92; Sozialstruktur und Perspektiven der neuen Rechten in Westeuropa (Karl Heinz Roth), Zur sozialökonomischen

Lage im "Beitrittsgebiet" (Volker Stork), Modernisierungselemente in der nationalsozialistischen Sozialpolitik (Gine Elsner) in Heft 4/92; Aufstieg und Niedergang des anarchistischen Syndikalismus in Spanien (Walter L. Bernecker), Daimler-Benz AG: Forschungsstand, Kontroversen, Kritik (Karl Heinz Roth) in Heft 1/93. - Die jüngste Ausgabe, Heft 2/93, erscheint insofern besonders gelungen, als der politisch intensiver Interessierte kaum einen der Hauptartikel ungelesen liegenlassen mag: Ludger Weß berichtet über Menschenversuche und Seuchenpolitik der deutschen Tropenmedizin, Thomas Lindenberger über Straßenaktionen bei Arbeitskämpfen 1900 bis 1914, Melanie Tatur bilanziert unter dem Titel "Funktionswandel einer sozialen Bewegung" zehn Jahre Solidarnosc, und Richard Evans hat einen Diskussionsbeitrag zur Folter in Geschichte und Gegenwart geliefert. - Hinzuweisen ist schließlich auf die jedem Heft beigegebenen "Notizen aus der Wissenschaftspolitik", in denen detailliert über die "Abwicklung" der wissenschaftlichen Einrichtungen der ehemaligen DDR informiert wird.

1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts. Hg. von der Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte. Einzelheft 18 DM. Jahresabo (4 Ausgaben zu je ca. 160 S.) 60 DM über: inter abo, Wendenstr. 25, 2000 Hamburg 1.

Asylpolitik

Die PDS/Linke Liste im Bundestag hat in einer Informationsbroschüre Texte aus den letzten zwei Jahren zusammengestellt, die verschiedene Ausschnitte und Ansätze der Asyl- und Flüchtlingspolitik der Partei im Bundestag umreißen. Neben grundlegenden Ausführungen zur Ausländer- und Flüchtlingspolitik, Diskussionsbeiträgen zum Thema "offene Grenzen" und Ausführungen zu einer Antirassismus- Gesetzgebung werden die Anträge und Anfragen der PDS/LL im Bundestag zur Neuregelung des Asylverfahrens und der Debatte über Extremismus und Gewalt dokumentiert.

Asyl- und Flüchtlingspolitik. Hg. von der PDS/Linke Liste im Bundestag, AG Innenpolitik. Bonn, 1993. 66 S.

47. Quelldatei 34.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak354/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:354:34

Justiz und rechter Terror

In einer Veranstaltung der MASCH (früher "Marxistische Arbeiter-", jetzt "Marxistische Abendschule") spricht Oliver Tolmein über das Zusammenwirken und die Konkurrenz von institutioneller und offen rassistischer Gewalt Gewalt gegen AusländerInnen und Behinderte.

6.5.93, 20 Uhr. Buchhandlung "papiertiger", Eppendorfer Weg 187, Hamburg.

Exil - Asyl

Der Exilforscher Hans-Albert Walter setzt seine Vortragsreihe "Das Exil - ein seelischer Ausnahmezustand" fort am

11.5.93, 20 Uhr, bei der Büchergilde Dortmund, Ostwall 17-21,

12.5.93, 20 Uhr, in der VHS Duisburg, König- Heinrich-Platz,

13.5.93, 18.30 Uhr, bei der Büchergilde Essen, Schützenbahn 17

14.5.93, 20 Uhr, bei der Büchergilde Bochum, Kortumstr. 14.

Neue Weltordnung?

Die u.a. von der Antifaschistischen Aktion organisierte Veranstaltungsreihe "Droht ein neuer Faschismus?" wird mit einem Vortrag unter der (recht gewagten) Themenstellung "Aktualisierung des ‚Generalplans Ost`: über die Realisierung der NS-Kriegsziele mit anderen (?) Mitteln" beschlossen.

13.5.93, 20 Uhr. Hochschule für Wirtschaft und Politik, Hörsaal, Von-Melle-Park, Hamburg.

Kurdistan

Die im Rahmen des Allgemeinen Vorlesungswesen der Hamburger Universität durchgeführte Vortragsreihe "Die Kurden in Geschichte und Gegenwart" wird fortgesetzt am

13.5.93: Kurdistan während der Aufteilung des Osmanischen Reiches, 1914-25 (Dr. Ismet Chériff Vanly, Ligue des Juristes Kurdes, Lausanne)

27.5.93: Religiöse Minderheiten in Kurdistan (Prof. Dr. Gernot Wießner, Universität Göttingen)

10.6.93: Neuere kurdische Literatur (Prof. Dr. Izzadin Rassoul, Universität Hewler, Kurdistan)

Die Veranstaltungen finden jeweils statt von 18-20 Uhr im Hörsaal M im Hauptgebäude der Universität Hamburg, Edmund-Siemers-Allee 13.

Zwangsarbeit

Im Gegensatz zu anderen zentralen Aspekten des nazistischen Systems der Konzentrations- und Vernichtungslager war die in diesen Lagern betriebene Zwangsarbeit bisher kaum Gegenstand systematischer Analyse. Zum Thema "Zwangsarbeit im Konzentrationslager" spricht Wolfgang Kirstein, Autor der Studie "Das Konzentrationslager als Institution des totalen Terrors" am

18.5.93, 20 Uhr, im Jos-Fritz-Café, Wilhelmstr. 15, Freiburg.

Ökologie contra Entwicklung?

In der entwicklungspolitischen Debatte stehen sich zwei Positionen gegenüber: Während die eine Seite den Ausstieg aus der Industriegesellschaft als letzte Chance propagiert, fürchtet die andere Seite, die für "nachhaltige Entwicklung" eintritt, beim Ausstiegsmodell die "Errichtung einer Ökodiktatur". Der Behauptung, daß zugleich nachhaltige Entwicklung und aktive Weltmarktintegration der sog. Entwicklungsländer nicht möglich sei, wird entgegengehalten, daß die Ökologen der Versuchung ausgesetzt seien, Umweltpolitik mit

dem Instrument pauschaler Handelsrestriktionen betreiben zu wollen. - Zur Diskussion dieser Auffassungen lädt die KB-Mehrheit ein.

19.5.93, 19.30 Uhr. Haus für alle, Amandastraße 58, Hamburg.

Gegen Rassismus in den Medien

werden bundesweite Aktionstage für den Zeitraum 23.5.-2.6.93 vorbereitet. Der Stand der Vorbereitung, Aktionen und Aktionsorte sind zu erfragen bei

Antifaschistisches Netzwerk S-LB-HN, c/o AZ Marbach im Café Provinz, Cottaplatz 4, 7142 Marbach a.N. Tel.: (07144) 16879

Bundeswehreinsatz

1945 hieß es: Nie wieder ... 1993 ist (die Bundesrepublik) Deutschland im Krieg. Deutsche Soldaten, die als AWACS-Besatzungen schon bald die Bombenziele ausgeben könnten, mit denen die Serben zu demokratischer Einsicht gebombt werden sollen; deutsche Soldaten in Somalia, zwar ohne Kampfauftrag, aber ausgestattet mit "Selbstschutzkomponenten" und somit kampfbereit. Damit ist ein weiterer Schritt zur Kriegführung - "... und morgen die ganze Welt"? - geschafft. - Das "Hamburger Bündnis gegen Kriegseinsätze der Bundeswehr" lädt zu einer Veranstaltung gegen Bundeswehreinsätze.

24.5.93, 19.30 Uhr. HWP-Hörsaal, Von-Melle-Park 9, Hamburg.

Flüchtlingslager

Die Vorurteile (zumindest des Kalender-Redakteurs) gegenüber katholischen und sonstwie christlichen Studentenvereinen sind zwar nicht ausgeräumt, erweisen sich aber ein weiteres Mal als revisionsbedürftig, wo eine solche Vereinigung - in diesem Falle die Arbeitsgemeinschaft katholischer Studenten und Hochschulgemeinden - zu einem Seminar über das sehr wichtige Problem "Zentrale Flüchtlingslager" einlädt. Auf dem Programm stehen Vorträge über "Aufbau und Innenleben von zentralen Ausnahmestellen für Flüchtlinge" und "Psychosoziale Folgen der Massenunterbringung", dem schließen sich an Workshops zur "Entwicklung von Handlungsmöglichkeiten für Beratung, Betreuung und politische Aktionen".

4.6., 18 Uhr bis -6.6., 14 Uhr in Berlin. Anmeldungsunterlagen anfordern bei: Arbeitsgemeinschaft katholischer Studenten- und Hochschulgemeinden, z.Hd. Frau Helene Panzer, Rheinweg 34, 5300 Bonn 1. (Teilnahmebetrag für Verpflegung und Unterkunft 40 DM, Fahrtkosten werden bis zu 50%, Studierenden aus den neuen Bundesländern zu 100% erstattet.)

48. LeserInnenbriefe

CD-Datei: daten/aksuche/ak354/36.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:354:36

Isolationshaft

Betr.: Alle Gefangenen müssen raus! (ak 353, S. 22)

Liebe Genossinnen und Genossen,

der Bericht im ak vom 7.4.1993 über die Mainzer Veranstaltung zu den politischen Gefangenen in der BRD ist im Hinblick auf den dort gehaltenen Beitrag des AK Politische Justiz, Heidelberg etwas mißverständlich formuliert. Dieser Beitrag enthält die folgenden Thesen:

- Die Isolationshaft in der BRD verstößt gegen den UN-Pakt über bürgerliche und politische Rechte und ist letztlich mit dem Recht auf Leben unvereinbar.

- Deshalb haben die Gefangenen aus der RAF und dem anti-imperialistischen Widerstand einen völkerrechtlichen Anspruch auf Entschädigung, das heißt hier praktisch: auf Freilassung, damit sie für sich wieder eine Lebensperspektive entwickeln können.

- Die Forderung nach Freiheit ist auch deswegen begründet, weil die Gefangenen keine "Terroristen" sind, sondern von ihrem Recht auf Widerstand gegenüber einem System Gebrauch gemacht haben, das die Menschenrechte verletzt.

Der erwähnte Beitrag ist vollständig abgedruckt in der Zeitschrift brennpunkte, 22. Ausgabe. Sie ist zu beziehen über die Redaktion der brennpunkte, c/o Friedensladen, Schillerstr. 28, 69 Heidelberg. Für ein Heft sind 3,80 (inkl. Porto) zu überweisen auf das Konto Nr. 642 002 (Anke Zimmermann) bei der Heidelberger Volksbank, BLZ: 672 900 00.

Mit herzlichen Grüßen

AK Politische Justiz, Heidelberg

Kaffeeberg

Betr.: Alternativer Kaffeeberg ... (ak 351, S. 2), Kaffeegenuß für Dona Elsa (ak 353, S. 30)

Zum Problem des Absatzmangels bei alternativem Kaffee oder Genossenschaftskaffee sowie überhaupt zum ökologischen Problem der Kaffeemonokulturen in Lateinamerika gehört das Problem der Koffeinabhängigkeit in der Zivilisationsgesellschaft der BRD und anderer westlicher Länder. Als langjähriger Bewohner eines großen Psychiatrischen Krankenhauses in Schleswig- Holstein weiß ich um die abhängigmachende Wirkung dieses Nervengiftes und die armseligen Kreaturen - "Hast` nicht 'nen (Bohnen-)Kaffee für mich?" -, die einen großen Teil ihrer geringen Sozialhilfeunterstützung für Kaffeeprodukte (und koffeinhaltige Limonaden) ausgeben (außer Nikotin und Alkohol, den anderen beiden abhängigmachenden Nervengiften der westlichen Länder) und die Krankenhaus-Kantinenpächter zu reichen Menschen machen.

Der Mais, der Reis und die Bohnen müssen ihren ernährungspolitischen und ökologischen Stellenwert wieder zurückgewinnen in Nikaragua und El Salvador.

Wolfgang, Rickling

Nicht gelesen

Betr.: Selbstbezichtigung gewendeter Linker (ak 353, S. 35)

Leider habe ich die Artikel von Claus Leggewie und Beate Scheffler nicht gelesen, dafür jedoch den von Js. Deshalb einige Anmerkungen zu einigen Passagen, die Js. geschrieben hat.

Js. zitiert Beate Schefflers Äußerung, wie die von ihr und anderen damals betriebene Erziehung ausgesehen habe: "Wir setzten möglichst wenige Grenzen, sprachen ungern Verbote aus", und fragt dann: "Was soll daran schlecht sein? Unabhängig vom Wollen und Wirken der Erziehenden setzt die gesellschaftliche Realität

Kindern und Jugendlichen soviele Grenzen, verlangen die ‚Sachzwänge` soviele Anpassungsleistungen, daß zusätzliche ‚aus pädagogischen Gründen` erdachte Beschränkungen bestenfalls überflüssig sind."

Ich denke, das stimmt und stimmt doch nicht. Es stimmt, weil es viele gesellschaftliche Verbote und Einschränkungen gibt, die einfach unsinnig sind. Es stimmt nicht, weil es damit nicht getan ist, nur Verbote und Grenzen zu reduzieren. Die Frage ist nämlich, wie gehe ich mit meinen Freiheiten um. Das heißt auch, wie reagiere ich auf Verbote und Grenzen. Ich kann damit konstruktiv oder eben destruktiv agieren. Dies wiederum setzt Wissen und Erfahrung bezüglich Konfliktlösungsstrategien voraus, welches ich mir aneignen muß. Ein Kind oder/und Jugendlicher hält sich an sog. Vorbilder, sei es die Peergroup, seien es die Erwachsenen, die Medien, Idole usw. Das bedeutet: Lösungsmuster werden imitiert und ausprobiert. Die Aufgabe des Erziehers muß also sein, bei Konflikten unterstützend so einzugreifen, daß dies zu adäquaten, sinnvollen und humanen Ergebnissen führt.

Das wiederum setzt natürlich Autorität (Akzeptanz, Anerkennung des Erziehers usw.) voraus. Zwang und Gewalt ist dabei natürlich abzulehnen - aber Js. mag den Begriff (natürliche) "Autorität" ja nicht, weil dem Begriff "ein auch für Linke akzeptabler Sinn" zugeschrieben werden könnte.

Ich wage durchaus die Ausführungen von Jürgen Roth in seinem Buch von 1976 zu bezweifeln, wonach antiautoritär (wohlgemerkt, ich meine nicht "emanzipativ") erzogene Kinder zu den "physisch stabilen und politisch aktiven Schülern" zählen, wenngleich ich keinen Beleg für meine Behauptung habe. Aber ich lasse mich durchaus eines Besseren belehren.

Mit freundschaftlichen Grüßen

A., München

Kein Beitritt

Betr.: VSP: Kein Beitritt zur IV. Internationale (ak 353, S. 37)

Liebe GenossInnen,

wer die Muße hatte, sich durch die Ansammlung von Formalien in dem oben genannten Artikel durchzuarbeiten, konnte entdecken, daß "Mitglieder der VSP" in der damaligen DDR die "Gruppe Revolutionärer Kommunisten" gebildet hätten, "die hauptsächlich aus Mitgliedern aus den Westländern bestand", aber "formal nur auf dem Boden der damaligen DDR tätig sein sollte".

Angefangen beim Namen (der richtige Name: Gruppe Revolutionäre SozialistInnen) bis zur behaupteten Westlastigkeit dieser Gruppe ist alles falsch. Die Gruppe Revolutionäre SozialistInnen ist von Leuten aus der DDR gegründet worden. Später hat sie sich mit Mitgliedern der IV. Internationale in der VSP zur Gruppe Avanti zusammengeschlossen. Diesem Zusammenschluß lag nicht, wie im Artikel suggeriert, der Wunsch zugrunde, aus der hohlen Hand mal schnell eine Sektion der IVten zu gründen, sondern das Bestreben, mehr zu sein als ein Zeitungsverein, kollektiv zu handeln, praktische Initiativen zu entwickeln.

Die Argumentation des Autors he. kennen wir aus der VSP nur zu gut. Politische Kritikpunkte gibt es nicht, die Tatsache einer Organisationsneugründung wird per se und ohne konkrete Auseinandersetzung als sektiererisch abgetan. Notfalls müssen sogar falsche Unterstellungen herhalten.

Unsere Motivation mag dem Autor he. altmodisch, überholt und was auch immer erscheinen. Dennoch wäre von der ak eigentlich zu erwarten gewesen, daß sie, zumal in einer so angespannten Situation, wie sie zwischen VSP und Avanti besteht, nicht einfach nur die Version einer Seite kolportiert.

Mit solidarischen Grüßen

jh, Berlin

49. Quelldatei albert.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak354/albert.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:354:albert

Comandante Rolando Morán lebt seit über dreißig Jahren im Untergrund. Er gilt als einer der erfahrensten Guerillaführer Lateinamerikas und ist Chef des "Guerillaheeres der Armen" (EGP) sowie Mitglied der vierköpfigen Führung der Befreiungsfront URNG. Unser ak-Gespräch vermittelt einen Eindruck von der politischen Stärke und der gesellschaftlichen Verankerung der guatemaltekischen Guerilla. Das Rückgrat der URNG sind die Indianer; in der Praxis des Befreiungskampfes gehen indianisches Denken und Marxismus eine lebendige Einheit ein. Zugleich ist der Anteil der Frauen am bewaffneten Kampf außerordentlich hoch.

Neben dem Gespräch informieren wir in einem Artikel über den gegenwärtigen Stand der Verhandlungen zwischen der URNG und der von den faschistischen Militärs abhängigen Regierung.

Seite 21

50. Quelldatei alg.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak354/alg.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:354:alg

Gerhard Konzelmann und Peter Scholl-Latour galten jahrelang und unangefochten als die bundesdeutschen "Nahostexperten" schlechthin. Konzelmann hat diese Reputation mittlerweile eingebüßt: Seine sog. Sachbücher erwiesen sich als ein Gebräu von Plagiaten und rassistischen und sexistischen Legenden. Scholl-Latour, der sich gerne als intimer Kenner so ziemlich aller Krisenregionen dieser Welt darstellt, muß nun ebenfalls um seinen Ruf fürchten. Zwölf AutorInnen, größtenteils IslamwissenschaftlerInnen, unterzogen seine Nahost-Berichterstattung einer genauen Prüfung. Sie kamen zu dem Ergebnis, daß das von Scholl-Latour verbreitete Schreckensbild einer Bedrohung der westlichen Welt durch den Islam vor allem der Panikmache dient und die tatsächlichen Entwicklungen in der arabisch-islamischen Welt grob verzerrt.

Als Vorabdruck aus dem Ende März erscheinenden Buch Das Schwert des "Experten" publizieren wir den Beitrag von Sabine Kebir über Scholl-Latours Darstellung der Krise in Algerien.

Seite XX

51. Zentralasien: Umbruch einer Region

CD-Datei: daten/aksuche/ak354/asien.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:354:asien

Tadschikistan:

Im Sommer 1992 begann in Tadschikistan ein Bürgerkrieg, der erst Anfang dieses Jahres zu einem vorläufigen Abschluß kam - nachdem eine halbe Million Menschen aus ihren Wohnorten geflüchtet sind und 100.000 getötet und verletzt wurden. Behauptet hat sich die alte "politische Klasse", die sich um den Machtapparat der früheren KP gruppiert und von russischen Truppen unterstützt wird. Die politischen Organisationen der Opposition sind verboten.

Seite 21

Aserbaidschan

1988 begann der Kampf um Berg-Karabach. Etwa dreiviertel der dort Lebenden waren Armenier, die anderen Aserbaidschaner. Heute wird dieses Gebiet, das staatsrechtlich zu Aserbaidschan gehört, fast ausschließlich von Armeniern bewohnt. Aus Gründen außenpolitischer Opportunität haben die Armenier die Frage der Vereinigung des Gebiets mit dem "Mutterland" vorläufig vertagt und versuchen, die Lage mit militärischen Mitteln zu ihren Gunsten zu verändern.

Seite 22

Afghanistan:

Trotz andauernder Kämpfe sind in den zwölf Monaten seit der Machtübernahme durch die Mudschaheddin mehr als eine Million Flüchtlinge in das zerstörte Land zurückgekehrt. Im März wurde in Mekka das "endgültige Friedensabkommen" unterzeichnet. Wenige Tage später erklärten Staatspräsident Rabbani und der fundamentalistische Mudschaheddin-Führer Hektmatyar, sei seien "entschlossen, den Krieg in Afghanistan endgültig zu beenden".

Seite 23

52. Nr. 10 - erscheint in Kürze:

Demokratie - Autoritärer Staat Faschisierung?

CD-Datei: daten/aksuche/ak354/bah10.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:354:bah10

Demokratie - Autoritärer Staat

Faschisierung?

Diskussion: Postfaschismus. Faschismus und Demokratie: Gibt es in Deutschland eine "Faschisierung"? Ist sie Bestandteil des demokratischen Prozesses? Produktivismus und Faschisierung. Versäumnisse linker Diskussion um Theorien des Nationalsozialismus und Antisemitismus. Moishe Postone zu Bitburg. Rudi Dutschke und die nationale Frage. Rassismus und Multikultur. Botho Strauß. Renaissance rechter Erziehungsideale. Parteienverdrossenheit: Der Politiker als "Diener des Volkes".

50 Seiten

Einzelpreis 6 DM (nur Vorauskasse/Briefmarken)

53. "Der Mensch lebt nicht vom Brot allein"

Fidel Castro nach den kubanischen Wahlen:

CD-Datei: daten/aksuche/ak354/cuba.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:354:cuba

Bibelfest, wie er nun einmal ist, kommentierte Genosse Fidel Castro mit dieser These die Ergebnisse der jüngsten Parlamentswahlen auf Kuba. Zur allgemeinen Enttäuschung der Imperialisten wurden die geheimen Wahlen von den Kubanerinnen und Kubanern keinesfalls zu einer Abrechnung mit der Herrschaft der kommunistischen Partei genutzt. Insgesamt 7,2 Prozent unausgefüllte oder ungültige Stimmen bei einer folgsamen Wahlbeteiligung von über 99 Prozent geben einfach nicht den Stoff her, um den in Washington und Miami inzwischen schon etwas zu lange herausposaunten Behauptungen vom unmittelbar bevorstehenden politischen Zusammenbruch des kubanischen Sozialismus wieder ein wenig mehr Glaubwürdigkeit zu verleihen.

Freilich: Vergleicht man den von Castro zitierten Jesus mit Bertolt Brecht ("erst kommt das Fressen und dann die Moral"), war letzterer vermutlich der bessere Marxist. Das Schicksal Kubas wird sich darum wahrscheinlich an der Frage entscheiden, inwieweit es den Kubanern nach dem Wegfall der Hilfe aus der Sowjetunion gelingen wird, die sozialistische Planwirtschaft aus eigener Kraft sowie mit Hilfe begrenzter ausländischer Investitionen wieder auf die Beine zu bekommen.

Ein detaillierter Überblick über die gegenwärtige ökonomische Lage Kubas auf

Seite XX

54. Zwei Strömungen in der FMLN

Sozialismus oder Sozialdemokratie?

CD-Datei: daten/aksuche/ak354/fmln.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:354:fmln

Mit dem Ende der bewaffneten Auseinandersetzung hat in der Befreiungsfront "Farabundo Martí" (FMLN) die Debatte über die Neubestimmung der politischen Praxis in El Salvador begonnen. Es geht dabei primär darum, militärische und politische Konzeptionen hinter sich zu lassen, deren wesentlicher Inhalt zwölf Jahre lang war, erfolgreich Widerstand zu leisten und Krieg zu führen, und statt dessen Vorstellungen für die Friedensphase zu entwickeln.

Mittlerweile haben sich zwei auch für die Öffentlichkeit unterscheidbare Tendenzen herausgebildet: Während die eine Strömung die sozialistische Orientierung beibehalten will, befürwortet die andere die Hinwendung zu einer ausdrücklich sozialdemokratisch-zentristischen Politik. Die in der FMLN zusammengeschlossenen Organisationen haben zwar im Januar 93 noch den "Einheitspakt" gemeinsam unterzeichnet, aber längerfristig deutet mehr auf ein weiteres Auseinanderdriften hin als auf die erneute Festigung der Einheit.

Wir berichten über die strategische Neuorientierung des "Revolutionären Volksheer" (ERP) anhand der Vorstellung einer programmatischen Schrift des ERP-Chefs und Mitglieds der Generalkommandantur der FMLN, Joaquín Villalobos. Daneben informieren wir über Entstehung und Entwicklung der fünf die Befreiungsfront bildenden Organisationen.

Seite 26

55. Helden, Schurken, Dunkelmänner

Italiens langer Abschied von der "Ersten Republik"

CD-Datei: daten/aksuche/ak354/italia.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:354:italia

Noch einmal davongekommen ist Bettino Craxi (Foto). Der ehemalige Sekretär der Sozialistischen Partei, Symbolfigur des italienischen Korruptionsskandals, bekam Rückendeckung vom Parlament, das seine Immunität nur in zwei von sechs Anklagepunkten aufheben wollte. Die vier neuen Minister der PCI-Nachfolgepartei PDS und der Grünen traten daraufhin nach nur elf Stunden im Amt zurück. In vielen Städten kam es zu Protestdemonstrationen. Oft wird die Hoffnung auf ein "neues Italien" begleitet von Sympathiebekundungen für mutmaßliche "Saubermänner" und für autoritäre Lösungen. Unser Hintergrundbericht stellt Zusammenhänge her zwischen Parteienfilz, Korruption, Mafia und westlicher Bündnistreue.

Seite 6

56. Klaus ist raus

CD-Datei: daten/aksuche/ak354/mfsklaus.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:354:mfsklaus

Klaus Croissant, der Spion, der Geheimnisse verriet, die keine waren, ist frei. Verurteilt wurde er zu 21 Monaten Haft mit Bewährung, weil das Gericht seinen Beschützerinstinkt für die westdeutsche Linke entdeckte, auch wenn die gar nicht geschädigt wurde. Der zugrundeliegende §99 StGB verlangt das auch nicht. "Geheimdienstliche Agententätigkeit" kann auch in der schlichten Übergabe eines Telefonbuchs oder einer Zeitschrift bestehen. In einem Rückblick in die 70er Jahre werden einige besonders spektakuläre Anwendungen dieses skandalösen Paragraphen in Erinnerung gerufen.

Daß die Haßtiraden der taz gegen den "Stasi-Spitzel" in der ak-Redaktion allgemeine Übelkeit hervorrufen, ist die eine Seite. Weniger Einigkeit besteht in der Frage, welche Lehren aus dem "Fall Croissant" zu ziehen sind. Die vor zwei ak-Nummern durch einen "Bündnispartnerin DDR" überschriebenen Artikel ausgelöste Diskussion wird in dieser Ausgabe fortgesetzt. Die Mitverantwortung der SED für Croissants gegenwärtige Lage erfordere zumindest eine öffentliche Entschuldigung ihrer Nachfolgepartei, der PDS, findet ein ak-Redakteur. Moralisch könne Croissant nichts vorgeworfen werden. Seine Handlungsweise sei genauso legitim wie die, für die sich Ende der 70er Jahre der Kommunistische Bund entschieden hatte: Keine Fortsetzung der gerade begonnenen Gespräche mit der SED, als klar wurde, daß die Gesprächspartner aus der DDR nicht am Meinungsaustausch, sondern allein an der Lieferung von Informationen interessiert waren.

Seite 8

57. Chris Hani - Opfer des internationalen Faschismus?

CD-Datei: daten/aksuche/ak354/netz.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:354:netz

Eine Woche nach der Ermordung des Generalsekretärs der Kommunistischen Partei Südafrikas nahm die Polizei eine sensationelle Verhaftung vor: Clive Derby-Lewis, Abgeordneter des südafrikanischen Parlaments und führendes Mitglied der rassistischen Konservativen Partei, ist eine Schlüsselfigur der internationalen Konterrevolution. Er ist Präsident eines Londoner Instituts, dessen Leitung er von dem berüchtigten salvadorenischen Major d'Aubuisson übernommen hatte und verfügt über weltweite Verbindungen zu faschistischen Kräften.

Mit Chris Hani, der nach Nelson Mandela der beliebteste Politiker Südafrikas war, wurde ganz gezielt ein Mensch beseitigt, der in seiner Person alle Facetten der erfolgreichen Politik des ANC vereinigte: die Kombination von Massenkämpfen und Verhandlungen ebenso wie die bewaffnete Option.

Seite 17

58. Quelldatei phnom.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak354/phnom.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:354:phnom

DIE ENGEL VON PHNOM PENH

Betr: Bundeswehr.

Die Kambodschaner nennen sie "Engel". Gemeint sind 150 deutsche Sanitätssoldaten. Im Bundeswehrhospital Phnom Penh versorgen sie täglich die in Kambodscha eingesetzten UN-Soldaten. Es gehört aber zum Selbstverständnis unserer Soldaten, wo immer es geht, auch der notleidenden Bevölkerung zu helfen. Über 52.000 Menschen wurden bisher von ihnen ambulant und stationär behandelt.

In Kambodscha leben deutsche Sanitätssoldaten vor, was für die Bundeswehr der Zukunft neben der militärischen Sicherung unseres Landes eine immer größere Rolle spielen wird: zu helfen, wo wir geraucht werden; zu retten, wenn Gefahren drohen; den Frieden zu bewahren, wenn er verletzt wird.

Wir leben in einer Welt. Frieden, Freiheit, Menschenrechte und Sicherheit sind unteilbar. Wer Frieden will, muß bereit sein, ihn gemeinsam mit den Vereinten Nationen zu sichern.

Ihr

Volker Rühe, Bundesminister der Verteidigung

Bonn, den 21. April 1993

59. Quelldatei ref.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak354/ref.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:354:ref

REFERENDUM

DOPPELTE STAATSBÜRGERSCHAFT

1 Million Stimmen für die doppelte Staatsbürgerschaft

Zwischenspurt im Frühling

250.000 Stimmen sind bisher im Referendumsbüro eingegangen. Wenn wir im Herbst zu den endgültigen Beratungen im Bundestag fertig werden wollen, müssen wir zulegen. Bitte sammeln Sie im Freundeskreis, am Arbeitsplatz, auf Straßenfesten, an Ständen, bei Veranstaltungen und wo immer Sie wollen. Die Unterschriften bitte umgehend zurücksenden. Wir wollen vor der Sommerpause Zwischenbilanz ziehen.

Unterschriftenlisten, Plakate, Infos, Kontakte zu örtlichen Referendumsbüros über: Referendum Doppelte Staatsbürgerschaft

Wir danken allen bisherigen Spenderinnen und Spendern

- -

Ich stimme dafür, die Einbürgerung zu erleichtern und die doppelte Staatsbürgerschaft zu ermöglichen.

Name Straße Ort Unterschrift

Name Straße Ort Unterschrift

Name Straße Ort Unterschrift

Zurücksenden an: Referendum Doppelte Staatsbürgerschaft, Oranienstraße 25, 1000 Berlin 36

60. Quelldatei rot_sp.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak354/rot_sp.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:354:rot_sp

Angola

Weil sie ihre Wahlniederlage nicht akzeptieren mochte, hat die jahrzehntelang vom Westen unterstützte UNITA das Land mit einem Krieg überzogen, der an Intensität und Grausamkeit derzeit alle anderen bewaffneten Konflikte auf dieser Welt übertrifft. Die UNO bleibt derweil "neutral", die USA lassen ihren Schützling gewähren und werden nur dann deutlich, wenn sie ihre Ölinteressen bedroht sehen. Seite 18

Sudan

Was zunächst als blutiger Religionskrieg erscheint, erweist sich bei näherer Betrachtung als ein Konflikt, dem unüberwindbare soziale und ökonomische Widersprüche zugrunde liegen. Mit Unterstützung des IWF betrieb die Handelsbourgeoisie des Nordens die Ausrichtung der Landwirtschaft auf den Export und entzog damit den Nomaden und der von traditioneller Landbearbeitung lebenden Bevölkerung die Existenzgrundlagen. Seite 19

Frankreich

Verstärkt bemüht sich Le Pens Front National um ein "systemoppositionelles" Profil. Mit Erfolg: In dem ehemals "roten Gürtel" um Paris hat der FN zugelegt. Auch nach dem Bruch der bürgerlichen Rechten mit dem FN beeinflussen die Rechtsextremisten die Regierungspolitik. Seit der Rückkehr von Innenminister Pasqua sorgt die Polizei wieder für "Ordnung" - Bilanz: vier Tote in vier Tagen. Seite 8

61. Quelldatei sylvia.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak354/sylvia.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:354:sylvia

Massenvergewaltigungen als Kriegs- und Propagandawaffe

Vorsicht ist geboten, wenn die deutsche Massenpresse ihr Herz für die Menschenrechte entdeckt. Quer durch den Blätterwald werden die Greuel des jugoslawischen Bürgerkrieges zur psychologischen Kriegsführung an der Heimatfront instrumentalisiert. In verschiedenen Variationen wird Heiner Geißlers seinerzeit noch heftig umstrittene These, der Pazifismus habe "Auschwitz erst möglich gemacht", unters Volk getragen. Selbst grüne Friedenspolitikerinnen von einst fordern heute eine militärische Intervention. Einseitig werden die Verbrechen auf ausschließlich serbischer Seite geortet.

Seit Ende letzten Jahres, als die Debatte über eine militärische Intervention in Bosnien-Hercegovina einen ersten Höhepunkt erreichte, wird auch den Opfern öffentliches Mitgefühl zuteil. Auf allen Kanälen werden Interviews mit vergewaltigten Frauen gesendet, Resolutionen werden verfaßt und Spendenkonten eingerichtet. An den deutschen Grenzen dagegen ist Humanität weiterhin ein Fremdwort. Auf Anweisung der Zirndorfer Anerkennungsstelle für Asylbewerber werden vergewaltigte Frauen immer wieder abgewiesen: Vergewaltigungen seien nicht "politisch motiviert" und daher "asylunerheblich".

Angesichts diverser politischer Interessen ist es nicht einfach, Kriegspropaganda von gesicherten Tatsachenberichten über Massaker, Folter und Vergewaltigung zu unterscheiden. Unser Beitrag gibt eine Übersicht über das tatsächliche Ausmaß der Vergewaltigungen und versucht eine Bewertung der verschiedenen Hilfsaktionen.

Seite 16

62. Quelldatei tabelle.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak354/tabelle.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:354:tabelle

Tarifliche Grundvergütung1) in der Metallindustrie, +, +, +, +, +

Zeitraum, Sachsen, +, Bayern, +, Spalte

, Betrag

in DM

(1), Steigerung

in vH

(2), Betrag

in DM

(3), Steigerung

in vH

(4), 1 zu 3

in vH

(5)

Monat, , , , ,

ab 1/91, 1.152, -, 2.326, -, 49,5

ab 4/91, 1.455, 26,3, 2.4822), 6,7, 58,6

ab 4/92, 1.762, 21,1, 2.616, 5,4, 67,4

ab 4/93, 2.145, 21,7, 2.694, 3,0, 79,6

1/91-12/93, , 86,2, , 15,8,

Ø pro Jahr, , 28,7, , 5,3,

Jahr, , , , ,

1991, 16.551, -, 29.584, -, 55,9

1992, 20.223, 22,2, 30.990, 4,8, 65,3

1993, 24.591, 21,6, 32.094, 3,6, 76,6

1991-1993, , 48,6, , 8,5,

Ø pro Jahr, , 16,2, , 8,5,

1) Monatslohn,, Ecklohngruppe - 2) Ab Juni 1992 - Quelle: WSI-Tarifarchiv, +, +, +, +, +